

Naziterror und antifaschistischer Widerstand in Elmshorn und Umgebung 1933–1945

„Die katastrophalen Folgen der hitlerischen Politik sind der geschichtliche Beweis dafür, daß schon immer die Anhänger des Friedens und die Vorkämpfer der Völkerverständigung die wirklichen Patrioten und wahren Deutschen gewesen sind, und nicht die imperialistischen Schreihälse und Rassenhetzer.“

Dieser auch heute wieder besonders aktuelle Satz aus dem gemeinsamen Programm der SPD und der KPD Pinneberg vom September 1945 ist Leitmotiv dieses Buches über Naziterror und Widerstand. Es ist die erste Arbeit über den antifaschistischen Widerstand in Schleswig-Holstein 1933–1945. Am Beispiel der Stadt Elmshorn und der umliegenden kleineren Städte und Dörfer zeigen die Verfasser, daß es neben dem „braun umschlungenen“ und „braun durchdrungenen“ auch das andere, das friedens- und freiheitsliebende, das demokratische, antifaschistische Schleswig-Holstein gegeben hat.

Trotz der besonders schwierigen Quellenlage – die Nazis hatten hier im Mai 1945 wie in keinem anderen Teil des Deutschen Reiches Zeit, ihre blutigen Spuren zu verwischen – wurde mit diesem Buch aufgrund zahlreicher Berichte von Zeitzeugen und kritischer Auswertung von Dokumenten, Zeitungen und Gerichtsakten ein wichtiges, bisher kaum bekanntes Kapitel schleswig-holsteinischer Heimatgeschichte geschrieben.



Röderberg-Verlag Frankfurt am Main

Bringmann · Diercks · Die Freiheit lebt



Fritz Bringmann · Herbert Diercks

Die Freiheit lebt!

Antifaschistischer Widerstand und Naziterror in Elmshorn und Umgebung 1933–1945

702 Jahre Haft für Antifaschisten



Rv Bibliothek des Widerstandes

Vorwort zur Onlineausgabe "Die Freiheit lebt!"

Erste Vorarbeiten für das Buch „Die Freiheit lebt! Antifaschistischer Widerstand und Naziterror in Elmshorn und Umgebung 1933–1945“ begannen vor etwa 50 Jahren. Ich hatte den ehemaligen Häftling des KZ Neuengamme Fritz Bringmann kennengelernt, der hauptamtlich für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Schleswig-Holstein arbeitete. Über die VVN lernte ich Frauen und Männer kennen, die sich in der Nazizeit aktiv am Widerstand beteiligt hatten und die weiterhin politisch aktiv waren. Ihre antifaschistische Einstellung entsprach im Wesentlichen auch der meinigen. Da die VVN sich damals gerade für junge Menschen zum „Bund der Antifaschisten“ geöffnet hatte, gründete ich an meinem Wohnort, der Kleinstadt Nortorf, mit zahlreichen gleichaltrigen Freundinnen und Freunden eine eigene Ortsvereinigung der VVN – Bund der Antifaschisten.

So nahm ich auch an Treffen der VVN – Bund der Antifaschisten im Kreis Pinneberg teil. Sie fanden in den 1970er-Jahren meist im Bahnhofshotel in Elmshorn statt.

Auf diesen Treffen lernte ich eine ganze Reihe weiterer ehemaliger Widerstandskämpfer und Widerstandskämpferinnen kennen, die regelmäßig die Gelegenheit der Zusammenkunft nutzten, um über ihren Kampf und die Verfolgung in der NS-Zeit zu erzählen. Für einen Außenstehenden wie mich waren die Berichte oft schwierig zu verstehen. Sie wurden zum Teil unter Tränen vorgetragen und hatten scheinbar keinen Anfang und kein Ende. Andere fielen ins Wort und korrigierten das Erzählte, wiederum andere beschwerten sich, weil sie nicht schon wieder „Heldengeschichten“ aus dem Widerstand, von erlittenen Misshandlungen und den Zeiten im Zuchthaus, im KZ und im „Bewährungsbataillon 999“ hören wollten.

Die Versammlungsleitung hatte immer große Mühe, die zuvor beschlossene Tagesordnung abzuhandeln. Mehrfach appellierte sie, das Erlebte doch aufzuschreiben, damit die Erfahrungen nicht verloren gingen. Diese Appelle wurden aber kaum befolgt.

Deutlich wurde mir auf solchen Versammlungen, dass zahlreiche Männer und Frauen aus Elmshorn, Uetersen und weiteren Orten des Kreises Pinneberg sich am Widerstand 1933 bis 1945 beteiligt hatten. Die Gestapo reagierte mit Massenverhaftungen und Einweisungen in die Konzentrationslager. 269 Männer und Frauen aus dem Kreis Pinneberg wurden in Hamburg wegen Vorbereitung zum Hochverrat vor Gericht gestellt und fast alle zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt.

1975 begann ich mit dem Geschichtsstudium in Hamburg, und da lag es nahe, die im Studium erworbene Theorie mit praktischer Forschungsarbeit zu verknüpfen. Gemeinsam besuchten Fritz Bringmann und ich nun die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in ihren Wohnungen, befragten sie nach ihren Erlebnissen und zeichneten mit den damals verbreiteten Kassettenrecordern die Gespräche auf. So manche Zeitungsausschnitte mit Berichten über die Massenverhaftungen und Prozesse, „Schutzhaftbefehle“, Anklageschriften und weitere Dokumente wurden uns bei den Gesprächen überreicht. Die Besuche und Gespräche mit Rudolf Huxoll, Lisbeth Hoop, Emil Buchner, Victor Andersen, Josef Kristen, Sonja Stein und vielen anderen mehr sind mir heute noch in lebhafter Erinnerung. Ich bin für das Vertrauen, die Herzlichkeit, die Unterstützung sehr dankbar.

Unsere Idee war, über den Widerstand in Elmshorn ein Buch zu verfassen. Die Recherchen schlossen bald auch Archive und Bibliotheken mit ein. Allerdings gab es in den 1970er-Jahren nahezu keine Literatur über den Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Die NS-Zeit war nicht aufgearbeitet, und wir gewannen den Eindruck, dass so manche Verwaltungen, Archive und Bibliotheken es auch dabei belassen wollten.

Umso mehr freuten wir uns über eine große Unterstützung unserer Arbeit insbesondere durch die „Elmshorner Nachrichten“ und das Elmshorner Stadtarchiv. Viele Tage verbrachten wir in den Redaktionsräumen der „Elmshorner Nachrichten“ und werteten alte Tageszeitungen aus. Sie erwiesen sich als wahre Fundgrube interessanter Informationen aus dem Alltag der NS-Zeit, und ein Fotograf der Zeitung erstellte für uns mit seiner hochwertigen Kamera Hunderte Abbildungen von Artikeln, denn die Fotokopiertechnik ergab damals keine guten Ergebnisse.

Nur für die Sitzungen der Zeitungsredaktion mussten wir unseren Arbeitsplatz für kurze Zeit räumen. Im Stadtarchiv wurden uns Abschriften aller Urteile der Massenprozesse vor dem Berliner Kammergericht 1935/36 vorgelegt. Damit erhielten wir die persönlichen Daten aller Angeklagten sowie Informationen über die konkreten Tatvorwürfe.

Die Einberufung zum Zivildienst nach Ahrensburg zu Beginn der 1980er-Jahre bedeutete eine Unterbrechung meines Studiums. Für das Buchprojekt war das günstig, weil ich in dem Pflegeheim zwischen den Diensten die Unterlagen sortieren und Texte verfassen konnte.

1983 erschien schließlich das Buch „Die Freiheit lebt! Antifaschistischer Widerstand und Naziterror in Elmshorn und Umgebung 1933–1945. 702 Jahre Haft für Antifaschisten“ im Röderberg-Verlag in Frankfurt am Main, der der VVN – Bund der Antifaschisten nahestand. Es war das erste Buch überhaupt über den Widerstand in Schleswig-Holstein. Für die ehemaligen Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer und Verfolgten des Naziregimes bedeutete es endlich eine positive, öffentliche Würdigung ihres aufrechten und mutigen Handelns in der Zeit des Nationalsozialismus. Die Stadt Elmshorn übernahm diese öffentliche Würdigung, indem sie in der Ollnsstraße mit dem Reinhold-Jürgensen-Platz einen Ort in Erinnerung an den Widerstand in Elmshorn einrichtete.

Die Veröffentlichung dieses Buches fiel dabei in eine Zeit des Umbruchs. Eher junge Historikerinnen und Historiker forderten zunehmend und vehement eine Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus. So gehörte auch ich im Juni 1983 zu den Gründungsmitgliedern des noch heute bestehenden „Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein“. In jenem Jahr wurde ich studentischer Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Hamburg, September 2022

Herbert Diercks

Vorwort zur Onlineausgabe "Die Freiheit lebt!"

Das Buch „Die Freiheit lebt“ ist mittlerweile vierzig Jahre alt und wird nun im Original von 1983 online gestellt. Dieses Vorhaben birgt einen Nachteil. Es spiegelt den Stand der Forschung zur Zeit der Erstauflage wider. Dieses ist für das Kapitel „Juden in Elmshorn“ der Stand zur Zeit meiner Examensarbeit über dieses Thema. Mittlerweile sind mit Neuauflagen 13 Bücher und viele Aufsätze über die jüdische Gemeinde in Elmshorn erschienen. Neben vielen Veröffentlichungen wurden 1996 und 1999 zwei eigenständige Bände in den „Beiträgen zur Elmshorner Geschichte“ (Bd. 9 und 12) veröffentlicht, deren Inhalte 2017 in einem zweibändigen Werk über die „Geschichte der Juden in Elmshorn“ auf die neuesten Erkenntnisse und Forschungsergebnisse erweitert wurden. Insbesondere wurde die Zahl der jüdischen Opfer sehr stark nach oben korrigiert und neue Zeitzeugenaussagen berücksichtigt.

Ebenfalls im Jahre 2017 erschien der Band „Der Zug ohne Wiederkehr“, der die Deportationen Elmshorner Juden dokumentiert. 2019 veröffentlichte der Autor die Biografien aller auf dem Elmshorner jüdischen Friedhof bestatteten Juden und deren Nachkommen bis in die heutige Zeit in einem dreibändigen Werk „Was können uns die Gräber erzählen“. Hieraus entstand der ebenfalls 2019 erschienene Auszug „Beth ha Chajim - Haus des ewigen Lebens“, gedacht als Begleitung für einen Rundgang über den Friedhof. Neben der Geschichte der jüdischen Gemeinde Elmshorn widmete ich meine Nachforschungen auch den Juden von der Nordseeinsel Norderney, deren Ergebnisse 2020 in drei Bänden veröffentlicht wurden, und der Geschichte der Norderneyer Hitlerjugend (2022).

Der Leser der Online-Ausgabe von „Die Freiheit lebt“ sollte sich im Kapitel „Juden in Elmshorn“ bewusst sein, dass der Beitrag den Beginn einer 45jährigen Forschungsarbeit darstellt und in einigen Punkten überholt ist. Es könnte der Anlass sein, sich gründlicher mit den neuesten Erkenntnissen

auseinandersetzen, die neben Archivarbeit, Quellenforschungen, Interviews mit Zeitzeugen und deren Nachkommen gewonnen wurden.

Elmshorn, September 2022

Harald Kirschninck

Bibliografie Harald Kirschninck:

Kirschninck, Harald: Beth ha Chajim. Haus des ewigen Lebens. Ein Besuch auf dem jüdischen Friedhof von Elmshorn. Norderstedt 2019.

Kirschninck, Harald: Der Zug ohne Wiederkehr. - Deportation jüdischer Mitbürger von Elmshorn. Norderstedt 2017.

Kirschninck, Harald: Die Geschichte der Juden in Elmshorn. 1685-1918. Band 1. Norderstedt 2017.

Kirschninck, Harald: Die Geschichte der Juden in Elmshorn. 1918-1945. Band 2. Norderstedt 2017.

Kirschninck, Harald: Juden in Elmshorn, Teil 1: Diskriminierung. Verfolgung. Vernichtung, Elmshorn 1996. (Beiträge zur Elmshorner Geschichte Band 9).

Kirschninck, Harald: Juden in Elmshorn, Teil 2: Isolierung. Assimilation. Emanzipation. Elmshorn 1999. (Beiträge zur Elmshorner Geschichte, Band 12).

Kirschninck, Harald: Was können uns die Gräber erzählen? Biografien und Geschichten hinter den Grabsteinen des jüdischen Friedhofes von Elmshorn. Band 1. Norderstedt 2019.

Kirschninck, Harald: Was können uns die Gräber erzählen? Biografien und Geschichten hinter den Grabsteinen des jüdischen Friedhofes von Elmshorn. Band 2. Norderstedt 2019.

Kirschninck, Harald: Was können uns die Gräber erzählen? Biografien und Geschichten hinter den Grabsteinen des jüdischen Friedhofes von Elmshorn. Band 3. Norderstedt 2019.

Wo sind sie geblieben? Biografien und Geschichten der Juden von Norderney. A-K. Norderstedt 2020.

Wo sind sie geblieben? Biografien und Geschichten der Juden von Norderney. L-Z. Norderstedt 2020.

Kirschninck, Harald: Nordseebad Norderney ist judenfrei. Die Geschichte der Juden von Norderney von der Niederlassung bis zur Deportation. Norderstedt 2020.

Kirschninck, Harald: Und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben. Die Geschichte der Hitlerjugend auf Norderney. Norderstedt 2022.

Kirschninck, Harald: Zur Geschichte der Jüdischen Gemeinde Elmshorn bis 1869. in: Stadt Elmshorn (Hrsg.): Beiträge zur Elmshorner Geschichte. Band 1. Elmshorn 1987.

Kirschninck, Harald: Zur Geschichte der Jüdischen Gemeinde Elmshorn. Teil II. Von der Emanzipation bis zur Vernichtung. in: Stadt Elmshorn (Hrsg.): Beiträge zur Elmshorner Geschichte. Band 2. Elmshorn 1988.

Kirschninck, Harald: Beth ha Chajim - Zur Geschichte des jüdischen Friedhofes in Elmshorn. in: Stadt Elmshorn (Hrsg.): Beiträge zur Elmshorner Geschichte. Band 3. Elmshorn 1989

Kirschninck, Harald: „Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter!“. Der Untergang der jüdischen Gemeinde Elmshorn. In: Gerhard Paul / Miriam Carlebach (Hrsg.): Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona 1918 – 1998. Neumünster 1998. S. 283 – 296.

Kirschninck, Harald: Die Juden in Elmshorn während des Dritten Reiches. in: Bringmann/Diercks: Die Freiheit lebt. Antifaschistischer Widerstand und Naziterror in Elmshorn und Umgebung 1933 - 1945. 702 Jahre Haft für Antifaschisten. Frankfurt 1983.

Kirschninck, Harald: Die Juden in Elmshorn während des Dritten Reiches. in: Heimatverband für den Kreis Pinneberg e.V. (Hrsg.): Jahrbuch für den Kreis Pinneberg 1984. Pinneberg 1983.

Kirschninck, Harald: Die Jüdische Gemeinde Elmshorn. in: Lorenzen-Schmidt (Hrsg.): Bei uns.... 1933 - 1945. Eine Broschüre zur gleichnamigen Ausstellung. Engelbrechtsche Wildnis 1983.

Schleswig-Holsteinischer Heimatbund (Hrsg.): Kirschninck, Harald: Beth ha Chajim – Das Haus des ewigen Lebens. Die Geschichte des jüdischen Friedhofes in Elmshorn. In: Schleswig-Holstein. Kultur. Geschichte. Natur. Sonderdruck zum Schleswig-Holstein Tag 1998. Husum 1998. S. 68 f.

Kirschninck, Harald: Niederlassung in Itzehoe. In: Ritter / Fischer (Hrsg.): Jüdische Kultur. Steinburger Jahrbuch 2002. 46. Jg. Itzehoe 2001. S. 114 – 130.

Kirschninck, Harald: Elmshorn. Zur Geschichte des Friedhofes. In: www.alemannia-judaica.de/schleswig_holstein_friedhoefe.htm

Kirschninck, Harald: Wo sind sie geblieben? Wohin Elmshorner Juden von den Nationalsozialisten verschleppt wurden. In: Arbeitsgemeinschaft „Stolpersteine für Elmshorn“. Elmshorn 2008.

Kirschninck, Harald: Albert Hirsch. In: Arbeitsgemeinschaft „Stolpersteine für Elmshorn“. Elmshorn 2008.

Kirschninck, Harald: Karl Löwenstein. John Löwenstein. Selma Levi, geb. Löwenstein. In: Arbeitsgemeinschaft „Stolpersteine für Elmshorn“. Elmshorn 2008.

Die Freiheit lebt!



Fritz Bringmann
Herbert Diercks

Die Freiheit lebt!

Antifaschistischer Widerstand
und Naziterror
in Elmshorn und Umgebung

702 Jahre Haft für Antifaschisten



Bibliothek des Widerstandes
Röderberg-Verlag Frankfurt a. M.

Inhalt

Vorbemerkung	9
I. Die letzten Jahre der Weimarer Republik	11
Die Wirtschaftskrise im Kreis Pinneberg	12
Naziterror im Kreis Pinneberg	14
Der antifaschistische Kampf vor dem 30. Januar 1933	19
Machtübergabe an die Nazis im Spiegel der Lokalpresse	21
II. Die Nazis an der Macht 1933	24
Die politische Entwicklung nach dem 30. Januar 1933	24
Generalstreik der Arbeiter in Elmshorn	28
Politischer Mord in Quickborn	30
Die Wahlen vom 5. und 12. März im Kreis Pinneberg	31
Zerschlagung der Gewerkschaften, des Reichsbanners und der SPD	36
Die Gleichschaltung der Städte und Gemeinden	39
Verhaftungen – Haussuchungen	41
Die ersten Konzentrationslager 1933 – KZ Glückstadt und Kühlen	42
Politische Prozesse gegen Bürger des Kreises Pinneberg 1933	49
III. Antifaschistischer Widerstand bis Ende 1934	50
Der Weg der KPD in die Illegalität	52

ISBN 3-87682-040-5

Herausgegeben von der VVN/Bund der Antifaschisten, Land Schleswig-Holstein
Copyright by Röderberg-Verlag 1983
Frankfurt am Main
Schumannstraße 56 - 6000 Frankfurt 1
Satz: Monika Schmitt, 6452 Hainburg 2
Druck: Plambeck & Co, 4040 Neuss

Berichte von der illegalen Widerstandstätigkeit	53	Auswanderung	105
Widerstand von Sozialdemokraten	57	Deportationen	106
Sozialdemokratische Gruppen in Wedel und Elmshorn	59	Schluß	107
Uetersen: Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam aktiv	60	VII. Krieg 1939–1945	108
Gewerkschafter im Widerstand	62	Bewährungsbataillon 999	110
Arbeitersportler im Widerstand	63	Der Krieg fordert Opfer	111
Rote Hilfe	67	„Gewitteraktion“	112
Verhaftungen und politische Prozesse 1934	68	VIII. Demokratischer Neubeginn	113
IV. Prozeß in Sachen „Offenborn und andere“	70	Antifaschistischer Ausschuß	114
Massenverhaftungen ab Ende 1934	70	Politik der britischen Besat- zungsmacht	114
KoLaFu und Stadthaus	72	Vergessene Lehren?	116
KZ Esterwegen	75	Anhang	121
Der Prozeß „Offenborn und andere“	77	KZ-Häftlinge 1933 aus dem Kreis Pinneberg	121
Strafhaft	90	Aufbau der KPD Elmshorn Herbst 1933 – Herbst 1934	125
Polizeiaufsicht	90	RGO in Elmshorn 1934 im Überblick	127
V. Widerstand im Kreis Pinneberg 1935 bis 1939	92	Rote Hilfe in Elmshorn 1934 im Überblick	128
VI. Die Juden in Elmshorn während des Dritten Reiches	95	Zeitungen, Broschüren und Flug- blätter 1933-1934	129
Einleitung	95	Geheime Treffen der KPD Elms- horn 1933 und 1934	133
Der Boykott vom 1. April 1933	95	Urteile im Offenborn-Prozeß im Überblick	136
Gleichschaltung und Diskrimi- nierung	96	Namensliste der in den „Offen- born-Prozessen“ verurteilten Antifaschisten	137
Ausschaltung aus dem Wirt- schaftsleben	98	Totenliste	145
Die „Reichskristallnacht“	101	Quellen- und Literaturver- zeichnis	148
Ausplünderung der jüdischen Mitbürger	104	Anmerkungen	152

„Die katastrophalen Folgen der Hitlerschen Politik sind der geschichtliche Beweis dafür, daß schon immer die Anhänger des Friedens und die Vorkämpfer der Völkerverständigung die wirklichen Patrioten und wahren Deutschen gewesen sind und nicht die imperialistischen Schreihäse und Rassenhetzer.“

(Aus dem gemeinsamen Programm der SPD und der KPD Pinneberg vom September 1945)

Vorbemerkung

Die vorliegende Arbeit ist die erste überhaupt über den antifaschistischen Widerstand in Schleswig-Holstein 1933 bis 1945. Am Beispiel der mit gut 17.000 Einwohnern kleinen Stadt Elmshorn und den umliegenden noch kleineren Städten und Dörfern zeigen die Verfasser, daß es neben dem „braun umschlungenen“ und „braun durchdrungenen“ auch ein „anderes“, ein friedens- und freiheitsliebendes, demokratisches, antifaschistisches Schleswig-Holstein gegeben hat.

Der Widerstandskampf in Elmshorn und Umgebung ist deshalb beispielhaft, weil es auch in vielen weiteren Städten und Dörfern Schleswig-Holsteins – Itzehoe, Lägerdorf, Heide, Lübeck, Kiel, Eckernförde, Flensburg – einen Widerstand gegeben hat, dessen Träger ebenfalls zumeist Angehörige der verbotenen und unterdrückten Arbeiterparteien und -organisationen waren. Ausnahmen bestätigen die Regel: die Fischer von Eckernförde, die mit ihren Booten verfolgte Antifaschisten nach Dänemark brachten, sind ebenso in die Geschichte des antifaschistischen Widerstandes eingegangen wie der Bekenntnispfarrer Reinhold Wester von Sylt, dessen mutige Predigten den Nazis ein Dorn im Auge waren; wie der Buchdruckereibesitzer Paul Riechert aus Heide, der die pazifistische Zeitung „Deutsche Zukunft“ druckte und deshalb zusammen mit seinem Sohn mit umgehängten Schildern „Ich bin ein Hoch- und Landesverräter“ und „... und meine Familie ist ebenso!“ von SA-Leuten auf einem Rollwagen durch die Stadt gezogen wurde; und wie die vier Lübecker Geistlichen Karl Friedrich Stellbrink, Johannes Prassek, Hermann Lange und Eduard Müller, die am 10. November 1943 im Hamburger Untersuchungsgefängnis durch das Fallbeil hingerichtet wurden.

Die Quellenlage war sehr kompliziert. Viele der ehemaligen Widerstandskämpfer aus dem Kreis Pinneberg, die über ihren Kampf hätten berichten können, sind bereits verstorben. Der Widerstand gegen das NS-Regime liegt über vierzig Jahre zurück, so daß die befragten „Zeitzeugen“ sich an manche Einzelheiten nicht mehr erinnern konnten. Dennoch brachten gerade die Schilderungen der Antifaschisten wesentliche Hinweise und Informationen.

Die Nazis hatten im Mai 1945 wie in keinem anderen Teil des ehemaligen Deutschen Reiches viel Zeit, ihre blutigen Spuren zu verwischen. Sie nutzten diese Tage systematisch – so fiel in der Stadt Wedel selbst das gesamte Einwohnermelderegister dieser Vernichtung zum Opfer. Was die Nazis 1945 nicht schafften, wurde 1962 durch die große Sturmflut oder durch Unachtsamkeit beim Umzug vom alten ins neue Rathaus wie beispielsweise in Uetersen vernichtet.

Die Quellenlage konnte trotz 80 schriftlicher Anfragen bei Einzelpersonen, Parteien, Gewerkschaften, Kirchenverbänden, Stadt- und Gemeindeverwaltungen sowie mit Aufrufen in sieben verschiedenen regionalen Tages- und

Wochenzeitungen nicht wesentlich verbreitert werden. Die Verfasser mußten sich hauptsächlich auf die kritische Auswertung von damaligen Tageszeitungen, von einigen Anklageschriften und Urteilen der Offenborn-Prozesse und von Akten der damaligen Regierungs- und Oberpräsidenten Schleswig-Holsteins beschränken. Die Verfasser bemühten sich umfassend, erheben aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie sind dankbar für Korrekturen und Hinweise, die sich aus bisher nicht zugänglichen Quellen oder Informationen und Material der Leser ergeben.

An den Landrat des Kreises Pinneberg erheben sie die Forderung, Akten der Kreisverwaltung Pinneberg der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Er verweigerte die Einsicht mit der Begründung: „Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß durch die Akteneinsicht berechnete Interessen Dritter und Grundsätze der Amtsverschwiegenheit verletzt werden.“¹

Dem stehen nach Auffassung der Verfasser berechnete Interessen der Öffentlichkeit – insbesondere der Jugend – entgegen. Der damalige Landrat Duvigneau war als politischer Beamter ein Repräsentat des Terrorregimes auf unterer Ebene; die Bevölkerung hat ein Recht darauf zu erfahren, was damals geschah. Die Entscheidung steht im krassen Widerspruch zu der Empfehlung der Kultusminister und -senatoren aller Bundesländer von 1980:

„Zur Behandlung des Widerstandes bietet sich das lokalgeschichtliche und regionalgeschichtliche Umfeld besonders an ... Die Behandlung des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in Schule und politischer Bildung hat das Ziel, Erinnerungen wachzuhalten, geschichtliche Grundkenntnisse zu vermitteln und das politische Urteil zu schärfen. Dadurch soll sie bei jungen Menschen demokratische Werthaltungen befestigen und entsprechende Verhaltensweisen aufbauen.“²

Die Verfasser erstatten allen, die bei ihrer Arbeit Hilfe leisteten, den ehemaligen Widerstandskämpfern, dem Kultusminister von Schleswig-Holstein, den Bürgermeistern und ihren Beauftragten, den Archivaren und vielen anderen ihren aufrichtigen Dank. Ein besonderer Dank gilt Herrn Harald Kirschnick aus Elmshorn, der für dieses Buch eine Ausarbeitung über die „Juden in Elmshorn während des Dritten Reiches“ zur Verfügung stellte.

Fritz Bringmann - Herbert Diercks

30. Januar 1983

I. Die letzten Jahre der Weimarer Republik

Nördlich von Hamburg, zwischen der Autobahn nach Kiel und der Elbe, liegt der Landkreis Pinneberg. Elmshorn am Ostrand der Seestermüher Marsch an der Krückau gelegen, war aufgrund seiner verkehrsgünstigen Lage an der Eisenbahnstrecke Hamburg-Kiel und der schiffbaren Krückau im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einem bedeutenden Handels- und Industriezentrum Schleswig-Holsteins und zur größten Stadt des Kreises Pinneberg geworden. Bereits 1835 wird Elmshorn als „industriöser“ Flecken bezeichnet, und 1934 gibt es in Elmshorn sechszwanzig Industriebetriebe mit 3.252 Arbeitern. Die größte wirtschaftliche Bedeutung haben davon zehn Lederfabriken, zehn Mühlen, vier Fleischwarenfabriken und vier Margarinefabriken.¹

Weitere Klein- und Mittelstädte des Kreises Pinneberg der preußische Provinz Schleswig-Holstein waren 1933 die „Rosenstadt“ Uetersen mit seiner Papierindustrie, Wedel und Pinneberg als Zentren des größten geschlossenen Baum- und Rosenschulgebietes der Welt und die Schusterstadt Barmstedt am Rantzauer See.

Die ersten Arbeiterorganisationen hatten insbesondere in Elmshorn regen Zulauf – dem „Deutschen Arbeiterverein“ schlossen sich bis 1869 neunundzwanzig Mitglieder an, und der 1874 gegründete „Leseclub der Arbeiterpartei Elmshorn“ zählte bereits ein Jahr später vierzig Mitglieder.² Seit Gründung dieser Arbeitervereine, die eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter durch Überwindung insbesondere des Feudalismus zum Ziel hatten, wurden ihre Mitglieder durch staatliche Behörden verfolgt. So heißt es in einem Bericht der Elmshorner Polizei über eine Arbeiterversammlung im Schützenhof am 23. März 1874:

„Als die Sozialdemokraten Popp und Weigel die Pariser Kommune lobhüdelten, wurde die Versammlung polizeilich geschlossen. Popp und Weigel wurden verhaftet und arretiert. Die Masse der Versammlung geriet hierauf in große Erregung, worauf die Polizei mit Stock und Säbel auf die Versammelten losging.“³

Während der Novemberrevolution für die Beendigung des Weltkrieges, Freilassung sämtlicher politischer Gefangener, für Rede- und Pressefreiheit wählten auch die Arbeiter Elmshorns Arbeiterräte und verbündeten sich mit revolutionären Soldaten. Sie besetzten mehrere Fabriken und den strategisch wichtigen Bahnhof. In der Elmshorner Stadtchronik⁴ heißt es dazu:

„Am 7. November kam es zu einer Versammlung im Stadt-Theater (Peterstraße), bei der den Bürgern der neue Soldaten- und Arbeiterrat vorgestellt wurde, an den der Magistrat alle Gewalt abtreten hatte.“⁵

1) Anmerkungen siehe Seite 152-159

Als im März 1920 die reaktionäre „Nationale Vereinigung“ zunächst erfolgreich gegen die Reichsregierung putschte und die demokratisch-republikanische Staatsform durch eine rechte Militärdiktatur ersetzen wollte, folgten die Arbeiter Elmshorns den gemeinsamen Aufrufen der Gewerkschaften, der SPD und der KPD zum Generalstreik. Eine heute gern erzählte Anekdote ist der „Elmshorner Bildersturm“, als die demonstrierenden Arbeiter in die Bismarckschule eindrangen und die Kaiserzeit verherrlichende Bilder und Büsten entfernten.⁶ Heute wird mehr darüber erzählt, daß dabei auch einige Goethes und Schiller dran glauben mußten, als daß einfache Menschen die Republik und Demokratie verteidigten.

Johannes Lentfer, damals zwanzig Jahre alt und Mitglied der SPD und der Arbeiterjugend, erzählt:

„Auf Grund der Polizei-Fotos und der versteckten Ermittlungen während der Demonstration wurden einige Elmshorner wegen Aufruhr angeklagt und im Jahre 1921 in Altona vom dortigen Gericht zu nicht unerheblichen Freiheitsstrafen verurteilt... Angesichts der Sanftmut, mit der die Drahtzieher und Aktivisten dieses Rechts-Putsches behandelt worden sind, müssen die Gefängnisstrafen gegen die Elmshorner Demonstranten heute noch Zorn und Empörung hervorrufen.“⁷

Die Wirtschaftskrise im Kreis Pinneberg

Die große Wirtschaftskrise der letzten Jahre der Weimarer Republik machte sich besonders auch in den Städten des Kreises Pinneberg deutlich bemerkbar. Die Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Not nahm ein vorher nicht gekanntes Ausmaß an, und die noch beschäftigten Arbeiter hatten unter Kurzarbeit und Lohnkürzungen zu leiden. So mancher mußte zu Beginn des Monats nicht, wie er die fällige Miete bezahlen sollte. Oft reichte das Geld nicht mal mehr für notwendigste Lebensmittel. Viele Jugendliche konnten nicht einmal einen Beruf erlernen, weil Ausbildungsplätze fehlten und die Familie auf das Mitverdienen der halberwachsenen Kinder angewiesen war. Auch die Lage der Geschäftsleute und der Bauern des Kreises verschlechterte sich, denn die Menschen hatten kein Geld, um sich außerhalb der Reihe einmal etwas zu kaufen.

Unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise lehnte die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) einen aktiven gewerkschaftlichen Kampf ab. So wurden, ohne daß der ADGB auf Kampfmaßnahmen orientierte, mit Hilfe von Notverordnungen Löhne gekürzt, Arbeitsbedingungen verschlechtert, die Erwerbslosen ohne ausreichende Unterstützung gelassen und die Rechte der Arbeiter und Betriebsräte immer mehr eingeschränkt.

Viele aktive Gewerkschaftler, die auf eine konsequente Interessenvertretung drängten, schlossen sich der kommunistisch orientierten „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) innerhalb der freien Gewerkschaften an.

Der ADGB reagierte mit Tausenden von Ausschlüssen, und die RGO nahm immer mehr den Charakter einer selbstständigen Gewerkschaft an.

Datum	Zahl der Arbeitslosen in Elmshorn ⁸
31. 12. 1930	584
31. 12. 1931	1 185
31. 12. 1932	1 204
15. 4. 1933	2 460
31. 12. 1933	815
30. 9. 1934	670
31. 3. 1935	540
7. 11. 1935	535
31. 3. 1936	474

Auf Initiative der RGO wurden in den verschiedenen Städten Arbeitslosenausschüsse gebildet, die sehr aktiv wurden. Führende Leute des Elmshorner Arbeitslosenausschusses waren Hugo Strohbehn, Heinrich Trepkau und Hermann Strehlke. Regelmäßig wurden ca. 500 Exemplare der Zeitung „Der Arbeitslose“ in Elmshorn für 10 Pfennig verkauft.⁹

Ein Hungermarsch nach Hamburg fand große Resonanz, wie auch die vielen Aktionen der Arbeitslosen in den verschiedenen Städten des Kreises. Rudolf Huxoll, Mitglied des Arbeitslosenausschusses, berichtet über eine Aktion in Elmshorn: „Die große Arbeitslosigkeit führte auch dazu, daß verschiedene Familien nicht die Miete zahlen konnten. Hatten sie unachgiebige Hausbesitzer, mußten sie die Wohnung räumen. Dafür stellte die Stadtverwaltung nur einen kleinen Kastenwagen vom Altersheim ‚Elbmarsch‘ zur Verfügung, wodurch zwangsläufig die Möbel ruiniert wurden. Bei einem der nächsten Umzüge mobilisierten wir die Arbeitslosen. Die Möbel wurden in möglichst kleine Teile zerlegt, und dann begann eine kleine Demonstration durch Elmshorn. Jeder Demonstrant trug in seiner Hand beispielsweise einen Stuhl, eine Lampe oder ein Teil eines Bettes. In der Königstraße wurde eine halbe Stunde Rast gemacht. Der Verkehr ruhte vollkommen, da ja annähernd 300 Mann an dem Umzug beteiligt waren. Die Polizei war machtlos. Diese Demonstration war ein Erfolg für die Solidarität und führte dazu, daß fortan die Stadt für solche Umzüge einen großen Planwagen zur kostenlosen Verfügung stellte.“

Während der Krise wurden die Landgebiete des Kreises Pinneberg und die mittelständisch geprägte Stadt Barmstedt zu Hochburgen der Nazis. Durch die wortradikalen Parolen der Nazipartei wie „Schaffung eines gesunden Mittelstandes“, „Kommunalisierung der Großwarenhäuser“ und „Brechung der Zinsknechtschaft“ fühlten sich insbesondere viele – häufig hoffnungslos verschuldete – Bauern und Geschäftsleute angesprochen. Bereits bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 verfügte die NSDAP auf dem Lande und in Barmstedt über die absolute Mehrheit, während in den anderen Städten und ihren Randgemeinden das Ergebnis für die NSDAP zwischen 34 und 47

Prozent lag. Insgesamt verbuchte die NSDAP im Kreis Pinneberg etwas mehr als 35.000 (ca. 50 Prozent) Wählerstimmen – das war ein Höhepunkt, den sie bei freien Wahlen nicht wieder erreichte.¹⁰

In den Städten bemühten sich die Nazis besonders auch um Einfluß auf junge Arbeitslose. Wer sich in dem Verkehrslokal der Sturmabteilung (SA) der NSDAP meldete, erhielt kostenlos etwas zu essen und auch Kleidung. Die Gruppe vermittelte ein Zusammengehörigkeitsgefühl, es wurde viel getrunken und man zog grölend durch die Stadt. Der größte Schläger galt als der größte Held. Der erwartete Erfolg bei der Werbung unter den arbeitslosen Arbeitern und auch in den Betrieben blieb, wie berichtet wird, aus.

Die sozialdemokratische Partei hatte es in der Krise schwer, denn sie war in den Augen vieler Bürger mitverantwortlich für die Arbeitslosigkeit und die Not. Immerhin setzte die sozialdemokratisch geführte Preußen-Regierung die arbeiterfeindlichen und undemokratischen Notverordnungen der Reichsregierung unter Brüning für Preußen um. Die SPD-Reichstagsfraktion wehrte sich nicht gegen die rechtsgerichtete Politik der Kanzler Brüning und Papen – bis hin zur eigenen Entmachtung durch den Staatsstreich in Preußen am 20. Juli 1932. Während die Bevölkerung in Not lebte, ermöglichte die SPD-Reichstagsfraktion den Bau eines neuen Panzerkreuzers.

Die KPD dagegen konnte zur Krise Alternativen aufzeigen, eine konsequente Linie verfolgen und einen ziemlichen Zuwachs von Mitgliedern und Wählern verbuchen. In den Städten Elmshorn, Pinneberg, Uetersen und Wedel verfügten die SPD im Sommer 1932 zwischen achtundzwanzig und fünfunddreißig Prozent aller Wähler, die KPD zwischen zehn und sechzehn Prozent. Bemerkenswert sind die Ergebnisse der Wahlen vom 31. Juli 1932 in den Randgemeinden von Elmshorn Hainholz, Langelohe und Klein-Nordende, die überwiegend von Arbeitern bewohnt wurden und die 1938 (Klein-Nordende zum Teil) Stadtteile von Elmshorn wurden:

In Langelohe wählten über vierzig Prozent aller Wähler sozialdemokratisch, fast zwanzig Prozent kommunistisch und knapp fünfunddreißig Prozent nationalsozialistisch (im November 1932 nur noch dreißig Prozent); in Hainholz stimmten fast fünfunddreißig Prozent für die SPD, fünfundzwanzig Prozent für die KPD, knapp fünfunddreißig Prozent für die NSDAP; in Klein-Nordende waren KPD und SPD nahezu gleichstark und verfügten über fünfzig Prozent der Stimmen. Die liberalen und konservativen Parteien, die auf Reichsebene noch 25 Prozent der Wählerstimmen ausmachten, spielten in Elmshorn und Umgebung keine Rolle mehr.

Naziterror im Kreis Pinneberg

Die antifaschistischen Kräfte waren im Kreis Pinneberg sehr stark. So wurde z.B. von den Verantwortlichen kein zentraler Aufmarsch der NSDAP in Elmshorn genehmigt. Das war den Nazifaschisten ein Dorn im Auge. Ermuntert durch die von der Reichsregierung verfügte Aufhebung des SA-Verbotes und den Staatsstreich in Preußen scheuten sie sich nicht mehr, mit offen

Reichstagswahl am 31. Juli 1932 Wahlergebnisse der größeren Parteien im Kreis Pinneberg

	SPD	KPD	NSDAP	Z	DNVP	DVP	WP	DStP	CsV
Gesamt	17 726	7717	35 255	523	3 413	818	94	1 084	815
Städte									
Barnstedt	674	274	1 534	18	202	44	9	37	82
Elmshorn	2 984	1672	4 628	84	668	158	7	207	169
Pinneberg	1 768	1073	2 924	83	293	84	3	70	47
Uetersen	1 564	466	2 190	25	176	32	11	34	128
Wedel	1 675	723	1 984	62	124	54	8	66	23
Gemeinden/Auswahl									
Tornesch-Esingen	429	119	899	16	54	22	7	46	6
Hainholz	291	221	289	3	25	6	-	7	11
Heidgraben	120	63	117	3	4	3	-	2	2
Kl. Nordende	220	204	338	8	20	3	1	9	7
Langelohe	631	279	514	3	60	12	-	16	17
SPD	= Sozialdemokratische Partei Deutschlands								
KPD	= Kommunistische Partei Deutschlands								
NSDAP	= Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei								
DVP	= Deutsche Volkspartei								
WP	= Wirtschaftspartei (Partei des deutschen Mittelstandes)								
Z	= Zentrum								
DNVP	= Deutschnationale Volkspartei								
CsV	= Christlich-sozialer Volksdienst								
DStP	= Deutsche Staatspartei								

Quelle: EN 1. 8. 1932

terroristischen Methoden ihre politischen Zielvorstellungen durchzusetzen.

Im Schutze der Dunkelheit warfen die Nazis in der Nacht der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 Handgranaten auf die Gaststätte Schütterow in Elmshorn, einem beliebten Arbeiterlokal, wo auch das Büro der KPD untergebracht war.¹¹ Auf die Menschen, die vor dem Lokal standen, schossen sie aus Pistolen. In Uetersen galt die Einkaufsstätte „Produktion“ als Ziel des Bombenattentats. In Barmstedt warfen sie von einem fahrenden Motorrad aus eine Handgranate auf die Gaststätte „Goldener Stern“ von Joh. Heimann, die auch als Treffpunkt der KPD galt. Die Granate verfehlte ihr Ziel und flog in das Nachbarhaus von Schuhmacher Gottschalk, wo die Explosion ein schlafendes Kind aus dem Bett schleuderte und großen Sachschaden anrichtete. In Pinneberg galt der Anschlag wieder der „Produktion“.

Im November 1932 wurden ca. 40 Nationalsozialisten aus Elmshorn und Umgebung, Altona und mehreren anderen Orten Schleswig-Holsteins vor dem Altonaer Sondergericht wegen dieser Attentate angeklagt. Zu den Angeklagten, die der SA oder SS angehörten, gehörten aus Elmshorn Schiffsbauer Otto Dürwald, Gärtner Wilhelm Grezesch (Führer der Elmshorner SS), Schornsteinfeger Erich Jepp, Kaufmann Günther Holfeld und Banklehrling Harry Keller; aus Pinneberg Herbert Burmester, Milchmann Kurt Gerlach, Arbeiter Heinrich Kobarg, Müllergeselle Hans to Seth, aus Uetersen Hans Stampf und aus Barmstedt Kaufmann Johannes Blaubach. Insgesamt wurden 22 dieser NS-Terroristen mit Zuchthaus oder Gefängnis bestraft, darunter auch als Hauptschuldige Paul Moder (NSDAP-Reichstagsabgeordneter und SS-Oberführer; 6 Jahre 6 Monate Zuchthaus) und Wilhelm Grezesch (6 Jahre Zuchthaus). Wenige Tage vor Urteilsverkündung wurde Grezesch im Nachrückverfahren NSDAP-Reichstagsabgeordneter, und schon vierzehn Tage später meldeten die Elmshorner Nachrichten die Haftentlassung des SS-Führers Grezesch.¹²

Der Naziterror im Kreis Pinneberg wurde für demokratisch gesonnene Bürger unerträglich. Ermuntert durch die Aufhebung der SA- und SS-Verbote entwickelten die Nazis einen bisher nicht gekannten Straßenterror und organisierten u.a. Märsche durch die Arbeiterviertel, in denen überwiegend sozialdemokratisch, kommunistisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wohnten. Dabei verteilten sie provozierende Flugblätter und sangen ihre Nazi-Lieder, in denen die Arbeiterbewegung verhöhnt wurde.

Die Polizei, die mit ihrem Überfall-Auto nicht überall sein konnte, konnte nicht immer verhindern, daß empörte Anwohner sich den Nazis in den Weg stellten und sie aus ihrem Wohngebiet vertrieben. Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Anwohnern und Nazis kam es am 24. Juli 1932 in Elmshorn in der Ollnstraße, wo sich Anwohner gegen provozierende Naziaktivitäten in ihrer Straße wehrten. In der Ollnstraße wohnten u.a. stadtbekannt Kommunisten, wie die Wegners und der KPD-Stadtverordnete Peter Hasenberg; die Straße galt als ein „Kommunistenviertel“.

Für die damalige Justiz bezeichnenderweise wurden in einem späteren Prozeß im Dezember 1932 wegen der politischen Zusammenstöße in der Ollnstraße – immerhin gab es mehrere Verletzte – nicht die Nazis, die in der

Reichstagswahl am 6. November 1932 Wahlergebnisse der größeren Parteien im Kreis Pinneberg

	SPD	KPD	NSDAP	Z	DNVP	DVP	DStP	GsV	WP
Gesamt	16 284	9 337	31 326	486	5 911	1 334	1 022	912	147
Städte									
Barmstedt	663	333	1 423	21	294	72	42	90	1
Elmshorn	2 752	1 821	3 888	84	1 137	296	182	207	10
Pinneberg	1 587	1 211	2 660	80	482	186	58	51	8
Uetersen	1 480	573	2 037	28	269	45	48	130	6
Wedel	1 487	859	1 707	61	247	70	63	20	15
Gemeinden/Auswahl									
Tornesch-Esingen	364	158	839	8	87	29	46	6	5
Hainholz	284	239	262	2	41	9	9	11	—
Heidgraben	107	73	225	2	5	9	3	1	—
Kl. Nordende	197	221	266	6	37	7	9	7	—
Langeloh	594	286	442	5	98	16	18	15	—

Quelle: EN 7. 11. 1932

Die Sprengstoffanschläge in Schleswig-Holstein.



Eine Gruppe der 40 Angeklagten, die in Altona unter der Beschuldigung vor Gericht stehen, die zahlreichen Sprengstoffanschläge in der Provinz Schleswig-Holstein verübt zu haben.

Altona, den 8. November. Im weiteren Verlauf der Verhandlung kamen die Anschläge in Rendsburg, Wülfing und Altona zur Sprache. In Rendsburg flogen zwei Handgranaten in das Vorreitlokal der R.F.D. in der Ritterstraße, durch die Schützen angezündet wurde. Die Handgranaten soll der Angeklagte Rohweder geworfen haben, der aber nicht erschienen und vermutlich flüchtig ist. Der Sturmführer Blahn, Zollwachmeister in Rendsburg, gab den Befehl. Er befand sich, doch von den beteiligten Angeklagten nur Rohweder eingeweiht gewesen war. Die Angeklagten Karbe und Rathjen wollen von nichts gewußt haben, was Blahn bestritt. Rohweder erhielt bei diesem Anschlag eine schwere Verletzung. Er wurde zunächst bei einem Parteigenossen in Verborgnis untergebracht und später nach Westfalen geschafft. Sein jetziger Aufenthalt konnte bisher nicht ermittelt werden.

In Altona bei Hohenwestedt wurde am und im Hause des Reichsbannermanns Behr durch drei Handgranaten erheblicher Schaden verursacht. Wegen dieses Anfalles sind Schäfer, Egerich, Hils und Hornhöfer angeklagt. Hornhöfer ist flüchtig. Die übrigen drei sowie der Sturmführer, Diplomaltona: Straßmann, verweigern jede Aussage.

Der Anschlag in Altona erfolgte auf ein kommunistisches Lokal in der Konradstraße, wo aus einem Koffertagen zwei Handgranaten geworfen wurden, die jedoch nicht zur Explosion ge-

langen. Die Beschuldigten, Sturmführer Gostweit Brodman, Pöhl, von, Gaff und Kaujatz bestritten diese Tat. Nach der Anklage soll ein zweiter Anschlag auf den „Republikanischen Hof“ geplant gewesen sein, der angeblich nicht zur Ausführung kam, weil der Anschlag in der Konradstraße mißlungen war. Für diesen verübten Anschlag sind Sturmführer Waerter und SS-Mann Heinrich Claussen angeklagt. Beide bestritten diese Tat.

Der Dentist Westmann aus Hohn bei Rendsburg wird beschuldigt, Handgranaten und Sprengstoff in einem Koffertagen befördert zu haben. Westmann bestritt das auf das entschiedenste. Der Angeklagte, Sturmführer Blahn, gab zu, bei dem Angeklagten Karbe Sprengstoff vorübergehend abgeteilt zu haben. Darüber, woher der Sprengstoff stammt, verweigert Blahn die Aussage. Er betont aber, daß Karbe keine Abnung gehabt haben könnte, daß es sich um Sprengstoff (Stomper) handelte.

Die Weiterverhandlung erfolgt am Donnerstags. Waidmann beginnt die Zeugenvernehmung. In unserem gestrigen Verhandlungsbericht ist zu erwähnen, daß für den Anschlag in Elmshorn nicht die Angeklagten Pöhl, Leise, Harnwell und Hildebrand, sondern die Angeklagten Dörfeld, Ernst Thormählen, Heiler, Bengtson-Hainholz und Dürwald in Frage kommen. Bengtson und Dürwald befinden sich auf Meisen. Der Mittenaltdort ist unbekannt.

in Altona, Hohenwestedt und Rendsburg am 1. August 1932 und nicht zuletzt der Bombenanschlag der Nazis auf die Kieler Synagoge am 3. August 1932.¹⁴

Der antifaschistische Kampf vor dem 30. Januar 1933

1932 verstärkte die Arbeiterbewegung ihre Bemühungen, dem Faschismus Einhalt zu gebieten und den offenen und brutalen Terror der Faschisten abzuwehren. Gegen den Faschismus gab es verschiedene Abwehrorganisationen. Die Sozialdemokraten und Gewerkschaften – mit dem Reichsbanner –, Arbeitersportler und weitere Nazigegner hatten sich in der Eisernen Front zusammengeschlossen. Für den Schutz der SPD- und Gewerkschaftsversammlungen war die Schufu zuständig.

Die Kommunisten riefen Ende Mai 1932 zur Bildung der Antifaschistischen Aktion auf, die einen gemeinsamen Kampf von Sozialdemokraten und Kommunisten gegen den Faschismus organisieren sollte. Die Abwehrorganisation der KPD gegen den Faschismus, der Rotfrontkämpferbund (RFB), war seit 1929 verboten, es existierte jedoch ab 1930 der Kampfbund gegen den Faschismus.

Die Aussage Grezesch' im Sprengstoff-Attentatsprozeß.

Altona, den 7. November. Nach der Vernehmung mehrerer Angeklagten führte der Führer der Elmshorner SS., der Wärter Grezesch, folgendes aus:

Ich habe den Befehl zu den Anschlägen bekommen, von wem ich sage ich vorläufig nicht. Daraufhin habe ich den Befehl gegeben, mir bestimmte Leute herauszubringen, von denen ich wußte, daß sie durchaus zuverlässig und bereit seien, jeden Befehl auszuführen. Es waren etwa 30 junge Leute, die ich mit den Befehlen bekannt machte. In einem folgenden Vortrag führte ich u. a. aus, daß es für Mitglieder der Schutzstaffel kein Zurück mehr gebe, ich habe ihnen dann meine Pläne unterbreitet und die betreffenden Häuser in den Ortschaften Ellerhoop, Elmshorn, Barmstedt, Uetersen und Pinneberg bezeichnet. Die zur Ausführung der Anschläge erforderlichen Leute habe ich mir ausgesucht und ihnen dargetan, daß sie über die Vorgänge keine Angaben machen dürften. Sollten sie es dennoch tun, so wären sie Verräter, und was mit denen geschehe, wisse ja jeder von ihnen. Die Scharführer habe ich absichtlich von den Anschlägen ferngehalten.

Elmshorner Nachrichten vom 7. November 1932

Elmshorner Nachrichten vom 9. November 1932

Straße provozierten, sondern Anwohner und Gegendemonstranten, die von der KPD schnell zusammengetrommelt worden waren, angeklagt. Sechs Kommunisten wurden von dem Gericht zu Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis zu 1 Jahr verurteilt.¹³

Der Nazi-Terror im Kreis Pinneberg war nicht Ausnahme sondern Regel. Im ganzen damaligen Deutschen Reich standen – insbesondere während des Wahlkampfes zu den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 – Attentate und Überfälle von den Nazis auf Antifaschisten auf der Tagesordnung. Erwähnt werden soll in diesem Zusammenhang der Überfall mehrerer hundert Nazis aus ganz Schleswig-Holstein auf das Eckernförder Gewerkschaftshaus am 10. Juli 1932 – zwei Kollegen wurden erstochen, viele verletzt –, der „Altonaer Blutsonntag“ vom 17. Juli 1932 (18 Tote, 70 Verletzte), Bombenanschläge

Die Zusammenarbeit zwischen den Parteien SPD und KPD und dem Kampfbund gegen den Faschismus und der Eisernen Front wurde von vielen gewünscht und erstrebt, doch sie wurde vom Vorstand der SPD mit dem Hinweis auf die damalige „Sozialfaschismus“-These und die unmittelbare Orientierung der KPD auf die sozialistische Revolution abgelehnt. Der eigentliche Grund der Ablehnung war die völlig andere politische Orientierung der SPD in der Wirtschaftskrise: Orientierung eher auf nächste Wahlen als auf außerparlamentarische Massenaktionen (zum Beispiel nach dem Staatsstreich in Preußen), sowie der Antikommunismus. Als SPD und KPD ihre fehlerhaften Haltungen revidierten, war es bereits zu spät.

Auch im Kreis Pinneberg gab es nur vereinzelte Fälle von Zusammenarbeit. Die Elmshorner Nachrichten meldeten am 22. Juli 1932, zwei Tage nach dem Staatsstreich in Preußen: „Horst – Die SPD und KPD hielten heute abend in ‚Stadt Hamburg‘ eine gemeinsame Mitgliederversammlung ab, um über die Zusammenarbeit beider Parteien zu beschließen.“

Am 25. Juli berichtete dieselbe Zeitung: „Die Eisernen Front hielt gestern abend im ‚Carlstal‘ eine stark besuchte Wahlversammlung ab. Als Redner war der Reichstagsabgeordnete Kuttner – Berlin erschienen, der sich zur Hauptsache mit den Regierungsvorgängen in Preußen beschäftigte und die bisher von der SPD betriebene Politik verteidigte. Als Diskussionsredner traten auf Peter Hasenberg von der KPD und Busch von der SAP.“

Am 12. Dezember 1932 berichteten die Elmshorner Nachrichten über gemeinsame Patrouillengänge mit Kommunisten und Reichsbannerleuten in Halstenbek, um sich vor Nazi-Überfällen zu schützen. In Uetersen kam es mehrfach zu gemeinsamen Aktionen des Kampfbundes gegen den Faschismus und dem Reichsbanner beziehungsweise der Schufo, so zum Beispiel, nachdem die Nazis den jungen Achim Trede arg verprügelt hatten; oder anlässlich eines 600 Mann starken SS-Aufmarsches durch Uetersen, der aufgrund der Gegenaktionen abgebrochen werden mußte.

Als am 16. Januar 1931 in Pinneberg im Hotel „Stadt Hamburg“ (heute Cap Polonio) eine Kundgebung der NSDAP stattfinden sollte, vereinbarten Schufo und Kampfbund gemeinsames Vorgehen mit dem Ziel, die Veranstaltung umzufunktionieren und den Bürgermeister von Einfeld, Karl Feldmann (Reichsbanner), in der Diskussion sprechen zu lassen.¹⁵

Während der Veranstaltung lagen der Kampfbund und die Schufo in Alarmbereitschaft – zusätzlich hatte die Schufo Hilfe vom Hamburger Reichsbanner angefordert, 300 Mann waren mit den Konsumlastwagen nach Pinneberg gekommen und standen an der Ausfahrtstraße bereit, zur Not den Freunden zu Hilfe zu kommen. Die Veranstaltung wurde von der Schutzpolizei aufgelöst.

Der 20. Juli 1932 – Staatsstreich in Preußen, Absetzung der Braun-Severing-Regierung – und die Bombenattentate der Nazis im Kreis Pinneberg waren eine offene Kampfansage an alle Demokraten. Die Arbeiter waren bereit, auf diese Herausforderung mit Kampfmaßnahmen zu antworten. Auch die Eisernen Front war kampfbereit. Viktor Andersen, ehemals Schufo-Führer von Uetersen, berichtet:

„1932 – bei dieser Bombengeschichte lagen wir in Alarm, denn wir wußten, daß etwas passieren würde. Nach den Bombenanschlägen hatten wir vor, aktiv mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, wie Generalstreik und Besetzung der öffentlichen Gebäude, dem Naziterrorismus Widerstand entgegenzustellen.“

Hein Wilkens, Vorsitzender des Reichsbanners, kam mit einem Polizei-offizier zu mir und sagte: ‚Nee, laß man mit dem Alarm, das blas man ab, das bring ich in Ordnung.‘ So konnten wir nichts machen – unsere Leute waren wegen dieser Untätigkeit sehr mißmutig. 1932 hatten wir geschworen: ‚Deutsche Republik, wir alle schwören: Letzter Tropfen Blut soll dir gehören.‘ Wir standen hinter diesem Schwur. Daß nach 1933 viele unserer Leute durch die Nichtforderung der Eisernen Front und der Schufo keine Lust mehr hatten und die Flinte ins Korn warfen, kann ich verstehen.“

Das war genau wie bei der Braun-Severing-Absetzung. Das war für uns überhaupt keine Frage, daß darauf ein Generalstreik folgen würde. Wir waren alle bereit und warteten darauf. – Nichts, gar nichts. Später im KZ Fuhlsbüttel fragte mich ein SS-Mann, warum wir uns denn nicht gewehrt hätten. Ich war noch so vogelig und sagte: ‚Ja, meine Schuld ist das nicht.‘ Da stellte er sich mit der Hacke vorne auf meine Zehe und sagte: ‚Das haben wir damals bei euch mit der Absetzung der Braun-Severing-Regierung gemacht, wir haben euch mal auf den Fuß getreten, um zu sehen, wie ihr darauf reagiert. Als ihr nicht reagiertet, da wußten wir, daß wir gewonnen hatten!‘ – Da hatte er gar nicht so Unrecht mit. Gleich nach der Machtübergabe war der Bezirksleiter des Reichsbanners, Fritz Hansen, bei mir zu Gast. Wir saßen fast die ganze Nacht zusammen und unterhielten uns über die politische Entwicklung. Das weiß ich noch wie heute. Ich fragte ihn: ‚Fritz, was hat sich nun eigentlich die Führung dabei gedacht, daß sie uns so hat sitzen lassen?‘ ‚Ja weißt du, man war sich darüber klar, daß das die Arbeiterschaft zu viele Opfer gekostet hätte!‘ Daraufhin fragte ich: ‚Du Fritz, glaubst du, daß das, was jetzt passiert, die Arbeiterschaft weniger Opfer kosten wird?‘ – ‚Ja, das weiß man nicht, das muß uns die Zukunft lehren.‘

Ich hätte Fritz zu gerne mal wiedergetroffen und gefragt: ‚So, was sagst du jetzt?‘“

Machtübergabe an die Nazis im Spiegel der Lokalpresse

Der Faschismus in Deutschland kam nicht über Nacht. Jene Kräfte, die der Nazi-Partei zur Macht verhalfen, können benannt werden. Dazu genügt der Blick in die damalige Lokalpresse – zum Beispiel in die Elmshorner Nachrichten. So berichteten die Elmshorner Nachrichten am 20. Juli 1932 und in den folgenden Tagen in großer Aufmachung über den Staatsstreich der Reichsregierung in Preußen und die Absetzung aller preußischen Minister durch den Reichskanzler Franz von Papen. Die Leser wurden sowohl über das Verbot der Aufforderung zum Generalstreik informiert, über zahlreiche Entlassungen von demokratischen, republikanischen Beamten als auch über

Elmshorner Nachrichten

„Pinneberger Kreisblatt“

82. Jahrgang. Sonnabend (Sonntagsausgabe), den 5. November 1932. Nr. 261.

Für Deutschlands Freiheit! Für unserer Kinder Zukunft! Wählt rechts! Wählt national!

Des Kanzlers letzter Mahnruf.

Nationale Einigkeit, gemeinsame Zukunft ist unser Ziel.

Die nationale Kompensation.

Kurze wichtige Nachrichten.

Elmshorner Nachrichten

„Pinneberger Kreisblatt“

82. Jahrgang. Sonnabend (Sonntagsausgabe), den 7. Januar 1933. Nr. 6.

Gemeinsame Erklärung Hitlers und Papens.

Reichstagswahl am 17. Januar. — Der Reichstagswahl beim Kanzler. — Der Reichstagswahl bei Reichstagswahl.

Die Besprechung in Köln. — Eine gemeinsame Erklärung Papens und Hitlers.

Kurze wichtige Nachrichten.

Die Unterredung Braun-Schleifers.

Reaktionäre Kräfte zerstörten die Weimarer Republik

die systematische Durchsetzung des preußischen Beamtenapparates mit Deutschnationalen und Nazis.

Schlagzeile der Elmshorner Nachrichten am 26. Juli 1932: „Preußenbeamte dürfen wieder Nationalsozialisten sein.“

Der damalige Reichskanzler Franz von Papen war Monarchist und forderte bereits vor seiner Ernennung durch den Reichspräsidenten Hindenburg öffentlich die Einbeziehung von Deutschnationalen und Nazis in die Regie-

rungsverantwortlichkeit. Sein Kabinett wurde aufgrund seiner Zusammensetzung im Volksmund nur „Kabinett der Barone“ genannt – so äußerte zum Beispiel der bayerische Ministerpräsident, daß das neue Kabinett den Eindruck machte, „als ob das deutsche Volk aus Großagrariern, Schwerindustriellen und Intelligenzschulzen bestände“.¹⁶

Franz von Papen löste als eine seiner ersten Regierungsmaßnahmen den Reichstag auf, hob die SA- und SS-Verbote auf und verhängte über das sozialdemokratisch-liberal regierte Land Preußen den Ausnahmezustand. Diese Maßnahmen wurden in Absprache mit der NSDAP vorgenommen. Goebbels schreibt anlässlich des Staatsstreiches in sein Tagebuch: „Alles rollt programmäßig ab.“ Zwei Tage nach dem Staatsstreich notiert er: „Liste aufgestellt, was an Kropfzeug in Preußen alles beseitigt werden muß.“¹⁷ Entsprechend dieser Liste wurden über hundert hohe politische Beamte in Preußen in den einstweiligen Ruhestand versetzt beziehungsweise zwangsbeurlaubt, darunter der Oberpräsident von Schleswig-Holstein, Kürbis, der Schleswiger Regierungspräsident Grimpe und die Polizeipräsidenten von Kiel und Altona, Dietrich und Eggerstedt.¹⁸

Diese hohen Beamtenstellen wurden mit der Papen-Regierung genehmen Leuten ersetzt – Deutschnationale und Nazis; so wurde Graf zu Rantzau zum Kieler Polizeipräsidenten ernannt (er blieb es auch zur Nazizeit), Rudolf Diels, der spätere Gestapo-Chef, zum Oberregierungsrat.

Im September 1932 erfahren die Leser der Elmshorner Nachrichten, daß Kanzler Papen für Verständigung mit der NSDAP eintritt. „Kanzler Papen erkennt die großen Verdienste der NSDAP an. Zentrum sucht Verständigung mit der NSDAP. Der Reichskanzler gibt dem deutschen Parlamentarismus den Gnadenstoß.“¹⁹ Mit diesen Maßnahmen einher gehen zahlreiche Verbote demokratischer Zeitungen und Behinderung der Aufklärungsarbeit antifaschistischer Organisationen: Das Reichsbanner in Berlin für vier Wochen verboten – eine von vielen ähnlichen Meldungen der Elmshorner Nachrichten im Herbst 1932.²⁰

Selbst die Unterstützung der NSDAP durch die Industrie spielte sich teilweise vor den Augen der Öffentlichkeit ab. Elmshorner Nachrichten am 24. Oktober: „Hitler bei Thyssen“. Im November berichtet die Zeitung über Aufrufe von Vögler (Vereinigter Stahlwerke) und Allmers (Reichsverband der Automobilindustrie) für eine Übernahme der politischen Macht durch die „Harzburger Front“.²¹ In der Harzburger Front hatten sich am 11. und 12. Oktober 1931 Führer der NSDAP, der DNVP, des Stahlhelms, des Alldeutschen Verbandes und Vertreter der Banken, der großen Konzerne, des Großgrundbesitzers und des Militärs zusammengeschlossen, um gemeinsam die Weimarer Republik zu zerstören und durch eine von ihnen geführte Diktatur zu ersetzen. Der hohe Verlust bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 für die NSDAP von fast zwei Millionen Stimmen erschien den Kräften der Harzburger Front bedrohlich. Sie entschlossen sich zum Eingreifen zugunsten der NSDAP.

Ein Beleg dafür findet sich in der eidesstattlichen Erklärung des Bankiers Kurt von Schröder über ein Treffen Hitlers und Papens in seiner Villa am 4.

Januar 1933: „Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend... Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt.“²² Die Elmshorner Nachrichten berichteten am 5. Januar 1933 auf der ersten Seite über dieses Treffen.

Diese wenigen Beispiele machen deutlich, daß den Nazis im Laufe des Jahres 1932 systematisch politische Macht zugeschoben wurde – durch die Reichsregierung, durch den Reichspräsidenten Hindenburg, der in der SA „alte Kameraden“ sah, bereitwillig den Abbau des letzten Restes der Demokratie betrieb und schließlich auch Hitler zum Reichskanzler und Papen zu dessen Stellvertreter ernannte; und nicht zuletzt durch die Industrie, die ihre wirtschaftliche Macht zu politischen Zwecken mißbrauchte, der NSDAP hohe Geldbeträge zuschob und durch zahlreiche Eingaben Druck auf die Reichsregierung und den Reichspräsidenten ausübte.

Diese reaktionären Kräfte haben sich in jeder Hinsicht als Wenbereiter des Faschismus erwiesen, sie tragen die politische Verantwortung für die Zerstörung der Weimarer Republik und den Faschismus mit allen seinen Konsequenzen.

II. Die Nazis an der Macht 1933

Die politische Entwicklung nach dem 30. Januar 1933

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Der Faschismus war in Deutschland an die Macht gekommen. Sofort setzte in ganz Deutschland eine immer stärker werdende Welle des Terrors gegen die politischen Gegner des Faschismus und gegen die jüdische Bevölkerung ein. Schon im Februar, noch vor dem Reichstagsbrand, wurden vielerorts SA, SS und Stahlhelm zur Hilfspolizei erklärt – Leute, die als größte Schläger und Terroristen im Lande bekannt waren.

In Pinneberg wurde Anfang März SA zur Hilfspolizei ernannt, in den anderen Städten des Kreises Pinneberg im Laufe des Monats März. In Uetersen wurden Ende März 12 SA- und SS-Angehörige von Polizeioberleutnant Schwieger aus Pinneberg als Hilfspolizisten vereidigt.

Bericht vom Terror der SA und SS in Elmshorn:¹ „An jedem Dienstag kamen in Elmshorn im Cafe Koch in der Norderstraße die Schläger von SA und SS zusammen und wurden sich darüber einig, wen sie holen und verprü-

geln wollten. Sie holten dann die Person, fuhren mit ihr zum Außendeich und verprügelten sie. Anschließend fuhren sie mit der entsprechenden Person zum Polizeiarzt Göttsche in der Kirchenstraße zur Untersuchung. – Dieser Göttsche konnte sich nach 1945 an nichts mehr erinnern. – Helmuth Voss hatten sie furchtbar verprügelt und auch Josef Klein von der SPD. Josef Klein wurde bei der Krankenkasse, wo er arbeitete, rausgeworfen.“

Der von den Nazis in der Nacht vom 27./28. Februar inszenierte Reichstagsbrand wurde von den Machthabern genutzt, um tausende Hitlergegner zu verhaften und den Terror zu steigern. Dieser Reichstagsbrand war auch Vorwand für den Erlaß der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ des Reichspräsidenten Hindenburg. Weitere Notverordnungen und Sondergesetze folgten, so das Ermächtigungsgesetz vom 23. März, das weitere Artikel der Weimarer Verfassung außer Kraft setzte und die Hitler-Regierung ermächtigte, Gesetze auch ohne den Reichstag zu erlassen, so das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April, das über Nazi-gegner und jüdische Bürger Berufsverbot verhängte, so die Errichtung der Gestapo Ende April, usw.. Diese vielen Gesetze und Verordnungen aus den ersten Monaten des Jahres 1933 verfolgten alle den Zweck, den Terror und die Gewalttaten der Nazis zu legalisieren.

Die Maßnahmen der Reichsregierung hatten konkrete Auswirkungen im Kreis Pinneberg: so wurden aufgrund des Berufsverbote-Gesetzes zahlreiche Beamte, Arbeiter und Angestellte des Öffentlichen Dienstes entlassen. So ist bekannt, daß aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ in Uetersen 13 Personen, die im Dienste der Stadt standen, entlassen und Dienstbezüge gekürzt wurden. Dem Polizeihauptwachtmeister Wilhelm Lüdemann, seit dem 1. Juni 1932 im Ruhestand, wurde das Ruhegehalt um 1/4 gekürzt; Bürgermeister Wellenbrink, zunächst als Bürgermeister beurlaubt, wurde in den Ruhestand versetzt.²

In Elmshorn warfen die Nazis leitenden Beamten der Stadtverwaltung Korruption vor und rechtfertigten damit die Entlassungen. So heißt es in dem Bericht der Stadtverwaltung Elmshorn³ für das Jahr 1933:

„Nach der Machtübernahme durch den nationalsozialistischen Staat ergab sich als erste notwendige Maßnahme die Vornahme von Personalveränderungen. Nähere Untersuchungen dieser Angelegenheit ergab, daß der Beamtenkörper schlechthin gesagt einerseits mit stark verknöcherten oder politisch unzuverlässigen Beamten besetzt war und daß andererseits kriminell behaftete festgestellt werden mußten. Wollte man nun im nationalsozialistischen Sinne einwandfreies Arbeiten der Verwaltung erreichen, mußten aus dem Beamtenkörper zunächst alle Elemente entfernt werden, die der Aufbauarbeit hindernd im Wege standen und denen man daher das Vertrauen nicht entgegenbringen konnte.“

Sechs leitende Beamte der Verwaltung sowie die beiden Leiter der Spar- und Leihkasse wurden wegen „Bestechung“, „Unterschlagung“ und „Untreue“ entlassen und vor Gericht gestellt.

Aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ entließen die Nazis: den Polizeikommissar von Elmshorn, drei Polizei-Haupt-

wachtmeister, einen Polizeiasistenten sowie zwölf Arbeiter, Angestellte und Beamte aus anderen Dienststellen der Stadtverwaltung.

In dem bereits erwähnten Verwaltungsbericht heißt es: „Die bei Durchsetzung dieser Maßnahme freigewordenen Stellen wurden mit neuen Kräften – durchweg Angehörigen der nationalsozialistischen Bewegung – besetzt, wodurch die Durchsetzung des Beamtenkörpers mit Nationalsozialisten vollzogen wurde.“

Ein Beispiel für die Anwendung des Berufsverboteerlasses in Barmstedt: Der Rektor der Knabenschule in Barmstedt, Wilhelm Franke, ein Sozialdemokrat, machte aus seiner antifaschistischen und pazifistischen Einstellung nie einen Hehl. Er wurde von SA und SS in seiner Wohnung verhaftet, ihm ein Schild „Ich bin ein Novemberverbrecher“ um den Hals gehängt, zeitweilig in „Schutzhaft“ genommen und vom Dienst suspendiert.⁴

Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 erbrachte der NSDAP trotz des Naziterrors nicht die angestrebte absolute Mehrheit im Reichstag. Auf die KPD entfielen noch 81 Mandate, auf die SPD 120 Mandate. Erst die gesetzwidrige Streichung der kommunistischen Mandate durch die Reichsregierung, die Verhaftung des Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann, sowie zahlreicher weiterer Abgeordneter der KPD und der SPD erbrachte der Nazi-Partei die absolute Mehrheit für weitere geplante Sondergesetze.

In einem Funkspruch des preußischen Innenministers an alle preußischen Regierungspräsidenten vom 11. März 1933 heißt es: „Gewählte komm. Reichs- und Landtagsabgeordnete nach Annahme der Wahl festnehmen. Mit Sammeltransport dem Pol. Präs. Berlin zuführen. Namen sofort von Kreiswahlleitern erfragen. Für lückenlose Durchführung der Anordnung sorgen. Liste der voraussichtlichen Abgeordneten folgt mit Schnellbrief.“

Vier Tage später erreichte ein weiteres Telegramm den Regierungspräsidenten in Schleswig: „Nachtrag zum Funkspruch vom 11.3.33. Sämtl. Kommunisten, die auf Reichs- und Landtagswahlvorschlägen stehen festnehmen...“⁵

Nach den März-Wahlen begannen die Nazis, nicht nur sämtliche fortschrittliche Organisationen und Parteien zu unterdrücken und zu zerschlagen, sondern auch jedes von der NSDAP unabhängig arbeitende Gremium gleichzuschalten, d.h. die totale Kontrolle auszuüben. Das galt z.B. sowohl für die Maler- und Schlachterinnung als auch für den Bauernverband, den Kriegerverein, die Feuerwehr, den Sport- und den Hausfrauenverein. Die Gleichschaltung geschah meist ohne direkten Druck durch die Kreisleitung der NSDAP. Mitgliederversammlungen wählten Nazis in ihre Vorstände und unterstellten ihre Organisationen entsprechenden der Nazis.

Antifaschistischen und demokratischen Vereinen und Verbänden, z.B. der Arbeitersport- und Kulturbewegung, wurde von den Nazis zunächst die Weiterarbeit durch Beschlagnahme von Turngeräten, Musikinstrumenten, Liederbüchern und Fahrrädern erschwert – so meldeten die Elmshorner Nachrichten am 20. April das Verbot der Benutzung städtischer Turnhallen für die „marxistischen“ Sportvereine. Ab Ende April 1933 wurden diese Vereine verboten – gleichzeitig meldeten die Elmshorner Nachrichten die

„Gleichschaltung der Sportvereine“ – SS-Führer Wilhelm Grezesch, noch im November 1932 wegen terroristischer Anschläge zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde im Juni 1933 1. Vorsitzender der Freien Turnerschaft Elmshorn.⁶

Am 2. Mai 1933 wurden in Deutschland von SA und SS die Gewerkschaftshäuser besetzt, zahlreiche Gewerkschaftsführer verhaftet und die

Der Landrat
des Kreises Plön

Dinneberg, den 12. Mai 1933

AMN: L. I. 305.

REGIERUNG SCHLESWIG

14. 5. 1933

Anl. 1

An den Herrn Regierungspräsidenten

in Schleswig

Verfahren: 10-13 Uhr

Geruf: 8

Samstagsnummer 2081

Geißüberweisungen

an die Kreispolizei zu Dinneberg,

Rente C 24 V,

Postfach: Hamburg 11225

Betreff: Sicherstellung eines Holzschrankes pp. des früheren Gesangsvereins "Frohsinn" in Barmstedt.

Besug:

Anlagen: 1

In dem ehemaligen Vereinslokal des früheren Gesangsvereins "Frohsinn" in Barmstedt, der s.Zt. der Auflösung verfallen ist, ist von der Ortspolizeibehörde in Barmstedt ein Holzschrank mit der Vereinsfahne und anderen Gegenständen (siehe Abschätzungsverhandlung) sichergestellt worden. Die angegebenen Gegenstände wurden s.Zt. nach der Machtübernahme beschlagnahmt. Der Abtransport war bisher unterblieben. Der fragliche Schrank ist vorläufig in der Garage des Rathauses in Barmstedt untergebracht worden.

Der Bürgermeister der Stadt Barmstedt ist bereit, den fraglichen Schrank gegen einen Kaufpreis von 30,-- RM zu erwerben. Ich bitte um Genehmigung der Abschätzungsverhandlung und Freigabe für den Verkauf des Holzschrankes an die Stadtverwaltung in Barmstedt. Die als wertlos bezeichneten Gegenstände werden zweckmäßig zu vernichten sein. Die Geheime Staatspolizei in Kiel hat an diesen Gegenständen kein Interesse.

In Vertretung:

Kreisoberinspektor.

Der Bürgermeister der Stadt Barmstedt hat Interesse an einem beschlagnahmten Schrank. (LASH 309-22720 I)

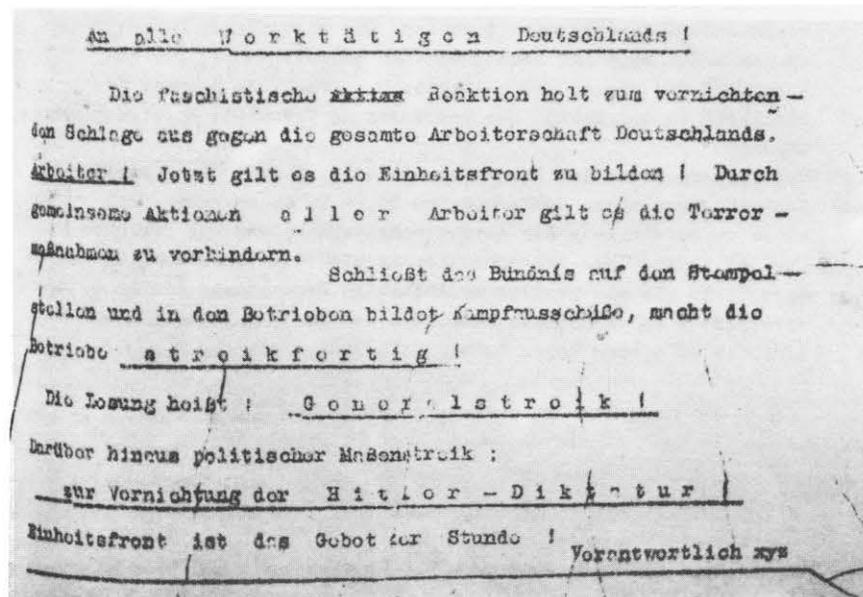
Freien Gewerkschaften zerschlagen. Ende Juni erfolgte das Verbot der SPD. Die Arbeiterparteien und -organisationen waren jetzt „illegal“, ihre Funktionäre und Mitglieder den Verfolgungen der Faschisten ausgesetzt. Zur gleichen Zeit lösten sich die bürgerlichen Parteien – zum Teil unter dem Druck der Nazis – selbst auf. Im Juli 1933 gab es schon über 40.000 politische Gefangene in Deutschland.

Am 10. Mai 1933 verbrannten die Nazis in Berlin und vielen anderen Städten Bücher von demokratischen, humanistischen, jüdischen und sozialistischen Autoren. Auch in Städten des Kreises Pinneberg wie z.B. in Elmshorn und Uetersen kam es zu Bücherverbrennungen. Zu den verbotenen und „verbrannten“ Autoren aus Schleswig-Holstein zählten u.a. Thomas und Heinrich Mann aus Lübeck.

Generalstreik der Arbeiter in Elmshorn

Die Arbeiterparteien und Gewerkschaften wären in der Lage gewesen, dem Faschismus Einhalt zu gebieten, wenn sie sich nur einig gewesen wären. Beim Kapp-Putsch 1920 konnte die Republik durch den Generalstreik gerettet werden.

Doch die Arbeiterbewegung war gespalten, und trotz vielfacher Bereitschaft wurde ein gemeinsamer Kampf nicht geführt. Insgesamt gilt das auch für den Kreis Pinneberg, obwohl hier die Bereitschaft und der Wunsch zum gemeinsamen Handeln sowohl bei der SPD als auch bei der KPD und den Gewerkschaften sehr stark vorhanden war.



Zu einer großen gemeinsamen Aktion von Sozialdemokraten und Kommunisten kam es in Elmshorn am 10. Februar 1933.⁷ Der Gewerkschaftssekretär Karl Dreyer war von einem Nazi-Trupp überfallen und brutal zusammengeschlagen worden. Daraufhin wurde das Ortskartell der Gewerkschaft zusammengerufen und SPD, SAP und KPD waren sich einig, jetzt gemeinsam etwas zu unternehmen. Es wurde beschlossen, am 10. Februar in Elmshorn eine große Demonstration gegen den Faschismus durchzuführen. Diese Demonstration sollte zum Teil noch während der Arbeitszeit stattfinden und die Arbeiter von den Betrieben geschlossen zum Sammelplatz für die Demonstration marschieren.

An der Demonstration beteiligten sich etwa 3.500 Menschen – bei 17.000 Einwohnern Elmshorns eine ganze Menge. Einige Geschäfte hatten geschlossen. Zum Abschluß sprachen Peter Hasenberg (KPD) und Heinrich Hauschild (SPD) zu den Demonstranten.

Hermann Göck, Teilnehmer an der Demonstration, berichtet: „Beeindruckend war die ausstrahlende Kraft, das gemeinsame Spiel von Arbeiterkampfliedern der Schalmeienkapelle von uns und des Spielmannszuges des Reichsbanners.“

Das Pinneberger Tageblatt schrieb über diese Demonstration: „Ein Demonstrationsszug der SPD und KPD gegen den Faschismus fand gestern nachmittag gegen 4 Uhr durch die Straßen Elmshorns statt. Es mögen etwa 3.000 Personen daran teilgenommen haben. Die Betriebe der Stadt wurden zu

Aus Stadt und Land

Uetersen, 20. Februar.

Die Hoffstandsarbeiten im Bezirk des Landesamtes Nordmark

Die Zahl der bei Hoffstandsarbeiten beschäftigten Personen ist seit Februar vorigen Jahres ständig im Steigen begriffen. Zu Beginn des Jahres 1932 waren insgesamt nur 40 Personen tätig. Ende Januar 1933 wurden bereits 186 Hoffstandsarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung, Kräfte- und öffentliche Fürsorge gezählt. Nachdem im Februar ein leichtes Abflauen auf 165 zu verzeichnen war, ist seit dieser Zeit ein erfreulicher Aufschwung eingetreten. Es wurden beschäftigt im März 355, im April 693, im Mai 892, im Juni 1147, im Juli 1388, im August 1860, im September 3730, im Oktober 4260, im November 4394, im Dezember 3651.

Zurzeit werden 257 Maßnahmen durchgeführt, und zwar 146 Nationalitäten, Aufzugregulierungsarbeiten und Hochwassererschüttenanlagen, 4 werdende Anlagen, wie Stauffenmündung, Gasfermentierung und Ähnliches, 24 Straßenbauten, 23 Tiefbauarbeiten. Für diese laufenden Arbeiten sind bislang 325.571 Arbeitslosen-tageerwerbe abgeleistet. Die drängendsten Gesamtlösungen belaufen sich auf etwa 13,7 Millionen Mark. Weiter den 257 Maßnahmen laufen zurzeit weitere 43 Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung, für die etwa 7,9 Millionen Mark veranschlagt sind.

10 Reichstags- und 12 Landtagswahlvorschläge in Schleswig-Holstein

Im Wählermatrikulationsbuch zu Schleswig trat am Freitag-

kamen, keine Besserung gefunden. Aus dem ganzen Reich werden leichte Schneefälle und Frost gemeldet. Nach den letzten Meldungen des amtlichen Wetterdienstes ist in den nächsten Tagen mit einer Verringerung der Wetterlage wohl kaum zu rechnen.

Q. Eine politische Kundgebung veranstalteten gestern nachmittag gemeinsam die Kommunisten und Sozialdemokraten aus Uetersen und Umgegend. Sie unternehmen in einer Stärke von rund 750 Personen, darunter auch Frauen und Kinder, einen Umarmzug durch die Stadt, der am Buttermarkt endete, wo eine kurze Ansprache gehalten wurde. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen.

Q. Öffentlicher Vortrag des Lauenburgerbundes, e. V. Hierzu wird uns folgendes geschrieben: Da der am Dienstagabend bei W. Marg stattfindende Vortrag für das Eindringen in das Volkswissen von größter Bedeutung ist, wird es jedem empfohlen, diese Veranstaltung nicht zu veräumen. (Siehe Anzeiger).

Elmshorn. Der Bahnhofsschlag der NSDAP zu den Stadtratsmitgliedern bringt an erster Stelle den Ortsgruppenleiter Max Wöhr, an zweiter Stelle den stellvertretenden Ortsgruppenleiter Dr. Möhrer.

Von P. Fiegen, Neufeldstraße, wurden am 20. Mai 1932 zwei junge Stiere beringt. Jetzt ist bei demselben die Nachricht eingegangen, daß eines der Tiere im Juli in Eulenberg (Holland) erkrankt aufgefunden wurde; der zweite Bogen wurde am 25. 12. 32 in Draumare (Irland) tot aufgefunden.

Freie. Aus Sachreisen wird mitgeteilt, daß auch in der Heider Gegend an die Stelle des in den letzten Jahren unrentablen Weidewerks der ertragreichere Kornanbau treten soll. Man will umfangreiche Weiden umpflügen und man rechnet damit, daß rund 1000 Hektar in Schleswig-Holstein dieses Jahr mehr unter

Uetersener Nachrichten vom 20. Februar 1933

dieser Zeit geschlossen. Abends fand eine Versammlung in Karlstal statt. Zu Unruhen ist es nirgends gekommen.“

Weitere Beispiele für gemeinsames Handeln: Am 18. Februar meldete das Pinneberger Tageblatt, daß „Sozialdemokraten gemeinsam mit Kommunisten gestern Abend einen Demonstrationsumzug durch die Straßen der Stadt Pinneberg veranstalteten. Der Zug versammelte sich um 7 Uhr in der Koppelstraße und marschierte dann unter Vorantritt von zwei Musikkapellen und zwei Spielmannszügen durch sämtliche Stadtteile. Die Teilnehmerzahl wurde auf 6-700 Personen geschätzt.“

Am 20. Februar berichteten die Uetersener Nachrichten von einer Demonstration von Kommunisten und Sozialdemokraten in Uetersen mit 750 Teilnehmern. Etliche Antifaschisten des Kreises Pinneberg vertreten mit einem gewissen Stolz die Meinung, daß die Nazis niemals an die Macht gekommen wären, wenn die Arbeiterbewegung überall in Deutschland so stark gewesen wäre wie im Kreis Pinneberg.

Politischer Mord in Quickborn

Unter Führung des Rittmeisters a.D. Ballauf wurden Anfang März 1933 bewaffnete Nazitrupps zusammengestellt, um die in Quickborn und in der Quickborner Heide links orientierte Bevölkerung zu terrorisieren.⁸

Eine solche bewaffnete Streife beobachtete in der Nacht vor der Reichstagswahl am 5. März 1933 das Haus des Quickborner KPD-Vorsitzenden Julius Stubbe. Als sich gegen 2.30 Uhr mehrere Personen dem Haus von Stubbe näherten, rief die Streife ihnen zu: „Halt, Hände hoch!“ und schoß sofort den Fliehenden nach. Dabei wurde das 19jährige KPD-Mitglied Paul Warnecke aus Quickborn erschossen – er war unbewaffnet.⁹ Der Mörder war der Beamte der Hamburger Wach- und Schließgesellschaft, Gustav Jeske aus Quickborn.

Trotz eindeutiger Beweise wurde ein Ermittlungsverfahren gegen Gustav Jeske und seine Kumpane bereits am 3. April 1933 eingestellt – einen Prozeß gegen den Mörder hat es nie gegeben.¹⁰ Wenige Stunden nach dem Mord wurde auf Veranlassung des Landrats des Kreises Pinneberg, Duvigneau, der KPD-Vorsitzende Julius Stubbe verhaftet: ihm wurde vorgeworfen, „bewaffnete Häuserschutzstaffeln der KPD in Quickborn eingerichtet zu haben“.¹¹ Bei der Durchsuchung seines Hauses wurden weder illegale Schriften noch Waffen oder Munition gefunden. Er wurde im Januar 1934 vom Berliner Kammergericht „wegen hochverräterischer Umtriebe“ zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, sein mitangeklagter Parteifreund aus Quickborner Heide, A. Hünemörder, zu 9 Monaten Gefängnis.¹²

Der Landrat des Kreises Pinneberg, Duvigneau, schreibt in einem Bericht vom 5. März 1933 an den Regierungspräsidenten:¹³ „Wenn es überhaupt angebracht ist, über diesen Vorfall eine Pressenotiz zu bringen, so schlage ich vor, nur zu schreiben: ‘Bei einem nächtlichen Zusammenstoß zwischen einer Streife des Quickborner Haus- und Werkschutzes und einer Streife der kom-

munistischen Häuserschutzstaffel in Quickborn wurde ein Kommunist getötet.’“

Die Wahlen vom 5. und 12. März im Kreis Pinneberg

Die Nazis hatten bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 trotz des Terrors nach dem Reichstagsbrand, trotz der Wahlkampfbehinderungen bis hin zum Wahlkampfverbot für SPD und KPD, trotz der Unterdrückung der fortschrittlichen Presse, im Kreis Pinneberg gegenüber dem Gesamtergebnis schlecht abgeschnitten. In Wedel konnten SPD und KPD gemeinsam mehr Stimmen verbuchen als die NSDAP, in Elmshorn hatte die NSDAP nur einen leichten Vorsprung vor SPD und KPD. In den Gemeinden Langeloh und Heidgraben bei Elmshorn erhielt allein die SPD mehr Stimmen als die NSDAP, und auch die KPD hatte gute Ergebnisse, bis zu fünfundzwanzig Prozent aller Wählerstimmen, aufzuweisen.

Die NSDAP gewann insbesondere auf Kosten konservativ-liberaler Parteien Stimmen, ihre Hochburgen waren die Stadt Barmstedt, die ebenfalls mittelständisch geprägte Großgemeinde Quickborn (etwa sechzig Prozent für die NSDAP) sowie die Landgebiete des Kreises Pinneberg. Hier sind Wahlergebnisse um achtzig Prozent für die NSDAP – wie zum Beispiel in Haseldorf und Bilsen – keine Seltenheit.¹⁴

Den Reichstagswahlen vom 5. März folgten am 12. März Wahlen zum Land- und Kreistag sowie Kommunalwahlen. Sowohl im Land- und im Kreistag als auch in den meisten Städten und Gemeinden des Kreises Pinneberg erhielt die NSDAP die absolute Mehrheit der Sitze. Dennoch kann nachgewiesen werden, daß die traditionellen SPD- und KPD-Wähler ihren Parteien treu blieben – trotz des Terrors der Nazis gegen die beiden Arbeiterparteien, trotz Diffamierungskampagne und Wahlkampfverbots.

Zwei Pressemitteilungen aus den Tagen vor den Wahlen:¹⁵

28. Februar 1933: Verbot der Verteilung von SPD- und KPD-Flugschriften in Uetersen.

2. März 1933: Bei Haussuchungen in Elmshorn wurden Zeitungen der KPD, „Die illustrierte rote Nordmark“, beschlagnahmt, die verteilt werden sollten. In der Volksbuchhandlung in der Königstraße in Elmshorn wurden Exemplare der sozialdemokratischen „Volkswacht“ beschlagnahmt – eine Ersatzzeitung für die verbotene Schleswig-Holsteinische Volkszeitung.

Die bürgerlichen Kräfte verzichteten insbesondere bei den Kommunalwahlen in mehreren Städten und Gemeinden auf Alternativen zur NSDAP oder schlossen sich NSDAP-dominierten Wählervereinigungen wie „Nationaler Zusammenschluß“ oder „Nationaler Aufbau“ an. Zum Beispiel kandidierten in Uetersen für die Stadtvertretung neben SPD, KPD und „Nationaler Zusammenschluß“ keine weiteren Parteien oder Vereinigungen. Die Liste des „Volksdienstes“ in Uetersen, angeführt von Maschinenbaumeister Andreas Möller und Stadtinspektor Carsten Hansen, widerrief vier Tage vor den Kommunalwahlen die eigene Liste und rief zur Wahl des „Nationalen Zusammenschlusses“ NSDAP auf.

Wahlen für die Gemeindevertretungen am 12. März 1933 / Beispiele

Gemeindevertretung	Stimmen	Sitze
Gemeindevertretung Quickborn		
Nationale Einheitsliste	1 366	10
SPD	251	1
KPD	148	1
Parteilose Arbeiter	31	—
Gemeindevertretung Heidgraben		
Bürgerliche Einheitsliste	218	4
SPD	131	2
KPD	41	—
Gemeindevertretung Tornesch		
Nationale Einheitsliste	1 113	10
SPD	327	2
KPD	58	—
Gemeindevertretung Halstenbek		
NSDAP	631	6
SPD	133	1
KPD	35	—
Heimat und Arbeit	169	1
Liste Schrum	502	4
Gemeindevertretung Schenefeld		
Nationale Einheit	682	6
SPD	344	3
KPD	110	—

Quelle: PT 13. 3. 1933 ff.

Wahlergebnisse vom 12. März 1933

Landtag	Partei	Stimmen	Sitze
NSDAP		457 857	32
SPD		186 533	14
KPD		65 411	5
SWR (Kampffront Schwarz-Weiß-Rot)		97 894	7
Volkswohl		9 925	—
Sozialistische Kampf-gemeinschaft		564	—
Christlich-Nationaler Block		4 242	—
Deutsche Staatspartei u. Zentrum		12 057	—

Reichstagswahl am 5. März 1933 Wahlergebnisse der größeren Parteien im Kreis Pinneberg

	SPD	KPD	NSDAP	Z	DNVP	DVP	CsV	DStP	DBP	SK
Gesamt	15 904	8 308	38 509	501	5 986	923	950	667	21	15
Städte										
Barmstedt	542	303	1 610	17	353	22	131	23	1	—
Elmshorn	2 714	1 819	4 919	85	1 041	230	200	124	6	2
Pinneberg	1 495	1 151	3 448	85	502	73	54	42	1	2
Uetersen	1 476	479	2 363	22	259	37	112	16	1	2
Wedel	1 452	721	2 097	80	258	53	26	33	1	—
Gemeinden/Auswahl										
Tornesch-Eisingen	397	108	975	9	109	25	13	37	1	1
Hainholz	278	222	319	4	39	13	14	3	—	—
Heidgraben	114	58	244	3	9	4	—	8	—	—
Kl. Nordende	205	226	338	5	24	3	11	7	—	—
Langelöhe	589	276	544	1	112	16	19	8	—	—

DBP = Deutsche Bauernpartei
SK = Sozialistische Kampf-gemeinschaft

Quelle: PT 6. 3. 1933

Kreistag		
Partei	Stimmen	Sitze
NSDAP	35 302	16
SPD	14 943	7
KPD	5 599	3
SWR (Kampffront Schwarz-Weiß-Rot)	5 730	3
Deutsche Staatspartei	729	—
SK	58	—
Nationalblock	967	—

Stadtvertretungen

	NSDAP	SPD	KPD	DNVP	Sonstige
Barmstedt	6	2	1	—	—
Elmshorn	9	6	2	2	—
Pinneberg	13	5	3	—	—
Uetersen	11	6	1	—	—
Wedel	7	6	2	—	—

Quelle: PT 13. 3. 1933 ff.

In einem Artikel der Uetersener Nachrichten vom 8. März 1933 heißt es dazu: „Der christlich-soziale Volksdienst und seine Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl bitten hierdurch ihre gesamten Mitglieder und Anhänger, am nächsten Sonntag nicht die Liste des Christlich-sozialen Volksdienstes, sondern in voller Einmütigkeit die Liste „Nationaler Zusammenschluß“ (Spitzenkandidat Studiendirektor Pein) zu wählen. Dieser Entschluß des hiesigen Christlich-sozialen Volksdienstes dürfte überall mit Freude und mit großer Genugtuung aufgenommen werden, da er von einem starken Gefühl der Zusammengehörigkeit aller staaterhaltenden, am Wiederaufbau unseres Vaterlandes interessierten Kräfte zeuge.“

Die NSDAP, weder national noch sozial, war nicht die Partei von Arbeitern. Die Kandidaten der NSDAP zum Beispiel zu den Stadtverordnetenwahlen am 12. März 1933 repräsentierten eine andere Bevölkerungsgruppe. Beispiel Uetersen:¹⁶ Neben vier Arbeitern kandidierten Bauunternehmer Henry Kölln, Buchdruckereibesitzer Hermann Heydorn, Fabrikant Hermann Burmester, Studiendirektor Bernhard Pein, Rosenschulbesitzer Mathias Tantau, Gärtner Ernst Matthias Meyn, die Kaufleute Joh. Testorf, Otto Lump und Joh. Wornicke u.a. auf der NSDAP-Liste (Nationaler Zusammenschluß) zur Stadtverordnetenwahl. Auf der Kandidatenliste war keine Frau vertreten. Die NSDAP-Liste für die Pinneberger Stadtvertretung (Nationaler Aufbau) wurde von dem Rechtsanwalt Franz Viktor Freiherr von Baselli angeführt, der auch für die NSDAP zum Kreistag kandidierte.¹⁷

Die Kandidaten der SPD und der KPD waren überwiegend Arbeiter und Handwerker – darunter auch Frauen.

Kreistagswahl am 12. März 1933 Wahlergebnisse der größeren Parteien im Kreis Pinneberg

	Wahlberechtigte	SPD	KPD	NSDAP	SWR	DStP	SK	NB
Gesamt	78 708	14 943	5 599	35 302	5 730	729	58	967
Städte								
Barmstedt	3 376	551	246	1 502	388	16	2	57
Elmshorn	12 468	2 815	1 359	4 704	965	205	17	249
Pinneberg	7 478	1 474	885	3 376	408	66	3	44
Uetersen	5 101	1 555	377	2 405	206	16	5	60
Wedel	5 204	1 374	570	1 819	488	54	5	30
Gemeinden/Auswahl								
Tornesch-Esingen	1 827	379	65	978	81	36	—	11
Hainholz	996	279	176	293	53	5	1	10
Heidgraben	489	114	44	232	9	6	1	3
Kl. Nordende	906	250	178	344	20	6	1	2
Langelohne	1 685	621	192	485	133	9	1	26

SWR = Kampffront Schwarz-Weiß-Rot
NB = Nationalblock

Nachtrag: Bei den Reichstagswahlen am 5.3.1933 wurde der Kaufmann und SS-Oberführer Paul Moder aus Wesselburen in Dithmarschen erneut in den Reichstag gewählt. Ein viertel Jahr vorher war er rechtskräftig von dem Altonaer Gericht wegen der Bombenattentate zu sechs Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt worden.

Zerschlagung der Gewerkschaften, des Reichsbanners und der SPD

Das Elmshorner Gewerkschaftshaus wurde erstmals am 11. April 1933 von SS besetzt. Die Uetersener Nachrichten meldeten dazu am 12. April: „Die vorgefundenen schwarz-rot-gelben Fahnen, die roten Fahnen und die Fahnen der 'Eisernen Front', Bilder von Marx, Severing usw. wurden vor dem Haus verbrannt.“

Am 1. Mai 1933, dem traditionellen internationalen Kampftag der Arbeiterbewegung, organisierten die Nazis auch in den Städten des Kreises Pinneberg Propagandaaufmärsche zu ihrem „Tag der nationalen Arbeit“. Sehr viele Arbeiter blieben diesen Umzügen fern, marschierten nicht unter der Hakenkreuzfahne. Vielmehr wurden in mehreren Orten, wie in Uetersen und Barmstedt, Flugblätter verteilt, die über die arbeiterfeindliche Politik der Nazis aufklärten und dazu aufforderten, den NSDAP-Veranstaltungen fernzubleiben. Vielen Bürgern aus Uetersen ist noch heute in guter Erinnerung, daß am 1. Mai auf dem 75 Meter hohen Schornstein der Papierfabrik eine riesige rote Fahne wehte. Viele Bürger freuten sich über dieses Zeichen des Widerstandes gegen die NSDAP – ganz im Gegensatz zu den Nazis, die Schwierigkeiten hatten, jemanden zu finden, der die Fahne wieder runterholen konnte.

Auch in Bevern wehte am 1. Mai eine rote Fahne. Ernst Specht hatte sie auf der Schlüterschen Mühle gehißt. Wiederum hatten die Nazis ihre Schwierigkeiten, die Fahne herunterzuholen.¹⁸ In Uetersen flatterte während des Wahlkampfes über eine Woche lang auf der früheren Lakritzenfabrik eine Rote Fahne. Erst dann fand sich jemand aus den Reihen der SA, der die Fahne wieder herunterholte. Sie wurde anschließend auf dem Buttermarkt verbrannt.¹⁹

In Elmshorn fand am 1. Mai 1933 in Lieth eine kleine antifaschistische Gegenversammlung zu den offiziellen Maifeiern der NSDAP statt.

Am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser durch die Nationalsozialistische Betriebsorganisation (NSBO), SA und SS besetzt, so auch in Elmshorn. Der Gewerkschaftssekretär Karl Dreyer, bereits im Februar Opfer der faschistischen Schläger, wurde verhaftet, die Post sichergestellt und die Konten gesperrt. Johannes Delker berichtet:²⁰ „Der 1. Mai 1933 rückte heran, und zur Schande der Elmshorner Arbeiterschaft wurde unter der Hakenkreuzfahne marschiert. Einen Tag später, am 2. Mai 1933, wurde das Gewerkschaftshaus von SS-Horden besetzt. Alles Gewerkschaftseigentum wurde beschlagnahmt, soweit noch Mitgliederlisten und Geld vorhanden waren.

Die Gewerkschaften selbst wurden dann der NSBO einverleibt, die später in 'Deutsche Arbeitsfront' (DAF) umgeändert wurde. Ein besonderes Lob möchte ich unserem Vorsitzenden Kollege W. Basse vom Metallarbeiterverband aussprechen. Keine Mitgliederliste und auch kein Geld ist in Elmshorn den Nazis in die Hände gefallen! Er hat dafür dreiviertel Jahr Gefängnis hinnehmen müssen.“

Ähnlich wie in Elmshorn verlief auch die Zerschlagung der Gewerkschaften in den anderen Städten des Kreises Pinneberg: Gewerkschaftshausbesetzung am 2. Mai 1933, Verhaftung der Gewerkschaftsführer, Einverleibung der Gewerkschaften in die faschistische DAF, eine der NSDAP untergeordneten Zwangsorganisation für Arbeiter und Angestellte.

In Uetersen wurden am 2. Mai die Gewerkschaftsfunktionäre Peter Andersen (Vorsitzender), August Retslaff (Hauptkassierer), Walter Meggers (Schriftführer), Willms und Paul Mischke (Revisoren) abgesetzt und durch folgende Nazis ersetzt: Wilhelm Kahlke als kommissarischer Vorsitzender, Willy Lange als Hauptkassierer, Johs. Voß als Schriftführer, Klüver und Wulf als Revisoren. Die Arbeiter sollten über die Absicht der Nazis, die freien Gewerkschaften zu zerschlagen, getäuscht werden. Die Gewerkschaftsmitglieder wurden aufgefordert, trotz Beschlagnahme sämtlichen Materials und der Beitragsgelder durch NSBO weiterhin Beitragsgelder abzuliefern. Wilhelm Kahlke (NSBO-Uetersen) erklärte dazu:²¹ „Die abgeführten Gewerkschaftsgelder werden in keiner Weise angegriffen, sondern sie bleiben Eigentum der Zahlenden. Auch kommt eine Zerstörung der Gewerkschaften nicht in Frage, sondern lediglich eine Überholung und Reinigung, denn in Zukunft werden die Vorsitzenden, die Hauptkassierer, die Schriftführer und die Revisoren keine Entschädigung mehr erhalten, sondern es müssen diese Ämter im Interesse der Volksgemeinschaft ehrenamtlich verwaltet werden. Wir ersuchen die einzelnen Organisationen, je einen Obmann zu bestimmen, der die Aufgabe hat, unsere Geschäftsführung regelmäßig zu überprüfen.“

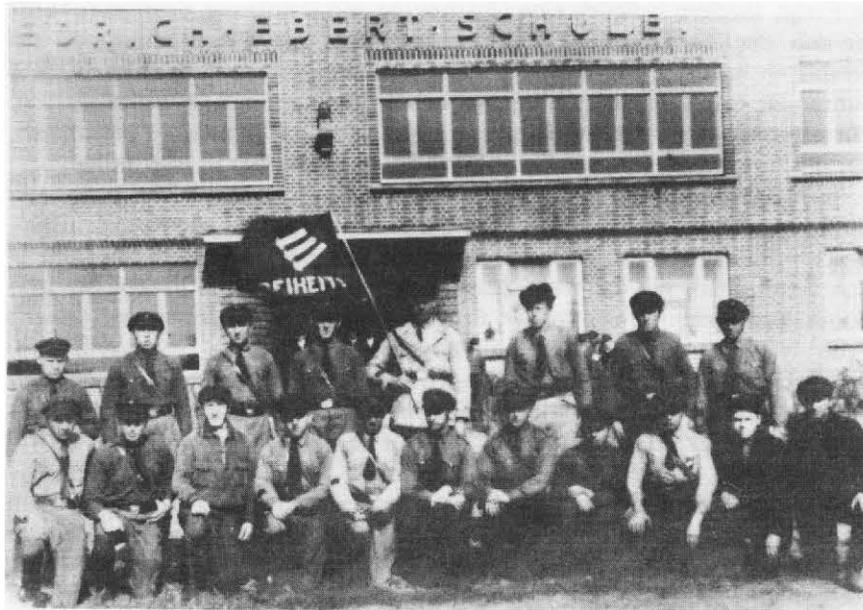
Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften begannen die Nazis, die politische Arbeit der Sozialdemokraten durch Verhaftungen von Funktionären, Beschlagnahme von Flugblättern, Zeitungen und Beitragsgeldern fast unmöglich zu machen, bis dann am 22. Juni 1933 das offizielle Verbot der SPD durch Nazi-Reichsinnenminister Frick erfolgte. Reichsbanner und Eiserner Front waren bereits seit Anfang März verboten.

Am 10. Mai 1933 – dem Tage der öffentlichen faschistischen Bücherverbrennungen – meldeten die Elmshorner Nachrichten die Beschlagnahme des Vermögens der SPD und des Reichsbanners. In Elmshorn wurden 145 RM Beitragsgelder, Fahnen und Musikinstrumente der SPD beschlagnahmt. Die Volksbuchhandlung in der Königstraße wurde durch die Nazis geschlossen und die 206 RM Einnahmen ebenfalls „beschlagnahmt“, also gestohlen. Das Elmshorner Reichsbanner hatte es offenbar geschafft, die Beitragsgelder in Sicherheit zu bringen. Die Nazis fanden nur 10,80 RM in der Kasse und klagten öffentlich über „Unterschlagung beim Elmshorner Reichsbanner“.²² Der Reichsbannerführer Heinrich Fehrs aus Langeloh wurde von den Nazis für die „Unterschlagung“ von 439 RM verantwortlich gemacht.

Am 23. Juni 1933 berichteten die Zeitungen²³ auf den ersten Seiten über das „Betätigungsverbot für die SPD“. Massenverhaftungen von Sozialdemokraten folgten in allen Orten des Reiches. In einem Telegramm der Gestapo Berlin,²⁴ vom Landrat an die Bürgermeister der Städte und Gemeinden weitergeleitet, heißt es: „Alle führenden SPD-Funktionäre sofort in Schutzhaft nehmen, falls Gefahr besteht, dass S.A. selbständig vorgeht. Für nicht Inhaftierte tägliche Meldepflicht anordnen!“

In einem Antwortschreiben des Bürgermeisters von Glückstadt an den Landrat des Kreises Steinburg heißt es zynisch unter Verdrehung der Tatsachen:²⁵ „Bezugnehmend auf den Funkspruch des Geheimen Staatspolizeiamts Berlin wurden folgende ehemalige Funktionäre der S.P.D., für deren Leben und Gesundheit Besorgnis besteht, in Schutzhaft genommen: (24.6.1933 gegen 20 Uhr).

1. Wilhelm Schinkel, Bürgermeister a.D. und ehemaliger Kassierer des Reichsbanners sowie Vorstandsmitglied der SPD, Ortsgruppe Glückstadt
2. Paul Otto, Geschäftsführer der AOK a.D. und ehem. Vorsitzender der SPD, Ortsgruppe Glückstadt
3. Heinrich Wichmann, Schlosser, ehem. Führer des Reichsbanners, Ortsgruppe Glückstadt, und
4. Karl Dieckmann, Vorstandsmitglied des Reichsbanners, Ortsgruppe Glückstadt.“



Ein letztes Bild des Uetersener Reichsbanners im März 1933 vor der Friedrich Ebert Schule

Die Gleichschaltung der Städte und Gemeinden

Nach den Reichstagswahlen besetzten die Nazis die Rathäuser und hißten auf den Dächern Hakenkreuzfahnen: am 6. März in Elmshorn und am 7. März in Uetersen und in Pinneberg. Am 7. März wurde auch auf dem Pinneberger Kreistagsgebäude die Hakenkreuzfahne gehißt.²⁶

Alfred Hornig, Sozialdemokrat und 1933 Polizist in Uetersen, berichtet, wie er mit Polizeigewalt grölende und johlende SA-Horden davon abhalten mußte, den Bürgermeister Wellenbrink aus dem Rathaus zu holen und zu verhaften.²⁷ Bei den Kommunalwahlen vom 12. März wurden zahlreiche Nazigegner – zumeist Sozialdemokraten und Kommunisten – in die Gemeinde- und Stadtvertretungen gewählt; auch nach dem 12. März gab es in jeder Stadt des Kreises Pinneberg Stadtverordnete, die der SPD und der KPD angehörten. In Wedel hatten sogar SPD und KPD mehr Abgeordnete als die NSDAP.

„Da die Vertreter der KPD sämtlich unter dem Verdacht des Hochverrats stehen, dürfen sie an den Sitzungen der Vertretungskörperschaften nicht teilnehmen. Ihre Ladung hat daher zu unterbleiben.“²⁸ Mit diesem Schreiben des Reichsinnenministers vom 20. März 1933 sollte die absolute Mehrheit der NSDAP in den Vertretungen hergestellt und als erste die kommunistische Opposition ausgeschaltet werden. So hatte in Wedel jetzt die NSDAP die absolute Mehrheit. Entsprechend dieser Anordnung des Innenministers erhielt der gewählte Uetersener KPD-Stadtverordnete Johannes Britten am 23. März 1933 eine Ausladung zur ersten Stadtverordnetenversammlung nach den Wahlen, die am 30. März 1933 stattfinden sollte.²⁹ Ähnlich erging es den anderen gewählten Vertretern der KPD.

Das nächste Ziel, das die Nazis verfolgten, war: Ausschaltung jeder Opposition, auch die der Sozialdemokraten. Wie diese Ausschaltung erreicht wurde, soll am Beispiel der Gleichschaltung der Stadt Uetersen gezeigt werden:³⁰

Am 25. März 1933 beurlaubte Landrat Duvigneau den Bürgermeister Wellenbrink (SPD) und seinen Stellvertreter Hermann Neuenburg (SPD) sowie die beiden sozialdemokratischen Stadträte Heinrich Wilkens und Peter Andersen. Bürgermeister (kommissarisch) wurde Stadtrat Ferdinand Bauth; die freigewordenen Magistratssitze erhielten Zeitungsverleger Emil Buchholz, Weissgerber Hermann Granso und Gärtnereibesitzer E.L. Meyn. Am 30. März 1933 fand die erste Uetersener Stadtverordnetenversammlung nach den Wahlen statt. Der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Studiendirektor Bernhard Pein, wurde mit NSDAP-Stimmen zum Stadtverordnetenvorsteher und der Unternehmer Henry Kölln zum Stellvertreter gewählt.

Die Nazis weigerten sich, SPD-Stadtverordnete entsprechend ihrer Fraktionsstärke in die verschiedenen Kommissionen zu wählen, was einen Auszug der SPD-Fraktion aus der Stadtverordnetenversammlung zur Folge hatte. Erst nach vielen Protesten wurden am 18. Mai 1933 neben den Kandidaten der NSDAP: Bankdirektor Adolf Schwarz, Zeitungsverleger Emil Buchholz und Gerber Hermann Granso auch Kohlenhändler Hermann Neuenburg

(SPD) in den Magistrat gewählt. Später versuchte der Magistrat die Bestätigung von Neuenburg zu verhindern.

Wenige Tage nach dem Verbot der SPD im Juni 1933 wurden am 24. Juni Hermann Neuenburg, zahlreiche SPD-Stadtverordnete aus Uetersen und wichtige Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet und in ein Konzentrationslager gesperrt – zugleich wurde der Ausschluß der SPD-Vertreter aus der Stadtverordnetenversammlung verfügt. Sie erhielten am 7. August 1933 ein Schreiben mit der Mitteilung, daß ihr Mandat erloschen sei.

Am 9. Oktober 1933 wurde der ehemalige Bürgermeister von Quickborn, Hermann Dölling (NSDAP) in Gegenwart des Landrats Duvigneau mit dem Amt des Bürgermeisters von Uetersen betraut – er blieb bis zum 5. Juni 1945 Bürgermeister in Uetersen. Ähnlich wie in Uetersen verlief die „Gleichschaltung“ auch in anderen Städten und Gemeinden des Kreises Pinneberg.

In Elmshorn wurde am 1. Februar 1933 der sozialdemokratische Bürgermeister Fritz Petersen, im November 1932 ordentlich – mit der Stimme des kommunistischen Stadtverordneten Peter Hasenberg – gewählt, aber in diesem Amt von übergeordneter Stelle nie offiziell bestätigt, abgesetzt. Am 21. März 1933 wurde der Rechtsanwalt Spieler aus Wesselburen durch Landrat Duvigneau in das Amt des Bürgermeisters von Elmshorn eingeführt. Spieler war hoher NSDAP-Funktionär (Gruppenreferent der SA, Gruppe Nordmark) und vielen Pinneberger Bürgern in unangenehmer Erinnerung als Nazi-Verteidiger in dem Prozeß gegen Paul Moder (ebenfalls aus Wesselburen), Wilhelm Grezesch und andere wegen der Bombenattentate vom Sommer 1932.³¹

Als eine seiner ersten Maßnahmen ließ Spieler noch im März über 30 Elmshorner Antifaschisten verhaften, und er ließ es sich nicht nehmen, persönlich dabei zu sein. In einem Schreiben vom 29. März an den Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, Lohse (zugleich Gauleiter der NSDAP), regte er die Schaffung eines Konzentrationslagers für Schleswig-Holstein an.³²

Bei den Kommunalwahlen am 12. März 1933 wurden in Elmshorn drei Deutschnationale, sechs Sozialdemokraten, zwei Kommunisten und neun Nazis in die Stadtverordnetenversammlung gewählt.³³ Zu den gewählten Sozialdemokraten zählten der amtsenthobene Bürgermeister Fritz Petersen sowie der spätere Bürgermeister von Elmshorn (nach 1945), Heinrich Hauschild; die beiden Kommunisten waren MdR Reinhold Jürgensen und Peter Hasenberg. Am 31. März 1933 fand die erste Stadtverordnetenversammlung von Elmshorn nach den Wahlen statt – die beiden Kommunisten durften an dieser Sitzung nicht nur nicht mehr teilnehmen sondern waren bereits auf Betreiben vom Bürgermeister Spieler verhaftet worden.

Am 4. April 1933 wählten die Stadtverordneten den neuen Magistrat von Elmshorn: Bürgermeister: Christian Spieler (NSDAP), Beigeordneter: Wilhelm Bull (NSDAP), Magistratsmitglieder: Max Mohr (NSDAP), Fr. Binde mann (NSDAP), Fritz Petersen (SPD), Friedrich Lempfert (SPD), Wilhelm Knecht (DNVP). Nach dem Verbot der SPD im Juni 1933 wurden anstelle der beiden Sozialdemokraten zu Magistratsmitgliedern bestellt: SS-Sturmführer Wilhelm Grezesch, SA-Obersturmbannführer Kurt Breitfeldt.³⁴

Nazi-Karrierist Spieler wurde bereits Ende Juni 1933 auf Veranlassung des preußischen Justizministers Kerrl und Staatssekretär Roland Freisler³⁵ in das preußische Justizministerium berufen als „Oberstaatsanwalt zur besonderen Verwendung“. Sein Nachfolger in Elmshorn wurde der „überzeugte Nazi Karl Krumbeck, Rechtsanwalt und Notar aus Bad Bramstedt.“³⁶

Verhaftungen – Haussuchungen

Auch für den Kreis Pinneberg haben die denkwürdigen Worte von Martin Niemöller Gültigkeit:

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Sozialdemokraten holten, hab ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Katholiken holten, habe ich nicht protestiert; ich war ja kein Katholik.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

Zuerst wurden die Kommunisten geholt, und zwar gleich nach dem Reichstagsbrand vom 27./28. Februar und besonders nach den Reichstagswahlen am 5. März 1933. Die KPD war zwar nicht formell verboten, eine legale Betätigung für sie aber nicht möglich. Am 27. März 1933 wurden in Elmshorn und der näheren Umgebung 32 Kommunisten unter Beisein des Bürgermeisters Spieler verhaftet und in das Elmshorner Amtsgerichtsgefängnis gesperrt. Im Gefängnis waren dafür vier Zellen freigemacht worden. In Pinneberg wurden ab Mitte März in einer mehrtägigen Aktion ganze Straßen Haus für Haus nach verbotenem Material durchsucht. „Überholt wurde vor allem das Stadtviertel Mühlenstraße, Kirchhofsweg, Wedeler Weg, das sogenannte 'Klein Moskau'.“³⁷ Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Am 20. März meldeten Pinneberger Tageblatt bzw. Elmshorner Nachrichten Haussuchungen bei 70 Kommunisten in Uetersen, am 30. März Haussuchungen in Barmstedt bei etwa 20 Angehörigen der SPD und der KPD, am 8. April in 60 Wohnungen in Elmshorn, insbesondere in den Straßen am Pelzerberg, Mittelweg und Streckers Gang.³⁸

Über die ersten Verhaftungen in Elmshorn liegt folgender Bericht vor:³⁹ „Bei den ersten Verhaftungen im März 1933 in Elmshorn wurde auch Willi Eggerstedt, der Bruder von Hans Eggerstedt, verhaftet. Man verwechselte ihn mit seinem Bruder – er hatte nur wenig mit uns zu tun. Seine Frau ging zur Elmshorner Polizeiwache und fragte nach dem Grund der Verhaftung. 'Wir sollten 50 Kommunisten verhaften, und das haben wir getan.' Hugo Strohbahn stand neugierig auf der anderen Straßenseite von der Polizeiwache. 'Da ist noch einer!' So wurde auch Hugo Strohbahn verhaftet. Sein Kompagnon, Karl Osterkamp, auch Schlachter, ging zur Wache und beschwerte sich über die Verhaftung von Hugo Strohbahn. 'Du kannst auch gleich hierbleiben!' Da haute er ab. – Die Familien der Verhafteten erhielten keine Unterstützung – so ging das Sammeln für die Rote Hilfe los.“

Verfolgungen und Verhaftungen von Sozialdemokraten erfolgten „im großen Stil“ im Mai 1933 nach der Zerschlagung der Gewerkschaften und im Juni nach dem offiziellen Verbot der SPD. Ende Juni meldete die Presse⁴⁰ Verhaftungen von 31 ehemaligen SPD- und KPD-Funktionären in Elmshorn, darunter der ehemalige Bürgermeister Fritz Petersen und der ehemalige SPD-Vorsitzende Friedrich Lempfert sowie städtische Beamte, von 13 SPD- und Gewerkschaftsfunktionären aus Uetersen, von ca. 10 führenden SPD- und KPD-Leuten aus Pinneberg und von etlichen SPD-Leuten aus anderen Orten des Kreises.

Antifaschisten mußten 1933 täglich mit Haussuchungen rechnen. Der Elmshorner Polizeibericht von 1933/34 enthält den Hinweis auf bisweilen täglich 45 Haussuchungen zur Ausfindigmachung von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern.⁴¹ SA und SS als Hilfspolizisten halfen eifrig bei diesen Durchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl und schlugen oftmals in der betreffenden Wohnung alles kurz und klein. Wurde eine Arbeiterzeitung oder ein Marx- oder Bebelbild gefunden, genügte das schon für Verhaftung und Konzentrationslager(KZ)-Aufenthalt. Die Elmshorner Stadtchronik⁴² berichtet, daß allein vom 1. April 1933 bis 15. Juni 1934 227 Personen wegen politischer Delikte verhaftet, in Schutzhaft genommen und teilweise später in Konzentrationslager und Zuchthäuser eingekerkert wurden. Die Heimatzeitungen berichten von insgesamt 16 Verhaftungen in Barmstedt, 31 Verhaftungen in Uetersen, 13 in Pinneberg, über 40 Verhaftungen in Wedel im Jahr 1933. Die tatsächlichen Zahlen liegen darüber.⁴³

Einige der Verhafteten wurden für einige Stunden, andere für Tage, viele aber auch für Wochen und Monate eingesperrt. Viele wurden auch mehrfach verhaftet, weil sie sich nach einer ersten Verhaftung weiter politisch betätigten. Die meisten der Verhafteten waren Mitglieder der KPD, der SPD und der Gewerkschaften.

Die ersten Konzentrationslager 1933 – KZ Glückstadt und Kuhlenn

In den Monaten März bis Juni 1933 entstanden die ersten Konzentrationslager der Nazis. Zunächst wurden die vielen politischen Gefangenen in SA-Kellern, stillgelegten Fabrikgebäuden, Polizeiwachen von SA- und SS-Hilfspolizisten gefangengehalten und häufig auf das brutalste mißhandelt. So mancher SA- und SS-Angehörige hatte noch eine persönliche Rechnung gegen seine erbittertesten, nun wehrlosen Gegner zu begleichen.

Johannes Delker aus Elmshorn berichtet: „Die SA und SS übte nun ihre Rache an den ehemaligen politischen Gegnern aus. Überfälle auf Kommunisten und Sozialdemokraten waren an der Tagesordnung. Sie scheuten nicht einmal davor zurück, Arbeiter aus ihren Wohnungen zu holen und zu verprügeln. Die Elmshorner Polizei war dagegen machtlos. Sie konnte selbst ihre von den Nazis entlassenen Kollegen nicht schützen. Ich erinnere an Krim. Röhl, SPD, er wurde Zeit seines Lebens zum Krüppel geschlagen.“

Ausrottung der bolschewistischen Pest.

Der Gauleiter der NSDAP. erläßt folgende Bekanntmachung: Der Kommunismus versucht auch in der Nordmark hier und da erneut sein Haupt zu erheben. Es werden in Elmshorn, Kiel und anderen Orten Flugblätter gegen den Reichskanzler, seine Regierung und die nationalsozialistische Bewegung verbreitet, die in ihrer Hebe an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Sämtliche Parteiformationen werden hiermit argewiesen, diesem Wiederkehrungsversuch schriftlich entgegenzutreten. Es ist jedes Mittel recht und in Anwendung zu bringen, wenn Verfasser und Verbreiter in flagranti ertappt werden, um die bolschewistische Pest ein für allemal in Deutschland auszurotten.

:: Preise erringen konnten, wie an anderer Stelle gemeldet, auf dem Norddeutschen Springderrb in Klein Motthof

Elmshorner Nachrichten vom 22. Mai 1933

Legitimiert wurden die Maßnahmen durch Erklärungen von Mitgliedern der Reichsregierung: „Meine Maßnahmen werden nicht angekränkt sein durch irgendwelche juristische Bedenken. Hier habe ich keine Gerechtigkeit zu üben, hier habe ich zu vernichten und auszurotten, weiter nichts“, so Göring auf einer Kundgebung am 3. März 1933 in Frankfurt/M.⁴⁴ Am 20. März 1933 errichteten die Nazis in Dachau bei München das erste „reguläre“ Konzentrationslager. Im Völkischen Beobachter vom 21. März heißt es dazu:⁴⁵ „Am Mittwoch wird in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager mit einem Fassungsvermögen für 5.000 Menschen errichtet werden. Hier werden die gesamten kommunistischen und, soweit dies notwendig ist, Reichsbanner- und sozialdemokratische Funktionäre, die die Sicherheit des Staates gefährden, zusammengezogen.“

In Schleswig-Holstein entstanden zu dieser Zeit u.a. die Konzentrationslager Glückstadt an der Elbe, Kuhlenn bei Neumünster, Nücheln bei Eutin, Ahrensböök bei Holstendorf und Grashütte bei Garstedt. Die Bürger des Kreises Pinneberg wurden durch die Zeitungen wie Uetersener und Elmshorner Nachrichten und Pinneberger Tageblatt nicht nur über die Einrichtung der Schleswig-Holsteinischen Konzentrationslager Glückstadt, Kuhlenn und Grashütte informiert, sondern auch über die Lager Dachau bei München, Heuberg in Württemberg, Oranienburg bei Berlin, Mißler in Bremen, ein KZ auf einem Schiff in Bremen, Fühlsbüttel in Hamburg (KoLaFu), Esterwegen und Bürgermoor (Moorlager) bei Papenburg (Emsland) und die Lager Kieslau, Son-

nenburg und Lichtenburg. Die Elmshorner Nachrichten berichteten über ein erstes „Konzentrationslager für Bettler“ in der Nähe von Meseritz.⁴⁶ Die Presse berichtete über Lagerstärke, Lagerbedingungen und prominente Häftlinge der Lager, wie z.B. über Friedrich Ebert jr. (Sohn des ersten Reichspräsidenten) und Ernst Heilmann (SPD-Fraktionsvorsitzender im preußischen Landtag) im Konzentrationslager Oranienburg.⁴⁷

Ebenfalls berichteten die Zeitungen über erste Todesopfer wie am 13. April 1933: „Drei Kommunisten erschossen“ die aus Dachau flüchteten oder am 17. Juli 1933: „Drei Kommunisten auf der Flucht erschossen“ bei der Überführung der Verhafteten in das KZ Sonnenburg.⁴⁸

„Auf der Flucht erschossen“ heißt, von den Nazis in den Tod getrieben worden zu sein. Mit dieser Formulierung sollte die Öffentlichkeit getäuscht werden – Mord stand dahinter. In mehreren Artikeln wurde versucht, die Situation in den Konzentrationslagern zu verharmlosen und in das Gegenteil zu verkehren. So heißt es in einem Artikel der Elmshorner Nachrichten vom 9. Mai 1933 über das Konzentrationslager Heuberg: „Die Schutzhäftlinge müssen weder exerzieren noch werden sie zum Kirchgang gezwungen oder ihnen irgendwelcher Unterricht auferlegt. Sofern sie nicht zum Arbeitsdienst herangezogen werden oder sich auf dem Spaziergang befinden, halten sie sich in ihren Zimmern auf, wo sie die Zeit mit Lesen, Schach- oder sonstigen Spielen verbringen.“

Tatsächlich könnte man Bände füllen, wollte man all die Scheußlichkeiten aufzählen, die im Lager Heuberg begangen wurden – bis hin zum Mord an dem Juden Simon Laibowitsch am 9. September 1933.⁴⁹ Die Nazis versäumten auch nicht, ihre Opfer zu verhöhnern und lächerlich zu machen. So heißt es in den Elmshorner Nachrichten am 1. April 1933: „Ein Konzentrationslager in Elmshorn. Wie wir hören, soll die frühere Streckersche Fabrik, jetzt Burg 'Schreckenstein' genannt, als Konzentrationslager für politische Gefangene errichtet werden. Die Lagerinsassen sollen damit beschäftigt werden, den Rost von der Eisernen Front abzukratzen.“ Einige Zeilen darüber heißt es in der Zeitung: „Rote Häuser. Damit die Bevölkerung weiß, wo die Marxisten wohnen, sollen in Deutschland alle Wohnungen von Sozialdemokraten und Kommunisten rot angestrichen werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist in Vorbereitung.“

Wer denkt hier nicht sofort an die roten Winkel auf der Kleidung der politischen Häftlinge in den Konzentrationslagern oder an die Judensterne? Ein April-Scherz, der die tiefe Menschenverachtung der Nazi-Faschisten zum Ausdruck bringt.

Die Widerstandskämpfer aus Elmshorn, die bereits Ende März 1933 verhaftet wurden, blieben etwa fünf Tage auf der Polizeiwache, dann kamen sie in das Elmshorner Amtsgerichtsgefängnis. Die Errichtung eines der ersten Konzentrationslager von Schleswig-Holstein, das KZ Glückstadt, geht u.a. auf eine Initiative des Elmshorner Bürgermeisters zurück, der nicht mehr wußte, wohin mit den vielen Gefangenen. In einem Brief vom 29. März 1933 an den Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein formulierte Bürgermeister Spieler: „Auf meine Veranlassung sind in Elmshorn in den letzten Tagen

Der Bürgermeister
als Ortspolizeibehörde.

Elmshorn, den 29. März 1933.

Ober-Präsident Kiel
30. MRZ. 1933
B-Nr. 625

den Oberpräsidenten von
Schleswig-Holstein,
Herrn Heinrich Lohse,
Kiel.

Auf meine Veranlassung sind in Elmshorn in den letzten Tagen rund 32 Angehörige der KPD in ihrer Eigenschaft als Funktionäre in Haft genommen worden.

Die zur Haftaufnahme geeigneten Räume sind restlos belegt und ferner fehlen der Stadt auch die Mittel für die Verpflegung der Verhafteten.

Es wird deshalb angeregt, ob nicht für Schleswig-Holstein die Schaffung eines Konzentrationslagers möglich ist, in welchem die in Schleswig-Holstein insgesamt Verhafteten untergebracht werden können. Außerdem könnten die betreffenden Personen dort gleich zur regelmäßigen Arbeit erzogen werden. In Wesselburen sind z.B. meiner Kenntnis nach auch gut 20 Angehörige der KPD verhaftet worden. Oder besteht bereits ein Konzentrationslager in Schleswig-Holstein?

Ich sehe mich aus dem Grunde insbesondere zu diesem Schreiben veranlaßt, da Elmshorn infolge der gesetzlichen teilweisen Stilllegung der Margarinefabrikation vor große Schwierigkeiten gestellt ist in finanzieller Hinsicht. Eine Freilassung der Verhafteten kann n.E. aber nicht in Frage kommen.

Heinrich Lohse
komm. Bürgermeister.

(LASH 309-22930)

rund 32 Angehörige der KPD in ihrer Eigenschaft als Funktionäre in Haft genommen worden. Die zur Haftaufnahme geeigneten Räume sind restlos belegt, und ferner fehlen der Stadt auch die Mittel für die Verpflegung der Verhafteten. Es wird deshalb angerégt, ob nicht für Schleswig-Holstein die Schaffung eines Konzentrationslagers möglich ist, in welchem die in Schleswig-Holstein insgesamt Verhafteten untergebracht werden können. Außerdem könnten die betreffenden Personen dort gleich zur regelmäßigen Arbeit erzogen werden...“⁵⁰

Handschriftlich beglückwünschte er Gauleiter Lohse zu dessen Ernennung zum Oberpräsidenten. Lohse reagierte noch am gleichen Tage mit einer entsprechenden Anfrage bei dem Regierungspräsidenten in Schleswig, der prompt beim preußischen Innenminister vorstellig wurde. Der Regierungspräsident in seiner Antwort an Lohse:⁵¹ „Der Herr Minister ist gebeten worden, die Errichtung eines Konzentrationslagers in der Provinz Schleswig-Holstein zu gestatten und die hierfür erforderlichen Mittel bereitzustellen oder die Abschiebung der Inhaftierten in ein Konzentrationslager einer anderen Provinz anzuordnen.“

Wenige Tage nach diesem Briefwechsel, am 9. April 1933, berichtete erstmalig die Heimatzeitung „Glückstädter Fortuna“ von der Einrichtung des KZ Glückstadt. Sie schreibt:



In der Landesarbeitsanstalt Glückstadt war von April 1933 bis Februar 1934 ein Konzentrationslager untergebracht. (Foto: Stadtarchiv Glückstadt)

„Politische Schutzhaftgefangene in Glückstadt. Im Laufe der letzten Tage trafen mit dem Sammeltransportwagen unter polizeilicher Bewachung größere Trupps von Häftlingen hier ein. Es handelt sich um politische Schutzhaftgefangene, die zunächst in Altona untergebracht worden waren, dort aber neuen Zugängen Platz machen mußten und jetzt in unserer gastfreien Stadt eine 'Bleibe' erhalten haben. Hierfür hat man die Landesarbeitsanstalt ausersehen. Betreut von einigen Polizeibeamten und einer Abteilung von 10 Mann hiesiger Hilfspolizisten, befinden sich, wie wir hören, in der hiesigen Anstalt 150 aus politischen Gründen in Schutzhaft genommene Männer. Die Eingelieferten stammten zur Hauptsache aus dem Kreise Steinburg, den Elbmarschen, Dithmarschen und den angrenzenden Gebieten. Ob die Leute hier Dauerquartier beziehen sollen oder in welcher Weise sonst über sie noch bestimmt werden wird, ist eine noch völlig ungeklärte Frage.“

Die Elmshorner Gefangenen blieben bis Anfang Mai in dem Elmshorner Gefängnis, während die verhafteten Antifaschisten aus den anderen Orten des Kreises Pinneberg nach Glückstadt in das Konzentrationslager gebracht wurden.

Rudolf Huxoll berichtet: „Vom Gefängnis Elmshorn kamen wir Anfang Mai nach Glückstadt. Wir waren mit 30 Mann auf einem Saal – insgesamt weit über 100. Ende Mai 33 wurden etwa fünfzehn von uns entlassen. Uns wurde gesagt: 'Wir wollen euch vorläufig entlassen. Wenn keine Flugblätter mehr verteilt werden, dürft ihr draußen bleiben.' Ich traf gleich eine Genossin und half ihr, Flugblätter zu verteilen. So wurden wir gleich wieder verhaftet und mit einem offenen Auto wieder nach Glückstadt gebracht. Unsere erneute Verhaftung hatte sich in Elmshorn rumgesprochen, und unsere Frauen verabschiedeten uns vom Polizeirevier. – Der Schutzmann Philipp fragte 'Soll ich euch wegbringen?' – 'Ja!' Er ist mit uns über Umwege nach Glückstadt gefahren – in Neuendorf wollte uns SS verprügeln. Er wußte das, stand auf unserer Seite und wollte uns nicht der SS ausliefern.“

Mitte August 1933 wurden einige Elmshorner Widerstandskämpfer aus der „Schutzhaft“ des Glückstädter Konzentrationslagers entlassen. 15 Häftlinge aus Elmshorn kamen von Glückstadt in das KZ Kuhlen bei Rickling, weil, wie die Elmshorner Nachrichten am 15. August meldeten, „dort ihre Vorbereitung auf die Volksgemeinschaft des Dritten Reiches am besten gewährleistet erscheint. In dem KZ Kuhlen waren Widerstandskämpfer u.a. aus Neumünster, Elmshorn, Uetersen, Bad Bramstedt und Eckernförde untergebracht. Rudolf Huxoll berichtet:

„Von Glückstadt kamen wir nach Kuhlen bei Rickling. Die SA wollte dort aus uns Kommunisten Nazis machen. Diskussionen fanden statt, und wir sollten mit der SA über 'Mein Kampf' diskutieren. Wir hatten uns schon vorher damit auseinandergesetzt und hatten die besseren Argumente. Gegen uns und besonders gegen unseren politischen Kopf Hugo Bischof kam keiner an. – Auch die Leute aus Neumünster, die mit uns da waren, bekamen durch uns großen Auftrieb. Wir waren dort etwa 80 Mann, das Essen war gut, wir bekamen es aus der anliegenden Pflgeanstalt. Wir konnten uns frei bewegen. Einmal gingen wir mit einem SA-Mann zusammen, der eine Waffe trug. 'Du

kanst deine Knarre ruhig weglegen, wir tun dir schon nichts. Du bist genauso ein armes Schwein wie wir. Du stehst nur auf der falschen Seite!' Kuhlén sollte ein Umerziehungslager sein und diente Propagandazwecken, wie human doch die Nazis mit ihren politischen Gegnern umgehen. Sonntags waren Spaziergänge möglich, und wir konnten wöchentlich Briefe schreiben und Besuch empfangen. Das Lager bestand bis Ende 1933."

Besuch im Konzentrationslager Kuhlén.



Der Name Kuhlén klingt so nach Sandwüste, Seide, Leide. Sichtlich nicht — Kuhlén bei Hilding liegt landschaftlich sehr schön. Freitag machte der Magistrat der Stadt Elmshorn einen Besuch im Konzentrationslager Kuhlén, um sich vorzüglich von dem Empfinden seiner Elmshorner Zeitgenossen zu überzeugen. Was das Ergebnis? — Die Gefangenen sind auf den beigefügten Bildern. Die Gefangenen befinden sich in einem ausgezeichneten Ernährungszustand.

Eine lustige Parade, die zur Zeit mit 56 Gefangenen besetzt ist, bereiteten für 100. Neben den Zellenstuben enthält der Hofraum, Speisesaal, Bibliothekszimmer usw.

Die Gefangenen arbeiten meistens draußen auf den Feldern. Ihr Tagewort ist militärisch geregelt, wie überhaupt das ganze Konzentrationslager einen militärischen Anstrich hat.

Morgens früh nach dem Wecken finden kurz Freiübungen statt, dann folgt das Frühstück. Am Nachmittag hieran wird eine kurze nationalsozialistische Feierstunde abgehalten. Danach geht's hinaus an die Arbeit. Mittags ist eine Ruhepause eingelegt, die abgeleitet wird von der Nachmittagsarbeit. Abends findet dann gemeinschaftliche Besprechungen, Andachten usw. statt. Alles ist so recht darauf angelegt, die verführten Volksgenossen einmal zu geregelter Arbeit und weiter zu fördern des neuen Staates zu erziehen.

Es ist anzunehmen, und diese Meinung wird auch vom Lagerverwalter bestätigt, daß die Aufführungsarbeit gute Erfolge zeitigt. Im großen und ganzen sind die Gefangenen höflich und arbeitswillig. Sie interessieren sich für die Vorgänge außerhalb des Lagers. Unterrichten können sie sich selbst anhand der Vorlesungen die zur Verfügung gestellt werden.

Über jeden einzelnen Gefangenen wird Buch geführt. Er bekommt ein Führungszugnummern mit. Außerdem berichtet die Lagerverwaltung ständig an die betr. Gemeinden, aus denen der Gefangene stammt.

„Was zu unseren Elmshorner Gefangenen: Der ehemalige Reichsberater A. trafen wir beim Kartoffelschälen, bei welcher Arbeit er sich in bester Gesellschaft eines ehemaligen Paracretars befand. Sonst war alles draußen auf den Feldern.

„Der Stolz Elmshorns“, ein ehemaliges Mitglied des Reichstages und KPD-Große war beim Gartenbinden. So gut wie er gestern auslief, haben wir ihn früher nie gekannt. Wohlgerundet haben sich seine Wangen. Er erklärte auf Befragen, daß er sich wohl fühle und gern in der frischen Luft arbeite. Die Behandlung sei gut, ebenso habe keiner der Gefangenen über das Essen, das ausreichend und schmackhaft zubereitet sei, zu klagen.

Bei der Parade trafen wir außerdem noch an: Die ehemaligen Kommunisten v. S., V., K., G. Alle waren lebhaft und freudig bei der Arbeit.

Herr Bürgermeister Krumbeck sprach beim Vorübergehen die Hoffnung aus, daß er die Elmshorner Gefangenen hoffentlich bald entlassen könne. Wenn sie den Verdienst erwocht hätten, daß sie mithelfen wollen am Aufbau des neuen Staates, dann stände einer Entlassung auch nichts im Wege.

„Wir einem „Heil-Götter“, in das die Gefangenen einstimmen, verabredete man sich. Und die Gespräche auf der Heimfahrt: „Der Herr, was sind wir Nazis doch human. Wo wären wir, wenn es den Kommunisten gelungen wäre, die Herrschaft im Staate zu erringen.“

Elmshorner Nachrichten vom 21. August 1933. Dieser Artikel der Elmshorner Nachrichten zeichnet ein falsches Bild von dem Lager. Hier ein Auszug aus einem Bericht eines Gefangenen aus Neumünster (LASH 301-4509):

„Am selben Tag* abends 18 Uhr wurden mein Vater, mein Bruder Herbert und ich in das Konzentrationslager nach Kuhlén-Neumünster-Land gebracht... Die Behandlung im Lager war sehr schlecht. In einem Raume von 40 Kubikmeter Inhalt mußten 10 Menschen schlafen, ohne Rücksicht darauf, ob sie gesund oder krank waren. Eine ärztliche Untersuchung und Behandlung gab es nicht...

Am 8.9. wurde ich durch den SS-Mann Hartz vor den Augen des ganzen Lagers schwer mißhandelt. Darauf wurde ich in das Kommandantenzimmer durch den SA-Mann Havemeister gebracht, der mich unterwegs mit Fußtritten und Faustschlägen bearbeitete. Im Kommandantenzimmer wurde ich von dem Lagerkommandanten Walchensteiner und dem SA-Mann Havemeister mit Gummiknüppeln geschlagen. Ich erhielt Schläge auf den Rücken, Nieren und auf den Kopf, durch die ich das Bewußtsein verlor...“

*) 18.8.1933

Am 25. September 1933 meldeten die Elmshorner Nachrichten die Entlassung von 17 der 19 Elmshorner Häftlinge des KZ Kuhlén. Das Lager in Glückstadt in der Landesarbeitsanstalt wurde im Februar 1934 aufgelöst — zunehmend wurden die politischen Gefangenen des Kreises Pinneberg in die ab Juni 1933 errichteten „Moorlager“ im Emsland gebracht.⁵²

Politische Prozesse gegen Bürger des Kreises Pinneberg 1933

Bereits 1933 gab es zahlreiche politische Prozesse gegen Bürger des Kreises Pinneberg. Die Presse berichtete über einige dieser Prozesse:⁵³

3.6.33: Wegen Sammlung von Geldspenden für die KPD verurteilte das Amtsgericht Elmshorn den Langeloher Bürger Heydemann zu sieben Wochen Gefängnis. Ein Mitangeklagter aus Altona erhielt ebenfalls eine Gefängnisstrafe von sieben Wochen.

15.6.33: Hans Hachmann aus Elmshorn, bereits seit dem 28. April 33 im KZ, wurde vom Schöffengericht Altona zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — Nach den sechs Monaten Gefängnis kam er bis zum 22. Juni 1934 wieder ins KZ.⁵⁴

20.6.33: In einem Schnellverfahren vor dem Amtsgericht Elmshorn wurde der Arbeiter Heinrich Steckmeister aus Lieth zu sieben Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte im Mai 1933 für die „Antifa“ Geld zur Finanzierung eines Antifaschistischen Kongresses in Kopenhagen gesammelt. Nachdem er die Strafe abgesessen hatte, kam er in ein Konzentrationslager.

6.7.33: Wegen angeblichen „Vergehens gegen das Schußwaffengesetz“ wurde der Elmshorner Zimmerer Heinrich Feldvoß (KPD) zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

14.7.33: Walter Starkjohann (27) aus Barmstedt, bereits seit dem 16. April 1933 im KZ, wurde wegen Flugblätterverteilung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.⁵⁵

18.7.33: Der 29jährige Elmshorner Adolf Möller wurde vom Schleswig-Holsteinischen Sondergericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er KPD-Flugblätter verteilt hatte.⁵⁶

1.8.33: Der 21jährige Schlachter Theodor Decker aus Barmstedt, der 21jährige Sattler Walter Leuband aus Voßloch, der 20jährige Maurer Hans Pyterreck und der 51jährige Schuhmacher Albert Liedtke — beide aus Barmstedt — wurden vom Altonaer Sondergericht zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt: Theodor Decker 1 1/2 Jahre Gefängnis, Walter Leuband und Hans Pyterreck je 1 Jahr Gefängnis, Albert Liedtke 3 Monate Gefängnis. Sie hatten Anfang Juli in Barmstedt die verbotene Zeitung „Roter Nordspott“ verteilt.

19.8.33: Der ausländische Arbeiter Gottlieb Rosenthal wurde zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt; bei einer Haussuchung Ende Juli hatte man in seiner Wohnung in Uetersen Mitgliedskarten der RGO und der Roten Hilfe gefunden.

25.8.33: Dem Uetersener Einwohner Thomas Kosmol konnte von dem

Altonaer Sondergericht der Besitz von Flugblättern, die in Elmshorn verteilt worden waren, nicht nachgewiesen werden. Freispruch.

Ende 1933: Verfahren Hermann Oppermann. Hermann Oppermann (KPD) und Karl Danzewitz (SPD) waren verhaftet worden, weil sie in Wedel gemeinsam Flugblätter gegen die sogenannte Volksabstimmung am 12. November verbreitet hatten. In den Flugblättern wurden alle Arbeiter, Kommunisten, Sozialdemokraten und Angehörige der SAJ zu einheitlichen Aktionen und zur Bildung antifaschistischer Kampfgruppen aufgefordert. Weiter wurden darin die nichterfüllten Versprechen der NS-Regierung aufgezählt und Forderungen nach Arbeit, höherem Lohn und Kohlen für den kommenden Winter erhoben.⁵⁷

III. Antifaschistischer Widerstand bis Ende 1934¹

Bereits vor dem 30. Januar 1933 gab es im Kreis Pinneberg eine breite antifaschistische Widerstandsbewegung. Im ersten Halbjahr 1933 änderten sich die Bedingungen des Widerstandskampfes entscheidend. Parteien und Gewerkschaften, unabhängige Verbände und Organisationen waren verboten und unterdrückt worden. Neue Mittel und Wege mußten gefunden werden, einen Kampf gegen den Faschismus und einen drohenden Krieg zu führen.

Im Kreis Pinneberg gab es tausende Bürger, die mit den Maßnahmen des Naziregimes durchaus nicht einverstanden waren, die sich innerlich von Fall zu Fall empörten, die über Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte erschrocken waren und über Durchsuchungen der Häuser ganzer Stadtteile; die über das rohe Auftreten vieler NSDAP-Leute schimpften und über die Monotonie der gleichgeschalteten Zeitungen.

Tausende ballten ihre Fäuste in den Taschen und hatten Angst vor der Zukunft – viele von ihnen leisteten passiven Widerstand. Sie drückten sich vor Sammlungen, marschierten bei NS-Umzügen nicht mit, meldeten sich bei Betriebsappellen und ähnlichen nazistischen Unternehmungen krank, verbreiteten Witze.

Viele von ihnen wurden denunziert, wurden durch die Gestapo gefaßt. Sie waren dann verwundert über die Schärfe der Strafen, die sie trafen. Drei von zahlreichen Beispielen aus der Presse:² Am 10. August 1933 wurde die Arbeiterin A.S. aus Langelohé festgenommen, weil sie abfällig über Hitler sprach. Ein Arbeiter aus Uetersen wurde im August 1933 verhaftet, weil er vor dem Arbeitsamt erzählte, daß die Arbeitslosigkeit nicht abgenommen habe. Unter der Überschrift „Ein Schädling der Volksgemeinschaft“

berichten die Elmshorner Nachrichten vom 7. Dezember 1934 von der Verhaftung des Inhabers der Firma Schröder. Er hatte seinen Lehrling gebeten, „Guten Morgen“ und nicht „Heil Hitler“ zu sagen.

Politische Witze aus der Nazi-Zeit

„Hallo, ist dort Müller?“ „Wer bitte?“ „Müller! Ist dort Müller?“ „Nein, hier spricht Schmidt!“ „Ach entschuldigen Sie, dann habe ich falsch gewählt!“ Schmidt resigniert: „Bitte, bitte, das haben wir alle!“

*

Die Arbeiter beklagen sich bei Hitler, daß sie immer noch hinten anstehen müssen, während die Großindustriellen vorne dran seien. Hitler beruhigt sie: „Wartet nur, bis ich meinen Krieg führe, dann sollt ihr alle vorne stehen und die Großindustriellen hinten!“

*

Welches Land hat die größte Flotte? Deutschland, es besitzt nicht nur 80 Millionen Kohldampfer (Hungerleider), sondern auch den größten Zerstörer der Welt (Hitler).³

*

Ein SA-Mann steht an der Landstraße und wartet auf ein Auto, das ihn mitnehmen soll. Das Auto kommt. Der SA-Mann hebt die Hand und ersucht den Fahrer, ihn mitzunehmen. Dieser, ein Jude, sieht ihn groß an und sagt: „SA marschier!“ und fährt davon.⁴

KPD, SPD und die Gewerkschaften hatten schon vor 1933 im Kampf gegen die aufkommende Hitlerbewegung gestanden – für viele Mitglieder dieser Organisationen bedeutete der 30. Januar 1933 den Wechsel von einer legalen zu einer illegalen Opposition. Eine große Bereitschaft zur antifaschistischen Aktivität war vorhanden – der aktive Widerstand wurde trotz Terror und Verfolgung organisiert. Über den Widerstand der Arbeiterklasse schreibt Reinhard Kühnl:⁵

„Dieser Widerstand aus der Arbeiterklasse blieb bis zur Niederwerfung des faschistischen Systems 1945 der umfangreichste, der opferreichste und der konsequenteste, weil er sich nicht nur gegen diese oder jene Erscheinungsform, nicht nur gegen 'Auswüchse' des faschistischen Systems richtete, sondern gegen dieses prinzipiell, gegen seine Grundlagen und die Hauptziele seiner Politik.“

Es gab viele Formen der illegalen Aktivität, so das „Langsamer“-Arbeiten, Diskussion, den heimlichen Streik, die Verbreitung von Flugblättern und Zeitungen, das Hören ausländischer Radiosendungen, Gruppenbildung, usw.⁶ Die Wirkung dieser Arbeit darf nicht unterschätzt werden: so wurde z.B. die Bevölkerung durch die Flugblätter und Schriften kritisch informiert oder den Familien der Verhafteten solidarisch geholfen. Ernst Wiechert in seiner „Rede an die deutsche Jugend“ im Münchner Schauspielhaus 1945:⁷

„Die Helden und Märtyrer jener Jahre, sie sind nicht diejenigen, die mit dem Kriegslorbeer aus den eroberten Ländern zurückkehren. Sie sind diejenigen, die hinter Gittern und Stacheldraht zur Ehre des deutschen Namens starben und verdarben... Unter ihnen gab es wenige vom Adel und nicht sehr viele aus den Reihen des reinen Geistes. Unter ihnen gab es viele aus den Bezirken der Kirche,⁸ aber sie alle traten zurück hinter den langen Zügen, die aus den Hütten des armen Mannes bei Tag und Nacht ihren Todesweg antraten. Vieler Jahrzehnte Lasten, Hunger und Qual hat der deutsche Arbeiter getragen, Kriegs- und Friedenslasten, aber niemals hat er eine schwerere Last getragen als in diesen zwölf Jahren. Niemals auch eine ehrenvollere, und keine Hand einer dunklen oder hellen Zukunft soll diesen unvergänglichen Glanz von seiner Stirn waschen.“

Der Weg der KPD in die Illegalität⁹

Die KPD im Kreis Pinneberg konnte ab März 1933 nur noch illegal existieren, und zwar unter Bedingungen, von denen vorher niemand sich einen Begriff hatte machen können. Trotz Terror, trotz zahlreicher Verhaftungen, trotz Androhung hoher Strafen versuchte die KPD, politisch weiterzuarbeiten.

Die Umstellung auf die Illegalität begann bereits vor dem 30. Januar 1933. Im Februar 1933, wenige Tage nach der Machtübergabe, beteiligte sich Johannes Offenborn von der Elmshorner KPD-Leitung an einer Konferenz im Hamburger Parteibüro am Valentinskamp, wo über notwendige Maßnahmen zur Sicherung der Partei nach einem Verbot und die weitere Widerstandsarbeit gesprochen wurde. Referent war u.a. Hermann Schubert von der Bezirksleitung Wasserkante der KPD.¹⁰ Detlef Gadde – mit richtigem Namen hieß er Richard – aus Elmshorn wurde auf dieser Konferenz zum I-Leiter der Elmshorner KPD ernannt und hatte für den Fall des Parteiverbots Verbindungen wiederherzustellen und einen „unterirdischen“ Parteiapparat aufzubauen.

Nach dem Reichstagsbrand wurde eine Weiterarbeit der KPD Elmshorn wie auch in den anderen Städten und Dörfern sehr schwierig: Bis zum Herbst 1933 mußte die Leitung mehrfach umgestellt werden, weil Leitungsmitglieder verhaftet wurden.¹¹ In den ersten Monaten der faschistischen Diktatur fanden zahlreiche geheime KPD-Versammlungen statt, die die Umstellung der KPD auf die Illegalität, die Bildung von 5er-Gruppen, die Ernennung neuer Leitungen zum Thema hatten. Diese Umstellungsarbeit wurde

bis zu ihrer Verhaftung von der Abgeordneten Liesel Augustat aus Lägerdorf und den Sekretären der Unterbezirksleitung, Egon Nickel und Heinrich Meyn, angeleitet. Diese geheimen Treffen fanden gewöhnlich an entlegenen Orten außerhalb der Städte und Dörfer statt oder in Privatwohnungen, um nicht aufzufallen.

Berichte von der illegalen Widerstandstätigkeit

Die illegale Organisation der KPD im Kreis Pinneberg zählte viele hundert Mitglieder. Sie organisierten Solidaritätssammlungen, kassierten Mitgliedsbeiträge, stellten Flugblätter und Zeitungen her und informierten sich und andere über die Verbrechen der Nazis, über Todesurteile gegen Antifaschisten, über die arbeiterfeindliche Politik der Nazis und nahmen an geheimen Treffen teil. Von der Schwierigkeit und Gefährlichkeit dieser Arbeit und von großem Mut zeugen folgende Berichte von älteren Bürgern des Kreises Pinneberg, die sich aktiv am Widerstandskampf beteiligten.

Die illegale Druckerei¹²

Im Frühjahr 1933 wurde in dem Gehölz nahe dem Grundstück von Emil Buchner in Kölln-Reisiek eine Grube gegraben. In diese Grube kam eine Holzkiste, in diese Holzkiste die Abziehmaschine der KPD. Der Deckel wurde mit Erde und Laub getarnt. Etwa alle vierzehn Tage kamen Gustav Meier und Ernst Specht nachts zum Flugblätterdrucken nach Kölln-Reisiek und holten den Apparat in den Schuppen von Emil Buchner. Emil Buchner half beim Flugblätterherstellen, seine Frau stand „Schmiere“. Die Auflage der Flugblätter betrug jeweils ca. 200 Exemplare, und Emil Buchner erinnert sich an ein Flugblatt mit einem Gedicht von Erich Weinert. Wenn die Flugblätter fertig waren, kam die Maschine wieder zurück in die Holzkiste im Wald, und Gustav Meier, der in Elmshorn wohnte, nahm die fertigen Flugblätter mit. Ein beliebtes Transportmittel für die Flugblätter – besonders bei der Weiterverteilung in der Stadt – war ein Kinderwagen. Das Material wurde unter einer Gummimatte in dem Wagen unter dem Kind versteckt.

Die grüne Jacke¹³

Ein Kurier aus Altona belieferte regelmäßig die Elmshorner Ortsgruppe mit Flugblättern und Zeitungen. Für ihn war es zu gefährlich, das „heiße Material“ direkt in die Stadt zu bringen, er versteckte es in einem eingegrabenen Eimer in einem Waldstück an der Chaussee Pinneberg-Elmshorn. Ein Elmshorner Genosse – Detlef Gadde – kannte dieses Versteck, holte die Schriften ab und organisierte die Verteilung. Eines Tages beobachtete ein Bauer, wie der Kurier Flugblätter in den Eimer steckte, und alarmierte die Polizei. Der Kurier – vermutlich Eduard Löker – wurde verhaftet. Als man ihn fragte, wer die Zeitungen immer abholte, antwortete er: „Den kenn ich

nicht. Der hat immer eine grüne Jacke an.“ Ein Polizist erzählte in Elmshorn von dieser Verhaftung, und durch diese Unvorsichtigkeit wurden die Elms-horner Genossen gewarnt. Sie holten das Material diesmal nicht ab.

In jenen Tagen tauchten in Elmshorn mehrere Polizisten auf und fragten nach dem Besitzer einer grünen Jacke. Vergeblich, der Besitzer einer grünen Jacke konnte nicht gefunden werden. Übrigens: in dem Prozeß gegen Eduard Löker und eine Reihe weiterer Mitarbeiter des KPD-Unterbezirks Altona vom Mai 1934 vor dem 3. Strafsenat des Berliner Kammergerichts spielten diese Zeitungs- und Flugblätterlieferungen eine Rolle.¹⁴ Die Elms-horner Nachrichten berichteten am 12. Mai 1934 unter der Überschrift „Die kommunistische Druckschriftenzentrale in Altona“: „Am 10.11., kurz vor der Volksabstimmung und der Reichstagswahl, gelang es der Staatspolizei Altona, bei einem Elektriker Anton Uhlenbrock in der Großen Prinzenstraße in Altona eine geheime kommunistische Druckschriftenzentrale aufzu-heben... Von hier aus wurden die Druckschriften in Paketen zu den verschie-denen Vertrauensleuten der KPD gebracht, und ein Verbindungsmann belie-ferte auch die Kuriere der KPD in Pinneberg, Wedel, Lokstedt, Niendorf, Schnelsen und Elmshorn. In Elmshorn wurden die Druckschriften stets in einem in der Nähe der Chaussee eingegrabenen Eimer gesteckt und durch Eingeweihte von dort abgeholt.“

Antifa-Kongreß Kopenhagen¹⁵

Pfingsten 1933 sollte in Kopenhagen ein großer antifaschistischer Kongreß stattfinden. Zur Vorbereitung dieses Kongresses wurden Spenden gesammelt und Flugblätter verteilt. Auf einem Flugblatt wurde angekündigt, daß auch aus dem Kreis Pinneberg ein bekanntes Reichsbannermitglied und Schutz-formationsführer an dem Kongreß teilnehmen werde. Gemeint war Viktor Andersen, Schufu-Führer von Uetersen. Er hatte bereits zugesagt, konnte nun aber aus Vorsichtsgründen nicht fahren. Die Polizei hätte ihn sofort verhaf-tet.

Hakenkreuzfahne

Emil Buchner berichtet: „Ich wohnte auf dem Dorf in Reisiej. Mein Nach-bar war Ortsgruppenführer der NSDAP. Der hatte zum Ziel, daß vor jedem Haus die Hitler-Fahne hängen sollte. Er kam zu mir: 'Tu mir den persön-lichen Gefallen und häng die Fahne raus.' – 'Ich hab keine Fahne.' – 'Ich geb dir eine.' – 'Tut nicht nötig, ich häng sie nicht raus.' Mein Haus war das einzige ohne Fahne im Dorf. Am anderen Morgen hatte ich ein paar kaputte Fenster.“

Milch abholen

Emil Buchner berichtet: „Die Milch von meinem Bauernhof wurde von ei-nem Milchwagen abgeholt und zur Meierei gebracht. Ich weigerte mich, in

die NSDAP zu gehen, und mir wurde gesagt, daß ich dann selbst die Milch zur Meierei zu bringen habe. So kam es auch, und ich mußte 14 Tage lang selbst die Milch zur Meierei in Elmshorn bringen. Dann kam der Milchwagen-fahrer Ernst Schlüter wieder vorbei und sagte, daß der Bürgermeister Hans Sommer gesagt habe, er könne die Milch wieder mitnehmen. In die Partei kriegten sie mich nicht rein.“

**Heraus zum Kampf
gegen den Faschismus!**

**Für die Verteidigung des Lebens und der Existenz
der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen!**

Eine ungeheure Welle des faschistischen Terrors rast durch
Europa. Mit allen Methoden der Unterdrückung und der
Verfolgung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Orga-
nisationen wurden die März-Wahlen in Deutschland durchge-
führt. Der Arbeiterschaft ist die Versammlungs- und Koalitions-
freiheit geraubt. Die Presse der KPD, SPD, der Gewerkschaften,
der RGO und der roten Verbände ist verboten. Die Füh-
rer der revolutionären Organisationen werden verfolgt und
schikaniert, die Gewerkschaftshäuser von den faschistischen Gar-
den, SA und Polizei besetzt. Die wirtschaftliche Lage der Ar-
beiter, Angestellten, Männer, Frauen und Jugendliche wird
durch neue Angriffe auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen ver-
schlechtert. Die letzten sozialpolitischen Rechte der Arbeit-
erschaft werden genommen. Die Kapitalisten erhalten Steuer-
erleichterungen, für die Werktätigen gibt neue Massen be-
schlagnahmen und Preiserhöhungen.

In Polen hegen die Schläge der faschistischen Diktatur
auf die Arbeiterschaft. Elend und Not steigt. 400 polnische
Bergarbeiter sind in einem Bergbau unter Tage buchstäblich
an Verhungern.

In Italien breitet sich Not und Elend für die Industrie- und
Landarbeiterschaft im steigenden Maße aus. Wirtschaftliche
Verfall und politische Unterdrückung sind die Maßnahmen
der faschistischen Diktatur in Deutschland, Polen und Italien.

Während dem die Arbeiterschaft in allen Ländern in einem
heldenhaften Kampf gegen die faschistische Diktatur steht, kapitel-
nieren die Führer der Sozialdemokratie und der freien Ge-
werkschaften feige vor dem Faschismus. Feige liefern sie, die
jahrzehntelanger, mühevoller Arbeit aufgebauten Klassenorga-
nisationen der Arbeiterschaft an den Faschismus aus. Sie ver-
suchen, jeden Streikampf der Arbeiter zur Verbesserung ihrer
wirtschaftlichen Lage unmöglich zu machen. Die Sozialdemo-
kratie zeigt sich damit als die soziale Hauptstütze der faschisti-
schen Regierung.

Die internationale Arbeiterklasse, die mit steigendem Inter-
esse und aktiver Anteilnahme den Kampf der revolutionären

Arbeiterschaft Deutschlands verfolgt, hat gemeinsam mit der
RGO Deutschlands, Polens und den roten Gewerkschaften in
Italien zu einem

internationalen Kongreß

der Arbeiter gegen den Faschismus aufgerufen. In einem ge-
meinsamen Aufruf wenden sie sich an die Länder, an die Ar-
beiterschaft der ganzen Welt, um dem gemeinsamen Feind der
gesamten Arbeiterklasse, dem Faschismus, den schärfsten Kampf
anzusagen.

Die Hauptaufgabe des Kampfkongreßes ist gemeinsam Kampf-
maßnahmen gegen den Faschismus zu organisieren und einzu-
leiten. Die Arbeiterschaft an der Wasserkante, die besonders
durch ihre geographische Lage enge Verbindung zur internati-
onalen Welt hat, begrüßt diesen gemeinsamen Kampfkongreß.

Bereits ist ein vorbereitendes Komitee zur Organisation
aller vorbereitenden Maßnahmen, der Massendiskussionen in den
Betrieben der Entsendung einer starken Delegation, der Sicher-
ung der Finanzierung dieser Delegation und der großzügigen
Berichterstattung bei gleichzeitiger Einleitung der Kampfmaß-
nahmen gegen den Faschismus gebildet.

Das Komitee ruft die gesamten Arbeiter, Angestellten,
Männer, Frauen und Jugendlichen auf, in allen Betrieben, in
jeder Gewerkschaft, auf der Stempelstelle und im Wohnquartier
zu den Kampfkongreß gegen den Faschismus Stellung zu
nehmen. Zustimmungsbeschlüsse für den Kampfkongreß zu
fassen, Delegierte zu wählen, mit größter Beachtung die
Finanzierung der Delegierten, des im Ausland stattfindenden
Kongreßes zu betreiben.

Plant die Fahne des antifaschistischen Kampfes in
jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft, auf jeder Sten-
pelstelle, in jedem Wohnblock auf.

Nieder mit dem Faschismus!

Es lebe der revolutionäre Kampf der Arbeiterschaft
Es lebe der Kampf für Brot, Arbeit, Freiheit, Sozialismus!

**Vorbereitendes Komitee
für den Kampfkongreß gegen den Faschismus**

Flugblatt, das im April 1933 verteilt wurde.

(LASH 309-22930)

Freiwillige Feuerwehr¹⁶

Emil Buchner war Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr. Er wollte am 1. Mai nicht mit der Feuerwehr marschieren und so an der offiziellen Maifeier teilnehmen. Am nächsten Tag mußte er seine Uniform abgeben – sie wurde von einem Boten abgeholt.

Stadttheater Elmshorn

Lisbeth Hoop berichtet: „Irgendwann 1933 wurden wir¹⁷ aufgefordert, zur Polizeiwache zu kommen. Dort hielt der Bürgermeister eine Rede. Wir Frauen wurden ermahnt, Einfluß auf unsere Männer zu nehmen. Dann mußten wir geschlossen zum Stadttheater marschieren – wir waren bestimmt fünfzig – neben uns die SA. Das Stadttheater war schon voll. Als wir reinkamen: ‘Pfui!!’ Die ersten vier Reihen waren frei; erst mußten wir stehen, später sitzen. Reden wurden gehalten. Zum Schluß hieß es: ‘Wir singen jetzt das Horst-Wessel-Lied! Wer will, kann nach Hause gehen.’ – Wir sind gegangen. Etliche blieben aber auch sitzen.“

Die Elmshorner Nachrichten berichteten über diese Veranstaltung am 1. November 1933 unter der Überschrift: „Oberbürgermeister Brix – Altona in Elmshorn. Gewaltige Beteiligung der Elmshorner Bevölkerung an der Wahlkundgebung der NSDAP – Kommunisten als unfreiwillige ‘Ehrgäste’.“ Zwei Tage später meldete die Zeitung die Verhaftung von zehn Elmshorner Kommunisten.

Flugblätterverteilung

Lisbeth Hoop berichtet: „Eines Tages verteilte mein Mann Hannes Hoop zusammen mit Ernst Reimers im Bauerweg Flugblätter. Etwa um halb sechs stürzte Hannes wie ein Verrückter in die Stube, ging sofort ins Bett unter die Decke und sagte: ‘Ick heff hier immer legen.’ – ‘Wat sull dat?’ – ‘Wenn jemand kummt – ick heff hier immer legen.’ Er war kreideweiß. Jemand hatte sie beobachtet und laut nach Polizei gerufen. Sie sprangen beim Arbeitsamt über den Zaun in die Schillerstraße und liefen nach Hause. Es kam aber niemand – das war nochmal gutgegangen.“

Flugblätter nach Pinneberg

Emil Buchner berichtet: „Ich sollte einmal Flugblätter nach Pinneberg bringen nach einem der Brüder Geick. Ich fuhr mit dem Fahrrad und hatte den Packen auf dem Gepäckträger. In Kummerfeld vor einer Brücke überholte mich jemand ohne Licht – und ich konnte sehen, wie er hinter der Brücke von Schutzleuten angehalten wurde. ‘Halt stopp, hier ist dicke Luft.’ Sofort warf ich die Flugblätter in den Bilsbeck. Das war auch mein Glück. Ich wurde von der Polizei vollständig durchsucht. Ich erzählte ihnen, daß ich zu einer Freundin nach Pinneberg wollte.“ Das war das erste und das letzte Mal, daß Emil Buchner versuchte, Flugblätter nach Pinneberg zu bringen.

Flugblätter in Lägerdorf

Eben vor der Entlassung Josef Kristens aus dem KZ Glückstadt wurden Antifaschisten aus Lägerdorf in das Lager eingeliefert. Ihnen wurde vorgeworfen, Flugblätter verteilt zu haben. Josef Kristen berichtet: „Bei meiner Entlassung wurde mir von den Lägerdorfer Genossen aufgetragen zu versuchen, mit mehreren Leuten in Lägerdorf Flugblätter zu verteilen. Karl Jürs und ich fuhren wenige Tage später aus Uetersen mit dem Fahrrad dahin und legten in der Dämmerung an verschiedenen Plätzen die Flugblätter nieder. Wir waren froh, als wir mit der Verteilung des illegalen Materials fertig waren. Die Flugblätter wurden gefunden, und die Gestapo erhielt Kenntnis. Offenbar hatte sie die Falschen verhaftet. – So trug diese Aktion zur Entlassung unserer Kumpel bei.“

Die Presse des Kreises Pinneberg berichtete mehrfach über illegale Aktivitäten der KPD:¹⁸

5.4.1933: „Haussuchungen wurden heute in Lieth und Köhnholz bei Kommunisten vorgenommen. Gesucht wurden verbotene Flugblätter, die gestern in den späten Abendstunden verteilt wurden.“

6.4.1933: In Pinneberg wurden Flugblätter mit dem Titel „Kampferklärung der Kommunistischen Partei“ verteilt.

26.4.1933: In den Gärten der Blücher- und der Lessingstraße wurden wahrscheinlich von Frauen und Kindern Flugblätter abgelegt (Elmshorn). Die Überschrift des Artikels lautet: „Immer wieder illegale Flugblätter“.

26.6.1933: In Barmstedt wurden Flugblätter verteilt und die Hindernisplanke auf dem Sportplatz mit den Parolen „Nieder mit Hitler“ und „Rot Front“ bemalt.

3.8.1933: Iri Wedel wurden „Hersteller und Verteiler des ‘Roten Roland’ festgenommen“. Der „Rote Roland“ wird als „illegale kommunistische Druckschrift“ bezeichnet.

11.11.1933: „Wedel – KPD rührt sich“. Es wurden Flugblätter verteilt.

28.7.1934: Von Mai bis Juli wurden in Barmstedt immer wieder kommunistische Flugblätter und Zeitungen verteilt.

23.8.1934: In Quickborn wehte am Wahlsonntag eine rote Fahne.

Widerstand von Sozialdemokraten

Nach dem 30. Januar 1933 orientierte der SPD-Parteivorstand – ähnlich wie auch die Führung der Freien Gewerkschaften – darauf, erst dann mit außerparlamentarischen Mitteln gegen die Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung vorzugehen, wenn diese die verfassungsmäßige Legalität bräche. Rudolf Breitscheid in einer Rede am 31. Januar 1933 im Parteiausschuß der SPD:¹⁹

„Wenn Hitler sich zunächst auf den Boden der Verfassung hält, und mag das hundertmal Heuchelei sein, wäre es falsch, wenn wir ihm den Anlaß gäben, die Verfassung zu brechen... Wenn Hitler den Weg der Verfassung beschreitet, steht er an der Spitze einer Rechtsregierung, die wir bekämpfen können und müssen, mehr noch als die früheren; aber es ist dann eben eine verfassungsmäßige Rechtsregierung.“

Mit dieser Orientierung wurde ein entscheidendes Moment für den Widerstand verpaßt. Allerorts, so auch in Elmshorn, Pinneberg, Wedel, Uetersen und Barmstedt lagen in diesen Tagen Sozialdemokraten, Mitglieder der Gewerkschaften, des Reichsbanners und der Schufo in Alarm und warteten auf den Einsatzbefehl. Für das Gros der Mitglieder, insbesondere des Reichsbanners und der Schufo war das überhaupt keine Frage, daß der Machtübergabe an Hitler ein Generalstreik und auch bewaffnete Auseinandersetzungen folgen würden, und sie waren für diesen Kampf bereit.

Sie waren auch bereit, diesen Kampf gemeinsam mit den ebenfalls in Alarm liegenden Kommunisten zu führen – davon zeugen u.a. die Einheitsdemonstrationen in Pinneberg, Elmshorn und Uetersen im Februar 1933.

Der Einsatzbefehl der SPD-Führung blieb aus, und große Teile der Mitgliedschaft fühlte sich dem Terror der Nazis hilflos ausgeliefert. Die Reichstagsrede des SPD-Vorsitzenden Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz am 23. März brachte Zuversicht und machte Mut – der Austritt der SPD aus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI)²⁰ am 30. März wegen Protesten der SAI gegen den Nazi-Terror wirkte deprimierend.

Der Anpassungskurs des SPD-Parteivorstandes mit dem Ziel der Erhaltung der Partei und der Positionen der SPD in den Parlamenten nahm eine völlige Preisgabe sozialdemokratischen Gedankenguts in Kauf und führte zur Demoralisierung und Resignation zahlreicher Mitglieder. Um nicht aufzufallen wurden Kontakte untereinander gemieden – Gruppen begannen zu zerfallen. Mit dem Verbot der SPD im Juni 1933, der Emigration zahlreicher Funktionäre ins Ausland, auch der „inneren“ Emigration war die SPD als einheitliche Partei nicht mehr existent. Helmut Kähler, Sozialdemokrat aus Elmshorn, berichtet:²¹

„Dann kam die große Enttäuschung und Hilflosigkeit, 1933, mit der Machtübernahme der Nazis. 1933 hatten wir bei den Wahlen noch 6 Mandate in Elmshorn bekommen, die Nazis 9, die Deutschnationalen 2 und die KPD 2. Die Kommunisten wurden bald ausgeschlossen, die Sozis konnten nichts dazu sagen. Und dann kam bald das Ermächtigungsgesetz, und schon damals waren sich die Genossen nicht einig in Berlin, auch wenn sie am Ende dagegen gestimmt haben. Aber wir waren alle nicht darauf vorbereitet, und in ganz kurzer Zeit war die SPD von der Bildfläche verschwunden. Die SPD hatte vorher aggressive Reden geführt, aber sie hat nicht mobilisiert und auf die Arbeit in der Unterdrückung vorbereitet. 1933 standen Reichsbanner und KPD erst noch Gewehr bei Fuß, aber für uns kam kein Befehl. Organisiert war dann nur die KPD, und nur die haben zusammengehalten. Wir waren nicht so zusammengeschmiedet und auch enttäuscht, und dann kamen die falschen Parolen... Der Braun ging in die Schweiz ins Exil und viele andere auch. Aber für uns saß die Exil-SPD weit ab vom Schuß... Und trotzdem war es traurig zu sehen, wie die SPD überhaupt nicht mehr da war. Die Genossen hatten keinen Zusammenhalt mehr. Sie waren ohne Führung und Organisation. Und es gab kein Vertrauen mehr, auch im Kleinen nicht. Der Faschismus war eine ganz schwarze Zeit für uns.“

Aus Hamburg ist bekannt, daß insbesondere auf Initiative von Funktionä-

ren auf Stadtteil- und Distriktsebene Teile der SPD in die Illegalität geführt wurden.²² Walter Schmedemann, der als ehemaliger Distriktleiter der SPD Hamburg-Eilbek hier führend tätig war, schreibt:²³

„Da von seiten der Parteileitung keinerlei Anzeichen vorlagen, die für eine Wiederaufnahme der politischen Arbeit sprachen, ergab es sich, daß sich nach und nach einzelne Distrikte mit den Eilbekern in Verbindung setzten, um eine Abstimmung über die zu leistende Arbeit herbeizuführen.“

Zumeist in enger Verbindung mit diesen illegalen Organisationen der SPD arbeiteten in Hamburg auch einige Gruppen aus dem Reichsbanner, dem Arbeitersport, den Gewerkschaften und der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). Im Kreis Pinneberg bildeten sich 1933 in Elmshorn, Uetersen und Wedel Widerstandsgruppen ehemaliger Angehöriger der SPD, der Sozialistischen Arbeiter-Partei (SAP), dem Reichsbanner und der Schufo.²⁴

Sozialdemokratische Gruppen in Wedel und Elmshorn

Von der Wedeler Gruppe ist lediglich bekannt, daß sie von Altona aus mit illegalem Material versorgt wurde²⁵ und in einem Prozeß vor dem 3. Strafsenat des Berliner Kammergerichts gegen Mitglieder der illegalen SPD in Altona Ende November 1935 auch Wedeler Sozialdemokraten angeklagt waren.²⁶ In einem Prozeß Ende 1933 wurde der Sozialdemokrat Karl Danzewitz aus Wedel angeklagt, weil er zusammen mit dem Kommunisten Hermann Oppermann Flugblätter gegen die „Volksabstimmung“ am 12. November 1933 und für Einheit im antifaschistischen Kampf verbreitet hatte.²⁷

In Elmshorn bauten Mitglieder der SAP eine illegale Organisation auf. Flugblätter wurden hergestellt und u.a. „honorigen“ Bürgern der Stadt Elmshorn zugeschickt. Im Februar 1934 wurden der frühere Stadtassistent Ernst Ladwig, der Techniker Fritz Brose und der Tischlermeister Friedrich Weinholt (alle Elmshorn) verhaftet, „weil sie als frühere Angehörige der Sozialistischen Arbeiter-Partei verbotene Propaganda für die verbotenen früheren marxistischen Parteien betrieben haben“.²⁸ In einem Polizeibericht der Elmshorner Exekutiv-Polizei von Juli 1934²⁹ heißt es zu diesen Verhaftungen:

„Im Februar 1934 gelang es der Polizei, eine von extremen Linksangehörigen neugegründete Umsturzpartei, die 'Neue Proletarische Kampffront' im Entstehen aufzudecken. Hier am Orte gehörten dieser Gruppe nachweisbar 3 Personen an, die sich seit dem 3. Februar 34 in Untersuchungshaft befinden und gegen die demnächst in Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhandelt wird.“

Im Frühjahr 1934 wurde Elsabe Brose, die Mutter von Fritz Brose verhaftet.³⁰ Ein Brief von ihr an eine Schwester in Amerika mit „haarsträubenden Behauptungen über die Verhältnisse in Deutschland“ – so die Elmshorner Nachrichten – gelangte in die Hände der Gestapo. Von dem Altonaer Sondergericht wurde sie deshalb Anfang April zu einer Gefängnisstrafe von sechs

Monaten verurteilt. Ihr Sohn Fritz Brose, schon seit Anfang Februar in U-Haft, wurde von dem Altonaer Gericht als „geistiger Urheber“ des Briefes der Mutter zu Gefängnis von neun Monaten verurteilt. Am 4. Juli 1934 fand vor dem 3. Strafsenat des Berliner Kammergerichts eine Verhandlung gegen Ernst Ladwig und Fritz Brose „wegen landesverräterischer Umtriebe“ statt.³¹ Ernst Ladwig, der übrigens 1933 von den Nazis Berufsverbot erhielt und aus der Stadtverwaltung Elmshorn (Stadtkasse) gefeuert wurde, wurde von dem Nazi-Gericht zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Fritz Brose mußte freigesprochen werden.

Uetersen: Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam aktiv

In Uetersen hatte sich bereits in der Weimarer Republik der gemeinsame Kampf von Sozialdemokraten und Kommunisten bewährt. Zwischen den antifaschistischen Kämpfern aus den Reihen der SPD und der KPD bestanden schon vor dem 30. Januar 1933 zahlreiche freundschaftliche Bande, die in vielen gemeinsamen Kämpfen gegen Naziumtriebe geknüpft wurden.

Die Politik der SPD-Führung hatte schon häufig innerhalb der Uetersener SPD und den Organisationen wie dem Reichsbanner und der Schufo zu Mißmut geführt: ob beim Staatsstreich in Preußen, bei dem Bombenanschlag auf die „Produktion“, am 30. Januar 1933 – jedesmal wurde die Mitgliedschaft aufgefordert, bereit zu sein – immer war man bereit, dann wurde wieder abgeblasen. Als Anfang 1933 selbst angesichts zahlreicher Verhaftungen auch von Sozialdemokraten und Presseverboten dieser antifaschistische Massenkampf nicht propagiert wurde und seitens der Leitungen keine Maßnahmen zur Überführung in die Illegalität ergriffen wurden, entschlossen sich Mitglieder der SPD und insbesondere auch des Reichsbanners und der Schufo, eine eigene illegale Organisation zu bilden.³²

Viktor Andersen, ehemaliger Schufo-Führer von Uetersen und vom Hamburger Reichsbanner in Fragen der konspirativen Arbeit geschult, organisierte die Bildung von 5er-Gruppen von ehemaligen Mitgliedern der Schufo, des Reichsbanners, der Gewerkschaften und der SPD. Viktor Andersen hatte gute Kontakte zu der Stadtteileitung der illegalen KPD in Uetersen und der Leitung der KPD Ortsgruppe Elmshorn. Er nahm regelmäßig an Funktionärsbesprechungen der KPD teil und berichtete dort von seiner Arbeit in Uetersen.

Eine dieser Funktionärsbesprechungen fand im Juni 1933 auf der Elbinsel Pagensand statt, an der auch der Sekretär der Unterbezirksleitung Altona der KPD, Heinrich Meyn, teilnahm. Neben Viktor Andersen nahmen auch der Reichsbannermann Hermann Schubert aus Oberglinde teil und KPD-Mitglieder aus Uetersen, Elmshorn und Barmstedt. Im Juni fand noch eine weitere Besprechung statt, wiederum auf der Elbinsel Pagensand. An diesem Treffen nahmen neben Leitungsmitgliedern der KPD und Viktor Andersen auch Heinrich Busch und Wilhelm Lüdemann aus Uetersen teil. Wilhelm Lüdemann war der Besitzer des Bootes, mit dem sie zur Elbinsel gefahren waren. Früher

war er Polizeihauptwachtmeister von Uetersen. Im März 1933 kandidierte er für die SPD für die Stadtverordnetenversammlung in Uetersen. Der Ingenieur Heinrich Busch war ebenfalls Reichsbanner- und SPD-Mitglied aus Uetersen. Auf diesen Treffen wurde die Frage der Bildung von 5er-Gruppen aus Mitgliedern ehemaliger sozialdemokratischer Organisationen diskutiert. Es wurde weitere engste Zusammenarbeit – auch organisatorischer Art – zwischen der illegalen KPD und den 5er-Gruppen aus den Reihen der Sozialdemokraten vereinbart. Eine Beitragszahlung sollte über Solidaritätsmarken der KPD erfolgen. Viktor Andersen erinnert sich heute noch an zweiundzwanzig illegale Treffen in Elmshorn, Uetersen und Hamburg, an denen er teilnahm. Es gelang, in Uetersen ca. hundert Antifaschisten aus der SPD, dem Reichsbanner, der Schufo und den Gewerkschaften in den illegalen Gruppen zu organisieren. Ende 1934 waren es immer noch ca. fünfzig bis sechzig Leute.

In diesen Gruppen wurde peinlichst darauf geachtet, daß die konspirativen Regeln nicht verletzt würden: Niemand durfte mehr wissen, als für seine Arbeit nötig war; die Gruppen arbeiteten unabhängig voneinander, und kein Mitglied durfte die Mitglieder anderer Gruppen kennen oder sich gar nach der Arbeit anderer Gruppen erkundigen; nur ein Mitglied einer 5er-Gruppe – in der Regel der Kassierer – hatte Kontakt zu einer höheren Leitung; es wurde mit Decknamen gearbeitet.

Diese peinlichste Sorgfalt hatte zum Ergebnis, daß Ende 1934, als im ganzen Kreis Pinneberg massenhaft Verhaftungen vorgenommen wurden, nur wenige Uetersener Sozialdemokraten darunter waren.

Im Spätsommer 1933 bzw. später wurde von dieser Uetersener Gruppe ein Kontakt zur illegalen SAJ in Hamburg-Eimsbüttel hergestellt. Anlässlich von Wanderfahrten überbrachte Arnold Hencke, SAJ-Mitglied aus Eimsbüttel, mehrfach illegales sozialdemokratisches Material wie die „Sozialistische Aktion“ und das „Geheimnis der Kosmetik“ mit dem Programm der SOPADE nach Uetersen. Empfänger war Hermann Brammann, ein ehemaliges Mitglied der Schufo in Uetersen, der diese Schriften an Viktor Andersen weitergab. Das Material wurde auch in den Reihen der KPD verbreitet.³³

Es ist anzunehmen, daß auch der „SA-Mann Kruse-Brief“ auf diesem Wege nach Uetersen gelangte, dort der illegalen KPD übergeben und von ihr vervielfältigt und verteilt wurde.³⁴ Willi Thies aus Elmshorn-Langeloh, der der KPD angehörte, berichtet, daß er in dem Betrieb „Asmussen“, wo er beschäftigt war, mindestens zwanzig Arbeitern den Kruse-Brief zusteckte.

Die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten in Uetersen erstreckte sich von der Herstellung von illegalen Flugblättern bis hin zu ihrer Verteilung innerhalb der eigenen Reihen und an Sympathisanten. Beispiel: Zeitungsherstellung. Im Sommer 1933 erhielt Hans Britten (KPD-Uetersen) von Heinrich Rostock (KPD-Leitung Elmshorn) den Auftrag, mehrere illegale Schriften, die über Johann Löker nach Elmshorn kamen, zu vervielfältigen. Hans Britten setzte sich mit Viktor Andersen, dem ehemaligen Schufo-Führer, in Verbindung. Beide trafen sich in der Scheune von Peter Christiansen, in der die Schreibmaschine der KPD versteckt war – übrigens aufgrund einer Vermittlung durch das Reichsbannermitglied Her-

mann Schubert aus Oberglinde. Viktor Andersen und Hans Britten wechselten sich bei der Beschriftung der Wachsbögen ab, die später von einem Elmshorner Kurier abgeholt wurden – hergestellt wurden die Schriften in der Scheune von Emil Buchner (KPD) in Reisiel. Heinrich Busch, Mitglied des Reichsbanners und der SPD in Uetersen, erhielt später zwanzig der so hergestellten Zeitungen zum Vertrieb in den Gruppen der Sozialdemokraten. Auf ähnliche Art und Weise wurden auch 1934 die Zeitungen „Roter Spiegel“, „Roter Blitz“ und „Roter Kurier“ von Hans Britten und Viktor Andersen hergestellt. Die Schreibmaschine war inzwischen bei dem Rechtsreferendar Paul Pentz untergebracht, der als Student der sozialistischen Studentenschaft angehört hatte. Er war der Sohn des ehemaligen sozialdemokratischen Stadtverordneten Wilmar Pentz aus Uetersen, der 1933 vorübergehend von den Nazis verhaftet worden war und 1944 in das Konzentrationslager Neuengamme gesperrt wurde. Vervielfältigt wurden die Schriften in dem von Hans Britten in Uetersen inzwischen eröffneten Reklamebüro.

Gewerkschafter im Widerstand

Am 2. Mai 1933 besetzten die Nazis die Gewerkschaftshäuser, verhafteten zahlreiche Funktionäre und beschlagnahmten die Gewerkschaftskassen. Von einer illegalen Fortexistenz der Gewerkschaften des ADGB und einer antifaschistischen Widerstandsarbeit nach den Ereignisse im Mai 1933 ist für den Kreis Pinneberg nichts bekannt. Zahlreiche Mitglieder des ADGB beteiligten sich aber in anderen Organisationen am Widerstand. So gehörten beispielsweise die Elmshorner Peter Hasenberg und Hermann Göck dem Metallarbeiterverband an, Hans Seemann dem Landarbeiter-, Roman Stodolny dem Lederarbeiter- und Ludwig Zeise aus Barmstedt dem Steinarbeiterverband. Sie alle wurden später wegen ihrer illegalen Tätigkeit in der KPD zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Die RGO hatte im ganzen Deutschen Reich schon seit Ende 1932 zahlreiche Maßnahmen getroffen, um ihre weitere Tätigkeit gegen polizeiliche Eingriffe und Naziterror abzusichern. Im Kreis Pinneberg gelang es ihr, einen großen Teil ihrer Mitglieder in die Illegalität zu führen.³⁵ In Elmshorn war der Gewerkschafter Willi Wegner, der in der Margarinefabrik Rostock arbeitete, an der illegalen RGO-Arbeit maßgeblich beteiligt. Er nahm im Februar 1933 an einem Treffen mit Funktionären der RGO in Altona teil, darunter Heinrich Hartmann, Altona, Holstentwiete 8. Es wurde über das bevorstehende Verbot der RGO gesprochen und festgelegt, daß Willi Wegner im Falle des Verbotes die Verbindung zwischen Elmshorn und der Altonaer Leitung wiederherstellt.

Im April 1933 übernahm der ebenfalls bei der Firma Rostock beschäftigte Heinrich Kastning die Funktion des Hauptkassierers der illegalen RGO. Er kassierte bis zum Dezember 1934 monatlich von den Unterkassieren der vier Elmshorner RGO-Industriegruppen die Mitgliedsbeiträge – bei einem Beitrag von wöchentlich 10 Pf. kamen monatlich etwa 25 Reichsmark zusammen.

Die monatlichen Beiträge wurden von Willi Wegner, Willi Strauer oder Heinrich Kastning bis zu der am 19. Juli 1934 erfolgten Verhaftung von Heinrich Hartmann bei der Unterbezirksleitung Altona der RGO abgerechnet.

In den Reihen der RGO wurde u.a. auch die Zeitung „Klassengewerkschafter“ illegal vertrieben. Sie gelangte über Heinrich Hartmann und nach dessen Verhaftung über Johann Heldt nach Elmshorn. Entsprechend den Anweisungen der RGO-Reichsleitung unternahm das Bezirkskomitee Hamburg ab Anfang 1934 den Versuch, „Unabhängige Klassengewerkschaften“ aufzubauen, um parteilosen Arbeitern und den seit der Zerschlagung der freien Gewerkschaften ohne Verbindung gebliebenen Mitgliedern des ADGB die illegale Mitarbeit zu erleichtern.³⁶ Entsprechend erhielt die Zeitung der Hamburger RGO Untertitel wie „Organ der unabhängigen Klassengewerkschaft, die Organisation aller Antifaschisten“.

In Elmshorn wurde für die Mechanische Weberei und Färberei die „Unabhängige Klassengewerkschaft“ im Januar 1934 in der Wohnung von Karl Willer in Elmshorn gegründet. Mitglieder wurden u.a. Heinrich, Josefine und Vit Duschek, Johannes Peters, Karl Willer, Georg und Hermann Göck, Franz Stanjek, Klaus Semmelhaack und Josefine Foth. Über die „Unabhängige Klassengewerkschaft“ heißt es in einem Urteil aus dem Jahre 1936 gegen mehrere ihrer Mitglieder:

„Neben der seit langem bestehenden RGO war unabhängig hiervon im Jahre 1934 in der Elmshorner mechanischen Weberei eine unabhängige Klassengewerkschaft gegründet worden... Diese unabhängigen Klassengewerkschaften sollten diejenigen Arbeitnehmer erfassen, die sich der Deutschen Arbeitsfront nicht anschließen wollten und mit dem Marxismus sympathisierten. Die Bezeichnung 'Unabhängige Klassengewerkschaft' wurde gewählt, um auch denjenigen der SPD nahestehenden Arbeitnehmern, die dem Kommunismus an sich ablehnend gegenüber standen, den Beitritt zu ermöglichen.“

Arbeitersportler im Widerstand

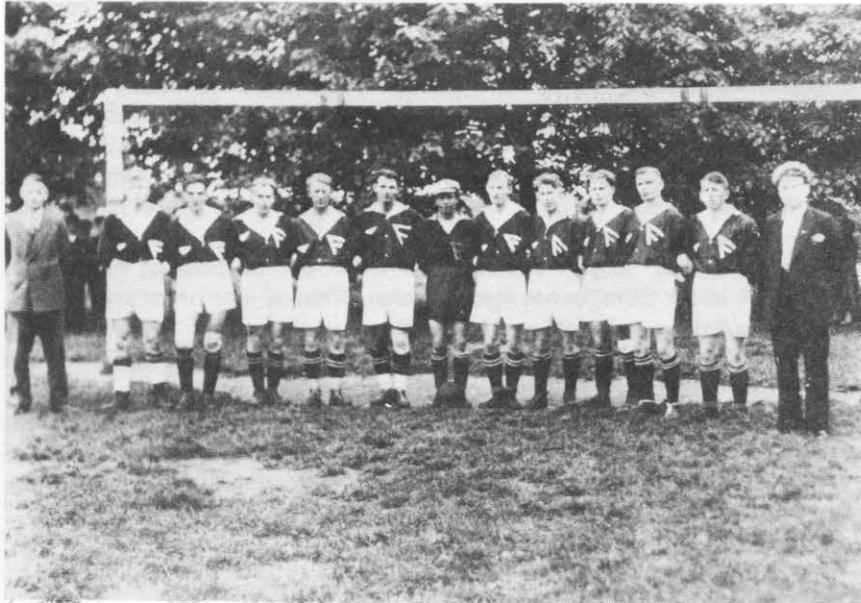
In der Weimarer Republik gab es im Kreis Pinneberg neben der bürgerlichen auch eine Arbeitersportbewegung – die Arbeiter versuchten, in ihrer knappen Freizeit in Gemeinschaft und in Solidarität mit ihren Kollegen bei Turnen, Sport und Spiel Erholung zu finden. Sie traten zudem dem Mißbrauch des Sportes für militärische Zwecke entgegen. Arbeitersportler wie z.B. Josef Kristen und Viktor Andersen aus Uetersen nahmen an den Arbeiterolympiaden, wie im Juli 1925 in Frankfurt am Main, teil.

Folgende Arbeitersportvereine aus dem Kreis Pinneberg sind uns heute bekannt:³⁷

Sportverein Nordstern	Barmstedt
Sportverein Freiheit	Barmstedt
Radfahrverein „Vorwärts“	Bokel
Freie Turn- und Sportvereinigung	Elmshorn

Arbeiter Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität
 Arbeiter-Athletenklub Einigkeit
 Arbeiter-Radfahrverein „Vorwärts“
 Arbeiter-Athleten-Verein Doppeleiche
 Freie Turnerschaft
 Freie Turnerschaft
 Arbeiter Sportkartell
 Radfahrerbund Solidarität
 Arbeiter Turnverein

Elmshorn
 Elmshorn
 Hörnerkirchen
 Pinneberg
 Pinneberg
 Uetersen
 Wedel
 Wedel
 Wedel



Arbeiter-Sportverein Nordstern, Barmstedt. Von links: Josef Pyterek, Johann Möller, Adolf Conrad, Walter Trojahn, W. Fuhlendorf, Hans Pyterek, Helmut Plähn, Erich Rüksau, Ernst Kunde, Albert Zieme, Walter Starkjohann, Willi Hinsch, Willi Decker

Nach Errichtung der faschistischen Diktatur wurden diese Arbeitersportvereine verboten und deren zum Teil beträchtliches Vermögen beschlagnahmt, die bürgerlichen Vereine wurden nach und nach gleichgeschaltet.

Die der KPD nahestehenden Sportler arbeiteten zumindest in Elmshorn in der „Roten Sporteinheit“ illegal weiter – Dachorganisation war die „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit“ (Rotsport Fichte) in Hamburg. Zu den wichtigsten Aufgaben zählten die antifaschistische Aufklärungsarbeit unter den Sportlern und der Kampf gegen eine zunehmende Militarisierung des Sports durch die Hitler-Regierung.

Verfügung.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26.5.33-R.G.Bl.I S.293 - in Verbindung mit dem Gesetze über die Einziehung staats- und volksfeindlichen Vermögens vom 16.7.33-R.G.Bl.I S.479 - und der Preuss.Ausführungsverordnung vom 31.5.33-G.S.3.207- werden die nachstehend bezeichneten Sachen und Rechte unter Bestätigung der polizeilichen Beschlagnahme zugunsten des Landes Preussen, vertreten durch den Regierungspräsidenten in Schleswig, eingezogen:

A.Das bewegliche Vermögen folgender Vereine:
 Kreis Eckernförde:
 Freie Turnerschaft Dänischenhagen, Freie Turnerschaft an der Kieler Förde in Kiel, Freier Turn- und Sportverein Schilksee, Arbeiter Radfahrerbund Solidarität in Dänischenhagen, derselbe in Schilksee, Sportverein Roter Stern Eckernförde, Freie Turn- und Sportvereinig. v. 09, Eckernförde, Arb. Radf. Bund Solidarität Eckernförde, Verein f. Rasensport Eckernförde, Freie Turnerschaft Friedrichsorf.
 Kreis Norderdithmarschen:
 Arb. Sportverein Old-Büsum.
 Kreis Husum:
 Freie Turnerschaft Husum.
 Kreis Steinburg:
 Freie Turnerschaft a.d. Stör in Itzehoe, Turn- und Sportverein Vorwärts Lägerdorf, Arb. Turn- u. Sportverein Lockstedter Lager, Freie Spielvereinigung Glückstadt, Freie Turn- u. Sportverein Glückstadt, Freie Turnerschaft Horst, Verein Frisch Auf, Münsterdorf, Freie Turnerschaft Kremperheide, Soz. Arb. Jugend in Kellinghusen, Freie Turnerschaft Kollmar.
 Kreis Süderdithmarschen:
 Turnverein Gut Heil, Ostermoor, Arb. Turn- u. Sportverein Brunsbüttel, Freie Turnerschaft Brunsbüttel, Radf. Verein Sol. Meldorf.
 Kreis Pinneberg:
 Sportverein Nordstern Barmstedt, Sportverein Freiheit Barmstedt, Freie Turn- und Sportvereingung Elmshorn, Arb. Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität Elmshorn, Arb.-Athletenklub Einigkeit Elmshorn, Arb. Athleten-Verein Doppeleiche Pinneberg, Freie Turnerschaft Pinneberg, dieselbe in Uetersen, Arb. Sportkartell Wedel, Radfahrerbund Solidarität Wedel, Arb. Turnverein Wedel.
 Kreis Plön:
 Lütjenburg a) Arb. Turn- u. Sportvereingung, b) Radf. Verein Frisch Auf.
 Preetz: Freie Turnerschaft, Arb. Radf. Verein Plön, Freier Turn- u. Sportverein, Klausdorf: Freie Turnerschaft, Elmschenhagen, Raisdorf, Schönkirchen, Tungendorf: dasselbe, Tungendorf: Radf. Verein Solidarität, Laboe: Radf. Verein Wanderlust u. Freie Turnerschaft, Lutterbek: Turn- u. Sportverein Frei Heil u. Radf. Verein Solidarität, Arb. Radf. Verein Klausdorf und Elmschenhagen.
 Kreis Hsgt. Lauenburg:
 Freie Turnerschaft, Arb. Radfahrerbund, Ratzeburg, Freie Turnerschaft Gilsow, Sportverein Düneberg, Arb. Radf. Verein Solidarität Lüttau, Turnverein Frei Heil Grünhof, Radf. Verein Einigkeit Hamwarde, Freie Turnerschaft Schwarzenbek, Freie Turnerschaft Hamwarde, Arb. Radf. Bund Solidarität Börsen, Arb. Radf. Bund Gilsow, Arb.-Turn- u. Sportverein Mölln, Arb. Sportverein Vorwärts Lauenburg.
 Kreis Rendsburg:
 Arb. Rad- u. Kraftf. Bund Molfsee, Freie Turnerschaft in Nortorf, Arbeiter Sportverein Bordesholm, Freie Turnerschaft a.d. Kieler Förde Kronshagen.
 Kreis Schleswig:
 Freie Turnerschaft Kappeln.
 Kreis Segeberg:
 Arb. Turn- u. Sportverein Bad Segeberg, Turnverein Vorwärts in Wittorf.
 Kreis Stormarn:
 Arb. Turn- u. Sportverein Einigkeit in Oldesloe, Verein d. Wasserfreunde Lohbrügge, Freie Turnerschaft Einigkeit Reinfeld.

Stadtkreise

Stadtkreis Flensburg:
 Sportvereinig. Nordische Eiche Flensburg, Freie Turnerschaft Kupfermühle Flensburg,
 Stadtkreis Kiel:
 Freie - u. Sportvereinig. a.d. Kieler Förde in Kiel.
 Stadtkreis Neumünster:
 Freie Turnerschaft Neumünster, Sportverein: Rot Sport Neumünster, Radf. Verein Einigkeit Neumünster.
 B. Einzelne Gegenstände:

Bezeichnung	bish. Eigentümer
1 Seibt-Radiogerät	Richard Zinke in Preetz
1 Schrank	SED Lütjenburg
1 Schrank	SED Tungendorf

1 Schrank	Verein Volkshor Tungendorf
2 Schränke	Reichsbanner bzw. SPD. Plön
3 Aktentaschen	SPD-Preetz
4 Gewehre	O. Witt, Rastorfer, Aug. Berchim u. Ferd. Glüsing, Stakendorf.
2 kleinere Bibliotheken	SPD Lütjenburg und U. Bartels Stakendorf
einige wertlose Kassen- usw. Bücher in Tungendorf	
1 Kraftrad I P 46 592	Bruno Ronnebeck, Kiel, Deliusstr. 23
ca 210 Bände: Wege zum Frieden	Bugon Belgis.
Das bewegliche Vermögen des Arbeiter- und Radiobundes Ortsgruppe Kiel.	
Verschiedene Radiozubehörteile	Eigentümer: Max Rubink, Kiel.

Die Einziehung wird mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Verfügung wirksam. Gem. § 3 der angezogenen Verordnung erlöschen die an den eingezogenen Gegenständen bestehenden Rechte.
Ein genaueres Verzeichnis der eingezogenen Gegenstände kann in der Zeit vom 1.-30.9.34 im Zimmer 142 der Regierung in Schleswig eingesehen werden.
Schleswig, den 22. August 1934.
Der Regierungspräsident
In Vertretung
gez. Röhrig.

Beglaubigt:
Kleiter
Stenotypistin.

Arbeitersportvereine in Schleswig-Holstein. Das Vermögen und der Besitz dieser Vereine wird von den Nazis eingezogen. (LASH 309-22720 I)

In einem Urteil der Nazi-Justiz gegen Mitglieder der Elmshorner „Roten Sporteinheit“ von 1936 heißt es dazu: „Die ‚Rote Sporteinheit‘ war ein Sportverein für Leibesübungen jeder Art und unterstand der ‚Kampfgemeinschaft der Roten Sporteinheiten‘ in Hamburg. In der ‚Roten Sporteinheit‘ wurde auch eifrig Politik getrieben. Auch dieser Verein war, wie alle der KPD angehörig Sportverbände, nicht lediglich Sportverein, sondern vor allem auch ein politischer Verband. Politik und Sport gingen nebeneinander her.“

Verbindungsmann zwischen der Hamburger Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit und der Elmshorner Gruppe war bis zu seiner Verhaftung am 23. Oktober 1933³⁸ der Hamburger Arbeitersportler Walter Bohne. Walter Bohne war im März 1933 in Elmshorn und besprach dort u.a. mit den Funktionären der Roten Sporteinheit, Heinrich Kastning und August Raissle, die weitere Arbeit.

Zur weiteren Arbeit der Elmshorner Gruppe gehörte der Vertrieb der illegalen Zeitung „Roter Nordsport“. Walter Bohne war an der Herstellung dieser Zeitung beteiligt und organisierte eine regelmäßige Lieferung über die Elmshorner Gruppe in den Kreis Pinneberg. Eine Zeitungslieferung vom Mai 1933 enthielt achtzig Exemplare, die zum Teil nach Uetersen und Lägerdorf weitergeleitet werden sollte. Aber auch in Barmstedt fand diese Zeitung Verbreitung.³⁹ In Elmshorn wurden bis zum Oktober 1934 Beiträge für die „Rote Sporteinheit“ bezahlt – ein Teil dieses Geldes wurde Walter Bohne für die Hamburger Organisation übergeben, ein anderer Teil ging an die „Rote Hilfe“. Die Zeitung „Roter Nordsport“ fand bis zum Herbst 1933 Verbreitung.

Rote Hilfe

Die „Rote Hilfe“ – eine der KPD nahestehende Organisation – hatte zur Aufgabe, den zahlreichen verfolgten Antifaschisten und ihren Angehörigen Hilfe zu leisten – sei es durch Vermittlung geeigneter Anwälte, durch finanzielle Zuwendungen für die Familien von Verhafteten, durch Aufklärung von Verbrechen der Nazis. In den Ausgaben der Zeitung „Solidarität“ wurde zur Solidarität mit verhafteten, verfolgten und gefolterten Antifaschisten aufgerufen. Den Kopf der illegalen Elmshorner Roten Hilfe bildeten Bruno Weidemann, Richard Jürgensen und Max Wulf. Bis Ende 1934 wurden Mitgliedsbeiträge von zahlreichen Mitgliedern gezahlt. Solidarität im Geiste der Roten Hilfe wurde aber auch in den folgenden Jahren geübt, als hunderte von Antifaschisten des Kreises Pinneberg verhaftet waren und zahlreiche Familien Unterstützung benötigten.



Solidarität im Konzentrationslager Fuhlsbüttel. Richard Jürgensen, Leiter der illegalen Elmshorner Roten Hilfe, gezeichnet 1935 von dem Mithäftling W. Fleick

Verhaftungen und politische Prozesse 1934

Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen gelang es der Gestapo auch 1934, zahlreiche Antifaschisten und Widerstandskämpfer ausfindig zu machen, zu verhaften und vor Gericht zu stellen. Die Presse⁴⁰ berichtete gelegentlich – erst ab 1935 wurde die Berichterstattung z.B. über politische Prozesse gegen Elmshorner eingestellt.

Verhaftungen

10.2.34: „Festgenommen wurden der frühere Stadtassistent Ernst Ladwig aus Hainholz, der Techniker Fritz Brose und der Tischlermeister Friedrich Weinhold von hier, weil sie als frühere Angehörige der Sozialistischen Arbeiter-Partei verbotene Propaganda für die verbotenen früheren marxistischen Parteien betrieben haben. Ladwig und Brose sind dem Amtsgericht zugeführt, über Weinhold ist die polizeiliche Schutzhaft verhängt. Alle drei werden strenge Bestrafung zu erwarten haben.“

5.7.34: „Barmstedt. In Schutzhaft genommen wurden gestern abend die Einwohner Karl Mohr, Wilh. Hermsmeier und Fr. Winterberg, weil sie bei der Schlußfeier des Kinderfestes auf dem Adolf Hitler-Platz beim Gesang des Deutschlandliedes und des Horst-Wessel-Liedes demonstrativ den Arm nicht hochhoben...“ Am Abend wurden bei Mohr in der Reichenstraße die Fensterscheiben eingeworfen.

28.7.34:⁴¹ „Barmstedt. Verhaftung wegen Verbreitung kommunistischer Flugschriften. Seit Anfang Mai dieses Jahres sind im hiesigen Stadtgebiet von Anhängern der KPD regelmäßig Flugblätter und Zeitschriften mit hochverräterischem Inhalt verteilt worden. Den polizeilichen Nachforschungen ist es nunmehr gelungen, die hier in Betracht kommenden Täter zu ermitteln und sie in den vorgestrigen Abendstunden festzunehmen. Es handelt sich um folgende sieben Personen: Schmied Johann Möller, Feldstr. 21; Maler Heinr. Neben, Feldstr. 21; Maurer Hans Sahlmann, Grossendorfer Strasse; Arbeiter August Pätzler, Feldstr. 21; Schuhmacher Willi Möller, Feldstr. 40; Maler Erich Rüssau, Norderstr.; Maurerlehrling Robert Decker, Kleine Gärtnerstrasse. Die Genannten, von denen Rüssau gegenwärtig in Halstenbek arbeitet und dort inzwischen verhaftet wurde, verteilten unter sich und angeblich 30 weiteren Gesinnungsgenossen kommunistische Druckschriften, zogen Beiträge ein und veranstalteten wiederholt geheime Zusammenkünfte zwecks Neuorganisation der KPD. Nach Angaben der Verhafteten fungierte der verheiratete Schmied Johann Möller als Kassierer und nahm den Vertrieb der Druckschriften und Flugblätter vor, welche er von H. Sahlmann und E. Rüssau bezog; letztere holten sie aus Harburg-Wilhelmsburg. Nachdem die Flugblätter von den Parteiangehörigen gelesen und von Hand zu Hand gegeben waren, wurden sie vernichtet. Sämtliche Verhafteten mit Ausnahme des ortsabwesenden Malers Rüssau, wurden sofort nach ihrer Festnahme im Rathaus eingehenden Verhören unterzogen, sodann nach der Gefangenzelle im Pflegeheim gebracht und gestern nach der Landesarbeitsanstalt in Glückstadt transportiert.“

Fast eineinhalb Monate später, am 10. September 1934, berichteten die Elmshorner Nachrichten von der Entlassung von fünf der verhafteten Barmstedter, denen man nichts nachweisen konnte. Johann Möller wurde von einem Gericht zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, Heinrich Neben kam in das KZ Esterwegen.⁴²

3.11.34: Der Arbeiter Hanno aus der Kirchenstraße wurde verhaftet. Er hatte gesagt, daß ein Antrag auf Unterstützung des Winterhilfswerkes zwecklos sei.

19.11.34: Krempe. Ein Bauer wurde verhaftet, weil er nichts für's Winterhilfswerk spenden wollte. Er empfahl den Sammlern, lieber die restlichen Äpfel vom Baum zu pflücken.

18.12.34: In Barmstedt wurde Rechtsanwalt Dr. Raabe „in Schutzhaft“ genommen.

22.12.34: „Gegen die kommunistischen Staatsfeinde. Die Säuberungsaktion in Elmshorn und Umgebung.“ Bericht über Massenverhaftungen in Elmshorn und Umgebung (siehe auch Kapitel IV.).

Prozesse

17.1.34: Der Arbeiter Gr. aus Elmshorn wurde wegen Sammlung für die illegale Rote Hilfe von der Großen Strafkammer des Landgerichts Altona verurteilt.

23.1.34: Der frühere Vorsitzende des Elmshorner Metallarbeiterverbandes Walter Basse wurde vom Altonaer Schöffengericht zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten verurteilt. Er wurde wegen Unterschlagung verurteilt, weil den Nazis bei der Besetzung des Gewerkschaftshauses keine Gewerkschaftsgelder in die Hände fielen (vgl. Kap. II „Zerschlagung der Gewerkschaften...“).

7.4.34: Elsabe Brose, Elmshorn, Mutter des ehemaligen sozialdemokratischen Stadtverordneten Fritz Brose, schrieb einen Brief an die Schwester in Amerika mit „haarsträubenden Behauptungen über die Verhältnisse in Deutschland“. Strafen vom Altonaer Sondergericht: Elsabe Brose 6 Monate Gefängnis; Fritz Brose 9 Monate Gefängnis (als angeblich „geistiger Urheber“ des Briefes).

18.4.34: „Prozeß gegen Gottlose vor der Großen Strafkammer Altona.“ „Bekanntlich gab es im marxistischen Deutschland eine Gottlosen-Organisation, den 'Deutschen Freidenker-Verband', in dem Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam ihren zersetzenden Einfluß gegen die Kirche geltend machten. Im Jahre 1930 spaltete die KPD diesen Verband und zog den 'Verein proletarischer Freidenker' auf, eine politische Unterorganisation der KPD. Dieser Unterorganisation wurden dann im Jahre 1931 ein Wirtschaftsunternehmen angegliedert, die 'Volkshilfe mit Bestattungsfürsorge'. Diese Fürsorgeorganisation gewährte ihren Mitgliedern Unterstützung in Unfall- und Sterbefällen, wobei auch die Einäscherung vorgesehen war. Der kommunistischen 'Volkshilfe' traten auch viele erwerbslose Mitglieder der sozialdemokratischen 'Volksfürsorge' bei, weil die Beiträge bei der 'Volkshilfe' niedriger waren als bei der Volksfürsorge...“

Die „Volkshilfe“ wurde im Mai 1932 durch den Regierungspräsidenten aufgelöst – 50 bis 60 Mitglieder aber arbeiteten in Elmshorn illegal weiter, so die Elmshorner Nachrichten. Urteile des Altonaer Gerichts: Kröger 5 Monate Gefängnis (Anrechnung von 2 Monaten und 2 Wochen Untersuchungshaft); Hoop 5 Monate Gefängnis; Schädlich und Larsen je drei Monate Gefängnis; Stockfleth, Raißle, Reimers und Frau Reimers je 2 Monate Gefängnis.

18.4.34: Bei dem Zimmermann Max Wriedt aus der Timm Krögerstraße in Elmshorn, der der illegalen KPD angehörte, fand die Polizei bei einer Haus-suchung einen Revolver. Wegen „Vergehens gegen das Schußwaffengesetz“ wurde er zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt.

4.7.34: Am 4. Juli 1934 wurde der Elmshorner Ernst Ladwig vom 3. Straf-senat des Berliner Kammergerichts wegen „landesverräterischer Umtriebe“ zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren 6 Monaten verurteilt. Fritz Brose wurde freigesprochen.

25.7.34: Wegen groben Unfugs wurde der Elmshorner Karl Böwig zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen verurteilt. Offenbar betrunken, zog er in der Nacht vom 10./11. Juni 1934 durch Elmshorn und sang die „Internatio-nale“.

IV. Prozess in Sachen „Offenborn und andere“

Massenverhaftungen ab Ende 1934

In einem Verwaltungsbericht der Elmshorner Exekutiv-Polizei vom 1. Juli 1935¹ heißt es:

„Im Herbst 34 gelang es der Hamburger Gestapo, eine Kieler Studentin Namens Hübsch² festzunehmen, der nachgewiesen werden konnte, daß sie den Aufbau der verbotenen KPD, Bezirk Wasserkante, leitete. Ihre Fest-nahme hatte weitere zur Folge. Die Verbindungen führten u.a. auch nach hier. Am 29. Okt. 34 erfolgte durch die Staatspolizei Hamburg die Fest-nahme von zunächst 5 Elmshornern. Am 3./4.12.34 erfolgten insgesamt 88 Festnahmen. Am 7.12.34 2 Festnahmen, am 18./19.12.34 131 Festnahmen. Am 28.12.34 erfolgten dann wieder 5, am 10.1.35 wieder 5, am 25.1.35 46 und am 21.2.35 4 Festnahmen. Insgesamt wurden somit 290 Personen männlichen und weiblichen Geschlechts wegen Vorbereitung zum Hochver-rat resp. sonstiger polit. Umtriebe festgenommen.“

Die Lokalpresse³ berichtete ausführlich über die „Säuberungsaktion in Elmshorn, Uetersen und Umgebung“; so heißt es in einem Artikel der Ueter-sener Nachrichten vom 27. Dezember 1934:

„Die polizeiliche Aushebung dieser Zentrale⁴ und die ständige Über-wachung der Organisation führten in den Nächten zum 4. Dezember und 18. Dezember zu zwei überraschenden Razzien der Hamburger Staatspolizei in Elmshorn und den umliegenden Ortschaften. Das Ergebnis war die Fest-nahme von insgesamt 220 Kommunisten, die teils als politische Leiter, teils als Kassierer und zum größten Teil als zahlende Mitglieder verborgenen Kommunismus getrieben hatten. Diese Zahl kann im Verhältnis zur Gesamt- einwohnerzahl von Elmshorn und Umgegend als verhältnismäßig niedrig be-zeichnet werden. Von den Festgenommenen wohnen in Elmshorn 122, in Lieth 24, in Hainholz 16 und in Uetersen 21 Personen, während der Rest sich auf verschiedene kleinere Orte in der Umgegend Elmshorns verteilt.“

Die Sammelstelle der Verhafteten war Elmshorn. Sie wurden in das Poli-zeigefängnis gesperrt, wo auch erste Vernehmungen durch Hamburger Gestapo-Leute durchgeführt wurden. Über die ersten Verhaftungen berichtet der Elmshorner Widerstandskämpfer Johannes Delker:

„Zu den Personen, die am 29. Oktober 34 verhaftet wurden, gehörten Richard und Frieda Jürgensen und Bruno und Lotte Weidemann. Die Ehe-leute Jürgensen hatten ein 9jähriges Töchterlein, die dann bei einer Schwäge-rin untergebracht wurde. Unsere Kameradin Frieda ist bei ihren Vernehmungen von der Gestapo geschlagen worden. Sie war fünf Wochen in Einzelhaft, mit Handschellen aus Eisen. Sie ist eine gute Kameradin. Ihrem Mann war die Rückkehr leider nicht vergönnt. Auch die Eheleute Weidemann wurden durch die Verhaftung schwer getroffen. Sie waren jung verheiratet und hat-ten zur Zeit der Verhaftung ein Kind von 4 Wochen. Obgleich die Mutter ihr Kind selbst nährte, wurde sie doch in Haft genommen. Auch in diesem Fall mußte das Kind bei Verwandten untergebracht werden.“

Johannes Delker wohnte in dem Haus Am Gehölz 41 als Untermieter von Heinrich Karnatz, einem Funktionär der „Roten Sporteinheit“. Er berichtet über die Verhaftungen und Vernehmungsmethoden im Elmshorner Polizei-gebäude:

„Morgens am 4. Dezember 1934, etwa gegen 2.30 Uhr, wurden wir durch die Gestapo aus dem Schlaf geweckt. Sie wollten Heinrich Karnatz verhaf-ten. Nach Rücksprache mit Heinrich Karnatz öffnete ich die Tür. H. Karnatz protestierte gegen seine Verhaftung. Zur Antwort bekam er: 'Reden Sie nicht so viel, reden können Sie nachher.' – Ich ging am selben Morgen zur Pflichtarbeit. Das Hauptgespräch an diesem Morgen waren die Verhaftungen. Zwischen 9.30 Uhr und 9.45 Uhr wurde ich verhaftet. An meiner Verhaf-tung nahmen zwei Polizei-, zwei Gestapo- und ein Beamter der Bereitschafts-SS teil. Mit vorgezogener Pistole wurde ich in den Polizeiwagen gebracht. Ich war kaum im Wagen, schlug man mir mit der Hand ins Gesicht. Nun ging es in meine Wohnung zur Haussuchung, die aber negativ verlief. Von der Woh-nung ging es in die Polizeiwache Elmshorn. Im ersten Stock wurde ich in das Eckzimmer zum Schulhof geführt. In diesem Zimmer wurde ich vernommen.“

Die Vernehmungen wurden mit Mißhandlungen durchgeführt. Mein Gesicht wurde blutig geschlagen, und mit Ochsenriemen wurde ich bewußtlos geschlagen. Als ich die Augen wieder aufschlug, lag ich in der äußersten Ecke des Zimmers. Man hatte mir eine Schüssel mit Wasser über den Kopf gegossen. Man scheute sich selbst nicht, mir um jedes Handgelenk eine Kette mit Knebeln zu legen. Hier drehte man langsam dran, um Geständnisse aus mir herauszuholen. Diese brutale Vernehmung hat ca. 2 Stunden gedauert, war aber ohne Erfolg. Gegen 12 Uhr mittags wurde ich in den Keller gebracht. Der Keller war bereits gefüllt mit mißhandelten Kameraden. Bei Dunkelheit wurden wir auf verdeckte Lastwagen verladen und ins KoLaFu gebracht.“

Ähnlich wie Johannes Delker erging es allen anderen Verhafteten. Nach ersten Vernehmungen und Mißhandlungen im Elmshorner, aber auch Uetersener Polizeigebäude erfolgte der Abtransport in Wagen der Hamburger Schutzpolizei nach Hamburg-Fuhlsbüttel in das Konzentrationslager. Reinhold Jürgensen, der ehemalige KPD-Reichstagsabgeordnete aus Elmshorn, wurde vor seinem Abtransport nach Hamburg aufgefördert, vor seinen Kameraden und den Nazis die „Internationale“ zu singen.⁵ Reinhold lehnte ab mit den Worten: „Auf Euren Befehl singe ich sie nicht!“ Sie hatten eine ungeheure Wut auf ihn. Am 20. Dezember 1934 wurde Reinhold Jürgensen im KoLaFu ermordet.

KoLaFu und Stadthaus

Nicht alle der 290 Verhafteten aus Elmshorn und Umgegend wurden in das Konzentrationslager Fuhlsbüttel gesperrt: „Inzwischen sind nach Mitteilung der Hamburger Gestapo 13 Personen aus der Schutzhaft entlassen, nicht jedoch, weil deren Unschuld sich herausgestellt hatte, sondern weil die Gefängnisse resp. das KZ-Lager überfüllt war und die den Entlassenen zur Last gelegten Handlungen geringfügig waren.“⁶

Johannes Delker berichtet über seinen Aufenthalt im KoLaFu:

„Nach meiner Ankunft wurde ich registriert und kam in Einzelhaft. Mit einem Fußtritt in den Hintern flog ich in die dunkle Zelle und hinterher ein Stück trockenes Brot mit den Worten: 'Das gibt Dir der nationalsozialistische Staat!' – Die erste Nacht mußte ich ohne Decke verbringen. Um 6 Uhr früh wurde ich geweckt. So ein Lümmel vom Marinesturm fragte, ob ich mich geprügelt hätte. Mein Gesicht war noch mit Blut verschmiert! In der Zelle selbst waren weder Kamm noch Spiegel. Im Laufe des Vormittags wurden die üblichen Formalitäten erledigt. Als man mir das Mittagessen gab, bat ich um einen Löffel. Zur Antwort bekam ich: 'Friß mit den Pfoten!' Am zweiten Mittag bekam ich einen Löffel. Am 12.12.34 mußte ich ins Stadthaus. Dortselbst wurde man wie ein Verbrecher behandelt. Erst wurden Fingerabdrücke gemacht, und dann wurde ich von vorne und von der Seite, ohne gekämmt oder rasiert zu sein, fotografiert. In der Zeit vom 4. Dezember 1934 bis zum 21. Mai 1935, in der ich im KoLaFu war, sind sieben Kameraden dortselbst umgebracht worden, unter ihnen die zwei Elmshorner Reinhold Jürgensen und Max Wriedt.“⁷

Ein weiterer Bericht über das KoLaFu: Paul Wegner aus Elmshorn, Neue Straße 16, wurde am 4.12.1934 verhaftet und kam nach Fuhlsbüttel. Er lag in Eisen und wurde mißhandelt – er bekam viel Prügel. Seine Wäsche kam zeitweilig nach Hause und wurde von seiner Mutter gewaschen. Alles war vom Blut verschmiert. „Mutter Wegner sortierte die Wäsche in der Küche. Gustl, Pauls Frau, kam rein: 'Brauchst die Wäsche nicht zu verstecken, ich hab das schon gesehen, daß das Pauls Hemden sind.'“⁸

Im Stadthaus in der Hamburger Innenstadt, Hauptquartier der Gestapo, fanden weitere Vernehmungen der Verhafteten statt, die in der Regel mit brutalsten Mißhandlungen verbunden waren. Bei den verschiedenen Verhören sowohl im Elmshorner Polizeigefängnis als auch im Hamburger Stadthaus ging es den verhafteten Antifaschisten besonders darum, so wenig wie irgend möglich von der illegalen Arbeit zuzugeben und die nicht verhafteten Kameraden zu schützen. So war es von großer Wichtigkeit, sich mit den Kameraden abzusprechen und zu wissen, was die Gestapo bereits wußte.

Josef Kristen berichtet:

„Der Schutzmann Wilhelm Lüdemann aus Uetersen, ein alter Sozialdemokrat, hatte uns mit seinem Boot nach Pagensand zu einem illegalen Treffen gefahren und auch daran teilgenommen. Er wurde später verhaftet, wohl im Januar 1935. Er kam in Fuhlsbüttel in Einzelhaft und lag in Eisen. Ich gehörte zusammen mit Heinrich Karnatz zu einem Kommando, das das Essen zu holen hatte, und kannte die Zelle von Wilhelm Lüdemann. In einem günstigen Augenblick stellte ich mich an seine Zellentür – er saß in der Zelle auf einem Schemel und trug Handschellen – und flüsterte: 'Wilhelm, du hast an der Besprechung in Pagensand nicht teilgenommen, du hast nur das Boot zur Verfügung gestellt!' Nach vierzehn Tagen wurde Wilhelm Lüdemann entlassen – so haben wir versucht, Kameraden zu entlasten.“

In Fuhlsbüttel hatten einige Häftlinge, darunter auch Viktor Andersen, Deckel der Lüftungen entfernt, und mit einem Bindfaden wurden Nachrichten von Stockwerk zu Stockwerk rauf- und runtergelassen. Über Kalfaktoren (dazu gehörte Viktor Andersen) und Essenholer (z.B. Josef Kristen und Heinrich Karnatz) wurde durchgegeben, wer am nächsten Tag ins Stadthaus muß und was ausgesagt worden war.

Dieses Nachrichtensystem funktionierte so gut, daß der Gestapo die Einstimmigkeit der Aussagen auffiel und die Sache aufflog. Viktor mußte zum Kommandanten Rhode: „Andersen, Andersen, das muß ich Dir sagen, Dein Nachrichtensystem hat ausgezeichnet funktioniert.“⁹ Viktor Andersen hatte großes Glück, daß er wegen dieser Sache nicht weiter belangt wurde.

Jede Unaufmerksamkeit der Gestapo mußte ausgenutzt werden – so als Viktor Andersen einmal auf der Fahrt vom KoLaFu zum Stadthaus mit seinem sozialdemokratischen Kampfgefährten Heinrich Busch aus Uetersen zusammengeschlossen wurde. Sie besprachen sich während der Fahrt, was sie bereits der Gestapo erzählt hatten, und verabredeten eine gemeinsame Linie. – Von vielen Sozialdemokraten aus Uetersen, die zu der Widerstandsorganisation gehörten, hat die Gestapo niemals etwas erfahren.¹⁰

Glück braucht der Mensch – Emil Buchner berichtet:

„Ich wurde am 19. Dezember 1934 verhaftet. Ernst Specht wurde ebenfalls verhaftet – er war an der illegalen Herstellung von Flugblättern und Zeitungen in meinem Schuppen beteiligt. Nun war ich natürlich in Druck, ob er mich bei der Gestapo belastet hatte, denn er kam vor mir zur Vernehmung. Ich wurde ins Stadthaus gebracht. Mein Vernehmer hieß mit Vornamen Martin – der wollte an den Schrank ran, da brach von seinem Schlüssel der Bart ab. 'Jetzt sind wir fertig, jetzt mußt du wieder nach Hause', sagte er. 'Ich bin Schlosser' erwiderte ich und verlangte eine Fahrradspitze und eine Kneifzange. Er lief los, um die Dinge zu besorgen, und ließ meine Akte auf dem Tisch liegen. Ich schaute schnell nach – Ernst Specht hatte mich überhaupt nicht belastet. Von dem Abziehapparat mußten sie von woanders erfahren haben.“

Ähnliches Glück hatte auch Viktor Andersen. Während seiner Vernehmung im Stadthaus verließ der Gestapo-Beamte Pohnke das Zimmer – „Ich muß nach Krause“ – und ließ die Akte aufgeschlagen liegen. So konnte Viktor Andersen einen kurzen Blick in seine Akte werfen und später entsprechend „gestehen“. ¹¹

Die Gestapo versuchte durch Mißhandlung, Erpressung, Nötigung und Bestechung den Verhafteten „Geständnisse“ abzurufen. Ihre obersten Ziele waren einerseits noch mehr Informationen über die Kameraden und deren illegale politische Arbeit zu erhalten, andererseits von dem Verhörten so viel zu erfahren, daß ihm selbst der Prozeß gemacht werden konnte und ihm eine höhere Gefängnis- oder Zuchthausstrafe bevorstand. Hinrich Studt aus Elmsborn berichtet, wie er von der Gestapo „reingelegt“ wurde:

„Bei meiner Verhaftung wurde mir Beitragszahlung für die Rote Hilfe vorgeworfen. Ich stritt ab, kam ins KoLaFu und nach etwa drei Wochen zur ersten Vernehmung ins Stadthaus. Ich wurde dort geschlagen und gab eine Beitragszahlung für die RH für die Monate Februar bis April 1933 zu. Damit gab sich mein Vernehmer nicht zufrieden, und schließlich erreichte er, daß ich auch eine einmalige Beitragszahlung für die RH im Sommer 33 zugab – ich sah keine große Bedeutung darin, wollte auch von diesen schrecklichen Verhören wegkommen. Der Gestapo-Mann war jetzt zufrieden, und ich unterschrieb das Protokoll. Damit hatte er mich reingelegt. Entsprechend einer Strafverschärfung vom Sommer 1933 hätte ich für die Beitragszahlung bis zum April nicht verurteilt werden können.“

Ein Beispiel, wie durch standhaftes Verhalten bei den Vernehmungen der Gestapo die Namen vieler Widerstandskämpfer nie bekannt wurden: Zur Betriebszelle der Mechanischen Weberei und Färberei gehörten Heinrich, Vit und Franz Duschek, Georg und Hermann Göck, Johannes Peters, Karl Wille, Franz Stanjek, Hinrich und Fine Foth und zeitweilig Rudolf Schwitzky. Verbindungen hatte die Gruppe zu ca. 15 bis 20 Sympathisanten. U.a. konnten Fine Foth, Franz Stanjek, Franz Duschek und alle Sympathisanten gedeckt werden, während die anderen Mitglieder der Gruppe später zu Zuchthausstrafen zwischen zwei und vier Jahren verurteilt wurden. ¹²

Die folgende „Allgemeine Übersicht über die politische Lage“ der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) Kiel vom 5. Februar 1936 weist aus der Sicht der Gestapo auf Schwierigkeiten bei den Vernehmungen hin: ¹³

„Offenbar sind die illegalen Funktionäre wieder eingehend über ihr Verhalten vor der Polizei belehrt worden. Es kam zu Aussageverweigerungen; eine Taktik, die sonst in letzter Zeit nicht mehr beobachtet werden konnte. ¹⁴ Im übrigen geht die Taktik ganz allgemein dahin, hartnäckig zu leugnen oder jedenfalls nur das anzugeben, was einfach nicht zu leugnen ist. In einem Falle bequeme sich ein festgenommener Funktionär lediglich dazu, bereits verstorbene oder bereits festgenommene Personen als Mitarbeiter anzugeben. Immer wieder wird die Erfahrung gemacht, daß die heute noch tätigen Funktionäre offenbar durch eine eingehende und gute Schule gegangen sind, und daß sie meist als Fanatiker anzusehen sind, die unter keinen Umständen ihre Hintermänner oder den Apparat selbst verraten.“

KZ Esterwegen

In dem Verwaltungsbericht der Elmshorner Exekutivpolizei vom 1. Juli 1935 heißt es: ¹⁵

„Alle männlichen Schutzhäftlinge sind inzwischen von Fuhlsbüttel nach dem KZ-Lager Esterwegen überführt, während die weiblichen noch in Fuhlsbüttel verblieben sind. Vor ihrem Abtransport sind alle dem Richter in Hamburg zugeführt, Haftbefehle sind erlassen. Wann die einzelnen Termine stattfinden, steht noch nicht fest. Zeitig befinden sich die Vorgänge bei der Reichsanwaltschaft in Leipzig.“

Johannes Delker berichtet über den Einmarsch der Elmshorner in das KZ Esterwegen:

„Am 21. Mai 1935 morgens in aller Frühe wurde ich mit noch 244 Kameraden von KoLaFu mit Autos an die Bahn gebracht. Der Zug setzte sich unter SS-Bewachung in Bewegung, und um 13 Uhr rollte er in Papenburg ein. Von dort wurden wir in geschlossenen Lastwagen ins KZ Esterwegen gebracht. Hinter den Lastwagen fuhr ein SS-Flitzer mit Maschinengewehr und schoß wie wild ins Moor, um uns in Angst zu versetzen. Wir mußten im Wagen die Hände überm Kopf halten. Um 19.30 Uhr war der Transport zu Ende. Als wir das Lager betraten, schrie man uns gleich an: 'Mützen vom Kopf, ihr betretet hier heiligen Boden!' Von der Kommandantur aus ging es dann auf dem Knüppeldamm immer auf und nieder. Im Duschbad wurden uns die Haare vom Kopf geschoren. Wer seinen Haarschmuck behalten wollte, wurde gleich mit dem Wasserschlauch naßgespritzt. Dann ging es zur Kammer, wo wir eingekleidet wurden. Unsere Lagerkleidung war die ehemalige grüne Polizeiuniform. Von der Kammer aus wurden wir dann auf die Baracken verteilt. Die Baracken waren für 50 Mann geschaffen, wurden aber mit 150 Mann belegt. Am selben Abend mußten wir noch antreten, unseren Barackenhocker mitbringen und eine Rede Adolf Hitlers zur Außenpolitik anhören, in der Hitler seine Friedensliebe beteuerte. Heimlich aber rüstete er

auf und führte im März 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder ein. Wir waren alle fertig von dem Tag und waren froh, wie wir in die Baracken abrücken konnten. Das war in kurzen Zügen der Einmarsch der 245 aus Elmshorn und Umgebung in das KZ Esterwegen. Erwähnen möchte ich noch, daß wir vom 22. Mai 35 ab nur eine Nummer waren. Unsere Nummern gingen von 1100 bis 1344. Die Verpflegung war miserabel, und im Juli 1935 mußte das Lager vorübergehend wegen Typhus gesperrt werden.“

Hans Arnold aus Barmstedt, Gefangener Nr. 1107, erinnert sich:¹⁶

„Eingeliefert wurden wir auf Lastwagen, eng zusammengepfertcht, die Hände mußten wir hoch halten. Die SS stand schon am Lagertor und schlug zur 'Begrüßung' auf uns ein, und wir mußten dazu auch noch 'Alle Vögel sind schon da' singen. Wir mußten uns dann ausziehen, die Haare wurden uns geschoren. In den Baracken waren 4-Etagen-Betten mit dreckigen Strohhalmresten. Morgens und abends war Zählappell, bei dem alle, geschwächt und krank wie wir waren, stundenlang geradestehen mußten, und das bei jedem Wetter, manchmal bis in die Nacht. Donnerstags war regelmäßig Prügeltag. Die Häftlinge wurden über einen Holzbock geschnallt und bekamen fünfundzwanzig Schläge mit dem Ochsenziemer. Zum Schlagen meldeten sich die kräftigsten SS-Leute – es gab dafür zwei Stunden länger Ausgang. Von allen SS-Aufsehern war der 'Eiserne Gustav' der gefürchtetste, der einen jüdischen Gefangenen in der Latrine ertrinken ließ. Die Barmstedter konnten in einer Baracke zusammenbleiben, bis auf Emil Schnell, der von Anfang an in Arrest kam. Die Arrestzellen mit ihrer Dunkelheit, Enge und die Isolation des Eingekerkerten waren eine häufig angewendete Foltermethode. Oft mußte der Gefangene an die Wand gekettet die ganze Zeit über stehen. Von Emil wollten die Nazis wissen, wo die Barmstedter ihre Schreibmaschine hätten. Zu meiner Zeit im KZ gab es dort zwei Arbeitskommandos: das Kommando zur Moorkultivierung und das Sport- und Schießplatzkommando, das einen Platz für die SS anlegen sollte. In diesem sehr gefürchteten Kommando mußten alle, streng und grausam von der SS bewacht, den ganzen Tag im Laufschrift arbeiten, ohne einen Schluck zum Trinken. Im Moorkommando, wo uns im Sommer die Hitze und die Mücken noch außer der SS quälten, hatten wir zivile Vorarbeiter, das war nicht ganz so schlimm.“

Die Häftlinge des KZ Esterwegen nannten das Lager „die Hölle am Waldesrand“. Trotz der vielen Schikanen durch die Nazi-Faschisten wurde auch im Lager Widerstand geleistet; man half sich gegenseitig und schützte schwächere Kumpel. Josef Kristen berichtet:

„Die Elmshorner Kumpel, wir waren damals alle im besten Mannesalter, haben sich und andere im Moor gegenseitig bei der Arbeit geholfen. Ein großer Teil von uns war Landarbeiter, wir konnten mit der Schaufel umgehen. Vielen körperlich Schwachen wurde das Pensum abgenommen bei der Arbeit im Moor.“

Ich lernte den Kameraden Ernst Saalwächter aus Düsseldorf kennen. Er war Kalfaktor und beschäftigte mich als Kellner im SS-Lager. Dadurch (wir waren 24 Kellner) haben wir so manchen Kumpel zusätzlich mit Verpflegung versorgt. Mein Baracken-Ältester, der Kamerad Grausalbe aus Breslau,

hat uns mit allen Dingen des Lagerlebens vertraut gemacht. Hier lernten wir auch die Kumpel kennen wie Ernst Heilmann aus Berlin, den Schriftsteller Carl von Ossietzky, Julius Leber aus Lübeck, Werner Finck von der 'Katakomba' aus Berlin, Alfred Lemnitz aus Berlin und viele viele mehr. Werner Finck führte uns Pfingsten 1935 mit einer Gruppe in der Wäschebaracke ein Kabarett vor. Wir nannten es 'Wäsche-Theater Pfingsten 1935'. Warum schreibe ich das? Weil die Kumpel trotz aller Schikanen den Alltag einmal vergessen wollten und Mut für die Zukunft brauchten. Ja, es wurde manchmal gelacht. Trotz alledem.“

Die Menschenverachtung der Nazis kommt u.a. auch in der Lagerordnung von Esterwegen zum Ausdruck, in der es heißt, Toleranz bedeute Schwäche. Für geringe Verstöße gegen die Lagerordnung erfolgen Strafen wie: „8 Tage strenger Arrest“, „Mehrwöchentliche Strafarbeit“, „25 Stockhiebe zu Beginn und am Ende der Strafe“, „14 Tage strenger Arrest“, „42 Tage strenger Arrest“, „...wird kraft revolutionären Rechts als Aufwiegler gehängt!“, „wird als Meuterer auf der Stelle erschossen oder nachträglich gehängt“, „...wird wegen Sabotage mit dem Tode bestraft“, „...wird wegen Gemeingefährlichkeit dauernd in Einzelhaft verwahrt“, „...wird wegen Unverbesserlichkeit mit dauernd Strafarbeit, mit Arrest, mit Strafexerzieren oder mit Prügel bestraft“, usw.¹⁷

Emil Schnell aus Barmstedt, von seinen Kameraden „Eiserner Emil“ genannt, weil er monatelang „in Eisen lag“, und Johannes Offenborn als Hauptangeschuldigter aus Elmshorn hielt man die ganze Zeit über, also drei Monate, in Einzelhaft, davon über einen Monat lang in Dunkelarrest.

„Erschossen auf der Flucht“. Hans Arnold berichtet, wie das im KZ Esterwegen vonstatten ging:

„Eine Methode der SS-Aufseher war, dem Häftling die Mütze wegzunehmen, hinter sich zu werfen und ihn zum Holen aufzufordern. Bei Nichtholen war es Befehlsverweigerung – ein Grund zum Erschießen. Wenn der Gefangene die Mütze holte, mußte er dazu an den SS-Posten vorbei, das war dann 'Fluchtgefahr' – auch ein Grund zum Erschießen.“¹⁸

Johannes Delker: „Zum KZ Esterwegen möchte ich berichten: In der Zeit, in der wir dort waren, sind drei Mann erschossen worden, angeblich auf der Flucht. Die drei Erschossenen waren: Ein 'Berufsverbrecher', ein Bibelforscher und ein Jugendgenosse von zweiundzwanzig Jahren aus Essen. Ihm wurde auch noch der Schädel eingeschlagen. Seine Häftlingsnummer war 82. Dieser Jugendgenosse war 1930 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er bei einem Überfall durch SA in Notwehr einen Mann erschossen haben soll. Nach Verbüßung der Strafe wurde er in Esterwegen eingeliefert und war nach vier Wochen tot.“

Der Prozeß „Offenborn und andere“

Ende August 1935 wurden die im KZ Esterwegen eingesperrten Antifaschisten aus Elmshorn, Barmstedt und Uetersen und anderen Orten des Kreises Pinneberg nach Hamburg in das Untersuchungsgefängnis transportiert. Im

Winter sollte der Prozeß „wegen Vorbereitung zum Hochverrat“ beginnen. Heinrich Lacorn aus Elmshorn und Wilhelm Peetz aus Uetersen blieben in Esterwegen zurück: Heinrich Lacorn lag nach einer Blinddarmoperation im Lazarett, Wilhelm Peetz war aufgrund der ständigen Schikanen der Nazis nicht transportfähig. Am 3. Oktober 1935 erlag Wilhelm Peetz seinen Verletzungen. Er war nach Reinhold Jürgensen und dem Elmshorner Max Wriedt das dritte Opfer der Nazis aus der illegalen KPD Elmshorn. Einige wenige der Angeklagten wurden für die Zeit bis zu ihrem Prozeß auf freien Fuß gesetzt und unterlagen der Aufsicht der jeweiligen Ortspolizei – so z.B. Emil Buchner, Ludwig Otto und Emil Seemann.

In den Monaten September und Oktober 1935 erhielten alle angeklagten Antifaschisten Einsicht in ihre Anklageschriften des Generalstaatsanwaltes beim Kammergericht Berlin. Dieses Kammergericht war in Preußen für alle Hochverrats-Verfahren zuständig, tagte in Berlin und Altona oder zog auch durch die Provinz. Alle paar Tage konnte man 1934 und 1935 in der Presse über hohe Zuchthausstrafen lesen, die dieses Gericht in einer Art Fließbandarbeit über Widerstandskämpfer verhängte. Einige Beispiele:¹⁹

27.2.35: „Vorbereitung zum Hochverrat in Harburg-Wilhelmsburg“. Der 3. Strafsenat des Kammergerichts Berlin verurteilte 13 Angeklagte zu Strafen bis zu zwölf Jahren Zuchthaus.

2.3.35: „15 Kommunisten vor dem Berliner Kammergericht in Altona“, die der KPD in Harburg-Wilstorf angehörten.

5.3.35: „Zuchthausstrafen für Verbreitung illegaler Schriften“ gegen Mitglieder der Billstedter KPD, verhängt vom 3. Strafsenat des Kammergerichts.

30.3.35: „Tagung des Berliner Kammergerichts in Altona“ gegen fünfundzwanzig Kommunisten aus Heimfeld.

21.5.35: „Das Urteil im Altonaer Kommunistenprozeß“ – Fünfundzwanzig Kommunisten aus Altona werden zu Zuchthausstrafen bis zu sieben Jahren verurteilt.

22.5.35: „Wieder ein Hochverratsprozeß in Altona“ vor dem Kammergericht gegen zwölf Kommunisten aus Sasel.

18.6.35: „74 Kommunisten wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt“ vom 3. Strafsenat des Berliner Kammergerichts gegen Altonaer Kommunisten. Anfang Juli verhängt das Gericht Strafen bis zu lebenslänglich Zuchthaus.

6.8.35: „Das Berliner Kammergericht tagt augenblicklich in Kiel“ – 23 Kommunisten aus Kiel und Umgegend werden zu Zuchthausstrafen bis zu 12 Jahren verurteilt.

Im November 1935, unmittelbar vor Beginn der Prozesse gegen die Elmshorner, Barmstedter und Uetersener Widerstandskämpfer, verhandelte der 3. Strafsenat des Kammergerichts über siebzehn Kommunisten aus Glückstadt, die im Mai 1935 verhaftet worden waren. Sie hatten mit der Elmshorner illegalen KPD in Verbindung gestanden, Beiträge kassiert und Zeitungen wie „Der rote Spiegel“ und „Der rote Kurier“, die in Uetersen und Elmshorn hergestellt wurden, vertrieben. In diesem Prozeß wurden Zuchthausstrafen bis zu drei Jahren und sechs Monaten verhängt.²⁰

Die Geschäftsstelle der Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

Berlin 28 57, den 23. Dezember 1935
Gillystraße 72.
Telefon: 1 7 8445 1003.

Es wird gebeten, bei allen
Eingaben die nachstehende
Geschäftsnummer anzugeben:

Geschäftsnummer: 10 O. Je. 143.35/F.

Es wird gebeten, diese
Sachung zum Termin
mitzubringen.

Hamburg
in Hamburg
Untersuchungsgefängnis

Ladung

in der Strafsache gegen
Offenborn und Andere
wegen Vorbereitung zum Hochverrat

Sie werden auf Anordnung des Generalstaatsanwalts zur Hauptverhandlung auf
den 31. Januar 1936, 9 Uhr
vor den 3. Strafsenat des Kammergerichts im Strafjustizgebäude in
Hamburg, Saal 279 I
in Berlin, Saal 279 I
in Berlin, Saal 279 I
geladen.

Sollten Sie sich zur Zeit des Termins auf freiem Fuß befinden, so müßte, falls Sie
ohne Entschuldigung ausbleiben, Ihre Verhaftung oder Vorführung erfolgen.
Zugleich werden Sie aufgefordert, zu erklären, ob und welche Beiträge Sie in bezug auf
Ihre Verteidigung für die Hauptverhandlung zu stellen haben.
Zu der Verhandlung werden – keine
– und Sachverständigen – geladen.

Die Hauptverhandlung und die Fortdauer der Untersuchungshaft
sind angeordnet.

K. G. – Tg. –
Nr. 75. Sachung des nicht auf freiem Fuß befindlichen Angeklagten
vor dem Kammergericht (§ 216 Abs. 2 StPO.).

auf Anordnung
Willi
Justizangestellte

Die Strafen im einzelnen:²¹

Willi Hansen	Fleien	3 J 6 M Z
Franz Drost	Husum	3 J Z
Paul Roggenkamp	Moorhusen	2 J 6 M Z

Emil Saß	Glückstadt	2 J 6 M Z
Richard Bruhnzen	Engelbr.Wildnis	1 J 6 M Z
Wilhelm Thode	Engelbr.Wildnis	2 J Z
Claus Soltau	Kollmar-Kuhle	1 J 9 M Z
Hans Ehlers	Kamerland	1 J 9 M Z
Walter Sonnenberg	Glückstadt	1 J Z
Heinrich Lampe	Glückstadt	2 J G
Friedrich Schulz	Glückstadt	2 J G
Peter Clausen	Glückstadt	1 J 9 M G
Bernhard Süllbrand	Glückstadt	1 J 6 M G
Emil Paustian	Glückstadt	1 J 3 M G
Arthur Franzberg	Glückstadt	1 J 3 M G
Johann Pingel	Glückstadt	1 J G
Ein Freispruch.		

Ebenfalls im November 1935 verurteilte das Berliner Kammergericht eine Gruppe von Sozialdemokraten aus Altona. Die „Altonaer Nachrichten“ vom 27. November 1935 berichteten unter der Überschrift „Berliner Kammergericht in Altona: Das Urteil gegen die illegale SPD, Altona. Höchststrafe drei Jahre Zuchthaus“ über diesen Prozeß.²²

Am 10. Dezember 1935 begann vor dem 3. Strafsenat des Kammergerichts Berlin im Hamburger Strafjustizgebäude der erste von insgesamt vierundzwanzig Prozessen „in der Strafsache gegen Offenborn und Andere wegen Vorbereitung zum Hochverrat.“²³ Angeklagt waren acht wichtige Funktionäre der illegalen KPD und Roten Hilfe aus Elmshorn und Umgegend:

Johannes Offenborn, Pol-Leiter der KPD Elmshorn,
 Heinrich Rostock, stellvertretender Pol-Leiter,
 Johann Modrow, Hauptkassierer,
 Johann Britten, Org-Leiter der KPD Uetersen und für die Herstellung illegaler Schriften verantwortlich,
 Detlef Gadde, I-Leiter und Verantwortlicher für den Literaturvertrieb,
 Richard Jürgensen, Leiter der illegalen Roten Hilfe,
 Detlef Wulf, Hauptkassierer der Roten Hilfe,
 Bruno Weidemann, Verbindungsmann zwischen der Roten Hilfe Elmshorn und der Leitung in Altona.

Mitangeklagt war in diesem Prozeß auch die Ehefrau von Heinrich Rostock, Martha Rostock.

Vorsitzender Richter in diesem Prozeß war der Senatspräsident Marquart, beisitzende Richter waren der Kammergerichtsrat Dr. Zippel, die beiden Landgerichtsräte Dr. Roeseler und Dr. von Albert und der Amtsgerichtsrat Dr. Holle. Vertreter der Staatsanwaltschaft war Staatsanwaltschaftsrat Schade. Bereits zwei Tage später, am 13. Dezember 1935, erfolgte das erste Urteil:²⁴

„I. Wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens werden verurteilt die Angeklagten:

Johannes Offenborn, Heinrich Rostock und Richard Jürgensen zu je acht Jahren Zuchthaus und zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von je zehn Jahren,

Johann Britten und Wilhelm Gadde zu je sechs Jahren Zuchthaus und zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von je sechs Jahren,

Johann Modrow und Max Wulf zu je vier Jahren Zuchthaus und zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von je vier Jahren,

Bruno Weidemann zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus und zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren,

Frau Martha Rostock, geb. Rave zu einem Jahre Gefängnis.

II. Bei sämtlichen Angeklagten mit Ausnahme von Frau Rostock wird auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt.

III. Von den erkannten Freiheitsstrafen sind durch die erlittene Haft verbüßt:

bei den Angeklagten Jürgensen und Weidemann je ein Jahr ein Monat,

bei den Angeklagten Offenborn, Heinrich Rostock, Modrow, Gadde und Wulf je ein Jahr,

bei dem Angeklagten Britten elf Monate.

IV. An beschlagnahmten Gegenständen werden eingezogen:

*sämtliche Waffen,
 sämtliche Munition,
 sämtliche Schriften,
 die am 19. Dezember 1934 bei dem Angeklagten Britten beschlagnahmte Orga-Schreibmaschine und die dort beschlagnahmten zwei Abziehapparate,
 die am 4. Dezember bei Modrow beschlagnahmten 218,50 RM,
 die am 29. Oktober 1934 bei Weidemann beschlagnahmten 51,50 RM,
 die am 4. Dezember 1934 bei Wulf beschlagnahmten 35,— RM.*

V. Die Kosten des Verfahrens fallen den Angeklagten zur Last.“

Drei Tage später, am 16. Dezember 1935, erfolgte das zweite Urteil „Im Namen des deutschen Volkes!“, diesmal gegen „eine Anzahl von Unterfunktionären und Helfern der Hauptfunktionäre der Anklage A“.²⁵ Viktor Andersen, Hans Schulz, Niko Witt, Heinrich Duschek, Hans Hachmann, Rudolf Huxoll, Wilhelm Foth und Walter Bösecke wurden zu Zuchthausstrafen bis zu fünf Jahren verurteilt; die Ehefrau Erne Niedlich mußte freigesprochen werden.

In den folgenden Monaten bis Ende Juli 1936 fanden zweiundzwanzig weitere Prozesse gegen Mitglieder der illegalen Widerstandsorganisationen aus dem Kreis Pinneberg statt. In jedem dieser Prozesse wurden ca. zehn bis fünfzehn Mitglieder einer bestimmten Stadtteilgruppe der KPD angeklagt; einige Prozesse behandelten aber auch überörtlich schwerpunktmäßig die politische Arbeit in der RGO, der „Unabhängigen Klassengewerkschaft“, der Roten Hilfe und der Roten Sporteinheit.

Der Prozeß gegen die Barmstedter fand Anfang Februar 1936 vor dem 5. Strafsenat des Kammergerichts in Berlin statt, alle anderen vor dem 3. Strafsenat des Berliner Kammergerichts in Altona. Besetzung des 3. Strafsenats des Berliner Kammergerichts:

Vorsitzende Richter: Senatspräsident Marquart (in zwölf Prozessen), Kammergerichtsrat Granzow (in neun Prozessen), Kammergerichtsrat Dr. Zippel (2 x)

Beisitzende Richter: Amtsgerichtsrat Dr. Holle (20 x), Landgerichtsrat Dr. v. Albert (19 x), Kammergerichtsrat Dr. Zippel (18 x), Landgerichtsrat Dr. Roessler (16 x), Amtsgerichtsrat Dr. Randermann (3 x) sowie die Land-, Kammer- und Amtsgerichtsräte Wernecke, Mittendorf, Dr. Hückenhaus, Koch, Dr. Rotschuh, Staecker und Crodel (je 2 x)

Vertreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwaltschaftsrat Dr. Oehmke

Besetzung des 5. Strafsenats des Berliner Kammergerichts am 3. Februar 1936:

Vorsitzender Richter: Kammergerichtsrat Dr. Taeniges

Beisitzende Richter: die Kammergerichtsräte Holtz, Crodel und Strecker sowie Amtsgerichtsrat Dr. Hückinghaus

Vertreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwaltschaftsrat Weissbrod.

Die Prozesse „Offenborn und andere“ fanden in der Presse des Kreises Pinneberg²⁶ und in Hamburg²⁷ Beachtung. Die Urteile, die u.a. auch der Abschreckung aller politischen Gegner des Faschismus dienten, wurden veröffentlicht. Hier einige Überschriften aus den Elmshorner und Uetersener Nachrichten:

Erstes Urteil im Elmshorner Kommunisten-Prozeß

Das 2. Urteil im Elmshorner Hochverrats-Prozeß

Wieder hohe Zuchthausstrafen.

Das 3. Urteil im Elmshorner Hochverrats-Prozeß

Zuchthausstrafen gegen Staatsfeinde

Weitere Urteile im Elmshorner Hochverrats-Prozeß

Ein weiteres Teilverfahren im Hochverrats-Prozeß abgeschlossen

Zehn angeklagte Kommunisten aus Uetersen und Tornesch verurteilt

Ein weiteres Urteil gegen Kommunisten aus Uetersen und Umgegend

Ab Frühjahr 1936 wurde nicht mehr berichtet – die Presseartikel waren u.a. auch im Ausland ausgewertet worden und dienten dort als ein weiterer Beweis der Mißachtung der Menschenrechte und der brutalen Verfolgung aller Antifaschisten durch die Nazis.

Die Prozesse selbst waren eine Farce – waren ein Tribunal der Nazis über ihre Gegner. Die jeweilige Hauptverhandlung dauerte in der Regel nur wenige Stunden, und bereits einen oder zwei Tage nach Beginn der jeweiligen Hauptverhandlung wurde das Urteil verkündet. Über den Verlauf einer Verhandlung hier ein Bericht einer dänischen Frauendelegation, die an einem dieser Prozesse teilnahm:²⁸

Uetersener Nachrichten Nummer 292
49. (72.) Jahrgang

Erstes Urteil im Elmshorner Kommunisten-Prozeß

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe veröffentlicht.)

Nach zweitägiger Verhandlung verkündete der Dritte Strafsenat des Berliner Kammergerichts im Hamburger Straßjustizgebäude am Freitagvormittag das Urteil im ersten Teilprozeß gegen 270 Kommunisten aus Elmshorn und Umgegend wegen Vorbereitung zum Hochverrat.

Die eingehende Beweisaufnahme ergab, daß die Angeklagten bis weit in das Jahr 1934 hinein die kommunistische Partei in Elmshorn, Uetersen und Umgegend nach ihrem Verbot im Jahre 1933 organisatorisch neu aufgebaut und illegal weitergeführt haben.

Das Urteil des Kammergerichts lautet:

Wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens werden verurteilt die Angeklagten Johannes Offenborn, Heinrich Wostod und Richard Jürgensen zu je 8 Jahren Zuchthaus und je 10 Jahren Ehrenrechtsverlust, Johann Britten und Wilhelm Gadde zu je 6 Jahren Zuchthaus und je 6 Jahren Ehrenrechtsverlust, Johann Wodrow und Max Wulf zu je 4 Jahren Zuchthaus und je 4 Jahren Ehrenrechtsverlust, Bruno Weidemann zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und zu 3 Jahren Ehrenrechtsverlust, Frau Maria Wostod, geborene Nabe, zu 1 Jahr Gefängnis.

Bei sämtlichen Angeklagten, mit Ausnahme von Frau Wostod, wird auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt.

Von den erkannten Freiheitsstrafen sind durch die erlittene Haft verbüßt: bei den Angeklagten Jürgensen und Weidemann je 1 Jahr 1 Monat, bei den Angeklagten Offenborn, Heinrich Wostod, Wodrow, Gadde und Wulf je 1 Jahr, bei dem Angeklagten Britten 11 Monate.

Die Verurteilten sind fast sämtlich in Elmshorn wohnhaft gewesen, Britten war in Uetersen ansässig.

An beschlagnahmten Gegenständen werden eingezogen sämtliche Waffen, sämtliche Munition, sämtliche Schriften und insgesamt 304,55 Mark. Die Kosten des Verfahrens fallen den Angeklagten zur Last.

Auf Ehrenrechtsverlust wurde erkannt, weil hochverräterische Handlungen Treubruch am deutschen Volk bedeuten.

Uetersener Nachrichten vom 14. Dezember 1935

„Wir hatten erfahren, daß ein Teil des Prozesses gegen die Elmshorner Arbeiter am Montag, dem 16. April²⁹ im Hamburger Straßjustizgebäude, Zimmer 209, um 9 Uhr stattfinden würde, und wir begaben uns darum dorthin, um an dem Prozeß teilzunehmen. Einige Minuten vor 9 kam ich mit meinen Reisebegleitern dort an. Es stand eine kleine Gruppe Menschen vor der Tür. Es waren Arbeiter und Arbeiterfrauen. Ihre Gesichter erzählten von Kampf und Elend, ihre Kleider vom Bemühen, um trotz Armut gut und sauber auszusehen.

Kurze Zeit bevor der Prozeß begann wurden die Angeklagten hereingeführt. Die Gefangenen sahen bleich und unterernährt aus, aber sie hatten trotzdem ein aufmunterndes Lächeln für ihre Frauen und Freunde, und es war ergreifend zu sehen, wie sie nicht nur sich selbst den Mut aufrecht hielten, sondern auch versuchten, ihre Nächsten zu trösten. Um 1/2 10 wur-

de die Tür für die Zuhörer geöffnet, wir bekamen die Erlaubnis, alle in den Saal hineinzugehen, so daß die Plätze der Zuhörerbank dicht besetzt waren. Mit dem Rücken zu uns saßen auf zwei Stuhlreihen die Angeklagten, 13 an der Zahl.

Elmshorner Nachrichten, Pinneberger Kreisblatt, Gortzer Nachrichten

Weitere Teilverurteile im Elmshorner Kommunisten-Prozeß.

§-§ In dem Prozeß gegen eine größere Zahl von Kommunisten aus Elmshorn und Umgegend, der seit einigen Monaten vor dem 3. Straffenat des Preussischen Kammergerichts im Hamburger Straßjustizgebäude verhandelt wird, konnten wiederum mehrere Teilverfahren durch Urteil abgeschlossen werden.

In dem ersten Teilverfahren wurden verurteilt wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens die Angeklagten:

Heinrich Trojahn, Hainholz, zu 5 Jahren Zuchthaus;

Willy Rojnagel, Karl Larsen, Hainholz, zu je 4 Jahren Zuchthaus;

Wilhelm Rohlfhof und Hermann Bernhold, Hainholz, zu je 3 Jahren Zuchthaus;

Adolf Dellerich, Hainholz, zu 2½ Jahren Zuchthaus;

Hermann Kolker, Wilhelm Brömmmer, Nicolaus Sürgenfen und Josef Grochowski, Hainholz, zu je 2½ Jahren Zuchthaus;

Mag Tietjens, Hainholz, zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus;

Frau Anna Trojahn, Hainholz, Fritz Möller, Elmshorn, Heinrich Hagenah und Oellef Gripp, Hainholz, zu je 2 Jahren Zuchthaus.

Sämtlichen Angeklagten, mit Ausnahme der Frau Trojahn, wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf Zeit aberkannt. Zugleich wurde gegen die verurteilten Angeklagten, mit Ausnahme der Frau Trojahn und Fritz Möller auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt.

In dem 2. Teilverfahren wurden gleichfalls wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens verurteilt die Angeklagten:

Hermann Will, Elmshorn, zu 3½ Jahren Zuchthaus;

Albert Böttcher, Willi Rohlf und Karl Wiefenberg, Elmshorn, zu je 3 Jahren Zuchthaus;

Ernst Peters, Elmshorn, zu 2½ Jahren Zuchthaus;

Wilhelm Mohr, Elmshorn, Ernst Karlau, Hemdingen, und Hermann Altvater, Elmshorn, zu je 2½ Jahren Zuchthaus;

Rudolf Stid, Elmshorn, zu 2½ Jahren Zuchthaus;

Erwin Lange und August Lange, Elmshorn, zu je 2 Jahren Zuchthaus;

Frau Frieda Will, Elmshorn, zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis.

Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden allen verurteilten Angeklagten mit Ausnahme von Frau Will auf Zeit aberkannt.

Weiter wurde bei sämtlichen Angeklagten auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt.

In dem 3. Teilverfahren wurden wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens verurteilt die Angeklagten:

Arthur Danker, Erich Krämer und Hans Langheim, Elmshorn, zu je 3 Jahren Zuchthaus;

Ernst Schabendorf und Heinrich Krüger, Elmshorn, zu je 2½ Jahren Zuchthaus;

Johann Oronowski und Arthur Geißler, Elmshorn, zu je 2½ Jahren Zuchthaus;

Helmut Röhler, Elmshorn, zu 1 Jahr Zuchthaus.

Wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in Tateinheit mit Vergehen gegen § 49 d. St.G.B. die Angeklagten:

Ernst Rathje, Elmshorn, zu 6 Jahren Zuchthaus;

Wilhelm Meier, Elmshorn, zu 4 Jahren Zuchthaus;

Wilhelm Brandt und Wilhelm Lentfer, Elmshorn, zu je 2½ Jahren Zuchthaus.

Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden allen Angeklagten auf Zeit aberkannt. Weiter wurde gegen alle Angeklagten auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt.

Zunächst wurden einige Erklärungen von verschiedenen Arbeitgebern der Angeklagten vorgelegt. Diese Erklärungen, wie auch später die Reden der Verteidiger, beweisen, daß viele der Angeklagten auf ihren Arbeitsplätzen den besten Ruf genossen. Ein Mann von 65 Jahren hatte z.B. 20 Jahre auf einer Stelle gearbeitet, ein anderer ca. 10 Jahre im selben Betrieb gestanden. Ein anderer hatte das Vertrauen seiner Kollegen in einem so hohen Grade, daß er bei der letzten Betriebsvertrauensleute-Wahl auf seinem Arbeitsplatz mit 160 Stimmen von 200 gewählt worden war.

Nun bekam der Staatsanwalt das Wort: 'Die Diktatur des Proletariats ist eine Diktatur der jüdischen und asiatischen Untermenschen', so begann er und erzählte, wie diese 'Untermenschen' versuchen, ihren Einfluß selbst auf ordentliche und achtungswerte Menschen auszubreiten, so daß heute, drei Jahre nach der Machtübernahme durch Hitler, wieder Versuche unternommen werden, um die kommunistische Partei aufzubauen. Das sei Hochverrat und müßte mit der härtesten Strafe verfolgt werden. Danach zeigte er auf, was jeder der Angeklagten getan hatte. Für einen Nicht-Deutschen ist es vollständig unfassbar, daß die Taten der Angeklagten unter dem Begriff Verbrechen fallen konnten. Die meisten hatten Geld — in der Regel ganz geringe Summen — auf Sammelisten gegeben. Diese wie auch ihre Verteidiger wiesen nach, daß sie geglaubt hätten, daß das Geld für die Angehörigen der Verhafteten verwandt werden würde, und sie hatten aus rein menschlichen Motiven heraus gegeben. Einige hatten illegale Druckschriften verteilt.

Die Verteidiger sagten, daß es keine Entschuldigung für diese Handlungen gebe, fanden dann aber doch einzelne mildernde Umstände, so daß sie am Schluß baten, die Strafen etwas milder als beantragt zu fällen. Für einen einzigen der Angeklagten verlangte der Verteidiger Freispruch.

Zuletzt bekamen die Angeklagten selbst die Erlaubnis, etwas zu sagen. Einige begnügten sich damit, sich den Ausführungen der Verteidiger anzuschließen. Einer war so bewegt, daß sein Versuch, etwas zu sagen, mißglückte. Ein anderer stand auf und hielt eine kurze, aber klare Rede, aus der hervorging, daß er immer bei seinen Kollegen geachtet und beliebt gewesen sei und sehr lange auf seiner Arbeitsstelle tätig gewesen wäre. Er bat im Namen der Menschlichkeit um die mildeste Strafe für die Angeklagten. Alle Angeklagten wurden zu Zuchthausstrafen verurteilt. Höchststrafe war 6 Jahre Zuchthaus, das mildeste Urteil lautete auf 1 Jahr Zuchthaus."

Noch einige Anmerkungen zu diesem Prozeß: Die Verteidiger waren in der Regel Pflichtverteidiger. Verteidiger von Viktor Andersen war Dr. Blümke, von Emil Buchner Weber, von Josef Kristen Rechtsanwalt David aus Altona. Auch mit gutem Willen hatten die Verteidiger fast keine Möglichkeit, auf Verhandlung und Urteil positiven Einfluß auszuüben, denn sie hatten nahezu keine Rechte. Das war auch ein Grund dafür, weshalb die Angeklagten auf einen Wahlverteidiger verzichteten.

Grundsätzlich hatten in diesen Prozessen die Angeklagten ihre Unschuld gegenüber den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft zu beweisen — Zeugen

kamen in der Regel aus den Reihen der Angeklagten und waren somit auch vor Gericht nicht glaubhaft. Den angeklagten Widerstandskämpfern ging es vor Gericht – ähnlich wie bei den Vernehmungen durch die Gestapo – darum, keine Kameraden zu belasten, Mitangeklagte zu entlasten, so wenig wie nur möglich zuzugeben. Hier gab es Möglichkeiten: Viktor Andersen berichtet, daß in seinem Prozeß die Herstellung von Flugblättern in der Wohnung des Jurastudenten Paul Pentz eine Rolle spielte. Viktor Andersen hatte mit ihm verabredet, ihm lediglich die Schreibmaschine gebracht zu haben, um einen Prozeß wegen eines Motorradunfalls abzuwickeln. Nachfrage vom Richter Marquart: „Wären Sie auch zum Pentz gegangen, wenn bei ihm eine Hakenkreuzfahne gehangen hätte?“ – Viktor Andersen: „Ja.“ Paul Pentz wurde am 13. Mai 1936 zu einer verhältnismäßig geringen Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt.

Emil Buchner berichtet: „Die Vervielfältigungsmaschine in meinem Schuppen wurde noch eben vor der Strafverschärfung zu einem anderen Ort gebracht – ich brauchte den Platz für die Wintergerste. Deshalb erhielt ich nur ein halbes Jahr für die Maschine. – Wer ein Flugblatt besaß, kriegte zwei Jahre, das war Penum. Wer für die Rote Hilfe zahlte, ein halbes Jahr dazu. Ich war damals etwas schwerhörig – eine Kriegsverletzung. Wenn ich vor Gericht gefragt wurde, guckte ich dumm, dann mußte ich nach vorne kommen, und in der Zeit konnte ich immer schon die Antworten überlegen. Man mußte immer mehrmals fragen, bis ich richtig verstand. Ich wurde bezüglich Ernst Specht befragt. Ich sagte, daß Ernst Specht ein Mann sei, der nicht nein sagen könne. Da hakte später der Verteidiger nach. Zur Verteidigung von dem über 66jährigen Heinrich Glissmann führte der Verteidiger aus: 'Im Alter ist eine Haft doppelt so schwer.' – Das war alles.“

Wohnorte der Angeklagten in den Prozessen „Offenborn und andere“

Elmshorn	:	133
Uetersen	:	31
Lieth	:	22
Langelohe	:	19
Hainholz	:	16
Barmstedt	:	10
Kölln-Reisiek	:	4
Grönland	:	3
Horst	:	3
Tornesch	:	2

sowie je ein Angeklagter aus den Orten Oberglinde, Heidgraben, Morrege, Jork-Gehrden, Elmshorn-Hahnenkamp, Sommerland, Siel, Kummerfeld, Bekenreihe, Sparrieshoop, Seester, Friedrichstadt, Leipzig, Altona, Hamburg, Steinburg

Insgesamt wurden in den „Elmshorner Massenprozessen“ gegen 269 Widerstandskämpfer aus dem Kreis Pinneberg verhandelt. 261 Angeklagte wurden zu insgesamt 661 Jahren 9 Monaten Zuchthaus und 40 Jahren 3 Monaten Gefängnis verurteilt – sechs Angeklagte mußten freigesprochen werden, zwei Verfahren wurden eingestellt. Unter den Angeklagten befanden sich auch siebzehn Frauen: Else Bröder, Else Busch, Amanda Eckmann, Wilhelmine Eggerstedt, Ida Hofmann, Pauline Krabisch, Minna Lentfer, Erne Niedlich, Henriette Oellerich, Paula Raissle, Martha Rostock, Ida Stein, Marie Trensck, Anna Trojahn, Emma Weber, Berta Wegner, Frieda Will, die zu insgesamt zwanzig Jahren Zuchthaus und sechs Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt wurden.

„Straßen im Widerstand“

in Elmshorn:

Am Gehölz:³⁰ Fünfzehn Angeklagte wohnten in dieser Straße, und zwar in den Häusern Nr.1 (2 Ang.), Nr. 19, Nr. 21 (6 Ang.), Nr. 41 (3 Ang.). Nr. 43 (3 Ang.)

Ollnstraße: Zwölf Angeklagte wohnten in der Ollnstraße in den Häusern Nr. 16, Nr. 50, Nr. 52 (2 Ang.), Nr. 54, Nr. 58 (2 Ang.), Nr. 84, Nr. 94, Nr. 98 (2 Ang.), Nr. 111

in Lieth:

Feldstraße: Sieben Angeklagte aus den Häusern 6 (2x), 22, 26 (2x), 30, o.Nr.

Dorfstraße: Sieben Angeklagte aus den Häusern 23, 28, 33, 45 (3x), 59

in Hainholz:

Mühlenweg: Acht Angeklagte in den Häusern Nr. 32, 98, 98a, 100, 101, 111, 113, 145

Ollerlohstraße: Vier Angeklagte in den Häusern 22 (2x), 26, o.Nr.

in Langelohe:

Köllner Chaussee: Sieben Angeklagte in den Häusern Nr. 22, 30, 48, 60 (2x), 63, 151

Steindamm: Vier Angeklagte aus den Häusern Nr. 32, 63, 67 (2x)

in Uetersen:

Heisterkampstraße: Neun Angeklagte in den Häusern Nr. 18, 19, 26, 28, 29, 31, 35, 38 (2x)

Kleiner Sand: Drei Angeklagte in den Häusern Nr. 20, 23, 59

Die ältesten Angeklagten:

Emil Schnell	Barmstedt	geb. 11. 4.1870
Heinrich Glissmann	Elmshorn	geb. 27. 6.1870
Ernst Schadendorf	Elmshorn	geb. 19. 6.1871
Otto Lange (sen.)	Elmshorn	geb. 22. 5.1873

Die jüngsten Angeklagten:

Robert Decker	Barmstedt	geb. 26. 5.1916
Pauline Krabisch	Elmshorn	geb. 13. 2.1916
Erwin Lange (jun.)	Elmshorn	geb. 23.12.1914
Walter Möller	Kummerfeld	geb. 17. 4.1914

Der Prozeß „Offenborn und andere“ fand bereits 1936 internationale Beachtung. Eine dänische Frauendelegation, die in Elmshorn bei der Familie Wegner Unterkunft hatte, beobachtete im März 1936 – wie bereits dargestellt – diesen Prozeß. Ihr Bericht – auch über die Massenverhaftungen 1934 und die brutalen Verhörmethoden der Gestapo – wurde am 14. April 1936 in der sozialdemokratischen Stockholmer Zeitung „Social-Demokraten“ abgedruckt.³¹

„In dem Prozeß waren 20 Frauen angeklagt, unter ihnen waren zwei alte Großmütter und eine Mutter von fünf Kindern, darunter ein Säugling. Diese Frau sollte das nächste Mal verurteilt werden. Sie wohnte den Verhandlungen am 17. März bei und weinte die ganze Zeit.“

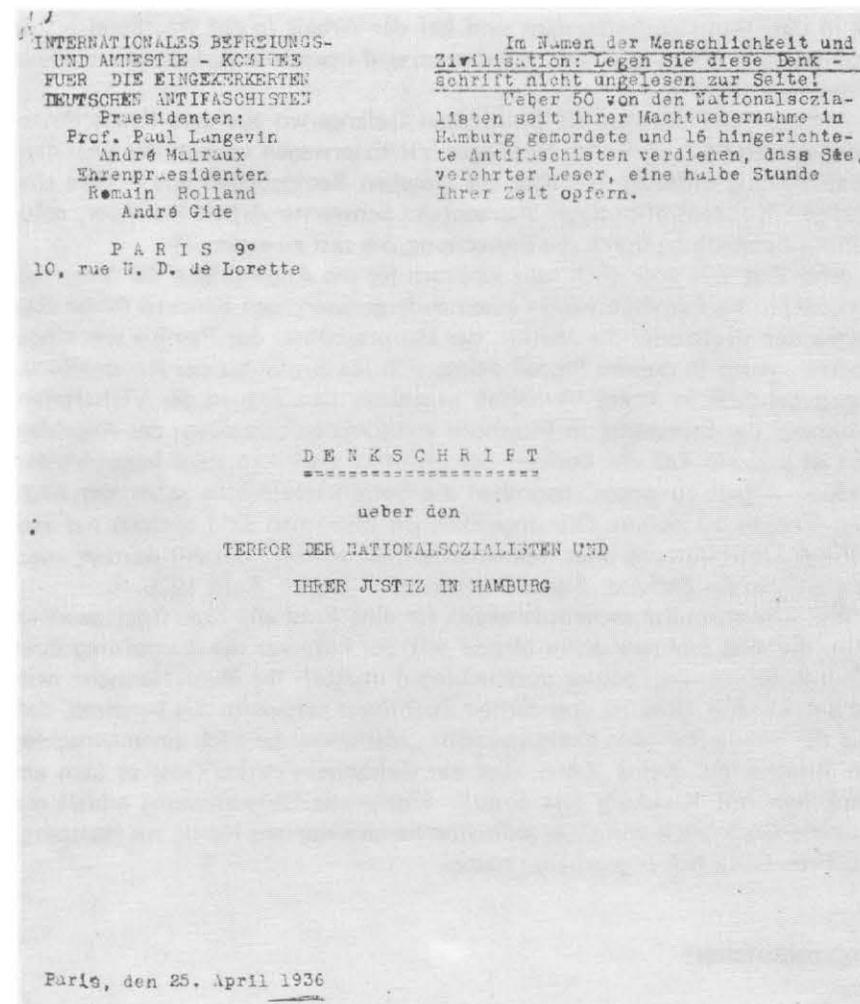
Die dänische Delegation hat in Elmshorn verschiedene Feststellungen in Bezug auf die Verhaftungen, Behandlung der Verhafteten sowie die Stimmung im Volke gemacht. Es konnte in dieser Weise festgestellt werden, daß die Opfer der Massenverhaftungen im Büro der Gestapo in Hamburg stundenlang mit festgebundenen Händen und Füßen sowie mit den Gesichtern gegen die Wand stehen mußten und in dieser Weise ‚vernommen‘ wurden. Dabei wurden alle fürchterlich geschlagen. Ein Augenzeuge erzählte der Delegation, daß auf der weißen Kalkwand ersichtlich war, wo die Gefangenen gestanden hatten. Der Platz war mit Blutflecken bedeckt.“

Am 25. April 1936 erschien in Paris eine „Denkschrift über den Terror der Nationalsozialisten und ihrer Justiz in Hamburg“, herausgegeben vom „Internationalen Befreiungs- und Amnestie-Komitee für die eingekerkerten deutschen Antifaschisten“.³² Diese Denkschrift informiert ausführlich unter der Überschrift „Ein Massenprozeß gegen 270 Arbeiter aus Elmshorn und Umgebung“ über die Massenverhaftungen der Antifaschisten, die brutalen Vernehmungen und dem laufenden Prozeß „Offenborn und Genossen“.

Diese ausländischen Veröffentlichungen veranlaßte die Preußische Gestapo

zu einer Rückfrage bei der Gestapo Hamburg. In einem Antwortschreiben vom 7. Juli 1936 heißt es u.a.:³³ „Juli 1936 in Hamburg... (der Prozeß) dauert zur Zeit noch an. Es ist richtig, daß in dieser Angelegenheit empfindliche Urteile herausgekommen sind, die aber den illegalen Handlungen der Beteiligten entsprechen. Richtig ist, daß von diesen Festgenommenen 3 verstorben sind, doch wird energisch bestritten, daß dies auf etwaige Mißhandlungen zurückzuführen ist... Von dem Aufenthalt der dänischen Delegation in Hamburg und Elmshorn war hier bisher nichts bekannt geworden...“

gez. Meckenbach“³⁴



Erste Seite einer Denkschrift

(Gedenkstätte Ernst Thälmann)

Strafhaft

Wie Schwerstkriminelle wurden die zu Zuchthausstrafen Verurteilten³⁵ mit Gefangenentransportwagen nach Rendsburg gebracht, wo sie für einige Monate in das dortige Zuchthaus gesperrt wurden. „Als die Gefangenentransporte auf dem Weg von Hamburg nach Rendsburg Elmshorn passierten, standen viele Frauen auf dem Bahnhof und lauschten nach den Stimmen ihrer Männer“ – so der Bericht von „Social-Demokraten“.

Im Zuchthaus Rendsburg kamen die Häftlinge zum Teil in Einzelhaft und mußten Bast knoten – das war eine geisttötende Beschäftigung. Besser war es in den Gemeinschaftszellen und bei der Arbeit in der Wäscherei – „da konnte man sich wenigstens unterhalten und irgendwie wirken, genau wie in Esterwegen“.³⁶

Anfang 1937 wurden die politischen Gefangenen aus dem Kreise Pinneberg von Rendsburg in das Straflager VII/Esterwegen verlegt, das zwar dem Justizvollzug unterlag, wo aber die gleichen Bedingungen wie in dem ehemaligen Konzentrationslager herrschten: Schwerste Arbeit im Moor, grausamste Behandlung durch die Bewachung, nie satt zu essen.

Jene Zeit war aber auch sehr schlimm für die Angehörigen der Verurteilten, denn die Familien waren auseinandergerissen, den Kindern fehlte über Jahre der Vater oder die Mutter, der Haupternährer der Familie war eingesperrt. „Auch in diesem Prozeß zeigte sich die Brutalität der Nationalsozialisten deutlich in ihrem Verhalten gegenüber den Frauen der Verhafteten. Während die Stimmung in Elmshorn vollkommen zugunsten der Angeklagten ist und ein Teil der Besitzer der kleinsten Fabriken sogar bereit ist, den Frauen Arbeit zu geben, bedrohen die Nationalsozialisten jeden, der wagt, den Frauen zu helfen. Die unglücklichen Menschen sind deshalb auf ihre geringe Unterstützung oder Heimarbeiten, die schlecht bezahlt werden, angewiesen“, so die Zeitung „Social-Demokraten“ am 14. April 1936.³⁷

Wie schwer mußte es beispielsweise für eine Frau wie Frau Göck gewesen sein, die sich mehrere Jahre alleine mit der kurz vor der Verhaftung ihres Mannes geborenen Tochter durchschlagen mußte? Ihr Mann Hermann wurde am 11. Juli 1936 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie berichtet, daß aus der Solidarität neue Kraft erwuchs: „Manchmal fand ich einen Umschlag im Briefkasten. Keine Zeile, aber ein Geldschein darin. Oder es kam ein Päckchen mit Kleidung fürs Kind!“ Finanzielle Unterstützung erhielt die Familie Göck auch von einer jüdischen Familie namens Hartig aus Hamburg, wo Frau Göck früher gearbeitet hatte.

Polizeiaufsicht

In dem Verwaltungsbericht der Elmshorner Exekutivpolizei vom 5. August 1937³⁸ heißt es u.a.: „Eine ganze Reihe der im Dezember 1934 und Januar/Februar 1935 festgenommenen Personen haben die ihnen auferlegten Strafen verbüßt und kommen nach und nach zur Entlassung. Da fast alle Verur-

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Kiel

Stel. den 28. Februar 1939.
Doppeltische 23
Telephon Nr. 2700

B.Nr.: II A 4 - 895/39.
Hier in der Hauptverhandlung des OLG Kiel und dem Senat.

An
den Herrn Landrat
in Pinneberg.

Betrifft: Ehefrau Elly H e i n s geb. Müller, geb. 6.11.10 in Altona, zuletzt wohnhaft gewesen in Altona, Gerichtsstr. 42, III b. Wildt.

Vorgang: Ohne.

Die unter Nachüberwachung stehende Ehefrau Elly H e i n s geb. Müller ist am 26.1.39 von Hamburg nach Schenefeld/Pinneberg verzogen.

Die H e i n s geb. Müller ist eine ausgeset gefährliche Kommunistin. Ihr Vater verbüßt z.Zt. noch eine längere Zuchthausstrafe wegen Teilnahme am Altonaer Blutsonntag, und ihr Ehemann ist ebenfalls als Kommunist bekannt geworden. Sie selbst war bei der „Deru-tra“ angestellt und hat innerhalb dieser bis etwa Ende 1935/Anfang 1936 hohe Beitragssummen (10 bis 12.-- RM. monatlich) für die illegale KPD. bezahlt. Sie wurde zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt und hat ihre Strafe bereits verbüßt. Sie bisher durchgeführte Nachüberwachung hat gegen sie nichts Nachteiliges ergeben. Es wird hier jedoch für erforderlich gehalten, die H e i n s geb. Müller auch weiterhin schärfstens zu überwachen. Sollte sie ihren Wohnsitz verlassen, bitte ich, mir Mitteilung zu machen.

I. A.
gez. E s s e r .
Pinneberg, d. 6. 3. 39

Der Landrat
I. A.
I. 252

Beauftragt:
Jensen
Polizeiangestellte.

1) An den Herrn Amtsvorsteher abh. 27.1. persönlich – der Fortleiter im Amt in Schenefeld
[wie unvollständig]
2) Wo. nach 3 Monaten.
H. V.

Befertigt: 6.3.39
abgeschlossen: 6. März 1939

teilten unter Polizeiaufsicht stehen, bedeutet die Durchführung eine erneute Belastung der Kriminalbeamten.“

Die Polizeiaufsicht, die eine Wiederaufnahme einer politischen Arbeit verhindern sollte, bedeutete regelmäßiges persönliches Melden im örtlichen Polizeirevier (einmal wöchentlich) auf die Dauer von Jahren und zusätzliches

Melden z.B. bei jedem Wohnungswechsel. In dem Beschluß des Regierungspräsidenten in Schleswig vom 1. Juli 1939 über die Verhängung von Polizeiaufsicht über den Uetersener Widerstandskämpfer Josef Kristen heißt es u.a.:³⁹

„Der Arbeiter Josef Kristen, geboren am 9. Nov. 1903 zu Lauterbach, gegen den durch rechtskräftiges Urteil des Oberlandesgerichts in Hamburg vom 3. Februar 1936 wegen Hochverrats auf 4 Jahre 6 Monate Zuchthaus und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt ist, wird auf Grund des § 38 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich auf die Dauer von 5 Jahren vom Tage seiner Entlassung ab, also vom 3. Juli 1939 bis 2. Juli 1944, unter Polizeiaufsicht gestellt.“

Die meisten Elmshorner Widerstandskämpfer wurden in den Jahren 1937 bis 1939 aus der Haft entlassen und standen unter Polizeiaufsicht⁴⁰ – hatten sich somit regelmäßig auf dem Polizeirevier zu melden. Sie wurden überwacht, und überall gab es Spitzel. Eine weitere Widerstandsarbeit, wie sie 1934 noch geleistet wurde, war jetzt kaum noch möglich.

V. Widerstand im Kreis Pinneberg 1935 bis 1939

Von einem organisierten Widerstand gegen den Faschismus nach den Massenverhaftungen und den Prozessen „Offenborn und andere“ ist nur wenig bekannt. Die Polizeiberichte jener Jahre melden: „In politischer Hinsicht hat sich Wesentliches nicht ereignet.“ Lediglich in einem Bericht wurde über Verhaftungen von Bibelforschern berichtet.¹

Die Antifaschisten hatten aus früheren Fehlern und den Praktiken der Gestapo gelernt und die konspirative Arbeit verbessert; die Presse berichtet aufgrund der Tatsache, daß sie auch im Ausland ausgewertet wurde, nur noch sehr zurückhaltend über Verhaftungen und laufende Prozesse.

Am 3. Juni 1937 wurden in Elmshorn eine Reihe von Antifaschisten verhaftet und vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg in einem Prozeß „in Sachen Reich und andere“ angeklagt.² Zu den Verhafteten gehörten Anna Modrow, Helmut Poessel, Willi Richter und Bruno Mähning. Sie hatten sich heimlich getroffen, ausländischen Rundfunk gehört und wichtige Meldungen gelegentlich auch zu Papier gebracht und an politische Freunde weitergegeben. Anna Modrow war die Ehefrau des in den Offenborn-Prozessen zu vier Jahren verurteilten Johann Modrow.

Die Anklage warf ihnen vor, „bis 1935 dem Dreierkopf der illegalen Roten Hilfe in Elmshorn angehört zu haben. Außerdem bildeten sie mit noch anderen Kommunisten eine Abhörergemeinschaft ausländischer Hetzsender“.³ Das Verfahren gegen sie wurde „mangels Beweises“ eingestellt, weil „ein gerichtlich verwertbarer Nachweis nicht erbracht werden konnte“. Sie und auch andere Antifaschisten Elmshorns trafen sich weiterhin heimlich, hörten verbotene Sender und tauschten Informationen aus.

Trotz der Einstellung des Verfahrens beantragte die Gestapo Kiel die Ausweisung der tschechoslowakischen Staatsangehörigen Richter und Mähning aus Deutschland.⁴ Von Frau Modrow wurde „auf Grund des Gesetzes über die Einziehung staatsfeindlichen Vermögens vom 26. Mai 1933“ ihr Radiogerät Marke „Mende 100“ eingezogen.⁵ Begründung der Gestapo: „Die Modrow ist überführt, das Gerät zu Propagandazwecken oft auf den Moskauer Sender eingestellt zu haben“ und „Die Modrow ist noch heute staatsfeindlich eingestellt und macht aus ihrer Einstellung auch keinen Hehl, so daß der dringende Verdacht besteht, daß sie das Radiogerät weiter zu staatsfeindlichen Handlungen benutzen wird“.⁶

Am 3. und 5. August 1935 wurden elf Bürger Elmshorns verhaftet, weil sie ein Schreiben an Hitler vervielfältigt und verteilt hatten.⁷ In diesem Schreiben wurde Hitler als „Freimaurer“ bezeichnet. Zu den Verhafteten gehörten Paul und Bernhard Püttger (B.P. wurde am 18. November 1935 verhaftet) und Albert Stetter. In der Verhandlung vor dem Sondergericht Altona am 23. April 1936 wurde wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz Albert Stetter zu 10 Monaten Gefängnis und Bernhard Püttger zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.⁸

Die bereits oben erwähnten Elmshorner Polizeiberichte weisen für die Jahre 1935 bis 1939 insgesamt 125 „Inschutzhafnahmen“, 48 Verhaftungen aufgrund „politischer Delikte“ sowie 31 Verhaftungen wegen „Arbeitsdienstpflichtentziehung“ aus.⁹

Im vorherigen Kapitel wurde berichtet, daß etliche Angeklagte im „Offenborn-Prozeß“ vor ihrem Gerichtstermin auf freiem Fuß gesetzt wurden. Mehrere von ihnen nutzten die „Freiheit“ zur Flucht ins Ausland, um sich der sicheren Verurteilung zu entziehen.

Als im Juli 1936 in Spanien ein faschistischer Aufstand gegen die im Februar 1936 demokratisch gewählte Regierung begann und die spanische Regierung zur Bildung von Internationalen Brigaden zur Verteidigung der Republik aufrief, fuhren sie nach Spanien und stellten sich der rechtmäßigen Regierung zur Verfügung.¹⁰ Zu den 5.000 deutschen Antifaschisten, die überwiegend aus der Emigration, aber auch direkt aus Deutschland kamen, zählten auch mehrere Bürger aus dem Kreis Pinneberg.

Die deutschen Machthaber unterstützten den faschistischen Putsch durch die Entsendung einer eigenen Militäreinheit nach Spanien, der „Legion Condor“. Die Piloten der „Legion Condor“ bombardierten zum ersten Mal in der Kriegsgeschichte offene Städte und mordeten tausende Frauen, Männer und Kinder. Deutsche Offiziere waren Planer und Ausführende des Verbrechens von Guernica, jener friedlichen, weit hinter der Front liegenden

offenen Kleinstadt im Baskenland, die „ausradiert“ wurde. 3.000 deutsche Antifaschisten fielen im Kampf um Spaniens Freiheit. Auf der Ehrenliste der Kämpfer, die ihre internationalistische Haltung mit dem Leben bezahlten, stehen auch Ludwig Otto, Elmshorn; Albert Schreiber, Pinneberg; Emil Seemann, Elmshorn.

Über Albert Schreiber wissen wir, daß er im Alter von einundzwanzig Jahren vom Jagdgeschwader „Richthofen“ desertierte und in Spanien in den Brigaden XI und XIII kämpfte. Nach Abschluß einer Junkers-Maschine wurde er im Januar 1938 zum „Teniente“ (Leutnant) befördert. Am 29. Juli 1938 fiel er bei Corbera.¹¹ Ludwig Otto und Emil Seemann gehörten beide in Elmshorn der illegalen Widerstandsorganisation an.

Polizeiberichte Elmshorn über Verhaftungen in Elmshorn 1933 – 1939/40

Stichpunkte Grund der Verhaftungen	Polizeiberichte für die Jahre						
	1933	1934	1935	1936	1937	1938/39	1939/40
Inschutzhaftnahme	118	25	19	68	8	5	–
Pol. Delikte	109	299	6	19	–	12	11
Arbeitsdienstpflichtentziehung	–	–	2	15	7	–	–
Wehrpflichtentziehung (incl. unerlaubtes Entfernen vom Heer)	–	–	2			4	1

Zum Vergleich:

§ 175	–	–	–	–	3	–	2
§ 218	1	2	–	–	2	1	2
Betteln	58	33	15	17	11	5	2
Diebstahl	53	43	18	25	21	18	–
Arbeitsverweigerung	–	–	–	–	–	3	9

VI. Die Juden in Elmshorn während des Dritten Reiches

Von Harald Kirschninck, Elmshorn¹

Einleitung

Elmshorn gehörte zu den wenigen Städten in Schleswig-Holstein, die eine jüdische Gemeinde besaßen. Der Grund dafür lag darin, daß es den Juden bis ins 19. Jahrhundert hinein nur erlaubt war, sich in wenigen Städten und Flecken niederzulassen. Hierzu gehörten u.a. Altona, Kiel, Glückstadt, Friedrichstadt und Elmshorn.²

Die erste Niederlassung eines Juden in Elmshorn geschah vermutlich um 1685. Aus diesem Jahr stammte der älteste bekannte Schutzbrief für einen gewissen Behrend Levi.³ Die jüdische Gemeinde wuchs schnell an, im Jahre 1838 erreichte sie mit 204 Personen ihre größte Mitgliederzahl. Bei ungefähr 2.500 Einwohnern Elmshorns entsprach dies ungefähr 8 Prozent.⁴ Diese Zahl sank ständig, und im Januar 1933 hatte Elmshorn ungefähr 84 Personen⁵ jüdischer Abstammung im Sinne der nationalsozialistischen Auffassung. Dies entsprach bei einer Einwohnerzahl von 17.374 Personen (Stand: 16. Juni 1933)⁶ ungefähr 0,5 Prozent.

Im Rahmen dieses Aufsatzes ist es nur möglich, einen groben Abriß der nationalsozialistischen Judenpolitik und ihrer Auswirkungen in Elmshorn zu geben. Eine eingehendere Untersuchung wird einer späteren Veröffentlichung vorbehalten bleiben.

Der Boykott vom 1. April 1933

Nach der Machtergreifung Adolf Hitlers am 30. Januar 1933 kam es überall im Reich zu „spontanen“ Aktionen gegen jüdische Geschäftsinhaber, Rechtsanwälte, Richter, Ärzte und andere Privatpersonen. Über diese Zwischenfälle berichtete die ausländische Presse. Dies wiederum nahmen die Nationalsozialisten zum Anlaß, für den 1. April 1933 einen Boykott der jüdischen Geschäfte und Ärzte auszurufen. Über den Verlauf dieses Tages berichteten die „Elmshorner Nachrichten“:

„Der Abwehrkampf gegen die Greuelhetze in Elmshorn. 'Keinen Pfennig für die Juden!' Unter dieser Parole wird der Abwehrkampf gegen die Greuelpropaganda der Juden im Ausland hier in Elmshorn geführt. Schon von 8 Uhr an sah man Streifen der SA und SS in der Stadt. Um 10 Uhr standen die Posten der SS vor den jüdischen Geschäften. An den Schaufenstern prangten gelbe Zettel mit der Aufschrift 'Jude'. In Elmshorn wurden fol-

gende Geschäfte von dem Boykott betroffen: Produktion mit ihren sämtlichen Geschäftsstellen, Irma Rosenberg, Königstraße, Max Meyer, Schulstraße, und die 'Epa'. Die 'Epa' hielt ihre Räume heute geschlossen. Das eiserne Gitter zeigte schon jedem, der hier Einkäufe machen wollte, daß der Gang vergeblich gewesen war. Vor der 'Epa' hatte sich gegen 10 Uhr eine große Menschenmenge versammelt, die sich aber ruhig verhielt. Durch die Ansammlung wurde der Verkehr an dieser sehr belebten Straßenkreuzung⁷ stark behindert. Der Überfallwagen war sofort zur Stelle. Polizeibeamte und Hilfspolizei zerstreuten die Menge schnell. Die Leitung der Säuberungsaktion hatte der kommissarische Bürgermeister Herr Rechtsanwalt Spieler. Er setzte in der Marktstraße Streifen der Hilfspolizei ein, die die Menge in Bewegung hielt. Dann fuhr er mit dem Überfallwagen nach anderen Plätzen, wo jüdische Geschäfte waren, und sah nach dem Rechten. – Auch das Abwehr-Komitee gegen jüdische Greuel- und Boykotthetze unter der Führung des SS-Führers Herrn W. Grezesch fuhr zur Kontrolle mit einem Auto die Straßen ab. Zur Aufklärung der Bevölkerung wurden Flugblätter mit verschiedenem Inhalt verteilt.

Die Firmen Max Meyer und Irma Rosenberg haben heute ihr Geschäft freiwillig geschlossen. Die Posten der SA wurden daher eingezogen. Auch bei der 'Produktion' wurden die Posten zurückgezogen, da nach neueren Meldungen kein jüdisches Kapital in diesem Betriebe investiert ist.

Verhaftet wurden heute morgen von Hilfspolizisten zwei Personen. Ein Mann hatte einen SA-Mann, der Posten stand, belästigt. Er wurde kurzerhand festgenommen. Ein anderer Mann hatte versucht, ein Judenplakat abzureißen. Auch er kam in Staatspension."⁸

Gleichschaltung und Diskriminierung

Der Boykott war die erste große, von der nationalsozialistischen Regierung geplante und gelenkte Maßnahme gegenüber Juden. Nur einen Tag nach dem Boykott, am 2. April 1933, beschloß der Kleine Kreisturntag des Turnkreises 4 „Norden“: „Der Kreisvertreter wird vom Kleinen Kreisturntag beauftragt, beim Hauptausschuß der D.T.⁹ für die Einführung eines Arierparagrafen einzutreten.“¹⁰

Hierin folgte er der Aufforderung des „Völkischen Beobachters“ vom 30. März und 1. April an die Turn- und Sportführer der großen Verbände, den Mitgliedern gegenüber „soweit sie fremden Blutes und liberal-demokratischen Geistes sind, die Konsequenzen aus der nationalen Revolution zu ziehen“.¹¹

Stolz konnte der Elmshorner Männerturnverein (EMTV) von 1860 am 13. Oktober 1933 verkünden:

„...Gleichschaltung im EMTV

Die Richtlinien der D.T. schreiben vor:

1. Marxisten sind in unseren Reihen nicht zu dulden.
2. Nur Arier können deutsche Turner sein.

3. Das Führerprinzip ist durchzuführen.

4. Die Wehrhaftigkeit ist zu pflegen.

Zu den Forderungen 1 und 2 ist nur zu sagen, daß, sofern es überhaupt Marxisten bei uns gegeben hat, diese heute nicht mehr bei uns sein dürften. Der bei uns gepflegte vaterländische Geist hat sie ferngehalten und verscheucht. Einige Nicht-Arier sind aus unserem Verein ausgeschieden, so daß es heute Nicht-Arier unter uns nicht mehr geben dürfte...“¹² Hiervon wurden mindestens sieben Elmshorner Juden betroffen, die dem EMTV angehörten.

Dies war der Auftakt zur Vertreibung der jüdischen Mitbürger aus den Vereinen und Klubs in Elmshorn. Dem EMTV folgten bald der Gesangsverein, die Feuerwehr und das Rote Kreuz.

Am 7. April 1933 wurde von der nationalsozialistischen Regierung das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erlassen, dem noch mehrere Durchführungsverordnungen folgten.¹³ Dieses Gesetz hatte aber keine direkten Auswirkungen auf die Elmshorner Juden, da sie nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt waren.

Obleich alles auf eine Diskriminierung der Juden angelegt war, erschien im Juli 1934 noch eine Zeitungsnotiz über den jüdischen Geschäftsmann John Meyer. Dieser hatte auf einer Geschäftsfahrt mehreren Verunglückten geholfen.¹⁴

Diese Widersprüche zeigten sich auch in der Stadtverwaltung. Am 27. Februar 1935 bestimmte Bürgermeister Krumbeck, daß es den Juden erlaubt sein solle, die schwarz-weiß-rote Flagge, nicht jedoch die Hakenkreuzfahne, zu hissen. Als Begründung führte er an, es hätten an der Front ja auch eine Anzahl Juden unter dieser Fahne gekämpft.¹⁵ Göring bestimmte nur zwei Monate später, am 29. April 1935, daß die Hissung der Reichsfahnen, insbesondere der Hakenkreuzflagge, durch Juden zu unterbleiben hätte.¹⁶

Am 4. August 1935 fand eine Propagandafahrt des Elmshorner SA-Sturms im Rahmen des Reichswettkampfes der SA statt. Bei dem Umzug durch Elmshorn fuhren verschiedene Propagandafahrzeuge mit. Diese trugen unter anderem folgende Aufschriften:

„Trug und Tücke, fremdes Wesen – SA kehrt aus mit scharfen Besen.

SA – Todfeind der Reaktion – Es lebe der Führer!

Den Juden haben wir's geschworen – Mit Hitler für die Freiheit.

All Juda, Rom, Groß-Orient – SA ihre Feinde kennt.

Seht her das jüngste Bastardblatt – SA noch harte Arbeit hat...“¹⁷

Ein zentraler Punkt der nationalsozialistischen Ideologie war der Gedanke der „Reinerhaltung der Rasse“. Das erste Ziel zu ihrer Durchsetzung war, ein Bewußtsein für die eigene „Rasse“ in der Bevölkerung zu schaffen, das als Grundlage für spätere gesetzliche Maßnahmen dienen sollte. Diese Aufgabe fiel unter anderem auch den Ärzten und Lehrern zu. Am 29. April 1933 fand in Elmshorn eine Versammlung des „Nationalsozialistischen Deutschen Ärztesbundes“ statt, an der eine große Zahl von Ärzten, Apothekern, Zahnärzten und Tierärzten teilnahmen. Die „Elmshorner Nachrichten“ bemerkten hierzu:

„Sodann sind die Ärzte vor allem dazu berufen, die Gedankengänge des Rassenproblems dem Volke zu übermitteln und die Rassenhygiene zu überwachen, damit in dieser Beziehung eine Wiedergesundung des deutschen Volkes eintreten kann.“¹⁹

Ein wichtiger Ort, an dem die Ideologie der Machthaber in das Volk gebracht werden konnte, war die Schule. Hier hatten sie beeinflussbare und vor allem in den unteren Klassen noch kritiklose Kinder und Jugendliche vor sich, die verhältnismäßig leicht zu „rassebewußten“ Menschen erzogen werden konnten. Die Lehrpläne wurden dementsprechend umgeformt.²⁰ Am 26. Juli 1935 kündigte Reichsinnenminister Frick die Vorbereitung eines Gesetzes gegen „Mischehen“²¹ an und forderte die Landesbeamten auf, „Aufgebote und Eheschließungen zwischen Ariern und Juden bis auf weiteres zurückzustellen.“²²

Die angekündigten Gesetze, das „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“, kurz „Blutschutzgesetz“ genannt, wurden am 15. September 1935 auf dem Nürnberger Reichsparteitag angenommen.²³ Durch das „Reichsbürgergesetz“ erfolgte eine Einteilung aller Deutschen in „Staatsangehörige“ und „Reichsbürger“. „Reichsbürger“ konnte nur sein, wer „arischen Blutes“ war, und da nur er der Träger der politischen Rechte sein sollte, stellte das Gesetz eine Deklassierung der Juden dar. Der Begriff des „Juden“ wurde in der ersten Durchführungsverordnung vom 14. November 1935 definiert.²⁴ Das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ verbot die Eheschließung zwischen Juden und Nichtjuden und stellte sie unter schwere Bestrafung. Ebenso war der außereheliche Geschlechtsverkehr zwischen Angehörigen der beiden Gruppen verboten. Dieses Gesetz „legalisierte“ nur die schon lange vorher geübte Praxis.²⁵ Weiterhin bestimmte es, daß Juden weibliche Staatsangehörige „deutschen oder artverwandten Blutes“ unter 45 Jahren nicht in ihrem Haushalt beschäftigen durften.

Die „Nürnberger Gesetze“ vollzogen die Trennung von Juden und Nichtjuden im privaten Bereich. Sie stempelten die jüdischen Mitbürger zu Personen minderen Rechts ab. Es gab in Elmshorn nach den mir zur Verfügung stehenden Unterlagen vier sogenannte „Mischehen“ im Dritten Reich. Eine von diesen wurde geschieden, der nun schutzlose Ehemann wurde am 12. Februar 1943 von Hamburg aus nach Auschwitz deportiert.²⁶

Die zweite war den Behörden vermutlich nicht bekannt, und die beiden letzten überstanden die NS-Zeit unbeschadet, wenn auch nicht unbehelligt.

Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben

Seit 1935 wurde die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben stärker vorangetrieben. Obgleich in Elmshorn überall Schilder mit Aufschriften wie „Deutsches Geschäft“ oder „Kauft nicht bei Juden“ und auch ein Stürmerkasten an der Ecke Marktstraße/Flamweg²⁷ aufgestellt waren, wurden diese von der Bevölkerung nicht in dem Maße beachtet, wie es sich die Nationalsozialisten wünschten. In den „Politischen Lageberichten“ der

Kieler Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Schleswig, die für ganz Schleswig-Holstein galten, klagte diese über die „Unbelehrbarkeit der christlichen Bevölkerung, nicht beim Juden zu kaufen“.²⁸ Diese Klage war auch am 18. April 1935 bei einem Appell der NS-Formationen anlässlich des 10. Jahrestages der Bewegung in Elmshorn auf dem Versammlungsplatz der Adolf-Hitler-Schule von Ortsgruppenleiter M. zu hören:

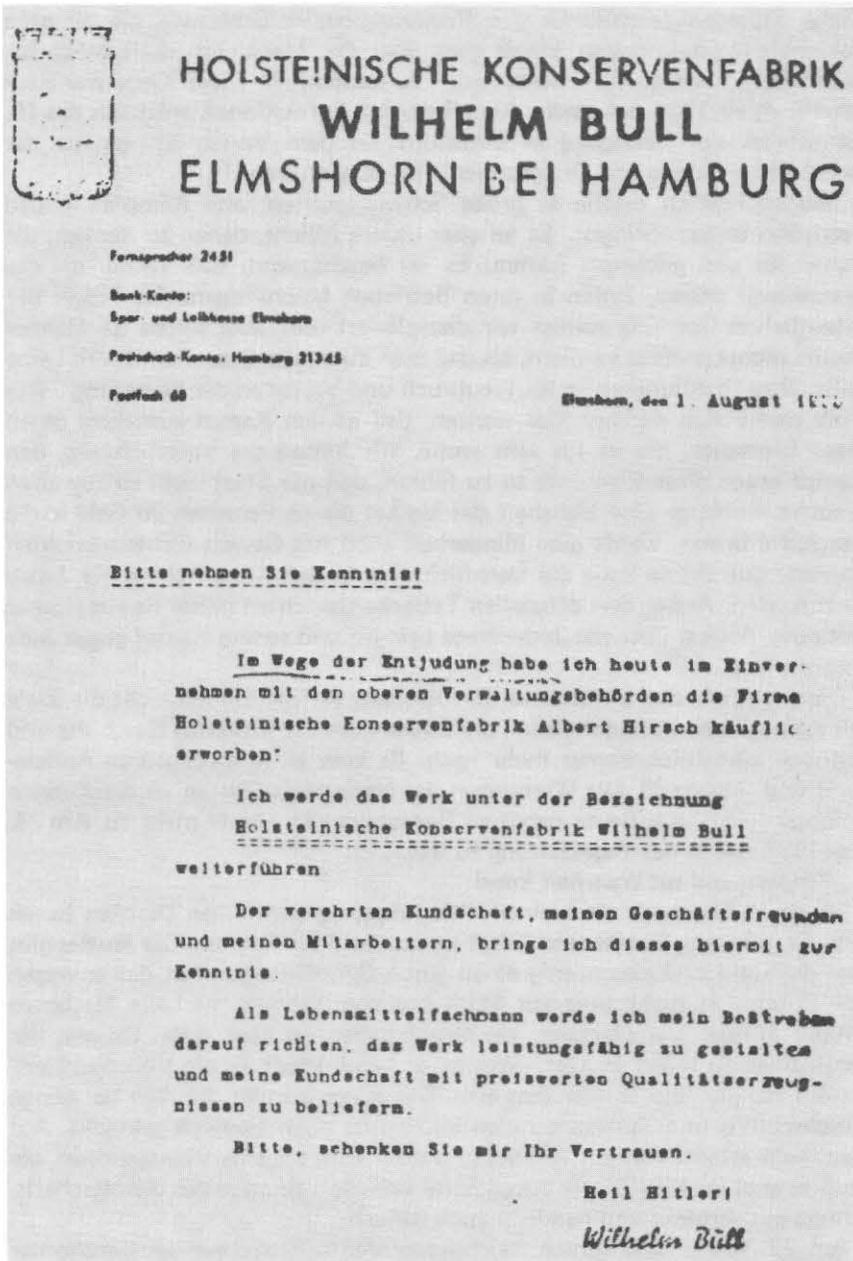
„Augenblicklich mache es große Schwierigkeiten, alte Kämpfer in den Betrieben unterzubringen. Es sei aber unsere Pflicht, denen zu danken, die früher für uns gekämpft hätten. Es sei beschämend, daß Leute, die das Braunhemd trügen, Juden in ihren Betrieben beschäftigen. Als Träger der öffentlichen Ordnung sollten wir diszipliniert sein, aber solche SA-Männer hätten nichts anderes verdient, als daß man ihnen das Braunhemd vom Leibe reiße. Ihre Handlungsweise sei Treubruch und Verrat an der Bewegung... Das Volk müsse sich darüber klar werden, daß es den Kampf aufnehme gegen diese Elemente, die es los sein wolle. Wir hätten die Verpflichtung, den Kampf gegen diese Elemente so zu führen, daß der Staat nicht eingreifen brauche. So lange eine Mehrheit des Volkes diesen Parasiten ihr Geld in die Geschäfte bringe, werde eine Minderheit auch mit Gewalt nichts ausrichten können. Die Presse habe die Verpflichtung, in den Kampf gegen die Juden einzugreifen. Außer den offiziellen Tatsachenberichten müsse sie aus eigener Initiative Artikel über die Judenfrage bringen und so den Kampf gegen Juda vorantreiben...“²⁹

Die Mehrheit der Elmshorner Bevölkerung verfolgte noch nicht die Ziele der Propaganda. Dennoch ließen die Einnahmen der jüdischen Geschäfte und Betriebe allmählich immer mehr nach. Es kam zu Stockungen an Anlieferung und Absatz.³⁰ Die Warnungen der Nationalsozialisten an die Kunden „nichtarischer“ Kaufleute nahm an Bedrohlichkeit immer mehr zu. Am 24. Juli 1935 war in der Tageszeitung zu lesen:

„Kindermund tut Wahrheit kund

Ist da in Elmshorn ein kleiner Hitlerjunge, der sich einen Drachen bauen will. Er geht zur Mutter und bittet sie um Geld für Zutaten. Die Mutter gibt ihm das Geld und gleichzeitig einen guten Rat. Sie sagte ihm, daß er wegen der Zutaten ja nicht ganz zur Stadt brauche, sondern sie beim Nachbarn kaufen könne. Der Nachbar, ein Großhändler, ist aber Jude. Da sagt der Hitlerjunge zu seiner Mutter: 'Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter!' Darauf 'langte' die Mutter ihm eine. Der Junge kommt draußen bei seinen Geschwistern und Spielkameraden an und ist noch ziemlich gekränkt. Auf Nachfrage erhalten sie zur Antwort: 'Mutter wird nie eine Volksgenossin, die muß einmal ins KZ.' Dieser Junge hatte sich die Lehren seines Gefolgschaftsführers gut gemerkt und handelte auch danach.“³¹

Am 22. März 1936 sprach Reichsbauernführer Darré auf der Elmshorner Rennbahn die folgenden Prophezeiung aus: „Mit dem russischen Volke hat der Bolschewismus, der nichts anderes ist als das Mittel des Judentums zur Verwirklichung seines Weltherrschaftstrebens, ganz und gar nichts zu tun. Diese Pest kann man nicht ausrotten, wenn man mit ihr aus einer Schüssel ißt! (Stärkste Zustimmung)“³²



Vollends aus dem Elmshorner Geschäftsleben ausgeschaltet wurden die Juden im Jahre 1938. Stolz konnten die Elmshorner Nachrichten am 22. Februar 1938 verkünden, daß die Elmshorner Kreditbank ihres Wissens nach die erste Kreditgenossenschaft im Reich sei, die die Absicht habe, sich von

Konservenfabrik

**HOLSTEIN. KONSERVENFABRIK
WILHELM BULL
Gemüsekonserven — Obstkonserven
Marmeladen
Gerlingweg 13-15
Telefon 24 51**

Anzeige im Stadtadressbuch Elmshorn Barmstedt 1950. Die Konservenfabrik wurde 1938 vom stellvertretenden Bürgermeister und Nazi Wilhelm Bull „arisiert“ – der ehemalige Besitzer Albert Hirsch beging Selbstmord

ihren jüdischen Mitgliedern loszusagen. Die Generalversammlung der Bank fand am 24. Februar 1938 statt. Hier erfolgte einstimmig die Annahme eines Antrages auf Einführung des Arierparagraphen in die Satzung.³³

Hierdurch wurden in der Folgezeit viele Juden gezwungen, ihren Besitz zu veräußern, um die Hypothekenschulden zu bezahlen. Es war ein sogenannter „Einheitswert“ festgelegt worden, zu dem die Fabriken, Geschäfte und der Grundbesitz verkauft werden durften. Dieser „Einheitswert“ lag selbstverständlich unter dem Realwert.³⁴

Seit Juli 1938 wurden Verzeichnisse der jüdischen Betriebe aufgestellt. Diese enthielten neben Angaben über den Namen des Besitzers bzw. des Gesellschafters auch Daten über die Art des Gewerbes, Größe und Umfang der Betriebe.³⁵ Diese Listen waren während der „Reichskristallnacht“ oftmals „Wegweiser“ für die SA- und SS-Trupps, die den Auftrag hatten, vorwiegend reiche Juden zu verhaften und in ein KZ zu überführen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1938 begannen die Nationalsozialisten, Maßnahmen zu ergreifen, die den Behörden ermöglichten, einen Juden jederzeit als einen solchen zu erkennen. Zu diesem gehörten die „Kennkarten“, die als neuer Inlandsausweis eingeführt wurden. Die Karten der jüdischen Bürger waren mit einem großen „J“ gekennzeichnet.³⁶ Zu diesen Maßnahmen gehörte ferner die Verordnung, die bestimmte, daß Juden nur bestimmte, in einer besonderen Liste veröffentlichte Vornamen führen durften. Erwachsene mit einem „deutschen Vornamen“ mußten diesem als Zusatz den Namen „Sara“ bzw. „Israel“ anhängen. Diese Zusatznamen mußten unaufgefordert genannt werden.³⁷

Die „Reichskristallnacht“

Am 27. und 28. Oktober 1938 wurden 15.000 bis 17.000 polnische Juden verhaftet, die im Reich lebten. Sie wurden an die polnische Grenze abge-

schoben, und da Polen diese nicht aufnehmen wollte, irrten sie im deutsch-polnischen Grenzland umher. Zu diesen Menschen gehörten auch die Eltern von Herschel Grünsplan (Grynszpan), der, nachdem er davon erfahren hatte, am 7. November in die deutsche Botschaft in Paris eindrang und den Beamten von Rath niederschloß, der zwei Tage später, am 9. November, seinen Verletzungen erlag.³⁸

Am Abend des 9. November hatte sich die NS-Führung in München versammelt, um der „alten Kämpfer“ des „Marsches auf die Feldherrnhalle“ zu gedenken. Nachdem die Nachricht vom Tode v. Raths eingegangen war, hielt Goebbels vor der Versammlung eine Rede gegen die Juden. Dabei berief er sich auf die ersten Aktionen in Kurhessen und Magdeburg-Anhalt. Seine Rede wurde von den anwesenden SA- und Parteiführern als Aufruf zur Tat verstanden und keineswegs mißverstanden, auch wenn kein ausdrücklicher Befehl erfolgte. Durch Telefon und Fernschreiben gingen die Einsatzbefehle sofort zu den einzelnen Dienststellen in alle Teile des Reiches. Der Pogrom³⁹ konnte beginnen.⁴⁰

In Elmshorn drangen einige Männer in die Wohnung des Kultusbeamten der Jüdischen Gemeinde David Baum ein und verhafteten ihn. Anschließend verwüsteten sie die Privatwohnung und die Synagoge, die darauf in Brand gesteckt wurde. Die Feuerwehr traf erst sehr spät ein. Sie zögerte lange, ehe sie Anstalten machte, das Feuer zu löschen, gezwungen die anliegenden Häuser zu schützen.⁴¹

In der Nacht vom 9. auf den 10. November wurden, bis auf zwei Kranke, alle jüdischen Männer Elmshorns verhaftet und ins KZ Sachsenhausen bei Berlin gebracht.⁴² David Baum wurde nach zwölf Tagen entlassen, da er ein Einreisevisum für die USA besaß.

Allmählich kamen alle verhafteten Männer wieder frei. Einer der beiden kranken Juden, die man nicht nach Sachsenhausen verschleppte, war Julius Lippstadt. Nach Aussagen seiner Tochter verlangten einige Männer in der Nacht Einlaß in seine Wohnung. Sie befahlen Herrn Lippstadt sich anzuziehen. Da brach dieser zusammen, und weil er nicht transportfähig war, ließen sie ihn zurück.⁴³

Am darauffolgenden Tag stand in der Zeitung zu lesen:

„Das Volk übt Vergeltung

Als gestern abend das Ableben des von jüdischer Mörderhand getroffenen Gesandtschaftsrats vom Rath bekannt wurde, machte sich die tiefe Empörung über diesen Schurkenstreich auch in verschiedenen Orten unserer Heimatprovinz, so u.a. in Kiel, Lübeck, Elmshorn, Flensburg und Friedrichstadt durch antijüdische Aktionen Luft. Die Synagoge auf dem Flamweg in Elmshorn ist während der Nacht ausgebrannt; das alte Kampflied der SA 'Halloh, die Synagoge brennt' wurde Wirklichkeit. Eine Reihe von Juden wurde von der Polizei in Schutzhaft genommen."⁴⁴

In den folgenden Tagen stieg die Zahl antisemitischer Artikel in der Zeitung stark an.

Nach einem Zwischenbericht von Heydrich am 11. November wurden im Reich u.a.:

36 Juden ermordet,
36 schwer verletzt,
20.000 Juden verhaftet,
191 Synagogen in Brand gesetzt,
76 Synagogen verwüstet,
815 Geschäfte zerstört,
29 Warenhäuser demoliert,
174 Plünderer festgenommen und
171 Wohnhäuser vernichtet.⁴⁵

Diese Angaben sind, wie Heydrich selbst zugesteht, recht unvollständig. Das Ausmaß des Pogroms war erheblich größer. So meldete eine einzige SA-Brigade aus dem Gebiet Starkenburg (Hessen), daß sie 21 Synagogen niedergebrannt oder gesprengt und in 15 weiteren die Inneneinrichtung völlig demoliert habe. Heydrich nannte bereits am 12. November die Zahl von rund 7.500 zerstörten jüdischen Geschäften. In einem internen Bericht des „Obersten Parteigerichtes“ gab die Nazipartei 91 im Verlauf des Pogroms Ermordete an. Doch in Wirklichkeit dürfte auch diese Zahl höher liegen. Denn viele Juden begingen aus Verzweiflung Selbstmord; auch sie müssen als direkte Opfer des Pogroms gelten.^{45a}



Gedenkstein in Elmshorn auf dem Platz der früheren Synagoge im Flamweg/Ecke Neue Straße

Ausplünderung der jüdischen Mitbürger

Nach der „Reichskristallnacht“ folgten eine Reihe von staatlichen Maßnahmen, die auf eine vollständige Ausplünderung und Verdrängung der Juden aus dem öffentlichen Leben zielten. Am 12. November 1938 kam man bei einer Besprechung im Reichsluftfahrtministerium unter Vorsitz von Hermann Göring zu dem Entschluß, daß die Schäden des Pogroms auf keinen Fall vom deutschen Volk getragen werden sollten. Die Juden hatten die zerstörten Synagogen, Geschäfte und Wohnungen aus eigenen Mitteln wieder aufzubauen.⁴⁶

Die Versicherungsentschädigungen wurden vom Staat beschlagnahmt und die Juden zu einer „Buße“ von 1 Milliarde RM (später: 1,25 Milliarden) verurteilt, die durch eine 20prozentige Vermögensabgabe aufgebracht werden sollte.⁴⁷ Am 12. November kam eine Verordnung heraus, nach der ab 1. Januar 1939 der Betrieb von jüdischen Einzelhandelsgeschäften untersagt war.⁴⁸ Jetzt wurden in Elmshorn die letzten jüdischen Geschäfte „arisiert“. Der Verkäufer bekam jedoch für sein Geschäft kein Geld. Die Verkaufssumme wurde in einem Schuldbuch vermerkt und mit einem bestimmten Prozentsatz verzinst. Von diesen Zinsen hatte er zu leben.⁴⁹

Stolz konnte Bürgermeister Krumbeck am 5. Juli 1939 in seinem Rechenschaftsbericht vermerken: „Ich will nun nicht den Überblick über das Elmshorner Wirtschaftsleben zu Ende führen, ohne der erfreulichen Tatsache Erwähnung zu tun, daß die Elmshorner Wirtschaft entjudet ist. Die letzten jüdischen Firmen Max Meyer, Konservenfabrik Hirsch, Lederfabrik Heymann und Lederfabrik Metzger AG sind in arischen Besitz übergegangen. Interessieren dürfte Sie, daß von 56 Juden, die wir 1933 übernahmen heute nur noch 11 unsere Gemeinde bevölkern...“⁵⁰

Schließlich mußten die Juden auch ihr Gold, Silber, Platin, Edelsteine und Perlen abliefern. Sie besaßen jetzt nur noch ihren Hausrat und die monatlichen Zinsen ihres ehemaligen Vermögens. Parallel zur Bereicherung des nationalsozialistischen Staates an dem Besitz der jüdischen Mitbürger fand die vollständige Isolierung der „nichtarischen“ von der „arischen“ Bevölkerung statt. Die vielen Verordnungen, Anordnungen und Gesetze gipfelten in der Einführung des „Judensterns“ am 19. September 1941. Mit welchen unsinnigen Begründungen und Kommentaren diese Gesetze und Verordnungen erlassen wurden, zeigt ein Artikel der „Elmshorner Nachrichten“, in dem vom „Kraftfahrverbot für Juden“ die Rede war: „Die feige Mordtat des Juden Grünspan, die sich gegen das gesamte deutsche Volk richtete, läßt Juden als unzuverlässig und ungeeignet zum Halten und Führen von Kraftfahrzeugen erscheinen... Der deutsche Mensch hat es schon lange als eine Herausforderung und als eine Gefährdung des öffentlichen Lebens empfunden, wie Juden sich am Steuer eines Kraftwagens im deutschen Straßenbild bewegten oder gar Nutznießer der von deutschen Arbeiterfäusten geschaffenen Straßen Adolf Hitlers waren...“⁵¹

Auswanderung

Elmshorn hatte nach der Volkszählung vom 16. Juni 1933 17.374 Einwohner, wovon 55 jüdischer Religion waren. Dieses entsprach 0,32 Prozent der Bevölkerung. Die bei der Zählung ermittelte Zahl der Juden war viel zu niedrig. Sie lag vielmehr bei 84.⁵² Dies würde einem Anteil von 0,5 Prozent (aufgerundet) entsprechen. Die Zahl der Juden in Elmshorn betrug jeweils am 1. Januar⁵³

1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940
82	79	73	68	55	43	33	8
1941	1942	1943	1944	1945			
6	3	2	1	1			

Die folgende Tabelle zeigt die Abwanderung aus Elmshorn, aufgeschlüsselt nach Umzug und Auswanderung:

	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Umzug	: —	2	3	7	8	2	6
Auswanderung	: 2	1	2	3	2	5	18
insgesamt	: 2	3	5	10	10	7	24

Bis 1937 überwog der Umzug in andere Städte des Reichs, während sich 1938/1939 die Flucht ins Ausland verstärkte. Der starke Anstieg der Abwanderung 1936 täuscht, da in diesem Jahr eine zwei- und eine vierköpfige Familie verzog. Bis zu diesem Zeitpunkt handelte es sich um Einzelpersonen.

Bis einschließlich 1938 entschlossen sich von insgesamt 37 Abwandernden nur sechs Personen über 50 Jahre, Elmshorn zu verlassen. Bei der Wahl des Zieles blieben vorwiegend die älteren Juden im Reich, während die jüngeren ins Ausland gingen. Außer einem Ehepaar waren bis 1937 alle Auswandernden unter 30 Jahren.

Die Ziele der Abwanderung aus Elmshorn waren:⁵⁴

	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Hamburg	: —	1	2	6	3	2	2
sonst. Reich	: —	1	1	1	5	—	4
Europa	: 2	—	2	2	—	1	8
USA	: —	1	—	1	2	3	2
Südamerika	: —	—	—	—	—	—	1
Australien	: —	—	—	—	—	1	4
Shanghai	: —	—	—	—	—	—	3

Deportationen

Am 20. Januar 1942 fand unter dem Vorsitz des SS-Obergruppenführers Heydrich die sogenannte „Wannsee-Konferenz“ statt. Hier wurde beschlossen, Europa von Westen her zu durchkämmen und alle Juden in die Ghettos und Konzentrationslager im Osten zu deportieren. Solche Ghettos befanden sich z.B. in Riga, Kowno, Minsk und Warschau. Die jüdischen Mitbürger und Organisationen ahnten bei den ersten Deportationen noch nicht, was das weitere Schicksal der Opfer sein würde. Sie dachten lediglich an eine Umsiedlung. Dafür sprachen auch die Ausstattung der ersten Transporte mit Lebensmitteln, Medikamenten usw. durch die jüdischen Organisationen.⁵⁵

Diejenigen, die die Ghettos tatsächlich erreichten, erwartete ein Leben in total überfüllten, von Hunger und Seuchen heimgesuchten Städten oder Stadtteilen. Nach und nach wurden auch die Ghettos aufgelöst. Sie dienten den nationalsozialistischen Machthabern ohnehin nur als Übergangslösung. Die Überlebenden, sofern sie nicht bei der Räumung ermordet wurden, transportierte man in die Vernichtungslager, wie Treblinka, Belzec, Auschwitz und Sobibor. Hier wurden sie selektiert. Kranke, Schwache, Greise und Frauen mit kleinen Kindern, die für einen Arbeitseinsatz nicht geeignet waren, führte die SS sogleich nach der Selektion in die Gaskammern. Kräftigere und gesündere Menschen kamen in das Lager, um durch Arbeitseinsätze „vernichtet“ zu werden.

1940 lebten in Elmshorn noch acht „Volljuden“. Zwei von ihnen haben überlebt, zwei Schicksale sind unbekannt, einer, Albert Hirsch, beging Selbstmord, und drei wurden deportiert. Werden alle in Elmshorn geborenen oder zeitweise hier lebenden Juden hinzugezählt, so erhöht sich die Zahl der Deportierten auf 21; von diesen wurden nach Auschwitz 2, Bergen-Belsen 1, Litzmannstadt 2, Minsk 5, Riga 1, Theresienstadt 8 verschleppt. Zwei Ziele sind unbekannt.⁵⁷

Zu den Deportierten gehörte auch die 69jährige Henriette Lippstadt, Witwe des Viehhändlers Julius Lippstadt. Sie wurde am 15. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert.⁵⁸ Sie war seit dem Tode ihres Mannes gezwungen, in einem „Judenhaus“⁵⁹ in Hamburg zu leben. Als sie den Deportationsbefehl erhielt, benachrichtigte sie ihre noch in Elmshorn lebende Tochter, die mit einem „arischen“ Mann verheiratet war. Am Deportationstag besuchte der Schwiegersohn Frau Lippstadt, um ihr beizustehen. An diesem Tag regnete es in Strömen. Die Heimbewohner mußten vor die Haustür treten und im Regen ihre Koffer öffnen, um sie durchsuchen zu lassen. Hierbei wurde auch der Inhalt einiger Koffer auf die Straße geschüttet. Nach der Kontrolle hatten die alten Frauen und Männer offene Lastwagen zu besteigen. Sie fuhren in eine Volksschule in der Nähe der Sternschanze. Am nächsten Tag erfolgte der Transport nach Theresienstadt.⁶⁰

Ein dreiviertel Jahr vorher wurde die ältere Tochter von Henriette Lippstadt, Ilse, nach Minsk deportiert. Deren Schwester, Anna L., erfuhr nach dem Krieg von einem Augenzeugen in Elmshorn, der als Soldat in Rußland war, daß ihre Schwester in der Gegend von Minsk in einer Kolonne von

Juden marschiert sei. Die Kolonne begegnete einigen deutschen Soldaten. Ilse Lippstadt erkannte unter ihnen einige Elmshorner wieder, mit denen sie früher im „Holsteinischen Hof“ ausgegangen war. Sie habe ihnen zugerufen: „Hallo, Elmshorn!“ Daraufhin sei sie beiseite geführt und auf „freiem Feld“ erschossen worden.⁶¹

Schluß

Im Vergleich zu anderen Städten und Gegenden des Deutschen Reiches verliefen die ersten beiden Jahre nach der nationalsozialistischen Machtergreifung für die jüdischen Mitbürger in Elmshorn relativ ruhig. Sie hatten zwar erleben müssen, wie sie aus ihren gesellschaftlichen Positionen, aus Vereinen, Verbänden etc. verdrängt wurden, für die sie meist viele Jahre segensreich tätig gewesen waren. Diese wollten auf einmal nichts mehr von ihnen wissen. Die Juden mußten weiterhin sehen, wie sich das Bild der Innenstadt Elmshorns verwandelte, wie in den Schaufenstern Schilder mit Aufschriften wie „Juden unerwünscht“, sowie ein Stürmerkasten an der Ecke Marktstr./Flamweg aufgestellt wurden. Ihre Geschäfte wurden boykottiert, die Einnahmen gingen merklich zurück.

Da aber die Gemeinde eine zu geringe Mitgliederzahl hatte, in hohem Maße assimiliert war, die Bevölkerung in ihrer Mehrheit noch nicht antisemitisch eingestellt war⁶² und die Juden glücklicherweise gerade jene Berufe hatten, die noch keinen Beschränkungen unterlagen, waren sie im Verhältnis zu anderen Gemeinden noch nicht so betroffen.

Dies änderte sich aber in den folgenden Jahren. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, der sogenannten „Reichskristallnacht“, wurde die Jüdische Gemeinde Elmshorn praktisch aufgelöst. Sie bestand zwar noch offiziell bis 1941, aber der gemeinsame Versammlungsort, die Synagoge auf dem Flamweg, war zerstört und die Männer im Konzentrationslager. In der Folgezeit konzentrierte sich alles auf eine schnelle Flucht ins Ausland.

Nach dem Kriege ist keiner der überlebenden Juden nach Elmshorn zurückgekehrt.

VII. Krieg 1939 - 1945

Die Zeit von 1936 bis 1939 war gekennzeichnet durch enorme Kriegsvorbereitungen des deutschen Faschismus auf wirtschaftlichem, politischem und ideologischem Gebiet. Die allgemeine Wehrpflicht wurde eingeführt, eine kriegsfähige Wehrmacht aufgebaut, die Mobilmachung und der Krieg geprobt. So fanden in den Städten und Gemeinden im Kreis Pinneberg z.B. regelmäßig Luftschutzübungen statt; die „Volk-ohne-Raum“-These wurde immer stärker als Lösung der immer noch bestehenden sozialen Probleme propagiert.

An der spanischen Stadt Guernica übte die deutsche Luftwaffe das Ausradieren polnischer, französischer und anderer Städte im Falle des Angriffskrieges. Ebenso dienten der gewaltsame Anschluß Österreichs am 13. März 1938 und die Besetzung von Teilen der CSR der Vorbereitung des Krieges. Hitler am 5. November vor Vertretern der Wehrmacht:¹

„Zur Verbesserung unserer militärpolitischen Lage müsse in jedem Fall einer kriegerischen Verwicklung unser 1. Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen, um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten.“

Mit dem Überfall der Hitlerwehrmacht auf Polen am 1. September 1939 wurde die von der KPD 1932 verbreitete Warnung grausame Wirklichkeit: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“

In der Chronik der Stadt Elmshorn über den Beginn des Zweiten Weltkrieges heißt es:² „Der Ausbruch des zweiten Weltkrieges ... war von allen mit Spannung erwartet worden, löste aber keineswegs Freudenstürme aus. Eher bedrückt sah man in die Zukunft, wohl ahnend, was bei einem modernen Krieg auch der Zivilbevölkerung drohen konnte. Jedoch sahen viele von der HJ und anderen Naziorganisationen aufgestachelte Jugendliche in dem Krieg die Rache für das angetane Leid (Versailles) und meldeten sich freiwillig zu den Waffen. Besonders trifft dies für viele Bismarckschüler zu, die kurz vor dem Abitur standen oder es bereits erworben hatten. Die Feldpostbriefe aus den ersten Kriegstagen geben reichlich genug Aufschluß über das, was die jungen Soldaten dachten. — Jetzt trat der Luftschutz groß in Aktion. Auf allen freien Plätzen in der Stadt wurden Splittergräben ausgehoben, der Ausbau von Bunkern und festen Luftschutzräumen machte sich im Leben jeder Familie bemerkbar. Viele Männer wurden zur Wehrmacht eingezogen, und schon im ersten Jahr waren erste Kriegsoffer auch in Elmshorn zu beklagen.“

Gleich zu Beginn des Krieges mit England wurde der Luftschutz verstärkt, da man befürchtete, die Engländer würden zu Gegenangriffen auf die großen deutschen Städte, darunter auch Hamburg, übergehen. Elmshorn lag, wie sich später herausstellte, direkt auf der Linie von den englischen Basen nach

Hamburg. Schon 1940 fiel – wohl ein Zufallstreffer – die erste Sprengbombe auf Kaltenweide, und am 8. Oktober 1940 wurde zum 75. Male Luftalarm ausgelöst.

In der Heimat wurde der Krieg mit seinen Einschränkungen und täglichen Opfern glorifiziert und als 'aufgezwungen' bezeichnet. Großkundgebungen und Veranstaltungen aller Art sollten den Eindruck erwecken, als könne gar nichts schiefgehen. Der angespannte Einsatz jeder Arbeitskraft auf allen Sektoren sollte eine stärkere Formierung bewirken.“

Am 22. Juni 1941 erfolgte der Überfall der Hitlerwehrmacht auf die Sowjetunion, nachdem der Krieg bereits 1940 auf die Länder Dänemark, Norwegen, die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich und England und Anfang 1941 auf Nordafrika, Jugoslawien und Griechenland ausgedehnt worden war. Der militärischen Besetzung folgte die wirtschaftliche Ausplünderung im Interesse des deutschen Großkapitals und die Deportation von tausenden Zwangsarbeitern nach Deutschland, wo sie in den Fabriken und auf den Bauernhöfen die deutschen Arbeiter, die in den Krieg geschickt wurden, zu ersetzen hatten.

Während 1937 nach amtlichen Unterlagen³ 111 Ausländer in der Stadt Elmshorn lebten, waren es 1942 bereits über 800. Am 31. Dezember 1944 lebten hier über 2.000 Ausländer – etwa jeder zehnte Einwohner Elmshorns war 1944 ein ausländischer Zwangsarbeiter. Insgesamt wurden in den Jahren 1943 bis 1945 über 3.300 Ausländer – zum allergrößten Teil Zwangsarbeiter – in Elmshorn amtlich registriert. Ähnliche Zahlen ließen sich ebenfalls für andere Städte des Kreises Pinneberg ermitteln.

Diese Menschen, insbesondere die sogenannten Ostarbeiter, wurden, nachdem ihre Heimat von der Wehrmacht überfallen worden war, gewaltsam von ihren Familien getrennt und nach Deutschland deportiert. Als Zwangsarbeiter hatten sie unter menschenunwürdigen Bedingungen zu arbeiten und zu leben. Ein persönlicher Kontakt zu Deutschen war verboten, sie erhielten kein Arbeitsentgelt, und die Betriebe führten keine Sozialabgaben wie z.B. Rentenversicherung ab.

Zwangsarbeit mußten im Kreis Pinneberg auch deutsche und ausländische „Konzentrationsäre“ des bei Hamburg liegenden Konzentrationslagers Neuengamme leisten. So existierte in Wedel bei der Deutschen Vacuum Öl AG eines der über siebzig Arbeitskommandos des KZ Neuengamme. Die gefangenen Frauen mußten Bau- und Aufräumarbeitern verrichten.⁴

In Sülldorf wurden 1.200 KZ-Gefangene zu Bauarbeiten und Ausheben von Panzergräben herangezogen. In Kaltenkirchen im Kreis Segeberg mußten 470 KZ-Häftlinge auf dem Fliegerhorst Erdarbeiten verrichten.⁵ Das Totenbuch Neuengamme enthält die Namen von dreizehn im Kreis Pinneberg Geborenen, die im Lager Neuengamme umkamen, davon sieben aus Elmshorn.



Gedenkstein auf dem Wedeler Friedhof

Bewährungsbataillon 999

Die in den Offenborn- und anderen politischen Prozessen zu höheren Freiheitsstrafen verurteilten Widerstandskämpfer erhielten während ihrer Haft im Emslandlager oder in anderen Haftanstalten einen sogenannten „Ausschließungsschein“. Sie waren auf Grund des Wehrgesetzes vom 16. März 1935 „wehrunwürdig“ – der „Ausschließungsschein“ war das entsprechende amtliche Dokument.

Als im Verlauf des Krieges, insbesondere nach den Niederlagen in der Sowjetunion, die Lage für die Hitler-Wehrmacht immer schwieriger, die Verluste an Menschen immer größer wurden und die Zeit der „Blitzkriege“ endgültig vorbei war, mußten selbst diese „unwürdigen“ Reserven mobilisiert werden.⁶

Mitte 1942 erfolgten die ersten Einberufungen von Antifaschisten aus dem Kreise Pinneberg zum Bewährungsbataillon 999 (BB 999). Standort des BB 999 war die frühere Festung „Heuberg“ bei Stetten am Kalten Markt in der Schwäbischen Alb. Die ungebräuchlich hohe Nummernbezeichnung dieses Bataillons sollte ausdrücken, daß die Bewährungsbataillone nichts mit regulären Truppeneinheiten zu tun hatten. Die „999er“ waren dazu bestimmt, als „verlorene Haufen“ die von den regulären Verbänden aufgegebenen Stützpunkte rund um das Mittelmeer zu halten, oft ohne Waffen und ohne genügend Verpflegung.⁷

Zugleich waren durch die Aufstellung dieser Bewährungsbataillone der Heimat ein großes Potential politischer Gegner des Faschismus und Krieges entzogen worden. „999er“ aus Elmshorn, Barmstedt und Uetersen:

Altwater, Herrmann	Lentfer, Wilhelm
Ahlich, Otto	Lohmann, Heinrich
Andersen, Viktor	Lohmann, Theodor
Behrs, Reinhold	Maas, Fritz
Böckmann, Heinrich	Maibohm, Rudolf
Böckmann, Walter	Meier, Emil
Böwig, Karl	Meier, Gustav
Boll, Wilhelm	Meier, Wilhelm
Bornhold, Hermann	Mohr, Walter
Bröder, Hans	Neuenburg, Jonny
Brömmer, Wilhelm	Oellerich, Adolf
Büsen, Hans	Pieper, August
Busch, Heinrich	Rathje, Ernst
Decker, Hans	Sahlmann, Hans
Decker, Robert	Schinkel, Adolf
Dramsch, Walter	Schurbohm, Hans
Dürkob, Friedrich	Stecker, Johann
Falkenhagen, Roman	Steckmeister, Heinrich
Flick, Johannes	Stick, Rudolf
Foth, Hinrich	Stodolny, Roman
Gersch, Bruno	Tiedemann, Paul
Gierts, Richard	Thies, Willi
Haaks, Heinrich	Trendel, Johann
Jürs, Karl	Vogel, Rudolf
Kähler, Helmuth	Wegner, Franz
Kletzin, Helmut	Wegner, Paul
Kohn, Ferdinand	Wegner, Willi
Kristen, Josef	Wiesenberg, Walter
Kunde, Ernst	Willer, Karl

Obenstehende Widerstandskämpfer wurden Ende 1942, im Februar 1943 und im Juni 1943 in drei Gruppen eingezogen und in Nordafrika und auf den griechischen Inseln Rhodos und Korfu eingesetzt.

Der Krieg fordert Opfer

Die Stadt Elmshorn wurde in der Nacht zum 3. August 1943 erstmalig von Bomben angegriffen und schwer getroffen. Was die Hitler-Wehrmacht bereits im Spanischen Bürgerkrieg und 1940 in England praktizierte, nämlich die Bombardierung „offener Städte“, hatte sich als Bumerang erwiesen. In der Elmshorner Stadtchronik⁸ wird über diesen und spätere Angriffe berichtet:

„Im Rahmen eines Planes zur Niederkämpfung der mittleren Städte um Hamburg wurde Elmshorn in der Nacht zum 3. August 1943 von Bombern angegriffen und schwer getroffen... Etwa zweitausend Phosphorbomben,

zwölftausend Brandbomben und zweiundsechzig Luftminen von 1000 lbs wurden über Elmshorn abgeworfen, während gleichzeitig ein schweres Gewitter tobte. 61 Menschen, davon 30 Männer, 29 Frauen und 2 Kinder wurden getötet, 30 schwer, 120 leicht verletzt; 254 Häuser wurden völlig zerstört, 220 schwer und 1261 leicht beschädigt; 11 Prozent der Bevölkerung – 2453 Menschen – waren obdachlos geworden. Vierzehn öffentliche Gebäude wurden zerstört und beschädigt: Bahnhof nebst Güterabfertigung, städtisches Krankenhaus (Dachgeschoß), Finanzamt, sieben Schulen, die Stiftskirche, Stadtbauamt (mit allen Unterlagen und Materialien), Stadtkasse und Gerichtsgefängnis. Dazu kamen an Betrieben: fünf Mühlen, zwölf Fabriken, sechs Speicher, ein Silo, zwei Buchdruckereien, ein Hotel (Holsteinscher Hof), zwei Holzlager und ein Dachpapplager. Ein ganzer Güterzug mit fünfundzwanzig Waggons brannte aus.

Am schlimmsten betroffen war das Wohnviertel am Lindemannshof, also das Dreieck zwischen Panjestraße-Jürgenstraße-Bauerweg, das völlig eingeebnet wurde...

Der Hafen Elmshorn war noch längere Zeit durch die gesunkenen Schlepper, Krähne und Schuten blockiert...

Am 19. April 1944 wurde allein achtzehnmal Alarm gegeben. Viele Schüler, vor allem aus den höheren Klassen, wurden zu Fla-Einheiten geschickt oder an die Nordseeküste gebracht, wo sie Befestigungsarbeiten gegen ein befürchtetes Landungsunternehmen auszuführen hatten... Im März und April 1945 erfolgten noch drei Bombenangriffe, die das Versorgungsnetz der Stadt empfindlich verletzten. Täglich eine Stunde Wasserversorgung und Stromausfall waren die Folgen. Beim letzten Angriff, am 26. April 1945, starben nochmals 92 Einwohner unter dem Bombenhagel."

Nach den gewaltigen Bombenangriffen in den letzten Tagen des Monats Juli 1943 auf Hamburg zogen tausende Bombengeschädigte in den Kreis Pinneberg – allein 1.200 in die Stadt Elmshorn.⁹ Sie alle suchten Unterkunft, Arbeit und Verpflegung. In den letzten Monaten des Krieges strömten über 16.000 Flüchtlinge nach Elmshorn, von denen rund 12.000 selbsthaft wurden.¹⁰ 654 Elmshorner¹¹ wurden Opfer des Hitler-Krieges, ließen ihr Leben im Kampf für die schlechten Ziele der Nazi-Regierung. Sie und die vielen Bombenopfer mahnen uns, nie wieder Krieg und Faschismus zuzulassen.

„Gewitteraktion“

Dem gescheiterten Staatsstreich vom 20. Juli 1944 – Attentat Stauffenbergs auf Hitler – folgte im Sommer 1944 eine Terrorwelle, die nicht nur die Teilnehmer der Verschwörung, sondern auch viele andere Hitlergegner erfaßte. In Deutschland wurden ca. 7.000 Verhaftungen vorgenommen, im norddeutschen Raum wurden rund 700 Menschen verhaftet, die in das Konzentrationslager Neuengamme bei Hamburg verschleppt wurden. Betroffen

waren insbesondere frühere Funktionäre von SPD, KPD, den Gewerkschaften und vereinzelt auch ehemalige Mitglieder bürgerlicher Parteien.

Aus Uetersen wird z.B. berichtet, daß der größte Teil der ehemaligen SPD-Rathausfraktion im Sommer 1944 im Rahmen der sogenannten „Gewitteraktion“ verhaftet und in das KZ Neuengamme gesperrt wurde.¹² Hans Britten, ehemaliger KPD-Stadtverordneter von Uetersen, wurde ebenfalls verhaftet. Er starb am 3. Mai 1945 zusammen mit weiteren 7.000 Kameraden bei der Versenkung der KZ-Häftlingsschiffe in der Lübecker Bucht. Folgende Namen von Verhafteten während der „Gewitteraktion“ aus dem Kreis Pinneberg sind heute bekannt:

Peter Andersen	Uetersen	SPD
Johannes Britten	Uetersen	KPD
Maria Clasing	Elmshorn	SPD
Peter Hasenberg	Elmshorn	KPD
Heinrich Hauschild	Elmshorn	SPD
Friedrich Lempfert	Elmshorn	SPD
Karl Mohr	Barmstedt	SPD
Hermann Oppermann	Wedel	KPD
Wilmar Pentz	Uetersen	SPD
Heinrich Wilkens	Uetersen	SPD

VIII. Demokratischer Neubeginn

Die Ereignisse in den letzten Tagen des Krieges überstürzten sich – „schon am 3. Mai 1945 begann man in Elmshorn, die Reste der faschistischen Herrschaft zu beseitigen; Fahnen und Führerbilder wurden verbrannt, Bücher vergraben und Parteiabzeichen in den Schutt geworfen.“¹ Am 5. Mai rückten englische Truppen in Elmshorn ein – die Schreckensherrschaft der Nazis und der grausame Krieg hatten ein Ende.

Für viele Elmshorner, die noch bis zuletzt an die Naziführung und an den „Endsieg“ geglaubt hatten, bedeuteten der Einmarsch der englischen Truppen, die Kapitulation der Hitler-Wehrmacht und die Zerschlagung des NS-Gewaltregimes am 8. Mai 1945 ein bitteres Erwachen. Für einen Großteil der Bevölkerung wirkte der 8. Mai als ein Tag der Befreiung – von der Angst um die Angehörigen an der Front und vor den todbringenden Bombennächten. Für die Nazigegner bedeutete der 8. Mai Befreiung im wahrsten Sinne des Wortes: ihnen und ihren Freunden öffneten sich die Tore der Zuchthäuser und Konzentrationslager.

Antifaschistischer Ausschuß

Bereits vor dem Einmarsch der Engländer wurde am 2. Mai 1945 in Elmshorn ein illegaler „Antifaschistischer Ausschuß“ gegründet.² Initiative und führende Funktionen gingen von dem Direktor der Butterschmelze (und späteren Landwirtschaftsminister) Erich Arp und dem Gastwirt Arthur Geißler aus. Erich Arp war während der Nazizeit aufgrund seiner Zugehörigkeit zur SPD und als Funktionär des Reichsbanners von den Nazis verfolgt worden. Arthur Geißler war wegen illegaler Widerstandsarbeit mehrfach verhaftet und 1936 vom Berliner Kammergericht zu 2 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus verurteilt worden.

Dem Führungskader gehörten neun weitere in Elmshorn sehr bekannte Sozialdemokraten und Kommunisten an, die alle während des Faschismus Widerstand geleistet hatten und verfolgt wurden: Peter Hasenberg, Friedrich Weinhold, Helmut Poessel, Gustav Werner, Heinrich Hauschildt, Otto Wottlich,³ Carl Mumm, August Raissle und Hermann Strehlke. Innerhalb von wenigen Tagen stellten sich 150 antifaschistisch eingestellte Arbeiter aus Elmshorn diesem Ausschuß zur Verfügung – sie wurden bewaffnet und erhielten die Funktionen einer Polizei.

Im „Antifa-Ausschuß“ wurde über Maßnahmen nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht beraten: Entnazifizierung der Stadtverwaltung, Sicherstellung von Sicherheit und Ordnung in der Stadt sowie der Versorgung, Linderung der Wohnungsnot, Übernahme der politischen Macht. So wurde der erst am 1. Mai 1945 berufene Bürgermeister Dr. Küster (vorher Nazi-Bürgermeister von Wilster) am 6. Mai vom Antifa-Ausschuß amtsenthoben – für die Funktion des neuen Bürgermeisters war der sozialdemokratische Politiker Heinrich Hauschildt vorgesehen.⁴

Politik der britischen Besatzungsmacht

Die Politik der englischen Besatzungsmacht entsprach nicht den Wünschen der Antifaschisten:

- Nur wenige Tage nach dem Einmarsch der Engländer wurde der Antifa-Ausschuß aufgelöst,
- eine Neubildung antifaschistischer und demokratischer Parteien und Gewerkschaften bis zum Spätsommer 1945 verhindert und ab Herbst auch erst auf unteren Ebenen erlaubt,
- während aus dem Internierungslager Neumünster bereits die ersten NSDAP-Ortsgruppenleiter und andere NS-Funktionäre entlassen wurden, wurden Antifaschisten, die von den Nazis in die Bewährungsbataillone gesteckt worden waren, weiterhin als Kriegsgefangene von den Engländern festgehalten. Aber gerade diese Antifaschisten wie auch die politischen Emigranten, die ebenfalls noch nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren konnten, wurden für den politischen Neuaufbau dringend benötigt.⁵
- Nicht Heinrich Hauschild (SPD), der von dem „Antifa-Ausschuß“ zum neuen Bürgermeister von Elmshorn vorgeschlagen wurde, wurde von den

Engländern zum neuen Bürgermeister ernannt, sondern ausgerechnet Karl Coors, der ehemalige NS-Bürgermeister von Pinneberg. Im September 1945 mußte Coors wegen seiner Nazi-Vergangenheit verhaftet werden – bis zur Einsetzung des Nachfolgers Dr. Werner Hein am 15. Oktober 1945 führte Stadtoberinspektor Langbehn die laufenden Geschäfte weiter⁶ – Langbehn gehörte zu jenen zahlreichen hohen Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung, die im Rahmen der Entnazifizierung von den Engländern fristlos entlassen werden mußten.⁷

In der Sitzung am 17. Dezember 1945 wurde die von der brit. Militärregierung ernannte Gemeindevertretung Elmshorns in ihre Aufgaben eingeführt – unter Mißachtung des antifaschistischen Widerstandes der Arbeiterschaft, insbesondere der Kommunisten, waren die Mitglieder nicht unter Berücksichtigung ihrer politischen Haltung während des Faschismus ausgewählt worden, sondern unter Berücksichtigung aller im Dezember 1945 in der Neugründung befindlichen politischen Parteien. Von den einunddreißig Gemeindevertretern gehörten zwölf der SPD und vier der KPD an – darunter viele ehemalige Widerstandskämpfer und Verfolgte, neun der CDU und sechs der Liberalen Partei.

Nur elf Arbeiter und Handwerker waren vertreten, dagegen viele „Mittelständler“ wie Kaufleute, Techniker, Angestellte sowie ein Mühlenbesitzer, ein Bauunternehmer und ein Fabrikant, die mit dieser Ernennung wieder politische Macht – wenn auch nur auf kommunaler Ebene – erhielten.⁸ So gehörte der neuen Gemeindevertretung wieder der Lederfabrikant Wilhelm Knecht an – vor 1933 war er Mitglied der reaktionären Deutschnationalen Volkspartei (die DNVP hatte an der Zerstörung der Weimarer Republik wesentlichen Anteil – so beteiligte sie sich 1931 am Treffen der Harzburger Front, einem gemeinsamen Komplott reaktionärer und faschistischer Kräfte gegen die Weimarer Demokratie) und hatte auch während der Naziherrschaft hohe politische Funktionen in der Stadtverwaltung. Im Oktober 1934 war er vom Regierungspräsidenten auf die Dauer von zwölf Jahren zum Beigeordneten des Bürgermeisters von Elmshorn berufen worden.⁹

„Ausschüsse aus der Bevölkerung, die sich in den ersten Tagen hier und da spontan gebildet hatten, um Einfluß auf die Lösung der Probleme zu nehmen, die von ihnen aus den Erfahrungen der zwölf Jahre als besonders brennend angesehen wurden, fanden keine Bestätigung und wurden wieder aufgelöst. Von ihnen getroffene Maßnahmen, wie z.B. Absetzung politisch belasteter Beamten, Einsetzung von Personen mit demokratischer Legitimierung, Strafmaßnahmen gegen örtlich bekannte Anhänger des Nazisystems wurden nur in wenigen Fällen sanktioniert, in sehr vielen dagegen rückgängig gemacht. Infolgedessen blieben zunächst viele als Nazis bekannte Personen als Beauftragte der Militärregierung in ihren Ämtern, und nicht wenige von ihnen verstanden es, sich die besonderen Umstände, die sich aus der Besatzung ergaben, zunutze zu machen.“

Aus dem Jahrbuch der SPD 1946¹⁰

Vergessene Lehren?

Die ersten Programme, die sich die verschiedenen Parteien, Gewerkschaften und Organisationen 1945 gaben, entstanden unter dem unmittelbaren Eindruck des Faschismus und Krieges. So verschieden diese Programme auch waren – Grundlage jeder späteren politischen Betätigung sollte die „antifaschistische Demokratie“ sein, die im Gegensatz zur Weimarer Republik keine faschistischen, militaristischen und völkerfeindlichen Umtriebe dulden sollte.

Auch die im Kreis Pinneberg 1945 gegründeten Parteien und Gewerkschaften hatten den Antifaschismus als Grundlage ihrer Programme. So bestand das gemeinsame Ziel von SPD und KPD in Elmshorn darin, in Zusammenarbeit mit allen Nazigegegnern und den verschiedenen antifaschistischen Parteien und Organisationen die drängenden Probleme der Zeit zu bewältigen: „Wir Schleswig-Holsteiner Sozialdemokraten und Kommunisten sind bereit, mit allen aufrechten Einzelpersonen antifaschistischer Gesinnung und Vergangenheit aller Lager und mit anderen demokratischen Organisationen und Parteien zusammenzuarbeiten für die Überwindung der Not, der nationalsozialistischen Urheber dieser Not und für den Wiederaufbau des vor uns liegenden Trümmerfeldes der gesamten Existenz unseres Volkes.“¹¹

Im August 1945 beschlossen SPD und KPD Elmshorn ein gemeinsames Aktionsprogramm, das einen langen Katalog von notwendigen Maßnahmen gegen Hunger und Kälte, gegen das Wohnungselend und in der Wirtschaft, Verwaltung und in der Sozialpolitik beinhaltet. Auch in Pinneberg beschlossen beide Arbeiterparteien im September 1945 ein gemeinsames Aktionsprogramm. Dieses Programm beinhaltet weitgehende Analysen des Faschismus, seiner Ursachen und Folgen. „Die blutige Lehre der zwölfjährigen Hitlerdiktatur im Inneren, des Hitlerkrieges nach außen und seiner großen sozialen Umwälzungen, heißt für alle arbeitenden Männer und Frauen eindeutig: 'Einigkeit und Einheit!' und 'nie wieder Spaltung und Bruderkampf!'“¹²

Diese Arbeitereinheit, die es im Sommer 1945 in vielen Städten Schleswig-Holsteins gab, hatte nur wenige Monate Bestand. Noch im November 1945 gab es in Elmshorn eine gemeinsame Konferenz von Funktionären der SPD und der KPD, aber zunehmend orientierten sich örtliche Funktionäre der SPD nach dem strikten antikommunistischen Kurs ihres Vorsitzenden Kurt Schumacher, der jede Zusammenarbeit mit Kommunisten ablehnte. Das beweisen mehrere Briefe des Elmshorner SPD-Politikers Erich Arp an den „lieben Genossen Schumacher“, in denen Arp sich zunehmend seinem Vorsitzenden anbietet und ein Ende des „ausgezeichneten Verhältnisses“ der Elmshorner SPD zur KPD ankündigt.¹³

Aber auch weitere gerade für die Arbeiterbewegung wichtige Lehren aus der Weimarer Republik und des Faschismus wurden ignoriert, wie zum Beispiel die Forderungen der Antifaschisten nach Enteignung von Kriegsverbrechern und konsequenter Entnazifizierung. Nie wieder sollte wirtschaftliche Macht zu politischen Zwecken mißbraucht werden. Walter Damm, am

11. Januar 1946 zum Landrat des Kreises Pinneberg gewählt, berichtet über den Wiederaufbau der Industrie des Kreises Pinneberg:

Auch Du
solltest Dich der Opfer des Faschismus erinnern.

Auch Du
solltest derer gedenken, die Leben oder Gesundheit in den Konzentrationslagern gelassen haben.

Auch Du
sollst dessen eingedenk, daß nicht die Demokratie, nicht die Verantwortlichen von heute, sondern der verfluchte Führerstaat mit seiner Diktatur uns das heutige Elend beschert haben.

Auch Du
solltest an der am Sonntag, dem 14. September, 15 Uhr, im Saale von „Cap Polonio“ stattfindenden

Gedenkfeier
„der Stunde der Besinnung“
teilnehmen.

Es spricht der Vorsitzende der VVN. in Neustadt:

WILLI NEURATH

Es laden ein:

Der Bürgermeister Kuhn	Die Ortsgruppe des VVN. E. Oesterreich
Die Sozialdemokratische Partei W. Wulf	Die Kommunistische Partei G. Fronier
Die Freie Demokratische Partei H. Meyer	Die Christlich-Demokratische Union Paul Christiansen

Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Pinneberg
H. Sellmann

A. Berg, Hl., 193. Pbz., 2616 - 6000, 9. 47. Kl. B

Kopie eines Flugblattes, das 1947 in Pinneberg verteilt wurde

„Neue Gebäude für Produktionsstätten mußten geschaffen werden, um Arbeitsplätze für die zahlreichen Flüchtlinge bereitzustellen. In diesem Zusammenhang schafften wir es, eine Reihe von Betrieben aus der damaligen Ostzone herüberzuholen, ich denke dabei z.B. an eine Würstchenfabrik, an Textilbetriebe u.a. Vielfach konnten ganze Firmen oder zumindest die wichtigsten Einrichtungen nach Berlin geschafft und von dort, unter Schrott versteckt, auf Binnenschiffen in den Hamburger Hafen gebracht werden. So kamen für die Würstchenfabrik die kompletten Maschinen für die Konserven nach Elmshorn... In einem anderen Fall wurde ein Textilbetrieb nach Pinneberg gebracht, für den die Werkzeuge und vor allem das Material aus Sachsen geholt wurden. In einem stillgelegten Fabrikgebäude wurden die aus Sachsen geschmuggelten Nähmaschinen untergebracht... Wenn auch heute die Produktion nicht mehr existiert, so gibt es jedoch noch ein Großgeschäft von diesem Unternehmer in Hamburg.“¹⁴

Wirtschaftswunder auf Kosten einer antifaschistisch-demokratischen Entwicklung in der damaligen Ostzone und in den Westzonen: Bereits zwei Jahre nach dem Krieg war, wie Walter Damm schreibt, „das Innungs- und Kammerwesen wieder voll ausgeprägt“; und Interessengruppen der Industrie, des Handwerks, der Baumschulen und der Landwirtschaft verfügten wieder über erhebliche politische Macht.¹⁵

Dieser wirtschaftlichen Weichenstellung wurden Fragen der Entnazifizierung und der Enteignung von Nazi- und Kriegsverbrechern untergeordnet. Die Kollektivschuldthese entpuppte sich als Kollektivunschuldthese.

So ist bekannt, daß viele Baum- und Rosenschulbesitzer des Kreises Pinneberg bereits Anfang der dreißiger Jahre Mitglieder und Propagandisten der NSDAP wurden und die Landgebiete Hochburgen der Nazis. Walter Damm, der als damaliger Landrat politische Konsequenzen hätte ziehen müssen, erklärt dazu:

„Auch die Bauern selbst, die sich schon 1930 den Nazis angeschlossen hatten, erklärten mir später, wie das gekommen sei. Bei der Frage z.B. der Umschuldung hatte die NSDAP Fragebogen verteilt, bei denen sich später herausstellte, daß das Eintrittsformulare in die NSDAP waren. So z.B. in Haseldorf bei dem Amtsvorsteher, der gleichzeitig Oberdeichgraf war, aber besten Ruf nicht nur bei unseren Freunden, sondern auch unter den anderen Bauern genossen hatte. Nach dem Kriege verlangte die Militärregierung, daß der Oberdeichgraf als altes Mitglied der NSDAP von seiner Funktion abzulösen sei, da es genügend Leute gäbe, die unbelastet seien... Ich selbst war überzeugt, daß der Oberdeichgraf ein guter Demokrat sei, und habe mich geweigert, ihn zu entlassen. Da immer wieder diese Frage kam, habe ich die Akte in den obersten Winkel des Schreibtisches gesteckt, bis man ihn vergessen hatte.“¹⁶

Da nie verwirklicht, sind die programmatischen Aussagen der Antifaschisten aus dem Jahre 1945 noch heute aktuell. Zum Schluß des gemeinsamen Programmes von SPD und KPD Pinneberg vom September 1945 heißt es, daß ein entschiedener Kampf gegen die Hitler-Ideologie geführt werden muß.

„AN IHRE STELLE MUSS DER GEIST DES FRIEDENS, DER ANTIFASCHISTISCHEN DEMOKRATIE UND DER VÖLKERVERSTÄNDIGUNG TRETEN!“¹⁷



Einweihung des VVN-Mahnmals vor dem Elmshorner Gewerkschaftshaus. Heute steht dieses Mahnmal am Elmshorner Rathaus

Anhang



Gedenkfeier am Elmshorner Ehrenstein für die Opfer des Faschismus 1951 vor dem Gewerkschaftshaus. Im Hintergrund: Elmshorner Volkschor Eintracht



Mahnmal vor dem Elmshorner Rathaus in der Schulstraße

KZ-Häftlinge 1933 aus dem Kreis Pinneberg

Name	Wohnort	Partei	von/bis inhaftiert	Lager
Peter Andersen	Uetersen	SPD	26.6.-3.7. 1933	Glückstadt
Arpe	Elmshorn	SPD	ab 24.6.	
Wilhelm Behrs	Uetersen	KPD	25.4.-6.5. 1933	Glückstadt
Hugo Bischof	Elmshorn	KPD	ab 24.6.33 bis 25.9.33	Glückstadt u. Kühlen
Heinrich Dittmann	Barmstedt		ab 28.6.33 bis Mitte August	Glückstadt
Dreier	Elmshorn		ab 4.4.33	
Heinrich Fehrs	Langelohe	SPD	ab 13.5.33	
E. Feldsien	Barmstedt		ab 26.6.33	
Hermann Fölster	Elmshorn	KPD	bis 24.5.33	Glückstadt
Haick Gayatt	Lokstedt/ Niendorf	KPD	Sept. 1933 bis 13.3.34	
Arthur Geissler	Elmshorn	KPD	ab März 33	
Detlef Gripp	Hainholz	KPD		Glückstadt
Otto Gundlach	Uetersen		25.4. bis 6.5.1933	Glückstadt
Karl Haase	Uetersen	KPD	24.4.-22.5. 1933 sowie 27.6.-17.7. 1933	Glückstadt
Hans Hachmann	Elmshorn	KPD	28.10.33 – 22.6.34	
Paul Häussler	Uetersen		ab 22.9.33	Kühlen
Willi Hahn	Elmshorn	SPD	ab 14.8.33	Kühlen (ab 25.8.33)
Johannes Hamer	Lokstedt/ Niendorf	KPD	ab 2.10.33	
Peter Hasenberg	Elmshorn	KPD	bis 24.5. 1933	Glückstadt

August Hempel	Hörner- kirchen	KPD	ab 24.7.33		Herbert Maywald	Wedel	KPD	ab 1.8.33	
August Hermsmeier	Barmstedt		ab 28.6.33		Walter Meggers	Uetersen	SPD	26.6.-1.7. 1933	Glückstadt
Wilh. Hermsmeier	Barmstedt	KPD	ab 28.6.33		Rudolf Melchert	Uetersen		ab 16.11.33	
Alfred Hertle	Lokstedt/ Niendorf	KPD	ab 2.10.33		Paul Mischke	Uetersen	SPD	ab 26.6.33	Glückstadt
Elenore Hertle	Bönning- stedt	KPD	ab 2.10.33		Andersen Möhl	Elmshorn	KPD	bis 25.9.33	Glückstadt u. Kuhlen
Otto Heydemann	Langelohe	KPD	April bis Juni 1933		Hermann Neuenburg	Uetersen	SPD	26.6.-1.7.33	Glückstadt
Rudolf Huxoll	Elmshorn	KPD	5. März bis 25.9.33	Glückstadt u. Kuhlen	Otto Nilsson	Lokstedt/ Schnelsen	KPD	ab 2.10.33	
Walter Hesse	Uetersen		25.4.-6.5. 1933	Glückstadt	Adolf Nowak	Lieth	KPD	bis Mitte Juli 1933	Glückstadt
P. Jens	Westerhorn	KPD	ab 21.7.33		Johannes Offenborn	Elmshorn	KPD	20.3.-2.4. 1933	
Reinhold Jürgensen	Elmshorn	KPD	März bis 6.6.33; ab 28.6.33 – 25.9.33	Glückstadt, Fuhlsbüttel u. Kuhlen	Ernst Peters	Elmshorn	KPD	3.6.-Sept. 1933	
Ernst Karlau	Jork-Gehrden	KPD	1933	Glückstadt u. Kuhlen	Fritz Petersen	Elmshorn	SPD	ab 27.6.33	
Wilhelm Kohlhoff	Elmshorn	KPD	1933	Glückstadt	Wilhelm Quirling	Uetersen	SPD	26.6.-1.7. 1933	Glückstadt
Hermann Kollster	Hainholz	KPD	1933	Glückstadt	Hinrich Röben	Lokstedt/ Schnelsen	KPD	ab 2.10.33	
Paul Kraas	Wedel	KPD	bis 5.8.33	Glückstadt	Willi Rohlf	Elmshorn	KPD	25.3.-25.9. 1933	Glückstadt u. Kuhlen
Josef Kristen	Uetersen	KPD	24.6.–15.7. 1933	Glückstadt	Heinrich Rostock	Langelohe	KPD	Juni bis Mitte Sept. 1933	Glückstadt
Franz Kristen	Uetersen	KPD	24.4.-Ende Mai 1933	Glückstadt	Franz Sabatowski	Lokstedt/ Schnelsen	KPD	ab 2.10.33	
Herrmann Krohn	Barmstedt		ab 26.6.33		Gerhard Schädlich	Elmshorn	KPD	ab Pfingsten 1933	
August Kronberg	Uetersen	SPD	26.6.-3.7. 1933	Glückstadt	Heinrich Schädlich	Elmshorn	KPD	2.6.-23.9. 1933	Glückstadt u. Kuhlen
Ernst Kunde	Barmstedt u. Elmshorn	KPD	ab 19.4.33 mehrere Monate	Glückstadt u. Kuhlen	Julius Schinkel	Barmstedt		ab 28.6.33	
Erwin Lange	Elmshorn		1933	Glückstadt u. Kuhlen	Hermann Schmarbeck	Elmshorn	KPD	Mitte März bis 28.9.33	Glückstadt u. Kuhlen
Bernhard Langheim	Kölln-Reisiek	KPD	24.3.33 – Ende Okt.33	Glückstadt	Adolf Schmidt	Barmstedt		ab 15.8.33 für 14 Tage	
Friedrich Lempfert	Elmshorn	SPD	ab 24.6.33		Alfred Schmidt	Barmstedt		ab 18.4.33	
Johannes Lentfer	Elmshorn	KPD	27.3.-13.5. 1933	Glückstadt	Philipp Sorg	Uetersen		Juni bis Dez. 1933	Glückstadt, Kuhlen u.
Heinrich Loschen	Uetersen		ab 27.6.33 bis Dez. 33	Glückstadt, Kuhlen u. Esterwegen	Heinrich Steckmeister	Lieth	KPD	8.8.-15.9. 1933	
Wilhelm Lüdemann	Uetersen	SPD	26.6.-3.7. 1933	Glückstadt	Hugo Strohhahn	Elmshorn	KPD	ab März 33	Glückstadt u. Kuhlen

Taubert	Elmshorn	KPD	ab 24.6.33	
Johannes Tiedemann	Uetersen	SPD	26.6.-3.7. 1933	Glückstadt
Max Tietjens	Hainholz	KPD	1933	Glückstadt
Karl Topp	Uetersen	SPD	ab 16.9.33	
Heinrich Trojahn	Hainholz	KPD	Mai bis 8.10.33	Glückstadt
Hinrich Uhl	Barmstedt	SPD	3.-5.7.33	
Helmuth Voss	Elmshorn		April u. Mai 1933	Glückstadt
Johannes Voss	Barmstedt		13.9.-10.10. 1933	
Heinrich Weiss	Barmstedt		Juli – Dez. 1933	
Fritz Werner	Wedel	KPD	ab 1.8.33	
Heinrich Wilkens	Uetersen	SPD	26.6.-3.7. 1933	Glückstadt
Adam Walper	Uetersen	SPD	26.6.-1.7. 1933	Glückstadt
Johann Wentorp	Barmstedt		ab 28.6.33 ca. 6 Wochen	Glückstadt
Hermann Will	Elmshorn	KPD	19.3.-15.6. 1933	Glückstadt
Nikolai Witt	Friedrichstadt	KPD	Juni-Aug. 1933	Glückstadt
Karl-Heinz Wriedt	Elmshorn			Kuhlen
Max Wriedt	Elmshorn	KPD	ab 28.4.33	Glückstadt



Gedenkstein auf dem Uetersener Friedhof

Aufbau der KPD Elmshorn Herbst 1933 – Herbst 1934

Bezirk Wasserkante der KPD

Unterbezirk Altona der KPD

Folgende Mitglieder/Mitarbeiter der Unterbezirksleitung nahmen an Besprechungen mit Funktionären der KPD Elmshorn teil: Jahnke (April '33), Götrop (April '33), Egon Nickel (April '33 u. April '34), Heinrich Meyn (ab Anfang Mai '33), Sens (Sept. '33), Antonowicz (Sept. '33), Richard Wegner (April/Mai '34), Johann Heldt (April u. Aug. '34), Zieglitz
Kurier Altona – Elmshorn für KPD u.a.: Eduard Löker, Grote, Ludwig, Richard Wegner u. Lucie Hübsch

Ortsgruppe Elmshorn der KPD

Pol.-Leiter: Johannes Offenborn
Stellvertreter: Heinrich Rostock
Hauptkassierer: Johann Modrow
I-Leiter: Detlev Gadde

10 Stadtteilgruppen der KPD in Elmshorn und Umgebung

Barmstedt

Pol.-Leiter: Walter Starckjohann (ab 6/34)
Hauptkassierer: Emil Schnell (März '33 bis Dez. '34)

Un*erkassierer: Walter Starkjohann, Hans Sahlmann, Johann Strecker, Ernst Kunde, Hans Decker

Lieth

Pol.-Leiter: Max Delfs (ab Okt. 33)
Stellv.: Emma Weber (ab Okt. 33)
Hauptkassierer: Joh. Sommer/Emma Weber
Unterkassierer: Emma Weber, Wilhelm Pieper, Alfred Armbrust, Ida Stein und August Klemenz

Horst

Pol.-Leiter: David

Hainholz

Pol.-Leiter: Willi Nothnagel
Hauptkassierer: Anna Trojahn

Uetersen

Pol.-Leiter: Franz Kristen
Stellv.: Josef Kristen
Org-Leiter: Hans Britten
Lit.Obmann: Richard Meyer
Unterkassierer: Behrs, Karl Haase, Arthur Sorg, Ferdinand Kohn

Langeloh

Pol.-Leiter: Otto Heydemann
Kass.: Heinrich Glissmann

Stadtrandsiedlung

Pol.-Leiter: Wilhelm Meier

Stubbenhuk

Pol.-Leiter: Ernst Rathje

Klostersande

Pol.-Leiter: Eggerstedt

Arbeitsamt

Kass.: Adolf Schinkel

Zahlreiche Zellen als Grundorganisationen der KPD

Jede Stadtteilgruppe bestand in der Regel aus mehreren Zellen, z.B. Betriebszellen und Straßenzellen mit je mehreren Mitgliedern der KPD und einer eigenen Leitung. Der Kassierer war in der Regel auch der Pol.-Leiter.

Beispiel: **Stadtteil Uetersen der KPD**

Zelle 1

Leiter: Behrs

Zelle 2 (Kl. Sand)

Leiter: Karl Haase

Zelle 3

Leiter: Jürs

Zelle Tornesch/Heidgraben

Leiter: Ferdinand Kohn

Beispiel: **Stadtteil Langelohde der KPD**

Straßenzelle Steindamm

Leiter: Walter Mohr

Straßenzelle Pinneberger Chaussee

Leiter: Otto Heydemann

Zelle Ort Kölln-Reisiek

Leiter: Ernst Specht

Betriebszelle Fa. Gebr. Rostock

Leiter: August Nothnagel

Beispiel: **Stadtteil Klostersande der KPD**

Betriebszelle Fa. Asmussen

Leiter: Karl Böwig

Kass.: Richard Gierz

Betriebszelle Gas- und Wasserwerke

Leiter: Heinrich Lacorn

Straßenzelle Ollnstraße

Kass.: Heinrich Maack

RGO in Elmshorn 1934 im Überblick

RGO in Elmshorn

Funktion des Pol.-Leiters: Willi Wegner

Hauptkassierer: Heinrich Kastning

4 Industriegruppen

Industriegruppe „Leder“

Pol.-Leiter: Willi Strauer

Kassierer: Heinrich Bahr

Industriegruppe „Fabrik“

Pol.-Leiter: Willi Wegner

Kassierer: Friedrich Dürkob

Industriegruppe „Metall“

Kassierer: Johannes Delker

Industriegruppe „Nahrung“

Kassierer: Jacob Hutmann

Jede Industriegruppe mit je mehreren RGO-Zellen

Beispiel:

Industriegruppe Leder

Firma Knecht u. Söhne

Firma Heymann (Kass.: Aug. Pieper)

Firma Metzger (Kass.: Paul Thiedemann)

Firma Bielefeld

Rote Hilfe in Elmshorn 1934 im Überblick

Zeitungsvertrieb und Kassierung 1934

„Kurier August“, Altona

Ein Kurier aus Altona, genannt „Kurier August“ (August Harms), brachte 1934 4x im Abstand von 6 bis 8 Wochen die Zeitung der RH „Solidarität“ nach Elmshorn. Ab Frühjahr 1934 bekam Weidemann die Zeitungen; mit Weidemann rechnete er auch die Zeitungen und RH-Mitgliedsbeiträge ab.

Verbindungsmann zum Kurier Weidemann

Weidemann gab die Zeitungen an Richard Jürgensen weiter und erhielt von R.J. die Gelder zwecks Abrechnung mit dem Kurier.

Leiter der RH Elmshorn Richard Jürgensen

Richard Jürgensen gab den größeren Teil der Zeitungen an Hauptkassierer Wulf weiter. Einen kleineren Teil gab er direkt an Unterkassierer. Kassenabrechnung erfolgte ebenso.

Hauptkassierer der RH, Wulf

Wulf als Hauptkassierer der RH gab die Zeitungen „Solidarität“ an seine Unterkassierer weiter. Die Kassenabrechnung erfolgte ebenso.

Kassierer	W. Eggerstedt
Kassierer	Trendel
Kassierer	Schulz
Kassierer	Schwieger
Kassierer	Weber
(Lieth)	
Kassierer	Kohrn
(Tornesch)	
Kassierer	Schmarbeck
Kassierer	Nowak

Jeder Kassierer hatte mehrere Mitglieder oder Unterkassierer zu betreuen, d.h. mit der Zeitung zu beliefern und abzurechnen. Z.B. hatte Kassierer Gustav Meier aus Lange-Lohe noch 3 Unterkassierer (Walter Mohr, Wilh. Thies, Willi Sandmann/Ernst Böge), die je mehrere Mitglieder der RH betreuten.

Unterkassierer und Mitglieder der Roten Hilfe

Kassierer	Böge
Kassierer	Lempfert
Kassierer	Gustav Meyer

Zeitungen, Broschüren und Flugblätter 1933-1934

Rote Fahne, Leninist, Hamburger Volkszeitung

Ein Kurier aus Altona, Eduard Löker, brachte bis zum Herbst 1933 in regelmäßigen Abständen Zeitungen und Flugblätter nach Elmshorn, und zwar die „Rote Fahne“, der „Leninist“ und die „Hamburger Volkszeitung“ (HVZ). Er versteckte die Zeitungen in einem Eimer an der Straße Pinneberg-Elmshorn, die von dort von Eingeweihten aus Elmshorn abgeholt wurden. Abgerechnet wurden die Zeitungen bei Zusammenkünften von Detlef Gadde aus Elmshorn und Eduard Löker in Altona. Zunächst kamen die Zeitungen alle acht bis vierzehn Tage in einer Auflage von 180 Exemplaren nach Elmshorn, später alle vierzehn Tage mit je 120 Exemplaren. Im Herbst 1933 wurde Eduard Löker verhaftet und die Druckerei der KPD Altona im Keller des Elektrogeschäftes Uhlenbrock in Altona von der Gestapo entdeckt – die Zeitungsbelieferung wurde spärlicher.¹ Erst im August und September 1934 gelangten über den Kurier der Hamburger Roten Hilfe Ausgaben der „Roten Fahne“ nach Elmshorn.

Die „Rote Fahne“ war das Zentralorgan der illegalen KPD und erschien regelmäßig bis 1939 im gesamten damaligen Reichsgebiet, aber auch noch später.²

„Der Leninist“ war eine theoretische Zeitung der KPD Wasserkante und nahm u.a. zu Grundfragen des antifaschistischen Kampfes Stellung.³

Die „Hamburger Volkszeitung“ war die Zeitung der KPD Wasserkante, Herausgeber die KPD-Bezirksleitung. Sie erschien bis 1935 zeitweilig wöchentlich, zeitweilig monatlich und informierte regelmäßig über den faschistischen Terror und die arbeiterfeindliche Politik der Hitlerregierung.⁴

Bei der in Elmshorn und Umgebung verbreiteten „Hamburger Volkszeitung“ handelte es sich um eine von der Unterbezirksleitung der KPD Altona herausgegebenen Regionalausgabe, die in dem Elektrogeschäft Uhlenbrock in der Prinzenstraße in Altona hergestellt wurde. Einer der Redakteure war Eduard Löker.

Der Klassengewerkschafter

„Der Klassengewerkschafter“ war die Zeitung der RGO Hamburg, die vom Sommer 1933 bis Juli 1934 in Hamburg und Schleswig-Holstein regelmäßig erschien. Verantwortlicher Redakteur war ab Anfang 1934 bis zu seiner Verhaftung im Juli 1934 Walter Hochmuth.⁵ Insbesondere ab Anfang 1934 orientierte die Zeitung auf die Schaffung von illegalen neuen, unabhängigen und überparteilichen Gewerkschaften. Vom Februar bis Juli 1934 lieferte Hein Hartmann aus Altona 8 bis 10mal 30 bis 35 Exemplare der Zeitung „Der Klassengewerkschafter“ nach Elmshorn an Willi Wegner, der sie über Detlef Gadde zur Verteilung brachte. Im August 1934, nach der Verhaftung von Hartmann, erhielt Johannes Offenborn (Elmshorn) dreißig Exemplare dieser Zeitung (Nr. 65 vom 19. April 1934) von Johann Heldt, Altona.

Flugblätter 1933

Im März und April 1933 entstanden erste illegale Flugblätter. Die Manuskripte für die Flugblätter – zumeist Auszüge aus Zeitungen der KPD – kamen aus Hamburg zu Max Wriedt, Elmshorn. Eduard Löker aus Altona besorgte Papier, Farbe und Wachsbögen. Pauline Krabisch, Elmshorn, über-

trug die Manuskripte auf Wachsbögen. Die Abziehmaschine der KPD war in einer Kiste in einem Waldstück des Bauern Emil Buchner in Kölln-Reisiek vergraben. Zum Herstellen der Flugblätter wurde die Maschine nachts ausgegraben und in den Schuppen von Emil Buchner gebracht. An der Herstellung der Flugblätter beteiligten sich Ernst Specht, Gustav Meier und Emil Buchner, die Ehefrau Buchner „stand Schmiere“.

Elmshorner Volkszeitung

Die „Elmshorner Volkszeitung“ der KPD erschien im April und Mai 1933 mit insgesamt drei Auflagen. Sie wurde in dem Schuppen von Emil Buchner nach dem Vorbild der Hamburger Volkszeitung hergestellt und in Elmshorn und Umgebung vertrieben.

Roter Roland

Die Zeitung „Roter Roland“ war die örtliche Zeitung der KPD in Wedel. Mitte September 1933 wurden in Wedel fünfundzwanzig Kommunisten wegen Verteilung des „Roten Roland“ verhaftet.⁶

Roter Nordspport

Die Zeitung „Roter Nordspport“ wurde von April bis zum Herbst 1933 in Elmshorn und Umgebung vertrieben. August Raissle und Heinrich Karnatz aus Elmshorn waren für den Vertrieb von bis zu achtzig Exemplaren im Raum Elmshorn verantwortlich. „Roter Nordspport“ mit dem Untertitel „Organ der Roten Sportler der Wasserkante“ wurde von der „Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit“ Hamburg bis zum Herbst 1933 bis zur Verhaftung von Walter Bohne, Hamburg, und einer Reihe von weiteren Funktionären der Kampfgemeinschaft herausgegeben. Walter Bohne war an der Herstellung dieser Zeitung maßgeblich beteiligt und war mehrfach in Elmshorn, um die Zeitungen zu überbringen. In den Beiträgen erläuterte die Zeitung die Sportpolitik der KPD und bekämpfte vor allem die Militarisierung des Sports durch die Nazis.⁷

Arbeiter – Illustrierte Zeitung

Die Arbeiter – Illustrierte Zeitung (AIZ) war eine sehr populäre illustrierte Wochenzeitung. Ab März 1933 wurde sie in Prag legal hergestellt, illegal nach Deutschland eingeschleust und vertrieben. Die Zeitung enthüllte durch Bild und Text den faschistischen Terror und die arbeiterfeindliche Politik der Hitlerregierung und popularisierte antifaschistische Aktionen.⁸ Bei einer Haussuchung wurden im März 1933 in Elmshorn über 350 Stück der verbotenen AIZ gefunden.⁹

Roter Spiegel, Roter Blitz, Roter Kurier, Internationale Presse – Korrespondenz

Im April 1934 wurde die erste Nummer des „Roten Spiegels“ der KPD Elmshorn hergestellt. Dazu markierte der ehemalige KPD-Reichstagsabgeordnete Reinhold Jürgensen mit Bleistift in der „Roten Fahne“ wichtige Artikel. In der Wohnung von Paul Pentz in Uetersen wurde auf dessen Schreibmaschine die Artikel für den „Roten Spiegel“ von Viktor Andersen geschrieben, Hans Britten diktierte. Im Mai 1934 erschien die zweite Nummer des „Roten Spiegels“, wie die erste Nummer in einer Auflage von einhundert Exemplaren.

Im Juni 1934 erschien die dritte Nummer, nunmehr aber mit dem Titel „Roter Blitz“. Diesmal gab es keine Manuskriptvorlage, sondern nur eine mündliche Absprache über den Inhalt. Diese Ausgabe wurde auch in Barmstedt und Horst vertrieben. Die vierte Nummer erschien im Juli 1934 mit einer Auflage von achtzig Exemplaren. Manuskriptvorlage war diesmal die „Internationale Presse – Korrespondenz“ mit der „Marburger Rede“ des damaligen Vizekanzlers Papen. Titel dieser Ausgabe: „Roter Kurier“.

Die fünfte Nummer, die Anfang August 1934 erschien, hatte keinen Titel sondern war lediglich mit der Aufschrift „Nur für Mitglieder“ versehen. Vorlage war diesmal wieder die „Rote Fahne“, die Auflage betrug achtzig Stück.

Die „Internationale Presse – Korrespondenz“, bekannt unter der Abkürzung „Inprekorr“, die dem „Roten Kurier“ zugrunde lag, war eine theoretische, wöchentlich erscheinende Zeitung der Kommunistischen Internationale, die illegal unter Parteifunktionären und Zeitungsredakteuren vertrieben wurde.¹⁰

Solidarität

Die Zeitung „Solidarität“ der Roten Hilfe wurde vom „Kurier August“ – August Harms, Altona – ab Anfang 1934 viermal in einem Abstand von sechs bis acht Wochen mit je fünfzig bis siebzig Exemplaren nach Elmshorn geliefert. Empfänger war Bruno Weidemann, der die Zeitungen an den Leiter der Roten Hilfe Elmshorn Richard Jürgensen weitergab. Im Mittelpunkt der Beiträge der „Solidarität“ standen der Kampf gegen den faschistischen Terror und die Entwicklung der Solidarität mit den Opfern des Terrors.¹¹

Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror

Das „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror“, 1933 in Basel auf „Initiative des Weltkomitees zum Schutz der Opfer des deutschen Faschismus“ herausgegeben, gelangte als Miniaturausgabe illegal nach Deutschland und auch in den Kreis Pinneberg. Hier wurde es unter der Hand weitergegeben und von vielen gelesen. Das „Braunbuch“ informierte über den Hitlerterror, über Massenverhaftungen, Folterungen von Antifaschisten, Morden an Gegnern des Faschismus, usw.. Es setzte sich mit der Zwecklüge der Nazis auseinander, Kommunisten hätten im Februar 1933 den Reichstag in Berlin angesteckt.¹²

Genossenschaftsbulletin, Internationale Gewerkschafts-Zeitung, Die internationale Gewerkschaftspresse

Die Zeitung „Genossenschaftsbulletin“ – in Elmshorn vertrieben und in den Gerichtsurteilen gegen Elmshorner RGO-Mitglieder erwähnt – ist vermutlich identisch mit dem „Gewerkschaftsbulletin“ der RGO-Wasserkante. Die Oktober-Ausgabe 1933 des „Gewerkschaftsbulletin“ berichtete über einen Streik im Ölkonzern Thörl in Harburg und bringt zahlreiche Meldungen aus Betrieben in Hamburg, Elmshorn u.a.. Sie prangert den faschistischen Terror an und fordert die Schaffung von illegalen Gewerkschaften.¹³ Die in den Urteilen erwähnten Zeitungen „Internationale Gewerkschafts-Zeitung“ und „Die internationale Gewerkschaftspresse“, die wie das Gewerkschaftsbulletin ebenfalls nach Elmshorn gelangten, sind vermutlich mit der „Internationalen Gewerkschafts-Pressekorrespondenz“ identisch. Dieser Pressedienst des „Westeuropäischen Sekretariats der Roten Gewerkschaftsinternationale“

– in Kopenhagen hergestellt und illegal nach Deutschland eingeschleust – widmete dem gewerkschaftlichen und politischen Kampf gegen den deutschen Faschismus besondere Aufmerksamkeit.¹⁴

Die Kunst des Selbstrasierens, Prager Manifest, Geheimnis der Kosmetik, Sozialistische Aktion, Kruse-Brief

Über Mitglieder der illegalen SAJ-Hamburg-Eimsbüttel gelangten illegale sozialdemokratische Flugblätter, Broschüren und Zeitungen nach Uetersen,¹⁵ wo sie u.a. von Hermann Brammann an ehemalige SPD- und KPD-Mitglieder weiterverteilt wurden. Bei der Schrift „Die Kunst des Selbstrasierens“ handelt es sich um eine Tarnschrift. Sie beinhaltet das Programm des Emigrationsvorstandes der SPD in Prag vom Januar 1934. In diesem Programm wird Selbstkritik an der Politik der Sozialdemokraten in der Weimarer Republik geübt und ein revolutionäres Programm einer späteren Regierung nach „Niederwerfung des nationalsozialistischen Feindes“ entwickelt. Für den Kampf zum Sturz der Diktatur sei die Einheit der Arbeiterbewegung unerlässlich.

„Geheimnis der Kosmetik“ war ebenfalls eine sozialdemokratische Tarnschrift, die auf oben geschildertem Weg im Herbst 1934 nach Uetersen und anderen Orten des Kreises Pinneberg gelangte. Über ihren Inhalt heißt es in einer Anklageschrift gegen Mitglieder der ehemaligen SAJ Eimsbüttel: ¹⁶ „Die Broschüren enthalten meist Äußerungen über die Vorzüge eines nach sozialdemokratischen Gesichtspunkten geleiteten Staates und über die Nachteile einer nationalsozialistischen Regierung.“

Bei der „Sozialistischen Aktion“, die seit Herbst 1933 vom Sozialdemokratischen Emigrationsvorstand herausgegeben wurde, handelt es sich um eine Zeitung, die speziell zur illegalen Verbreitung in Deutschland in kleinem Format und auf Dünndruckpapier in Prag hergestellt wurde.¹⁷ Die „Sozialistische Aktion“ gehörte zu den wichtigsten sozialdemokratischen Zeitungen, die in Deutschland illegal vertrieben wurden. Sie gelangte ebenfalls über Mitglieder der SAJ-Eimsbüttel nach Uetersen.

Der „SA-Mann Kruse Brief“ gelangte – vermutlich ebenfalls über die SAJ Eimsbüttel – im August 1934 nach Uetersen. Er wurde u.a. von Hans Britten vervielfältigt und auch in anderen Orten des Kreises Pinneberg verteilt. Der „SA-Mann Kruse-Brief“ an den Reichspräsidenten Hindenburg beinhaltete ein Geständnis eines an der Reichstagsbrandstiftung beteiligten SA-Mannes, der um sein Leben fürchtete.¹⁸

Mondamin-Kochbuch

Johannes Offenborn erhielt im August 1934 von Johann Heldt, Altona, etliche Exemplare der Tarnschrift „Mondamin-Kochbuch. 70 bewährte Rezepte“ mit dem nationalen und sozialen Befreiungsprogramm der KPD.

Geheime Treffen der KPD Elmshorn 1933 und 1934

Februar 1933

Zusammenkunft im Hamburger Parteibüro am Valentinskamp von Joh. Offenborn (Elmshorn) und Hermann Schubert (Hamburg). Thema: bevorstehendes Verbot der KPD, notwendige Maßnahmen zur Führung der KPD in die Illegalität. Detlef Gadde wird zum I-Leiter von Elmshorn bestimmt.

Februar/Anfang März 1933

Zusammenkunft in den Tannen hinter dem Friedhof in Uetersen mit Heinrich Rostock, Johannes Offenborn, Hans Britten, Hans Hachmann, Franz und Josef Kristen, Karl Haase, Heinrich Colmorgen und Ferdinand Kohn (bis auf Rostock und Offenborn alle aus Uetersen). Thema: Neuorganisation der KPD Uetersen. Franz Kristen wird Stadtteilleiter, Hans Britten Org-Leiter von Uetersen. Die Leitungen der Gruppen in Tornesch und Heidgraben werden bestimmt.

März 1933

Versammlung der Elmshorner Zellenleiter in der Wohnung von Anna und Heinrich Trojahn, Ollerlohstr. 22. Rostock wird politischer Leiter (Pol-Leiter), Heinrich Duschek Organisationsleiter (Org-Leiter) der KPD Elmshorn.

März/April 1933

Treffen von Jahnke (Unterbezirk Altona) mit Heinrich Rostock, Hans Hachmann und Detlef Gadde in einer Wohnung in Hainholz. Die Sitzung wurde abgebrochen, weil sich Polizei näherte. Zusammentreffen von Heinrich Rostock, Jahnke, Liesel Augustat und Zieglitz in Altona. Heinrich Rostock erhielt von Liesel Augustat Weisung über eine Wiederaufbauarbeit der KPD. Von Zieglitz erhielt er 200 „Thälmann-Karten“ zum Weiterverkauf in Elmshorn. Treffen in der Wohnung von Carl Mumm, Am Gehölz 19, mit Liesel Augustat, Heinrich Rostock, Hans Hachmann, Heinrich Duschek, Carl Mumm, Karl Haase, Franz und Josef Kristen.

April 1933

Versammlung am Deich der Elmshorner Krückau mit dem Sekretär der Unterbezirksleitung Altona Egon Nickel und Heinrich Rostock, August Raissle, Heinrich Trojahn, Ernst Rathje und Hugo Harder (alle Elmshorn). Thema: politische Lage.

Anfang Mai 1933

Versammlungen im Harburger Wald, an der ungefähr 40 bis 50 Personen teilnahmen, aus Elmshorn Heinrich Rostock, Ernst Rathje, Emma Weber, Max Delfs und Hans Pyterrek (Barmstedt). Der Redner, Sekretär der Unterbezirksleitung Altona Heinrich Meyn, sprach über die weitere Arbeit der KPD in der Illegalität.

Anfang Juni 1933

Zusammenkunft am Krummen Knick am Deich der Krückau in Elmshorn

mit Joh. Offenborn, Anna Trojahn, Eggerstedt und Detlef Gadde. Johann Modrow wurde Hauptkassierer der KPD Elmshorn.

Juni 1933

Sitzung auf der Elbinsel Pagensand mit Heinrich Meyn, den Elmshornern Heinrich Rostock und Mohr, den Uetersenern Hans Britten, Viktor Andersen und Kristen und zwei Mitgliedern aus Barmstedt. Thema: Zusammenarbeit von KPD und SPD. – In den folgenden Monaten folgten zahlreiche Treffen zu dieser Thematik.

Besprechung am Deich der Krückau mit Heinrich Meyn aus Altona und den Elmshornern Peter Hasenberg, Karl Böwig, Richard Meyer und Joh. Offenborn. Offenborn wurde in Nachfolge von Rostock Pol-Leiter der KPD Elmshorn.

Versammlungen auf der Elbinsel Pagensand mit Joh. Offenborn, Heinrich Rostock, Hans Britten, Viktor Andersen, Franz und Josef Kristen, Karl Haase, Heinrich Busch und Wilhelm Lüdemann. Thema: Zusammenarbeit von SPD und KPD.

Mitte August 1933

Besprechung im Heidgrabener Moor mit Joh. Offenborn, Hans Britten, Franz Kristen und Jürs über Fragen der Kassierung und der Verbreitung von illegalen Schriften.

Anfang und Mitte September 1933

Zwei Zusammenkünfte im Liether Gehölz mit Sens (Unterbezirksleitung Altona) und das erste Mal mit Detlef Gadde, Ernst Rathje, Karl Böwig und August Raissle, das zweite Mal mit Ernst Rathje und Heinrich Rostock.

September 1933

Zwei Besprechungen im Volkspark in Elmshorn mit Antonowicz (Unterbezirksleitung Altona). Antonowicz sprach u.a. von der Notwendigkeit der Bildung von 3er-Gruppen.

Oktober 1933

Treffen mit Johannes Offenborn, Heinrich Rostock, Ernst Rathje, Hans Britten und Detlef Gadde im Liether Gehölz. Rostock wurde zum Org-Leiter der KPD Elmshorn ernannt. Zwei Besprechungen in Lieth in der Wohnung von Max Delfs und im Stadtteil Klostersande in der Wohnung von Eggerstedt über die Bildung von 3er-Gruppen.

Februar bis Juni 1934

Mehrere Zusammenkünfte in der Wohnung von Franz Kristen (Uetersen) mit Johannes Offenborn, Heinrich Rostock und Viktor Andersen, im Vosslocher Gehölz mit den Barmstedtern Walter Starkjohann und Hans Sahlmann, in Uetersen „An den Landern“ mit Johannes Offenborn, Heinrich Rostock und Franz Kristen. Bei diesen Treffen wurde im wesentlichen über die Zusammenarbeit mit der SPD gesprochen.

April bis Juli 1934

Johannes Offenborn erhält Kontakt zu den Altonaer Mitgliedern der Unter-

bezirksleitung Richard Wegner und Johann Heldt. Von Johann Heldt erhält er den Auftrag, aus Sicherheitsgründen die Elmshorner Ortsgruppe in einen selbständigen Unterbezirk umzugestalten.

Juli 1934

Besprechung in einem Boot auf der Elbe mit Heinrich Rostock, Detlef Gadde, Reinhold und Richard Jürgensen und Johannes Offenborn. Thema: Verkleinerung der Zellen und weitere Maßnahmen aus Sicherheitsgründen.

Versammlung am Badestrand bei Bad Bishorst mit Reinhold und Richard Jürgensen, Hans Hachmann, Detlef Gadde, Johannes Offenborn und Heinrich Rostock. Reinhold Jürgensen referierte über die beabsichtigte Bildung des Unterbezirks Elmshorn.

Urteile im Offenborn-Prozess im Überblick¹⁹

Urteil	Angeklagte	Zuchthaus	Gefängnis	Freispruch	Einstellung
A 3. 2.36	10	26 J 6 M	1 J 6 M		
B 16.12.35	9	46 J 6 M	1 J		
C 8. 1.36	12	22 J 6 M	2 J 3 M	1	
D 13. 1.36	11	28 J 6 M	4 J		
E 29. 1.36	11	23 J 6 M	7 J 6 M		
F 3. 2.36	11	30 J 6 M			
G 19. 2.36	10	32 J 6 M	3 J		
H 22. 2.36	11	20 J 3 M	1 J 3 M		
I 12. 3.36	11	22 J 6 M	2 J		
J 13. 3.36	16	42 J		1	
K 16. 3.36	13	40 J			
L 1. 4.36	12	29 J	1 J 3 M		
M 4. 4.36	9	18 J	1 J	1	
N 24. 4.36	11	28 J	1 J 9 M		
O 27. 4.36	8	19 J 9 M	1 J		
P 9. 5.36	10	18 J	2 J		
Q 13. 5.36	16	35 J 6 M	3 J 6 M		
R 10. 6.36	13	28 J	1 J 9 M	1	
S 10. 6.36	11	34 J 6 M			
T 24. 6.36	10	25 J 6 M			
U 26. 6.36	9	9 J	5 J 6 M		
V 7. 7.36	12	28 J 6 M			
W 11. 7.36	12	24 J 6 M		1	2
Z 29. 7.36	13	28 J 6 M		1	
24	269	661 J 9 M	40 J 3 M	6	2
Zuchthaus	Angeklagte	Zuchthaus	Angeklagte		
8 J M	= 3	3 J M	= 33		
7 J 9 M		2 J 9 M	= 5		
7 J 6 M		2 J 6 M	= 58		
7 J 3 M		2 J 3 M	= 11		
7 J M		1 J M	= 55		
6 J 9 M		1 J 9 M	= 2		
6 J 6 M	= 1	1 J 6 M	= 3		
6 J 3 M		1 J 3 M	= 3		
6 J M	= 4	1 J M	= 2		
5 J 9 M					
5 J 6 M					
5 J 3 M					
5 J M					
4 J 9 M	= 8	Gefängnis			
4 J 6 M	= 2	2 J 6 M	= 1		
4 J 3 M		2 J 3 M			
4 J M	= 21	2 J M	= 5		
3 J 9 M		1 J 9 M	= 1		
3 J 6 M		1 J 6 M	= 4		
3 J 3 M	= 19	1 J 3 M	= 3		
		1 J M	= 15		

Abkürzungen: J = Jahr(e), M = Monat(e)

Namensliste der in den „Offenborn-Prozessen“ verurteilten Antifaschisten²⁰

Name/Vorname	Wohnort	Beruf	Organisationszugehörigkeit	Urteil
Alich, Otto	Elmshorn	Former	Rote Sporteinheit, RH	2 J N
Altvater, Hermann	Elmshorn	Lederarbeiter	RH, RGO	2 J 6 M N
Andersen, Viktor	Uetersen	Maschinenbauer	Reichsbanner, Schufo	4 J N
Armbrust, Alfred	Elmshorn	Bäckergeselle	KPD, RH, RFB	3 J N
Bahr, Heinrich	Elmshorn	Fabrikarbeiter	KPD, RH, RGO	2 J 6 M N
v.Bargen, Hinrich	Elmshorn	Maurergeselle		1 J 3 M N
Battenfeld, Hugo	Elmshorn	Tischlergeselle	RH, KPD	2 J N
Behrs, Heinrich	Uetersen	Arbeiter	KPD	3 J N
Behrs, Hermann	Uetersen	Bandreisser	KPD	2 J 6 M N
Behrs, Hinrich	Uetersen	Heizer	KPD, RFB	2 J 6 M N
Behrs, Reinhold	Elmshorn	Erdarbeiter		1 J 6 M N
Bendfeldt, Hermann	Elmshorn	Fabrikarbeiter	RGO, RH	2 J 3 M N
Bieber, Max	Elmshorn	Schlachterges.	RGO	2 J N
Biedaseck, Paul	Grönland	Bahnarbeiter	KPD, RH	2 J 6 M N
Böckmann, Heinrich	Elmshorn	Hilfsarbeiter	RH	2 J N
Böckmann, Walter	Langelohe	Wagenwäscher	RH	2 J N
Böge, Ernst	Langelohe	Lederarbeiter	RH, KPD, RGO	4 J N
Böge, Julius	Elmshorn	Kutscher	RH	2 J N
Bösecke, Walter	Elmshorn	Steingutbr.	KPD, RGO	1 J G
Böttcher, Albert	Elmshorn	Schlosser	KPD, RH, RGO	3 J N
Böwig, Karl	Elmshorn	Maschinenbauer	RGO, KPD	3 J 6 M N
Boll, Wilhelm	Hainholz	Schiffsbauer	KPD, RGO	2 J 6 M N
Booge, Ernst	Elmshorn	Fabrikarbeiter	RGO	2 J N
Bornhold, Hermann	Hainholz	Schuhmacher	KPD, RGO	3 J N
Brammann, Hermann	Uetersen	Seemann		1 J G
Brandt, Wilhelm	Elmshorn	Arbeiter	KPD, RFB	2 J 9 M N
Britten, Johann	Uetersen	Bürogehilfe	KPD-Stadtverordneter	6 J N
Bröder, Else	Elmshorn	Hausfrau	RH	1 J G
Bröder, Hans	Elmshorn	Schlosser	KPD	2 J N
Brömmer, Wilhelm	Hainholz	Formergeselle	SPD	2 J 6 M N

Buchner, Emil	Kölln-Reisiek	Monteur	KPD, RH	2 J 6 M Z
Büsen, Hans	Elmshorn	Lederarbeiter	RGO	2 J Z
Busch, Else	Lieth	Hausfrau		2 J Z
Busch, Heinrich	Uetersen	Ingenieur	SPD, Reichsbanner	3 J Z
Busch, Paul	Lieth	Arbeiter	KPD, RFB, RGO, RH	3 J 6 M Z
Christiansen, Heinrich	Morrege	Arbeiter	KPD	2 J 6 M Z
Colmorgen, Heinrich	Uetersen	Arbeiter	KPD, RH	2 J G
Danker, Arthur	Elmshorn	Arbeiter	KPD	3 J Z
David, Paul	Elmshorn	Schlosser	KPD, RH	3 J 6 M Z
Decker, Hans	Barmstedt	Klempner	Rote Sporteinheit, RH, KPD	3 J 6 M Z
Decker, Robert	Barmstedt	Lehrling	KJVD	1 J 6 M G
Delfs, Max	Lieth	Schlachter	SPD	3 J 6 M Z
Delker, Johannes	Elmshorn	Schlosser	RGO, Unabh.Klassengewerkschaft	4 J Z
Dischereit, August	Elmshorn	Arbeiter	KPD, RGO	2 J Z
Dramsch, Hermann	Lieth	Lederarbeiter	KPD, RH	2 J G
Dramsch, Walter	Lieth	Schlosser	KPD, RGO, RH, Prol.Freid.-Verb.	2 J Z
Dröschler, Wilhelm	Elmshorn	Arbeiter	KPD, RH, RGO	2 J Z
Druwe, Walter	Elmshorn	Bauarbeiter	KJVD, Rote Sporteinheit	2 J Z
Due, Hans	Uetersen	Arbeiter	KPD, RH, RFB	3 J Z
Dürkob, Friedrich	Langelohe	Arbeiter	KPD, RH, RGO	3 J 6 M Z
Duscheck, Heinrich	Elmshorn	Vorrichter	KPD, RH, RFB, Unabh.Klassengew.	4 J Z
Duscheck, Vit	Elmshorn	Weber	KPD, RH, Unabh.Klassengew.	3 J Z
Eckmann, Amanda	Elmshorn	Hausfrau	KPD	2 J 6 M Z
Eggerstedt, Andreas	Elmshorn	Lederarbeiter	RH, RGO	2 J Z
Eggerstedt, Hans	Elmshorn	Arbeiter	KPD, RH, RGO	5 J Z
Eggerstedt, Wilhelm	Elmshorn	Bauarbeiter	RH	3 J Z
Eggerstedt, Helmine	Elmshorn	Arbeiterin	RH	2 J Z
Falkenhagen, Roman	Lieth	Arbeiter	RGO, RFB	2 J 6 M Z
Flick, Johann	Kölln-Reisiek	Kutscher	RH, RFB	2 J 9 M Z
Fölster, Hermann	Elmshorn	Arbeiter	RFB	2 J 6 M Z
Foth, Hinrich	Elmshorn	Elektriker	KPD, Rote Sporteinheit, RGO	2 J 6 M Z
Foth, Wilhelm	Elmshorn	Schiffbauer	KPD, RFB, RGO, RH	1 J 3 M G
Frank, August	Uetersen	Steinschläger	KPD	3 J Z
Frank, Paul	Elmshorn	Schlachter	KPD	2 J 6 M Z
Gadde, Wilhelm	Elmshorn	Bäckergeselle	KPD, RH	6 J Z

Geissler, Artur	Elmshorn	Gastwirt	KPD	2 J 3 M Z
Gersch, Bruno	Uetersen	Schlosser		2 J 6 M Z
Gierz, Richard	Elmshorn	Malergeselle	KPD, RH, RGO	2 J 6 M Z
Glissmann, Heinrich	Elmshorn	Rentner	KPD	3 J 6 M Z
Göck, Georg	Elmshorn	Schlosser	Unabh. Klassengew., KPD	2 J Z
Göck, Hermann	Elmshorn	Maschinenbauer	RGO, KPD, DMV, Unabh.Kl.gew.	3 J Z
Gripp, Detlef	Hainholz	Bote	KPD, Intern.Bund d.Opfer d.Arb.	2 J Z
Grochowski, Josef	Hainholz	Tischler	RGO	2 J 6 M Z
Grossmann, Josef	Uetersen	Erdarbeiter	KPD	2 J 6 M Z
Groth, Heinrich	Horst	Lederarbeiter	RGO	2 J 6 M Z
Haaks, Heinrich	Langelohe	Sattler	RGO	2 J Z
Haase, Karl	Uetersen	Hafenarbeiter	KPD, RFB, Erwerbslosenaussschuß	4 J Z
Hachmann, Adolf	Elmshorn	Maler	KPD, RH, Rote Sporteinheit	2 J 6 M Z
Hachmann, Hans	Elmshorn	Bauarbeiter	KPD, RH, RGO	5 J Z
Hagenah, Heinrich	Hainholz	Lederarbeiter	KPD	2 J Z
Harder, Hugo	Elmshorn	Schlachter	KPD, RH, RGO	3 J 6 M Z
Harder, Rudolf	Uetersen	Lederarbeiter	KPD	1 J G
Hasenberg, Peter	Elmshorn	Eisendreher	DMV, KPD, RH, RGO, KPD-Stadtv.	2 J G
Heldberg, Rudolf	Uetersen	Schlosser	KPD	2 J Z
Hell, Hermann	Elmshorn	Zimmergeselle		Einstellung
Herrlitz, Richard	Elmshorn	Lederarbeiter	KPD	2 J 6 M Z
Heydemann, Otto	Langelohe	Tischler	KPD	4 J Z
Hofmann, Ida	Leipzig	Hausfrau	KPD, RH	2 J 6 M Z
Hunold, Heinrich	Lieth	Steingutdreh.	KPD	2 J G
Hutmann, Jacob	Langelohe	Schlachter	KPD, RGO	3 J Z
Huxoll, Rudolf	Elmshorn	Maschinenb.	KPD, RH, RGO, RFB	1 J 3 M Z
Jürgensen, Alfred	Elmshorn	Malerarbeiter		Freispruch
Jürgensen, Nikolaus	Hainholz	Kellner	KPD	2 J 6 M Z
Jürgensen, Richard	Elmshorn	Schneider	KPD, Leiter der RH	8 J Z
Jürs, Karl	Uetersen	Arbeiter		3 J Z
Jürs, Wilhelm	Uetersen	Arbeiter	KPD	2 J 6 M Z
Kähler, Hellmut	Elmshorn	Schlosser		1 J Z
Kappellmann, Wilhelm	Elmshorn	Arbeiter	RGO	2 J 6 M Z
Karlau, Ernst	Jork-Gehrden	Landarbeiter	KPD, RH	2 J 6 M Z
Karnatz, Heinrich	Elmshorn	Bäcker	KPD, Rote Sporteinheit	3 J Z

Kaschube, Hans	Lieth	Schneider	KPD, RH	2 J 6 M G
Kastning, Heinrich	Elmshorn	Arbeiter	KPD, RGO	4 J Z
Kernberger, Hans	Barmstedt	Friseur	KPD	1 J 9 M Z
Klemenz, August	Lieth	Arbeiter	KPD, RFB	2 J 6 M Z
Kletzin, Helmut	Lieth	Tischler	KPD, RGO	2 J 6 M Z
Kohlhoff, Wilhelm	Elmshorn	Schlosser	Intern.Bund d.Opfer d.Arbeit	3 J Z
Kohrn, Ferdinand	Heidgraben	Arbeiter	KPD, RH	3 J 6 M Z
Kollster, Hermann	Hainholz	Arbeiter	KPD	2 J 6 M Z
Krabisch, Pauline	Elmshorn	Kontoristin		Einstellung
Krämer, Erich	Elmshorn	Lederarbeiter	KPD, Schalmaien-Kapelle Elmsh.	3 J Z
Kristen, Josef	Uetersen	Arbeiter	KPD	4 J 6 M Z
Kristen, Franz	Uetersen	Arbeiter	KPD-Stadtverordneter	6 J Z
Kröger, Heinrich	Elmshorn	Schlachter	KPD	2 J 6 M Z
Kronbügel, Willi	Elmshorn	Kutscher	RGO	2 J Z
Kruse, Hans	Uetersen	Arbeiter		1 J 6 M G
Kubicki, Vincent	Elmshorn	Lederarbeiter	KPD, RGO	2 J Z
Kunde, Ernst	Langelohe	Tischler	KPD, RH, Rote Sporteinheit	2 J Z
Kunz, Hermann	Langelohe	Rentner	KPD, RH	2 J Z
Lacorn, Heinrich	Elmshorn	Erdarbeiter	KPD, RH, Kampfb.gegen Faschism.	2 J 6 M Z
Lange, August	Elmshorn	Invalide	RH	2 J Z
Lange, Erwin	Elmshorn	Lehrling	KJVD	2 J Z
Lange, Otto	Elmshorn	Arbeiter	KPD, RH	2 J 3 M Z
Langheim, Bernhard	Kölln-Reisiek	Bauarbeiter	KPD, RH, RFB	6 J 6 M Z
Langhein, Hans	Elmshorn	Bauarbeiter	KPD, RGO	3 J Z
Langhein, Willi	Langelohe	Bauarbeiter	RH, KPD, RFB	3 J Z
Larsen, Karl	Hainholz	Bäckergeselle	RGO, Unabh.Klassengewerkschaft	4 J Z
Lehmann, Johann	Elmshorn	Arbeiter	KPD, RH, RFB	1 J Z
Lentfer, Johannes	Elmshorn	Handlungsgeh.	KPD, RH	4 J Z
Lentfer, Minna	Elmshorn	Hausfrau	RH	2 J 6 M Z
Lentfer, Wilhelm	Elmshorn	Arbeiter	KPD, RFB	2 J 9 M Z
Lindermeier, Martin	Elmshorn	Schmied	RGO	2 J Z
Lohmann, Heinrich	Tornesch	Schlosser	KPD, RH	2 J 6 M Z
Lohmann, Theodor	Tornesch	Arbeiter	KPD, RH	2 J 6 M Z
Lohmann, Theodor	Elmshorn	Lederarbeiter	RGO	2 J Z
Maack, Heinrich	Elmshorn	Kutscher	KPD	3 J 6 M Z

Maack, Max	Elmshorn	Zigarrenhändler	KPD	2 J 6 M Z
Maas, Fritz	Elmshorn	Bäckergeselle	KPD	2 J Z
Mahler, Emil	Elmshorn	Malergeselle	RH	2 J Z
Mahrt, Karl	Uetersen	Malergeselle	KPD, RH	2 J 3 M Z
Maier, Ferdinand	Elmshorn	Fabrikarbeiter	KPD, RFB	5 J Z
Massler, Otto	Hainholz	Malergeselle		Freispruch
Matzat, Heinrich	Sommerland	Bahnarbeiter	KPD, RH	Freispruch
Meier, Emil	Elmshorn	Erdarbeiter	RH, RFB	3 J 6 M Z
Meier, Gustav	Elmshorn	Maurergeselle	KPD, RGO, RH, RFB	5 J Z
Meier, Wilhelm	Elmshorn	Bauarbeiter	KPD, RFB	4 J Z
Merz, Willy	Elmshorn	Formgießer		1 J G
Mesch, Simon	Elmshorn	Lederarbeiter	KPD, RGO	2 J G
Meyer, Richard	Uetersen	Bauschlosser	KPD	3 J Z
Modrow, Johann	Elmshorn	Kohlenhändler	KPD, RGO	4 J Z
Möhl, Andersen	Elmshorn	Zimmermann	KPD	2 J 6 M Z
Möller, Fritz	Elmshorn	Arbeiter	KPD, RGO, RH, RFB	3 J 6 M Z
Möller, Heinrich	Elmshorn	Arbeiter	KPD, RGO, RH	3 J Z
Möller, Walter	Kummerfeld	Schmiedelehrl.	RH	1 J G
Mohr, August	Elmshorn	Lederarbeiter	KPD	2 J 6 M Z
Mohr, Walter	Langelohe	Arbeiter	KPD, RH	3 J 6 M Z
Mohr, Wilhelm	Elmshorn	Erdarbeiter	KPD, RH, RGO	2 J 6 M Z
Müller, Otto	Langelohe	Zimmergeselle	RH	1 J G
Mumm, Carl	Elmshorn	Maurergeselle	RH, KPD, Rote Sporteinheit	2 J 6 M Z
Naefken, Heinrich	Elmshorn	Klempner	KPD	2 J 3 M Z
Narfken, Richard	Elmshorn	Lederarbeiter		1 J G
Neels, Johannes	Lieth	Heizer	RH, RGO	2 J 6 M Z
Neuenburg, Jonny	Uetersen	Maurergeselle	KPD, RH	1 J 6 M Z
Niedlich, Arnold	Elmshorn	Schlachter	KPD, RH	2 J Z
Niedlich, Erne	Elmshorn	Arbeiterin	KPD	Freispruch
Noeller, Fritz	Altona	Glasergeselle	KPD	2 J Z
Nothnagel, August	Langelohe	Arbeiter	KPD, RGO, RH	3 J Z
Nothnagel, Willi	Hainholz	Steward	KPD-Gemeindevertreter, RH	4 J Z
Nowak, Adolf	Lieth	Schiffbauer	KPD, RH, RFB	5 J Z
Oellerich, Adolf	Hainholz	Schmied	RFB	2 J 9 M Z
Oellerich, Ernst	Elmshorn	Kutscher	RH	2 J Z

Oellerich, Henriette	Elmshorn	Hausfrau		0 J 9 M G'
Offenborn, Johannes	Elmshorn	Maschinenbauer	KPD	8 J Z
Okon, Julius	Elmshorn	Arbeiter	RH, RGO	2 J 6 M Z
Okonowski, Johann	Hamburg	Schachtmeister	KPD	2 J 3 M Z
Pentz, Paul	Uetersen	Student	SPD, Reichsbanner	1 J 6 M G
Peters, Ernst	Elmshorn	Arbeiter	KPD, RH	2 J 9 M Z
Peters, Johannes	Bekenreihe	Arbeiter	Unabh. Klassengewerkschaft	2 J 6 M Z
Pieper, August	Lieth	Lederarbeiter	KPD, RGO, RH	3 J Z
Pieper, Wilhelm	Lieth	Lederarbeiter	KPD, RH	2 J Z
Pieper, Wilhelm	Lieth	Lederarbeiter	Fabrikarbeiterverband, RH	2 J 6 M Z
Planitz, Friedrich	Uetersen	Kesselreiniger	KPD, Rote Sporteinheit	2 J 3 M Z
Plotz, Wilhelm	Horst	Arbeiter		1 J 6 M Z
Pohlmann, Willy	Elmshorn	Arbeiter	RH	2 J 6 M Z
Puls, Emil	Uetersen	Bäcker	KPD, RH, RFB	2 J 6 M Z
Raissle, August	Elmshorn	Maurergeselle	KPD, Rote Sporteinheit	3 J Z
Raissle, Paula	Elmshorn	Hausfrau	Freidenkerverband	1 J G
Rathje, Ernst	Elmshorn	Lederarbeiter	KPD, RFB	6 J Z
Rathjen, Hermann	Elmshorn	Lederarbeiter	KPD	2 J 6 M Z
Raudonat, Hermann	Langeloh	Schuhmacher	RGO	2 J Z
Rösecke, Heinrich	Grönland	Bahnarbeiter	KPD, RH	2 J 6 M Z
Rösecke, Karl	Grönland	Bahnarbeiter	KPD, RH	3 J Z
Rössler, Alfred	Lieth	Schlachter	KPD, RH	2 J Z
Rohlf, Willi	Elmshorn	Schmied	KPD, RH, RGO	3 J Z
Rostock, Heinrich	Langeloh	Kinovorführer	KPD	8 J Z
Rostock, Martha	Langeloh	Hausfrau		1 J G
Rühsau, Erich	Barmstedt	Malergeselle	KPD, Rote Sporteinheit	3 J 6 M Z
Sadowski, Otto	Elmshorn	Müllergeselle	KPD, RGO	2 J Z
Sänger, Ernst	Elmshorn	Fabrikarbeiter	RGO	2 J Z
Sahlmann, Hans	Barmstedt	Maurer	KPD, RH, Rote Sporteinheit	2 J 6 M Z
Sandmann, Willi	Kölln-Reisiek	Schmied	RH, RFB, RGO	5 J Z
Schadendorf, Ernst	Elmshorn	Lagermeister		2 J 6 M Z
Schädlich, Gerhard	Elmshorn	Fabrikarbeiter	KPD, RH	2 J Z
Schädlich, Hermann	Elmshorn	Arbeiter	KPD, RH	4 J Z
Schinkel, Adolf	Elmshorn	Maurergeselle	KPD	2 J 6 M Z
Schmarbeck, Hermann	Elmshorn	Werftarbeiter	KPD, RH, RGO	4 J Z

Schmidt, Stanislaus	Seester	Fabrikarbeiter	KPD, RGO	2 J Z
Schmidt, Willy	Uetersen	Schlosser	KPD, RH	1 J G
Schnell, Emil	Barmstedt	Schumacher	KPD, RH, RGO, Rote Sporteinheit	3 J 6 M Z
Schubert, Hermann	Oberglinde	Zimmerer	Reichsbanner	1 J G
Schütt, Heinrich	Hainholz	Lederarbeiter	RGO, Rote Sporteinheit	2 J 6 M Z
Schultz, Ferdinand	Elmshorn	Gerber	KPD, RH, RGO	4 J Z
Schulz, Hans	Elmshorn	Schiffsheizer	KPD, RH, RFB, RGO	4 J Z
Schurbohm, Hans	Elmshorn	Schmied	RGO	2 J Z
Schwieger, Max	Elmshorn	Schlosser	RGO, RH	2 J 6 M Z
Semmelhaack, Klaus	Sparrieshoop	Arbeiter	Unabh. Klassengewerkschaft	2 J Z
Seemann, Hans	Elmshorn	Landarbeiter	RH, Bund der Naturfreunde	3 J Z
Seidel, Bernhard	Elmshorn	Lederarbeiter	Arb.rad-u.Kraftf.bd.,„Solidarität“	3 J 6 M Z
Seidel, Karl	Elmshorn	Lederarbeiter	RGO	2 J Z
Soltau, Claus	Lieth	Fabrikarbeiter	RH	1 J 6 M G
Somieske, August	Uetersen	Hafenarbeiter		1 J 3 M G
Sommer, Johannes	Lieth	Arbeiter	KPD, RH	3 J 6 M Z
Sorg, Arthur	Uetersen	Fabrikarbeiter	KPD, RGO	3 J Z
Specht, Ernst	Langeloh	Bauarbeiter	KPD, RFB, RH	4 J Z
Spiering, Hermann	Siel	Landarbeiter	KPD	2 J 6 M Z
Springmann, Ludwig		Lederarbeiter	KPD	2 J Z
Stanjeck, Franz	Elmshorn	Handweber	Unabh. Klassengewerkschaft	Freispruch
Stansky, August	Elmshorn	Malergeselle	KPD, RH, RGO	2 J Z
Starckjohann, Walter	Barmstedt	Fahrer	KPD, RGO, RH, Rote Sporteinheit	5 J Z
Steckmeister, Heinrich	Lieth	Fabrikarbeiter	KPD, RH, RFB	4 J Z
Stein, Ida	Lieth	Hausfrau	KPD	1 J G
Stick, Rudolf	Elmshorn	Hafenarbeiter	KPD	2 J 3 M Z
Stodolny, Roman	Lieth	Lederarbeiter	RH, RGO, Lederarbeiterverband	2 J 3 M Z
Strauer, Willi	Elmshorn	Lederarbeiter	KPD, RH, RGO	3 J Z
Strecker, Johann	Barmstedt	Maurergeselle	KJVD, RH	3 J Z
Strehlke, Hermann	Langeloh	Maurergeselle	KPD	2 J Z
Studt, Hinrich	Elmshorn	Gemüsebauer	KPD, RH	2 J 3 M Z
Thies, Wilhelm	Langeloh	Fabrikarbeiter	KPD, RGO	3 J Z
Tiedemann, Paul	Elmshorn	Lederarbeiter	KPD, RH, RGO	2 J 6 M Z
Tietjens, Max	Hainholz	Fabrikarbeiter	KPD	2 J 3 M Z
Tomzack, Bernhard	Elmshorn	Fabrikarbeiter	RGO	2 J Z

Treder, Heinrich	Erdarbeiter	KPD, RH, RGO	2 J	Z
Trendel, Johann	Fabrikarbeiter	KPD, RH, RGO	3 J 6 M Z	Z
Trensch, Marie	Hausfrau	KPD, RH	2 J 6 M Z	Z
Trojan, Anna	Hausfrau	KPD, RH	2 J	Z
Trojan, Heinrich	Arbeiter	KPD, RH, RGO	5 J	Z
Tuskiewicz, Peter	Ledarbeiter	RGO	2 J	Z
Uhl, Hans	Textilarbeiter	KPD	1 J	G
Vogel, Rudolf	Schlosser	KPD	2 J	Z
Voss, Helmuth	Fabrikarbeiter	Freispruch		
Weber, Emma	Hausfrau	KPD, RH	4 J	Z
Weber, Hinrich	Zimmermann	KPD, RH	3 J	Z
Wegner, Berta	Hausfrau	KPD, RH	0 J 6 M G	
Wegner, Franz	Zimmergeselle	KPD	3 J	Z
Wegner, Klaus	Decksmann	KPD	2 J	Z
Wegner, Paul	Bauarbeiter	KPD, RH	3 J	Z
Wegner, Willi	Meiereihilfe	KPD, RH, RGO	4 J 6 M Z	Z
Weidemann, Bruno	Kaufmann	KPD, RH, Rote Sporteinheit	2 J 6 M Z	Z
Weiss, Heinrich	Kaufm. Angest.	KPD	2 J	Z
Wentzel, Wilhelm	Kutscher	1 J 3 M Z	1 J 3 M Z	Z
Wiesenberg, Walter	Ledarbeiter	KPD	3 J	Z
Wilkins, Max	Klempner	KPD	1 J 9 M G	Z
Will, Frieda	Hausfrau	RH	1 J 3 M G	Z
Will, Hermann	Marmorschleifer	KPD, RH	2 J 6 M Z	Z
Willer, Karl	Modelltischler	Unabh. Klassengewerkschaft	2 J	Z
Witt, Nikolaus	Schlachter	KPD, RH, RGO	4 J	Z
Witter, Hans	Bahnarbeiter	KPD	2 J 6 M Z	Z
Wöhbrandt, Willi	Elektriker	KPD, RH, RGO	1 J	G
Wulf, Max	Vorführer	RH	4 J	Z
Zeise, Ludwig	Steinsetzer	KPD, Steinarbeiterverband	1 J 9 M Z	Z

Totenliste von Widerstandskämpfern und Verfolgten des Nazi-regimes 1933-1945

Boschen, Heinrich Pinneberg geb. 21. Aug. 1884	Nur wenige Tage nach Entlassung aus dem KZ Neuengamme an den Folgen der unmenschlichen Behandlung durch SS verstorben (Gedenkstein auf dem Pinneberger Friedhof)
Britten, Johann Uetersen geb. 21. Febr. 1904	Am 23. August 1944 anlässlich der „Gewitteraktion“ erneut verhaftet, bei der Evakuierung des KZ Neuengamme mit tausenden weiteren Häftlingen von SS in die Lübecker Bucht getrieben, bei der Versenkung der KZ-Häftlingsschiffe in der Ostsee ertrunken (Gedenkstein auf dem Uetersener Friedhof)
Büsen, Johann Elmshorn geb. 24. Dez. 1877	1945 auf einem Todesmarsch anlässlich der Evakuierung des KZ Bergen-Belsen umgekommen (Gedenkstein vor dem Elmshorner Rathaus)
Geick, Heinrich Pinneberg	(Gedenkstein auf dem Pinneberger Friedhof)
Hänisch, Joachim v. Wedel geb. 12. Nov. 1897	Am 10. Dezember 1944 im KZ und Vernichtungslager Stutthof umgekommen
Ingus, Cornel Pinneberg geb. 25. Okt. 1888	Im Oktober 1944 in das KZ Auschwitz deportiert und verschollen
Jürgensen, Reinhold Elmshorn geb. 18. März 1898	MdR; am 20. Dezember 1934 im KZ Fuhlsbüttel in Hamburg von SS erschlagen (Gedenkstein vor dem Elmshorner Rathaus)
Jürgensen, Richard Elmshorn geb. 25. Mai 1901	Im März 1945 in einem Außenlager vom KZ Neuengamme nach elfjähriger Haft umgekommen (Gedenkstein vor dem Elmshorner Rathaus)
Kähler, Peter Elmshorn	Am 2. März 1940 im KZ Sachsenhausen umgekommen (Gedenkstein vor dem Elmshorner Rathaus)

Kastning, Heinrich Elmshorn geb. 18. Dez. 1904	Am 15. August 1941 in einem Kieler Gefängnis umgekommen (Gedenkstein vor dem Elmshorner Rathaus)
Krämer, Erich Elmshorn geb. 9. März 1900	Am 16. Juni 1942 im KZ Sachsenhausen umgekommen (Gedenkstein vor dem Elmshorner Rathaus)
Otto, Ludwig Elmshorn geb. 16. Sept. 1909	Im Spanischen Freiheitskampf als Kämpfer in den Internationalen Brigaden gefallen (Gedenkstein vor dem Elmshorner Rathaus)
Peetz, Wilhelm Hainholz geb. 25. Febr. 1892	Am 3. Oktober 1935 nach zahlreichen Schikanen durch SS aufgrund seiner Verletzungen verstorben (Gedenkstein vor dem Elmshorner Rathaus)
Schmitt, Wilhelm Pinneberg geb. 9. Mai 1888	Bei der Evakuierung des KZ Neuengamme von SS auf das KZ-Schiff Cap Arcona in der Lübecker Bucht getrieben; bei der Versenkung dieses Schiffes am 3. Mai 1945 ertrunken (Gedenkstein auf dem Pinneberger Friedhof)
Schreiber, Albert Pinneberg geb. 17. April 1915	Im Spanischen Freiheitskampf am 29. Juli 1938 am Ebro bei Colbera als Teniente der XI. Internationalen Brigade gefallen
Seemann, Emil Elmshorn geb. 8. Okt. 1900	Im Spanischen Freiheitskampf auf der Seite der Republikaner gefallen (Gedenkstein vor dem Elmshorner Rathaus)
Sorg, Arthur Uetersen geb. 17. Jan. 1901	Am 3. September 1937 im Straflager Aschendorfer Moor durch Nachlässigkeit des Lagerarztes verstorben (Gedenkstein auf dem Uetersener Friedhof)
Tesch, Bruno Halstenbek geb. 22. April 1913	Am 1. August 1933 mit dem Handbeil in Altona unschuldig hingerichtet
Vollstedt, Wilhelm Uetersen	In einem Offenborn-Nachfolgeprozeß zur mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt – während der Strafhaft verstorben (Gedenkstein auf dem Friedhof Uetersen)

Warnecke, Paul Quickborn geb. 13. Febr. 1914	Das erste und zugleich jüngste Opfer der Nazis im Kreis Pinneberg: am 5. März 1933 hinterücks von Gustav Jeske, Quickborn, erschossen
Wriedt, Max Elmshorn geb. 3. April 1886	Am 21. Januar 1935 im KZ Fuhlsbüttel von SS ermordet (Gedenkstein vor dem Elmshorner Rathaus)
Wulf, Karl Elmshorn	Im KZ Sachsenhausen umgekommen (Gedenkstein vor dem Elmshorner Rathaus)

Diese Totenliste ist unvollständig – es fehlen ca. ein Dutzend im Kreis Pinneberg geborene Personen, die aus bisher ungeklärten Gründen in das KZ Neuengamme eingeliefert wurden und dort umkamen sowie die zahlreichen jüdischen Mitbürger, die deportiert und in den Vernichtungslagern ermordet wurden.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archive

- Archiv der Gedenkstätte Ernst Thälmann, Hamburg
Archiv der Propstei Pinneberg
Archiv der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung) (AdsD)
1: Neugründung der SPD in Schleswig-Holst. und erste Aktivitäten 1945/46
J 9: Büro Schumacher – Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, 1945
Kreisverein Pinneberg
Archiv der Stadt Elmshorn – Hauptamt
Urteile der Offenborn-Prozesse 036-13 (1936)
(Urteile der Offenborn-Prozesse)
Verwaltungsberichte der Polizei Abt. AO Nr. 027/0-2 (Polizeiberichte Elmshorn)
Verwaltungsberichte des Hauptamts Abt. AO Nr. 027/0-0 (Verwaltungsberichte Elmshorn)
Archiv der Stadt Glückstadt
Dokumente bzgl. KZ Glückstadt
Archiv der Stadt Pinneberg – Hauptamt
Akten Jahresberichte der Verwaltung 1927-1941 Nr. 104/11 u. Nr. 104/12 (Jahresberichte Pinneberg)
Archiv der Stadt Uetersen – Hauptamt
Akten bzgl. Wahlen vom 12.3.33 (Wahlen Uetersen 1933)
Akte mit den Verwaltungsberichten 1933-1938 (Verwaltungsbericht Uetersen)
Dokumentationsarchiv des deutschen Widerstandes Frankf./M.
Div. Anklageschriften und Berichte
Landesarchiv Schleswig
Abt. 301 (Akten des Ober-Präsidiums der Provinz Schleswig-Holstein)
Abt. 309 (Akten der Regierung zu Schleswig)
Abt. 410 Nr. 290 (Lageberichte der Geheimen Staatspolizei in Kiel und des Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein)
Staatsarchiv Hamburg. Bestand: Jüdische Gemeinden. 992 K

Tonbandgespräche und Berichte

- Viktor Andersen vom 11.2.1980 u. vom 20.11.1980
Emil Buchner vom 24.11.1980 u. vom 26.9.1981
Theodor Decker vom 1.2.1981
Johannes Delker o.J. (Dokumentationsarchiv des deutschen Widerstandes)
Hermann Göck vom 23.11.1979 u. 1980
Lisbeth Hoop vom 20.11.1980
Rudolf Huxoll vom 21.7.1977
Helmut Kähler „Wie es war mit der SPD“, in: Kalender, Mitgliederzeitung der SPD Elmshorn o.J.
Josef Kristen vom 3.1.1960 (Dokumentationsarchiv des deutschen Widerstandes), vom 28.1.1980 und vom 11.2.1980
August Kronberg vom 9.2.1981
Johannes Lentfer „Elmshorner Arbeiter im Kapp-Putsch aktiv“, in: Kalender, Mitgliederzeitung der SPD Elmshorn o.J.

- Ernst Rathje vom 21.7.1977
Hinrich Studt vom 24.11.1980
Willi Thies vom 28.7.1977

Zeitungen

- Elmshorner Nachrichten (EN), 1.7.1932 bis 8.8.1936
Pinneberger Tageblatt (PT), 1.1.1933 bis 4.5.1933
Uetersener Nachrichten (UeN), Febr. 1933 bis Juli 1933; Dez. 1934; Dez. 1935 bis April 1936

Literatur

- Adam, Uwe Dietrich:** Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf 1972
Alt Pinneberg. Pinneberg 1980
„Arbeiterjugend kämpft in Eimsbüttel“, in: Der Sozialist. Mitteilungsblatt der SPD Landesorganisation Hamburg. Jan. 1949, S.7-10
Arndt, Carl: 1869-1969. Hundert Jahre Bismarckschule. Ein Beitrag zur Schulgeschichte des Landes Schleswig-Holstein und der Stadt Elmshorn. Elmshorn 1969
Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror. Faksimile-Nachdruck des Originals von 1933. Frankfurt/M. 1973
Bringmann, Fritz: KZ Neuengamme. Berichte, Erinnerungen, Dokumente. Hg.: Lagergemeinschaft Neuengamme für die BRD e.V. Hamburg. Frankfurt/M. 1981
Brüggemann, Klaus-Dieter u.a.: die anderen. Widerstand und Verfolgung in Harburg und Wilhelmsburg. Zeugnisse und Berichte 1933-1945. Hg.: VVN-Bund der Antifaschisten Harburg und Wilhelmsburg 1980
Bubbe, Hans Friedrich: Versuch einer Chronik der Stadt und des Klosters Uetersen, Bd.I u. II, Uetersen o.J.
Denkschrift über den Terror der Nationalsozialisten und ihrer Justiz in Hamburg. Hg.: Internationales Befreiungs- und Amnestie-Komitee für die eingekerkerten deutschen Antifaschisten. Paris 1936 (Archiv Gedenkstätte E. Thälmann)
Dokumentation Stadthaus in Hamburg. Gestapohauptquartier von 1933 bis 1943. Hg.: ötv Bezirksverwaltung Hamburg 1981
Erinnert Euch. Bericht über den Untergang der Häftlingsflotte in der Lübecker Bucht. Hg.: VVN-Bund der Antifaschisten Schleswig-Holst. o.J. (1973)
Elmshorn. Elmshorn 1980
Eyck, Erich: Geschichte der Weimarer Republik, 2 Bd., Erlenbach-Zürich u. Stuttgart 1956
„Faschismus in Elmshorn“. Artikel, in: Kalender, Mitgliederzeitung der SPD Elmshorn o.J.
Freimark, Peter, Wolfgang Kopitzsch: Der 9./10. November 1938 in

Deutschland. Dokumentation zur „Kristallnacht“. 2. unveränderte Auflage
Hamburg 1978

„'Freiwillige der Freiheit' verteidigen Madrid“, in: die tat v. 17.7.1981

„Aus der Geschichte Barmstedts“. Artikelserie, in: Kommunistisches Echo
Barmstedt, Zeitung der DKP, Mai 1979 – Nov. 1979

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hg.: IML/ZK der SED, Bd. 4
u. 6, Berlin 1966

Goebbels, Joseph: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, Eine historische Dar-
stellung in Tagebuchblättern, München 1935

Glet, Axel: Die Wiedergründung der SPD in Schleswig-Holstein 1945/46. In:
Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holst. Geschichte, hg. von Wolf-
gang Prange. Nr. 105 Neumünster 1980, S. 230-291

Hauschildt, Dietrich: Juden in Kiel im Dritten Reich. Staatsexamensarbeit.
Kiel 1980

Hebel-Kunze, Bärbel: SPD und Faschismus. Zur politischen und organisato-
rischen Entwicklung der SPD 1932-1935. Frankfurt/M. 1977

Heiber, Helmut: Der Fall Grünspan, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
1957, S. 135 ff.

Hoch, Gerhard: Zwölf wiedergefundene Jahre. Kaltenkirchen unter dem
Hakenkreuz. Bad Bramstedt, o.J. (1981)

Hochgräflicher Schutz-, Schirm- und Geleitbrief von Behrend Levi, in: Aus
der engeren Heimat, Nr. 10, März 1928

Hochmuth, Ursel, Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Wider-
stand 1933-1945. Berichte und Dokumente. Frankfurt/M. 1979

Höhne, Heinz: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS.
Sonderausgabe München 1976

Hörster-Philipps, Ulrike: Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschis-
mus 1918-1945. Dokumente. Köln 1978

Hofer, Walther: Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945. Frankfurt
1974

Hornig, Alfred: Das war mein Leben. Artikelserie, in: Heimat-Spiegel Nr. 9
(Dez. 1971)ff.

Kaden, Albrecht: Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD
1945/46. Hannover 1964

„Der Kampf der Sozialisten gegen den Nazismus. Die Widerstandsgruppe
Schmedemann“. Artikel, in: Der Sozialist. Mitteilungsblatt der SPD Landes-
organisation Hamburg v. 1. Sept. 1948, S. 1 f.

Köhncke, Hans Hinrich: Elmshorn. Chronik einer Stadt. Hg.: Stadt Elms-
horn 1970

Krausnick, Helmut: Judenverfolgung. In: Buchheim, Hans: Anatomie des
SS-Staates. Bd.2, 2. Aufl., Freiburg 1979

Der Kreis Pinneberg. Lebensraum. Wirtschaftsraum. Verwaltungseinheit.
Oldenburg 1975

Kühnl, Reinhard: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten.
Köln 1975

Linau, Heinrich: Zwölf Jahre Nacht. Flensburg 1949

Meyer, Gertrud: Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente. Frankfurt/
M. 1971

Nazizeit in Altona. Hg.: SPD Landesorganisation Hamburg, Kreis Altona.
Hamburg 1980

Posner, A.: Zur Geschichte der Jüdischen Gemeinde und der Jüdischen
Familien in Elmshorn. Central Archives For The History Of The Jewish
People (CAHJP) P 40/32,1

Reichsgesetzblatt 1938 I

Schätzle, Julius: Stationen zur Hölle. Frankfurt/M. 1974, 2. verb. Aufl.
1980

Schmedemann, Walter: Die Tätigkeit der Eilbeker Genossen in der Wider-
standsbewegung nach dem Verbot der SPD im Jahre 1933. Manuskript Ham-
burg 1948

Schneider, Ulrich: Marburg 1933-1945. Arbeiterbewegung und Bekennende
Kirche gegen den Faschismus. Frankfurt/M. 1980

Stadtadressbuch Elmshorn Barmstedt. Ausgabe 1950. Bearbeiter nach amt-
lichen Unterlagen und eigenen Ermittlungen. Elmshorn o.J. (1950)

Stroech, Jürgen: Die illegale Presse. Eine Waffe im Kampf gegen den deut-
schen Faschismus. Leipzig 1979

Struve, Konrad: Die Geschichte der Stadt Elmshorn. Elmshorn 1935-1956
Verfolgung, Widerstand, Neubeginn in Freiburg 1933-1945. Hg.: VVN-Bund
der Antifaschisten, Kreis Freiburg o.J. (1981)

Walter Damm. Arbeiter, Landrat und Flüchtlingsminister in Schleswig-Hol-
stein. Hg. und eingeleitet von Claus-Dieter Krohn. Bonn 1978

Weisenborn, Günther (Hg.): Der lautlose Aufstand. Bericht über die Wider-
standsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945. Hamburg 1953; 4. verb.
Aufl. Frankfurt/M. 1974

Wolf, Heinz E.: Die Situation der Stadt Uetersen von 1935-1945. Teil A:
Die Vorkriegszeit. Vorläufiger Bericht (unveröffentlicht) Uetersen 1979

Wolf, Heinz E.: Zur nationalsozial. Machtergreifung in der Stadt Uetersen –
Vorläufiger Bericht (unveröffentlicht) Uetersen 1979

Anmerkungen

Vorbemerkung

- 1) Schreiben des Regierungsrats Laackmann i.A. des Landrats an das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht in dem Verwaltungsrechtsstreit der VVN-Bund der Antifaschisten gegen den Kreis Pinneberg v. 9.3.1981
- 2) Aus: Erziehung und Wissenschaft. Hg.: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB. Heft 2/1981

I. Die letzten Jahre der Weimarer Republik

- 1) Elmshorn. Elmshorn 1980, S. 23
- 2) Aus: Kalender, Mitgliederzeitung der SPD Elmshorn o.J.; Kopien dieser Zeitung wurden den Verfassern von E.D. Rossmann zur Verfügung gestellt
- 3) Ebd.
- 4) Köhncke, Hans Hinrich: Elmshorn. Chronik einer Stadt. Hg.: Stadt Elmshorn 1970
- 5) Ebd., S. 210
- 6) Kalender, a.a.O.
- 7) Bericht Johannes Lentfer „Elmshorner Arbeiter im Kapp-Putsch aktiv“, in: Kalender, a.a.O.
- 8) Köhncke, a.a.O., S. 213
- 9) Berichte v. R. Huxoll u. E. Rathje
- 10) Wahlergebnisse abgedruckt in den Elmshorner Nachrichten (EN) vom 1.8.1932 und 7.11.1932
- 11) EN 5.11.32, 7.11.32, 9.11.32, 10.11.32, 21.11.32
- 12) EN 7.12.32
- 13) EN 25.7.32, 2.12.32, 17.12.32
- 14) EN 9.11.32, 11.11.32, 3.8.32
- 15) Nach einem Bericht von V. Andersen
- 16) Eyck, Erich: Geschichte der Weimarer Republik, 2 Bd., Erlenbach-Zürich u. Stuttgart 1956, S. 489
- 17) Goebbels, Joseph: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern, München 1935, S. 131
- 18) EN 21.7.32, 22.7.32, 23.7.32
- 19) EN 2.9.1932
- 20) EN 21.9.1932. Weitere ähnliche Meldungen in den EN am 22. und 23.9.1932
- 21) EN 14.11.1932
- 22) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (GdA), Bd. 4, hg. IML/ZK der SED, Berlin 1966, S. 604-606

II. Die Nazis an der Macht 1933

- 1) Bericht v. E. Buchner u. H. Studt
- 2) Archiv der Stadt Uetersen – Hauptamt, Akte mit den Verwaltungsberichten 1933-1938 (Verwaltungsberichte Uetersen)
- 3) Archiv der Stadt Elmshorn – Hauptamt, Verwaltungsberichte des Hauptamts Abt. AO Nr. 027/0-0 (Verwaltungsberichte Elmshorn)
- 4) Uetersener Nachrichten (UeN) 20.4. u. 22.4.33; Kommunistisches Echo Barmstedt Juli '79
- 5) LASH 309 – 22930
- 6) UeN 20.6.33
- 7) Pinneberger Tageblatt (PT) 11.2.33; Berichte R. Huxoll u. E. Rathje
- 8) LASH 309 – 22721
- 9) Ebd.
- 10) Hoch, Gerhard: Zwölf wiedergefundene Jahre. Kaltenkirchen unter dem Hakenkreuz, Bad Bramstedt o.J. (1981), S. 43
- 11) Bericht des Landrats v. 5. März 1933, LASH 309-22721
- 12) Hoch, a.a.O., S. 108

- 13) LASH 309-22721
- 14) Wahlergebnisse aus dem Pinneberger Tageblatt (PT), 6.3.33. und 13.3.33
- 15) UeN
- 16) Archiv der Stadt Uetersen – Hauptamt, Akte bzgl. Wahlen v. 12.3.33 (Wahlen Uetersen 1933)
- 17) PT 24.2.33
- 18) Berichte von J. Kristen und E. Buchner
- 19) UeN 13.3.33
- 20) Bericht von Joh. Delker liegt schriftlich vor; er verstarb vor einigen Jahren
- 21) UeN 6.5.33
- 22) EN 13.5.33
- 23) so auch die Elmshorner Nachrichten
- 24) Archiv der Stadt Glückstadt
- 25) Ebd. Entsprechende Dokumente aus dem Kreis Pinneberg konnten hier nicht angeführt werden, da sie vom hiesigen Landrat unter Verschluss gehalten werden.
- 26) UeN 7. u. 8.3.33
- 27) Aus: Hornig, Alfred: Das war mein Leben. Artikelserie, in: Heimat-Spiegel Nr. 9 (Dez. 1971) ff.
- 28) Wahlen Uetersen 1933, a.a.O.
- 29) Ebd.
- 30) Ebd.
- 31) UeN 30.6.33
- 32) LASH 309-22930
- 33) Verwaltungsberichte Elmshorn, a.a.O.
- 34) Ebd.
- 35) Roland Freisler gehörte ebenfalls zu den Nazi-Verteidigern in den Bombenlegerprozessen 1932 (siehe Kap.I); später wurde er Vorsitzender des Volksgerichtshofes
- 36) Köhncke, a.a.O., S. 213
- 37) PT 14.3.33 ff.
- 38) PT 20.3.33, PT 30.3.33, EN 8.4.33
- 39) Bericht H. Studt
- 40) EN 26. u. 27.6.33, UeN 27.6.33, PT 27.6.33
- 41) Köhncke, a.a.O., S. 214
- 42) Ebd.
- 43) Untersucht: Pinneberger Tageblatt, Uetersener Nachrichten, Elmshorner Nachrichten; der Polizeibericht Uetersen weist für 1933 „45 Pers. in Schutzhaft“ aus, ähnliche Berichte aus anderen Städten des Kreises liegen nicht vor.
- 44) Zitiert aus: Erinnert Euch. Bericht über den Untergang der Häftlingsflotte in der Lübecker Bucht. Hg.: VVN-BdA Kiel o.J. (1973), S.8
- 45) Hörster-Philipps, Ulrike: Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918-1945, Dokumente, Köln 1978, S. 193
- 46) EN März-Dez. 1933
- 47) EN 10.8.33
- 48) EN u. UeN 13.4.33, EN 17.7.33
- 49) Schätzle, Julius: Stationen zur Hölle, Frankfurt/M., 2. Aufl. 1980, S. 15 ff.
- 50) Landesarchiv Schleswig, Abt. 309 Nr. 22930
- 51) Ebd.
- 52) Mindestens vier Elmshorner Antifaschisten befanden sich bereits 1933 im KZ Esterwegen
- 53) Falls nicht anders angegeben: EN
- 54) Archiv der Stadt Elmshorn – Hauptamt, Urteile der Offenborn-Prozesse 036-13 (1936) (Urt. Offenborn-Prozesse)
- 55) Urteile Offenborn-Prozesse, a.a.O.
- 56) Hoch, a.a.O., S. 89
- 57) Hochmuth, Ursel/Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945, Berichte und Dokumente, Frankfurt/M. 1979, S. 161

III. Antifaschistischer Widerstand bis Ende 1934

- 1) Die Informationen dieses Kapitels beruhen in der Hauptsache auf zahlreichen Berichten ehemaliger Widerstandskämpfer sowie auf den Begründungen zu den Urteilen der Offenborn-Prozesse (Urteile Offenborn-Prozesse, a.a.O.) – falls nicht weiter angegeben.
- 2) EN 10.8.33, 19.8.33, 7.12.34
- 3) Die ersten drei Witze aus: Verfolgung, Neubeginn in Freiburg 1933-1945, Hg.: VVN-BdA Kreis Freiburg o.J. (1981), S. 87
- 4) Aus: Brüggmann, Klaus-Dieter u.a.: die anderen. Widerstand und Verfolgung in Harburg und Wilhelmsburg, Hg.: VVN-BdA Harburg u. Wilhelmsburg 1980, S.69
- 5) Kühnl, Reinhard: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975, S. 399
- 6) Beispiele aus: Weisenborn, Günther: Der lautlose Aufstand, Frankfurt/M. 1974, S.27
- 7) Aus: Weisenborn, a.a.O., S. 170
- 8) Es ist bekannt, daß der Elmshorner Heimatdichter Ernst Behrens von den Nazis verfolgt wurde und Schreibverbot erhielt.
- 9) Dargestellt – auch aufgrund der guten Quellenlage – am Beispiel der KPD-Ortsgruppe Elmshorn. Zur Ortsgruppe Elmshorn zählten auch die Gruppen in Uetersen, Barmstedt und Horst. Weitere Ortsgruppen gab es u.a. in Wedel und Pinneberg.
- 10) Bzgl. Umstellung des Bezirkes Wasserkante auf die Illegalität siehe: Hochmuth/Meyer, a.a.O., S. 16 f.
- 11) Z.B. erfolgte die Verhaftung vom bisherigen Org-Leiter Hans Hachmann im April '33 – er wurde am 15.6.33 zu 6 Mon. Gefängnis verurteilt, kam dann bis zum 22.6.34 in das KZ Esterwegen.
- 12) Nach Berichten von Emil Buchner
- 13) Nach einem Bericht von Ernst Rathje
- 14) Siehe Hochmuth/Meyer, a.a.O., S. 161 f.
- 15) Nach einem Bericht von Viktor Andersen
- 16) Nach einem Bericht von Emil Buchner
- 17) wir = ehemalige Häftlinge der Konzentrationslager Glückstadt und Kuhlen und deren Angehörige
- 18) Das Beispiel vom 6.4.33 ist dem PT entnommen, die anderen Beispiele sind aus den EN
- 19) Sonderdruck, hg. vom Parteivorstand der SPD Berlin, Febr. 1933; Auszüge abgedruckt, in: Hebel-Kunze, Bärbel: SPD und Faschismus, Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932-1935, Frankfurt/M. 1977, S. 220 ff.
- 20) Die EN berichteten darüber am 31.3.33
- 21) Beitrag in der Mitgliederzeitung „Kalender“ der SPD Elmshorn; Helmut Kähler wurde wegen illegaler Widerstandstätigkeit im März 1936 zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt.
- 22) Siehe Hochmuth/Meyer, a.a.O., S. 116 ff.
- 23) Walter Schmedemann: Die Tätigkeit der Eilbeker Genossen in der Widerstandsbewegung nach dem Verbot der SPD im Jahre 1933, Manuskript Hamburg 1948, zitiert in: Hochmuth/Meyer, a.a.O., S. 117 f.
- 24) In anderen Städten und Gemeinden des Kreises mag es auch kleinere Gruppen gegeben haben, doch darüber ist nichts bekannt.
- 25) Bericht von Georg Ehrlich, in: Nazizeit in Altona, hg. von der SPD Landesorganisation Hamburg Kreis Altona, Hamburg 1980, S.18
- 26) EN 30.11.35
- 27) Hochmuth/Meyer, a.a.O., S. 161
- 28) EN 10.2.34
- 29) Archiv der Stadt Elmshorn – Hauptamt, Verwaltungsberichte der Polizei Abt. AO Nr. 027/0-0 (Polizeiberichte Elmshorn), Bericht vom 10.7.34
- 30) EN 7.4.34

- 31) EN 4.7.34
- 32) Nach Berichten von Viktor Andersen
- 33) „Arbeiterjugend kämpft in Eimsbüttel“, in: Der Sozialist. Mitteilungsblatt der SPD Landesorganisation Hamburg. Jan. 1949, S. 7-10; Anklageschrift Q v. 12.10.35 gegen Hermann Brammann u.a.
- 34) In Hamburg wurde dieser Brief insbesondere von sozialdemokratischen Gruppen verbreitet; vgl. Hochmuth/Meyer, a.a.O., S. 108 ff.
- 35) Allgemeine Informationen über die Entwicklung zur RGO und dem Widerstandskampf von Gewerkschaftern nach 1933 in Hamburg siehe: Hochmuth/Meyer, a.a.O., S. 81-108
- 36) Hochmuth/Meyer, a.a.O., S. 85
- 37) unvollständig; LASH 309-22720 I
- 38) Hochmuth/Meyer, a.a.O., S. 317
- 39) EN 1.8.33
- 40) Untersucht: Elmshorner Nachrichten
- 41) Kaltenkirchener Zeitung vom 28.7.1934, zitiert in: Kommunistisches Echo Barmstedt, Nr. 69, Juli 1979
- 42) Ebd.

IV. Prozeß in Sachen „Offenborn und andere“

- 1) Polizeiberichte Elmshorn, a.a.O.
- 2) Lucie Hübsch
- 3) EN 22.12.34, UeN 27.12.34
- 4) Gemeint ist die Bezirksleitung der KPD-Wasserkante
- 5) Nach einem Bericht von H. Göck, der am 19. Dezember 1934 um 1 Uhr nachts verhaftet wurde und zusammen mit Reinhold Jürgensen auf Transport ging.
- 6) Polizeiberichte Elmshorn, a.a.O., v. 1.7.35
- 7) Max Wriedt gehörte ebenfalls der illegalen Widerstandsorganisation um Joh. Offenborn u.a. an. Er war bereits im Frühjahr 1934 verhaftet worden und zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt. Er war den Nazis besonders verhaßt, denn er galt als einer der Verantwortlichen der Zusammenstöße zwischen Antifaschisten und Nazis am 24. Juli 1932 in der Ollnstraße. Max Wriedt wurde am 21. Januar 1935 im KoLaFu von den Nazis ermordet.
- 8) Bericht von Lisbeth Hoop
- 9) Nach einem Bericht von Viktor Andersen
- 10) Ebd.
- 11) Ebd.
- 12) Nach einem Bericht von Hermann Göck
- 13) Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH), Abt. 410 Nr. 290 Blatt 309
- 14) Eine Taktik, vor der Gestapo auszusagen, hat es nie gegeben
- 15) Polizeiberichte Elmshorn, a.a.O. v. 1.7.35
- 16) Kommunistisches Echo Barmstedt v. Sept. 1979
- 17) Auszug aus der Lagerordnung des KZ Esterwegen v. 1.8.34 abgedruckt in: Meyer, Gertrud: Nacht über Hamburg, Berichte und Dokumente, Frankfurt/M. 1971, S. 279 ff.
- 18) Kommunistisches Echo Barmstedt v. Sept. 1979
- 19) aus den EN
- 20) Glückstädter Fortuna, 22. Nov. 1935
- 21) Abkürzungen: J = Jahr(e), M = Monat(e), Z = Zuchthaus, G = Gefängnis
- 22) Aus: Nazizeit in Altona, a.a.O. S.20
- 23) Urteile Offenborn-Prozesse, a.a.O.; zahlreiche Details bzgl. dieser Prozesse wurden den Urteilen sowie einigen Anklageschriften entnommen, die sich im Besitz der VVN-BdA befinden.
- 24) Ebd.; Abschrift
- 25) Die Urteile waren von A bis Z durchnummeriert; Zitat aus Urteil B
- 26) Untersucht: EN u. UeN

- 27) Hamburger Fremdenblatt
- 28) Aus einer „Denkschrift über den Terror der Nationalsozialisten und ihrer Justiz in Hamburg, die am 25. April 1936 in Paris vom „Internationalen Befreiungs- u. Amnestie-Komitee“ herausgegeben wurde (Archiv Gedenkstätte Ernst Thälmann, Hamburg)
- 29) Druckfehler: gemeint ist der 16. März
- 30) heute: Heidmühlenweg
- 31) Abschrift dieses Artikels in: Meyer, a.a.O., S. 284 ff.
- 32) a.a.O.; Präsidenten: Prof. Paul Langevin, André Malraux; Ehrenpräsidenten: Romain Rolland, André Gide
- 33) Meyer, a.a.O., S. 50 f.
- 34) Vermutlich: SS-Sturmbannführer Streckenbach
- 35) Die zu Zuchthaus verurteilten Frauen verblieben in Fuhlbüttel, ebenso die zu Gefängnis Verurteilten
- 36) Bericht von Viktor Andersen
- 37) a.a.O.
- 38) Polizeiberichte Elmshorn, a.a.O.
- 39) Abschrift von Privat zur Verfügung gestellt
- 40) Während des Krieges wurden nur noch wenige Entlassungen vorgenommen – so kamen Richard Jürgensen und Joh. Offenborn, nachdem sie die hohen Zuchthausstrafen „abgeessen“ hatten, in ein Konzentrationslager.

V. Widerstand im Kreis Pinneberg 1935 bis 1939

- 1) Polizeiberichte Elmshorn, a.a.O.
- 2) LASH 309-22720 II; LASH 309-33365
- 3) Aus einem Schreiben der Geheimen Staatspolizei Kiel vom 25. April 1938, LASH 309-33365
- 4) Ebd.
- 5) Schreiben der Gestapo Kiel v. 7. Jan. 1938, LASH 309-22720 II
- 6) Ebd.
- 7) Schreiben der Gestapo v. 11. Juli 1936, LASH 309-22720 II
- 8) Ebd.
- 9) Die Zahlen sind Mindestzahlen – die tatsächlichen liegen höher. So weist der Bericht für 1938/39 lediglich 5 „Inschutzhaftnahmen“ aus – tatsächlich wurden nach der sogen. „Reichskristallnacht“ alle jüd. Männer Elmshorns in das KZ Sachsenhausen gesperrt.
- 10) „Freiwillige der Freiheit“ verteidigen Madrid“, in: die tat vom 17.7.1981
- 11) Hochmuth/Meyer, a.a.O., S. 202

VI. Die Juden in Elmshorn während des Dritten Reiches

- 1) Dieser Aufsatz wurde uns freundlicherweise vom Verfasser zur Verfügung gestellt
- 2) Die volle Gleichberechtigung erlangten die Schleswig-Holsteiner Juden erst 1869
- 3) Struve, Konrad: Die Geschichte der Stadt Elmshorn. Elmshorn 1935-1956 und: Hochgräflicher Schutz-, Schirm- und Geleitbrief von Behrend Levi, in: Aus der engeren Heimat Nr. 10, März 1928
- 4) Posner, A.: Zur Geschichte der Jüdischen Gemeinde und der Jüdischen Familien in Elmshorn. Central Archives For The History Of The Jewish People (CAHJP) CAHJP P40/32,1
- 5) pers. Personenkartei
- 6) Volkszählung vom 16. Juni 1933
- 7) Ecke Marktstr./Flamweg
- 8) EN 1.4.33
- 9) Deutsche Turnerschaft
- 10) EN 3.4.1933
- 11) EN 7.4.1933
- 12) EN 13.10.1933

- 13) vgl. Krausnick, Helmut: Judenverfolgung. In: Buchheim, Hans: Anatomie des SS-Staates. Band 2, 2. Aufl. Freiburg 1979, S. 262
- 14) EN 26.7.1934
- 15) Protokolle der Beigeordnetensitzungen 1934/35, Besprechung vom 27.2.1935
- 16) EN 29.4.1935
- 17) EN 5.8.1935
- 18) entfällt
- 19) EN 3.5.1933
- 20) Arndt, Carl: 1869-1969. Hundert Jahre Bismarckschule. Ein Beitrag zur Schulgeschichte des Landes Schleswig-Holstein und der Stadt Elmshorn. Elmshorn 1969, S. 164
- 21) Ehen zwischen „Ariern“ und Juden
- 22) Adam, Uwe Dietrich: Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf 1972, S. 122
- 23) vgl. Hofer, Walther: Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945. Frankfurt 1974, S. 284 ff.
- 24) Adam, a.a.O., S. 136 f.
- 25) So kam es schon im November 1933 zu der Verhaftung eines Juden und einer Christin, weil die beiden ein Verhältnis unterhielten. Der jüdische Mann kam in Schutzhaft.
- 26) Staatsarchiv Hamburg. Bestand: Jüdische Gemeinden. 992 K.
- 27) Aussage Rudolf Oppenheim
- 28) Landesarchiv Schleswig: LAS 410, 290. Bericht für Monat Februar, zit. nach: Hauschildt, Dietrich: Juden in Kiel im Dritten Reich. Staatsexamensarbeit. Kiel 1980
- 29) EN 19.7.1935
- 30) Aussage Frau A. (wollte nicht namentlich genannt werden)
- 31) EN 24.7.1935
- 32) EN 23.3.1936
- 33) EN 22. u. 25.2.1938
- 34) So entsprach der Einheitswert einer Lederfabrik einschließlich Wohnhaus in einem Fall nur dem Betrag, für den vorher das Wohnhaus versichert war.
- 35) EN 20.7.1938
- 36) Krausnick, Helmut, a.a.O., S. 273; Reichsgesetzblatt 1938, I, S. 922
- 37) Reichsgesetzblatt 1938, I, S. 1044
- 38) vgl. Heiber, Helmut: Der Fall Grünspan. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 1957, S. 135 ff.
- 39) Pogrom = russ., Verwüstung. Bezeichnung für planmäßige Verfolgungen, vor allem von Juden, verbunden mit Plünderungen und Zerstörungen. (dtv-Wörterbuch zur Geschichte)
- 40) Freimark, Kopitzsch: Der 9./10. November 1938 in Deutschland. Dokumentation zur „Kristallnacht“. 2. unveränderte Aufl. Hamburg 1978, S.13
- 41) CAHJP P 40/32.-3,2
- 42) CAHJP P 40/32,1
- 43) Aussage v. Frau Lötje, geb. Lippstadt
- 44) EN 10.11.1938
- 45) Höhne Heinz: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS. München 1976. Sonderaufl., S. 316
- 45 a) siehe dazu: Drobisch, Klaus u.a.: Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933-1945. Frankfurt/M. 1973, S. 195 f.
- 46) Freimark, Kopitzsch, a.a.O., S. 52 ff.
- 47) Krausnick, a.a.O., S. 276 f.
- 48) EN 23.11.1938
- 49) Freimark, Kopitzsch, a.a.O., S. 53 f.
- 50) EN 6.7.1939. Die Zahlen, die Krumbek nennt, sind viel zu niedrig. Er geht vermutlich nur von den Glaubensjuden aus, d.h. von den Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde. Es gab 1933 nach nationalsozialistischer Definition ungefähr 84 Juden.

- 51) EN 5.12.1938
- 52) nach Personenkartei
- 53) Zwei 1933 in Elmshorn lebende Personen konnten nicht mit aufgeführt werden, da deren Wegzugsdatum nicht bekannt war
- 54) Es konnten zwei jüdische Personen nicht aufgeführt werden, da die entsprechenden Daten nicht vorlagen; zwölf jüdische Bürger starben in dem Zeitraum 1933 bis 1939 in Elmshorn.
- 55) Freimark, Kopitzsch, a.a.O., S.83
- 56) entfällt
- 57) Staatsarchiv Hamburg. Bestand: Jüdische Gemeinden. 992 K.
- 58) ebenda
- 59) Vor allem in größeren Städten wurden die Juden aus ihren eigenen Wohnungen vertrieben und in sog. „Judenhäusern“ zusammengelegt. Dieses diente u.a. zur Kontrolle und zur leichteren und unauffälligeren Durchführung der Deportationen. Das Haus Frickestr. 24 in dem Frau Lippstadt wohnte, war ein solches „Judenhaus“, in dem alte Leute lebten.
- 60) Aussage Frau Lötje, geb. Lippstadt.
- 61) ebenda
- 62) Die von mir befragten Zeugen, Juden und Nichtjuden, gaben übereinstimmend an, daß die Mehrheit der Elmshorner Bevölkerung, zumindest in den ersten Jahren des „Dritten Reiches“ noch nicht antisemitisch eingestellt war.

VII. Krieg 1939-1945

- 1) „Hoßbach-Niederschrift“ v. 10.11.37, in: Hofer:, Walther (Hg.): Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945. Frankfurt/M. 1960 (durchgesehene Auflage), S. 193-196, zit. S. 196
- 2) Köhncke, a.a.O., S. 217
- 3) Polizeiberichte Elmshorn, a.a.O. sowie Verwaltungsberichte Elmshorn, a.a.O.
- 4) Bringmann, Fritz: KZ Neuengamme. Berichte, Erinnerungen, Dokumente. Hg.: Lagergemeinschaft Neuengamme für die BRD e.V. Hamburg, Frankfurt/M. 1981, S. 155
- 5) Ebd.
- 6) Verfolgung Freiburg, a.a.O., S. 161
- 7) Meyer, a.a.O., S. 202
- 8) Köhncke, a.a.O., S. 218-220
- 9) Verwaltungsberichte Elmshorn, a.a.O.
- 10) Ebd.
- 11) Köhncke, a.a.O., S. 219
- 12) Berichte von J. Kristen u. Aug. Kronberg

VIII. Demokratischer Neubeginn

- 1) Köhncke, a.a.O., S. 220
- 2) Schreiben des Stadtarchivars von Elmshorn an die Verfasser vom 15.4.82; Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) S-H,1: Vertrauliche Niederschrift für SPD-Funktionäre
- 3) Schreiben des Stadtarchivars von Elmshorn an den Verfasser vom 15.4.82
- 4) Ebd.
- 5) AdsD S-H,1: Vertrauliche Niederschrift für SPD-Funktionäre
- 6) Köhncke, a.a.O., S. 220
- 7) Verwaltungsberichte Elmshorn, a.a.O.
- 8) Eine namentliche Liste der Gemeindevertreter für das Jahr 1945 wurde den Verfassern vom Archivar der Stadt Elmshorn zur Verfügung gestellt.
- 9) Verwaltungsberichte Elmshorn, a.a.O.
- 10) Aus: GdA, a.a.O., Bd.6, S. 24
- 11) AdsD Kreisverein Pinneberg, in: Glet, Axel: Die Wiedergründung der SPD in Schleswig-Holstein 1945/46. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holst.

Geschichte, hg. von Wolfgang Prange Nr. 105, Neumünster 1980, S. 230-291

- 12) AdsD Kreisverein Pinneberg
- 13) Ebd.; Briefe Erich Arp an Kurt Schumacher vom 5. und 24. November 1945
- 14) Walter Damm. Arbeiter, Landrat und Flüchtlingsminister in Schleswig-Holstein. Hg. u. eingeleitet von Claus-Dieter Krohn. Bonn 1978, S. 87
- 15) Ebd., S. 86
- 16) Ebd., S. 58
- 17) AdsD Kreisverein Pinneberg

Anhang

- 1) Hochmuth/Meyer, a.a.O., S. 161 f.
- 2) Stroech, Jürgen: Die illegale Presse, Eine Waffe im Kampf gegen den deutschen Faschismus, Leipzig 1979, S. 138 ff.
- 3) Ebd., S. 204
- 4) Ebd., S. 272 ff.
- 5) Ebd., S. 195
- 6) EN 11.9.33
- 7) Stroech, a.a.O., S. 214
- 8) Ebd., S. 104 f.
- 9) EN, 1.3.33
- 10) Stroech, a.a.O., S. 226 f.
- 11) Ebd., S. 246 f.
- 12) Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror, Basel 1933, Faksimile Nachdruck Frankfurt/M. 1973
- 13) Stroech, a.a.O., S. 164
- 14) Ebd., S. 164 f.
- 15) Siehe Auszüge aus Anklageschrift und Urteil v. 5.11.35 gegen Mitglieder der ehemaligen SAJ Eimsbüttel in: Der Sozialist, Mitteilungsblatt der SPD Hamburg v. Jan. 1949, S. 7-10
- 16) Ebd.
- 17) Stroech, a.a.O., S. 98 f.
- 18) Abgedruckt in: Linau, Heinrich: Zwölf Jahre Nacht, Flensburg 1949
- 19) Urteile Offenborn-Prozesse, a.a.O.
- 20) Zusammengetragen aus div. Zeitungsberichten, Aussagen von Zeitzeugen, Anklageschriften und Urteilen



RÖDERBERG-VERLAG

Schumannstraße 56 · 6000 Frankfurt 1
Postfach 4129 · Telefon (06 11) 75 10 46 · Telex 04-14 721

NEU

Fritz Bringmann

KZ Neuengamme

Berichte,
Erinnerungen,
Dokumente

164 Seiten, kartoniert,
mit zahlreichen Abbildungen
10,- DM

ISBN 3-87682-751-5



Im September 1938, ein Jahr vor Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch das faschistische Deutschland, wurde in den Hamburger Vierlanden mit dem Aufbau des Konzentrationslagers Neuengamme begonnen. Häftlinge sollten zunächst als billige Arbeitskräfte für eine SS-Firma Bauklinker produzieren, die die Stadt Hamburg für die geplanten „Führerbauten“ preiswert erwerben sollte.

Während des Krieges wurden insgesamt 106 000 Häftlinge aus über 20 Nationen in das KZ Neuengamme eingewiesen, 55 000 von ihnen kamen ums Leben. Viele der Gefangenen der SS waren nicht im Stammlager, sondern in einem der rund 60 Außenlager untergebracht, wo die meisten für die Kriegsproduktion deutscher Konzerne schufteten mußten.

Bis in die letzten Kriegstage hinein dauerte das terroristische Regime der SS. 13 Frauen und 58 Männer – antifaschistische Widerstandskämpfer – wurden im Bunker des KZ ermordet. In der Hamburger Schule Bullenhuser Damm erhängten SS-Mörder 20 jüdische Kinder, deren Pfleger und 30 sowjetische Kriegsgefangene. Viele Häftlinge starben auf den sogenannten „Evakuierungsmärschen“ – und kurz vor der Befreiung ertranken über 7000 Gegner und Verfolgte des faschistischen Staates mit Schiffen in der Lübecker Bucht.

In diesem Buch berichten Antifaschisten über ihre Erlebnisse. Eine zusammenfassende Darstellung gibt einen Überblick über die Geschichte dieses faschistischen Konzentrationslagers.